

Dietmar Neutz / Volker Zimmermann (Hg.)



Von Historikern, Politikern, Turnern und anderen

Schlaglichter auf die Geschichte des östlichen Europa

Festschrift für Detlef Brandes zum 75. Geburtstag

DigiOst – Band 6

DigiOst

Herausgegeben für

**Collegium Carolinum, München
Herder-Institut, Marburg
Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg**

von

**Martin Schulze Wessel
Peter Haslinger
Ulf Brunnbauer**

Dietmar Neutatz / Volker Zimmermann (Hg.)

Von Historikern, Politikern, Turnern und anderen

**Schlaglichter auf die Geschichte des östlichen Europa
Festschrift für Detlef Brandes zum 75. Geburtstag**

 **BiblionMedia**

Leipzig 2016

DigiOst – Band 6

DigiOst – Band 6

Herausgegeben vom
Collegium Carolinum
Forschungsinstitut für die Geschichte Tschechiens und der Slowakei
Hochstraße 8
D-81669 München

► www.collegium-carolinum.de

im Auftrag des Fachrepositoriums für Osteuropastudien OstDok

► www.vifaost.de/ostdok/

Bereitgestellt und langzeitarchiviert durch die Bayerische Staatsbibliothek

URN: [urn:nbn:de:bvb:12-ostdok-x-207-0](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bvb:12-ostdok-x-207-0)

Empfohlene Zitierweise der digitalen Fassung

Dietmar Neutatz / Volker Zimmermann (Hg.):

Von Historikern, Politikern, Turnern und anderen. Schlaglichter auf die Geschichte des östlichen Europa. Festschrift für Detlef Brandes zum 75. Geburtstag. München 2016.

URL: <http://nbn-resolving.de/urn/resolver.pl?urn:nbn:de:bvb:12-ostdok-x-207-0>

Umschlag

Umschlaggestaltung: Christopher Triplett, KI-Media Marburg - London

Umschlagbild: Europa, Völker und Religionen, Teilkarte

[Völker und Sprachgebiete] (Ausschnitt). In: Andrees allgemeiner Handatlas. In 126 Haupt- und 138 Nebenkarten nebst vollständigem alphabetischem Namenverzeichnis. Hrsg. von A. Scobel. 4., völlig neubearbeitete und vermehrte Aufl. Zweiter revidierter Abdruck. Bielefeld, Leipzig: Velhagen & Klasing 1900, S. 25.



Creative Commons Namensnennung -

Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International

Biblion Media GmbH

► www.biblion.de/digiost

in Kooperation mit Kubon & Sagner GmbH

München – Berlin – Leipzig – Washington/D.C.

► <http://digital.kubon-sagner.com/digiost>

ISBN (Print) 978-3-86688-510-3

ISBN (eBook) 978-3-86688-511-0

Inhalt

Vorwort.....	9
Historiker und das östliche Europa	
Stefan Lehr	
„Schuldige Väter, milde Söhne, strenge Enkel“. Diskussionen über die deutsche Ostforschung.....	17
Christoph Nonn	
Theodor Schieders Beitrag zur nationalsozialistischen Vertreibungs- und Vernichtungspolitik	43
Christoph Cornelißen	
Die Gründungsphase der Deutsch-Tschechoslowakischen Historikerkommission und die Zeitzeugen.....	57
Kriegsfolgen und ihre Deutung	
Dietmar Neutatz	
Doppelte Eindämmung. Der Versuch einer Neuordnung des östlichen Europa auf der Pariser Friedenskonferenz 1919	75
Ota Konrád	
Die unfertige Nation. Überlegungen zur Gewaltgeschichte der böhmischen Länder während des Ersten Weltkriegs und in der unmittelbaren Nachkriegszeit.....	105
Andreas Wiedemann	
Deutsche als Opfer? Zur tschechischen Debatte über Vertreibung und Gewalttaten nach dem Zweiten Weltkrieg.....	121

Severin Gawlitta	
Ein Nationalist in Purpur? Die umstrittene Breslauer Ansprache des polnischen Primas Stefan Wyszyński vom 31. August 1965	155
Alltag, Lebenswelten, Verhaltensweisen	
Gerd Stricker	
Schweizer im Zarenreich – Beiträge zu einer besonderen Migrationsgeschichte.....	173
Dmytro Myeshkov	
Zwischen Norm und Schwerverbrechen: die Molotschnaer Kolonien und ihre Umgebung zu Beginn des 20. Jahrhunderts.....	203
Victor Dönninghaus / Andrej Savin	
Der Generalsekretär. Leonid Brežnevs Persönlichkeit im Spiegel seiner „Arbeitstagebücher“	225
Peter Heumos	
Systemwechsel auf blank gefegtem Fundament? Arbeitskampf und Protestverhalten in der Tschechoslowakei 1918–1968	243
Sport als nationales und politisches Projekt	
Volker Zimmermann	
Turnen im Dienste der Nation. Der „Sokol“ als gesamtslowakisches Phänomen (1862–1918)	267
Thomas Oellermann	
Gleichheit Weißkirchlitz. Die Geschichte eines sudetendeutschen Arbeiterfußballklubs 1914–1938 im Spiegel der Teplitzer „Freiheit“	287

Kultur und Bildung

Volker Mohn

Eine „Brücke der Verständigung“? Zur Deutung von Mozarts
Wirken in Prag und zur Geschichte der Prager „Mozartgemeinde“
in den Jahren 1925 bis 1945 309

Jiří Pešek / Nina Lohmann

Die Prager Deutschen 1939–1945 im Spiegel der deutschen Schulen 335

Falk Wiesemann

Gestrandete Bücher – vor der Zerstörung bewahrt. Hebraica in der
Nationalbibliothek der Tschechischen Republik..... 359

Schriftenverzeichnis Detlef Brandes..... 379

Abkürzungsverzeichnis..... 403

Autoren 407

Vorwort

Dies ist eine Festschrift für Detlef Brandes zum 75. Geburtstag. Ein Vorwort für sie zu verfassen, ist kein leichtes Unterfangen, denn die beeindruckende wissenschaftliche Arbeit und die Tätigkeit von Detlef Brandes sind schon vor zehn Jahren in der Festschrift zum 65. Geburtstag ausführlich gewürdigt worden. Der inzwischen leider verstorbene Hans Lemberg zeichnete damals den wissenschaftlichen Lebensweg des Jubilars in bewegender Weise nach, von den Archivstudien des jungen Doktoranden in der Tschechoslowakei der 1960er Jahre über die Tätigkeit am Collegium Carolinum in München, an der Freien Universität Berlin und die internationalen Wanderjahre, die ihn nach Florenz, New York, Stanford und Sapporo geführt hatten, bis er nach einem kurzen Intermezzo in Oldenburg 1991 auf die Stiftungsprofessur für „Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“ an die Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf berufen wurde.¹

All das soll hier nicht nochmals im Detail ausgeführt werden. Wohl aber möchten wir eine Ergänzung anbringen, denn auch nach seiner Emeritierung 2008 blieb Detlef Brandes als Wissenschaftler aktiv und vollendete langjährige Forschungen mit neuen Buchpublikationen. Drei Monographien und zwei Herausgeberschaften sind neben zahlreichen Aufsätzen der Ertrag seines sogenannten Ruhestands. Dabei fokussierte sich das wissenschaftliche Interesse von Detlef Brandes wieder auf die Region, mit der seine Karriere ihren Anfang genommen hatte, nämlich die böhmischen Länder bzw. die Tschechoslowakei. Mit den „Sudetendeutschen im Krisenjahr 1938“ und der „NS-

1 Lemberg, Hans: Einführung. In: Neutatz, Dietmar / Zimmermann, Volker (Hg.): Die Deutschen und das östliche Europa. Aspekte einer vielfältigen Beziehungsgeschichte. Festschrift für Detlef Brandes zum 65. Geburtstag. Essen 2006, 13–17.

Volkstumspolitik in den böhmischen Ländern“ legte er 2008 und 2012 grundlegende Studien vor, die auf neuen Archivquellen fußen und – nur wenig zeitversetzt – auch in tschechischer Übersetzung publiziert wurden.² Gemeinsam mit der viel zu früh verstorbenen Alena Míšková verfasste er eine Monographie über den Prager Professor und nationalsozialistischen Kommunalpolitiker Josef Pfitzner (2013). Hinzu kam ein Tagungsband, der auf eine im Rahmen der Partnerschaft zwischen der Heinrich-Heine-Universität und der Karls-Universität Prag veranstaltete Konferenz zurückgeht und den er zusammen mit Michal Anděl und Jiří Pešek herausgab (2009), sowie das „Lexikon der Vertreibungen“ (2010), ein großes Gemeinschaftsprojekt von ihm, Holm Sundhaussen, Stefan Troebst, Kristina Kaiserová und Krzysztof Ruchniewicz.

Die Geschichte der Tschechoslowakei zwischen 1918 und 1948 bildet sicherlich den Schwerpunkt der Forschungen von Detlef Brandes. Daneben hat er sich aber in zahlreichen Publikationen auch mit Russland und der Sowjetunion beschäftigt, insbesondere mit der Geschichte der Russlanddeutschen, und er hat jüngere Kollegen gefördert, die sich inzwischen eigene Themenbereiche erschlossen haben. So kommt es, dass in dieser Festschrift sehr unterschiedliche Beiträge versammelt sind. Diese Vielfalt der Themen steht sinnbildlich für den Abwechslungsreichtum und die Mehrgleisigkeit eines bewegten Forscherlebens und die Vielfalt an persönlichen Beziehungen, die sich im Laufe desselben entwickeln konnten.

Zu fünf Sektionen haben wir die Beiträge gruppiert: „Historiker und das östliche Europa“ ist die erste überschrieben. Sie hat einen doppelten Bezug zum Wirken von Detlef Brandes: Zum einen hat er sich mit Historikern und mit Wissenschaftsgeschichte befasst; zum anderen ist er Gründungsmitglied der schon erwähnten Historikerkommission, die 1990 zur Aufarbeitung der

2 Für die bibliographischen Nachweise siehe das Schriftenverzeichnis von Detlef Brandes am Ende dieser Festschrift.

deutsch-tschechisch-slowakischen Beziehungen ins Leben gerufen worden war. Christoph Cornelißen reflektiert in seinem Essay über die Gründungsphase der Kommission, während sich Stefan Lehr und Christoph Nonn mit den Diskussionen über die deutsche „Ostforschung“ und mit Theodor Schieder's Rolle im Kontext der nationalsozialistischen Vertreibungs- und Vernichtungspolitik auseinandersetzen.

Die zweite Sektion enthält Beiträge, in denen es um die Folgen des Ersten und Zweiten Weltkriegs und deren Deutungen geht. Nationalitätenprobleme, Vertreibungen und Grenzziehungsfragen im Zusammenhang mit den Weltkriegen ziehen sich als Leitmotiv durch viele Arbeiten von Detlef Brandes. Darauf nehmen die Beiträge in unterschiedlicher Perspektive Bezug: Dietmar Neutatz diskutiert den Handlungsspielraum der Akteure auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 vor dem Hintergrund der Aufwertung des Nationalitätenprinzips und der im Zuge des Ersten Weltkriegs im östlichen Europa und in Russland eingetretenen Entwicklungen, Ota Konrád stellt Überlegungen an zu Staatsbildung und Gewalt in den böhmischen Ländern während des Ersten Weltkriegs sowie in der unmittelbaren Nachkriegszeit und Andreas Wiedemann thematisiert die tschechische Debatte über Vertreibung und Gewalttaten nach dem Zweiten Weltkrieg. Severin Gawlitta interpretiert schließlich die umstrittene Ansprache des polnischen Primas Stefan Wyszyński vom 31. August 1965 in ihrem Entstehungs- und Wirkungskontext.

Die Beiträge der dritten Sektion repräsentieren drei unterschiedliche Zugänge zur Geschichte von Alltag, Lebenswelten und Verhaltensweisen, einem Themenfeld, mit dem sich Detlef Brandes ebenfalls in vielfältiger Weise beschäftigt hat, insbesondere in seinen Forschungen zu den Russlanddeutschen: Gerd Stricker gibt einen Überblick über die Migration und das Leben und Wirken von Schweizern im Zarenreich. Dmytro Myeshkov rekonstruiert an-

hand eines Kriminalfalles die Verhältnisse zwischen den deutschen Kolonisten im Schwarzmeergebiet und ihren Nachbarn zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Victor Dönninghaus und Andrej Savin zeigen, welche Rückschlüsse sich aus Leonid Brežněvs „Arbeitstagebüchern“ auf seine Persönlichkeit und seine Wahrnehmung der Welt ziehen lassen. Peter Heumos analysiert Formen des Arbeitskampfes und des Protestverhaltens von Arbeitern in der Tschechoslowakei zwischen 1918 und 1968.

In der vierten Sektion geht es um Sport als nationales und politisches Projekt in den böhmischen Ländern und darüber hinaus: Volker Zimmermann zeigt, wie der „Sokol“ das Turnen in den Dienst der Nation stellte, dabei von Tschechien aus in zahlreiche weitere Regionen bzw. Staaten ausstrahlte und auf diese Weise zu einem gesamtlawischen Phänomen wurde. Thomas Oellermann verfolgt die Geschichte eines sudetendeutschen Arbeiterfußballklubs zwischen 1914 und 1938, der auch außerhalb der böhmischen Provinz in der benachbarten deutschen und österreichischen (Arbeiter-)Fußballwelt klickte.

Die fünfte Sektion schließlich rundet den Band mit Beiträgen zur Kultur und Bildung ab: Volker Mohn fragt anhand der Geschichte der Prager „Mozartgemeinde“ zwischen 1925 und 1945, inwieweit sich die Erinnerung an das Wirken des Komponisten als „Brücke der Verständigung“ zwischen Deutschen und Tschechen erwies bzw. politisch instrumentalisiert wurde. Jiří Pešek und Nina Lohmann untersuchen die deutschen Schulen in Prag als Spiegel der strukturellen Veränderungen in der deutschen Bevölkerung und der nationalsozialistischen Versuche zur Germanisierung der Stadt. Falk Wiesemann gibt einen Einblick in die Geschichte der Judaica-Bestände der Tschechischen Nationalbibliothek.

Wir hatten um Texte in eher essayistischer Form gebeten, mit einem Minimum an Fußnoten, um Spielraum für eine freiere Formulierung von Gedanken und Interpretationen zu unterschiedlichen historischen Themen zu

Vorwort

geben. Der Jubilar wird in den Beiträgen viele Bezüge zu eigenen Arbeiten und zum wissenschaftlichen und persönlichen Austausch mit den Autoren wiedererkennen. Ihm widmen wir diese Festschrift in langjähriger Verbundenheit und Dankbarkeit.

Dietmar Neutatz und Volker Zimmermann
im Namen aller Autoren.

Freiburg, München, Prag, im April 2016.

Historiker und das östliche Europa

Stefan Lehr

„Schuldige Väter, milde Söhne, strenge Enkel“ Diskussionen über die deutsche Ostforschung

In den 1990er Jahren kam in der Bundesrepublik eine Debatte über die Rolle deutscher Historiker im Nationalsozialismus auf. Dabei stand die sogenannte Ostforschung, also die Tätigkeit der Historiker, die sich mit dem „Deutschtum“ in Ostmitteleuropa beschäftigt hatten, im Fokus des Interesses. Insbesondere in diesem Teil Europas hatte sich die systematische Verfolgungs-, Unterdrückungs- und schließlich Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten zugetragen. Welche Rolle spielten dabei die Historiker, die sich mit Ostfragen beschäftigten? Waren sie an der Planung und Realisierung der NS-Volkstums- und Judenpolitik mittelbar oder sogar direkt beteiligt? Gefragt wurde danach, wie sich deutsche Historiker mit dem NS-Regime arrangierten, inwiefern sie die nationalsozialistische Ideologie übernahmen und wie bereitwillig sie sich in den Dienst der Nationalsozialisten stellten. Daneben ging es um die Bedeutung von wissenschaftlichen Organisationen wie den „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ (hier insbesondere der Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft [NOFG]) und der Publikationsstelle Berlin-Dahlem, die unterschiedlich beurteilt wurden. Ein anderer Strang der Debatte betraf die bis heute diskutierte Kontinuität zwischen der sogenannten Volksgeschichte der 1930er Jahre und der bundesdeutschen Sozial- und Strukturgeschichte der 1950er und 1960er Jahre. Hier ging es speziell um die Frage, inwiefern die Volksgeschichte methodisch innovativ war. Sollten etwa die Grundlagen der bundesdeutschen Sozialgeschichte in der Volkstumsgeschichte der NS-Zeit zu suchen sein?

Die Kontroverse um die Verstrickung deutscher Historiker in die NS-Volkstums- und Judenpolitik weckte auch das öffentliche Interesse. Dies umso mehr, als sich die Vorwürfe gegen namhafte und bedeutende Akteure wie Theodor Schieder, Werner Conze, Hermann Aubin und Hans Rothfels richteten. In unterschiedlichem Maße wurde ihnen eine politisierende, antidemokratische, konservativ-nationalistische, völkische und teils auch eindeutig nationalsozialistische und antisemitische Geschichtsschreibung vorgeworfen. Diese Anschuldigungen konnten mittlerweile weitgehend untermauert werden. Umstritten blieb dagegen, in welchem Maße die vorgelegten Denkschriften und Memoranden von praktischem Nutzen waren, inwiefern sie also die Volkstums- und Judenpolitik determinierten. Götz Aly sprach in diesem Zusammenhang sogar von „Vordenkern der Vernichtung“. Hinzu kam der Vorwurf, dass das Verhalten Schieders, Conzes und ihresgleichen während der NS-Zeit nicht schon viel früher auf den Prüfstand gestellt worden war. Diese Beschuldigung richtete sich insbesondere gegen deren bekannte akademische Schüler wie beispielsweise Hans-Ulrich Wehler und Jürgen Kocka. So wirkte es befremdlich, dass diese in Nachrufen und Portraits ihrer Mentoren deren Wirken in der NS-Zeit zumeist unkritisch, wenn nicht gar in beschönigendem Sinne beurteilten.

Die Kontroverse hatte zahlreiche Publikationen mit biografischem, institutionellem oder auch wissenschaftsgeschichtlichem Schwerpunkt zur Folge. Diese Studien, zu denen auch Detlef Brandes' und Alena Mišková's Monografie über den Prager Osteuropa-Historiker und NS-Politiker Josef Pfitzner (1901–1945) gehört, brachten deutlich mehr Licht in ein dunkles Kapitel der deutschen Geschichtswissenschaft. Der vorliegende Beitrag zeigt die unterschiedlichen Phasen der Auseinandersetzung und die von ihren Protagonisten vertretenen Positionen auf, wie sie sich auf den Historikertagen und in wissenschaftlichen Publikationen äußerten. Dabei geht er der Frage nach, wa-

rum das Thema innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer emotionsgeladenen und kontroversen Polemik geführt hat.

Vor den Historikertagen

Eine ernsthafte, intensive und kritische Auseinandersetzung innerhalb der Historikerkunft über die Rolle des eigenen Faches in der Zeit des Nationalsozialismus setzte in der Bundesrepublik erst spät in den 1990er Jahren ein. Ihren öffentlichkeitswirksamen Höhepunkt fand sie auf dem 42. Deutschen Historikertag in Frankfurt am Main 1998. Dies wirft die Frage auf, warum die Aufarbeitung des eigenen Faches erst so spät begann. Hatte doch die sogenannte Vergangenheitsbewältigung bereits früher eine wichtige Rolle für die bundesdeutsche Gesellschaft gespielt. In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte in der Bundesrepublik der Grundkonsens, dass die Mehrzahl der deutschen Historiker nicht sonderlich in die NS-Politik verstrickt gewesen und wissenschaftlichen Prinzipien treu geblieben sei. Häufig tauchte die These auf, dass Hitler die Deutschen und damit auch ihre Historiker nur verführt habe. Vom Judenmord und der Verfolgung und Unterdrückung der ostmittel- und osteuropäischen Nationen hätten die Geschichtswissenschaftler – ebenso wie die meisten anderen Deutschen – vermeintlich nichts gewusst.

Anders bewerteten Historiker aus der UdSSR und ostmitteleuropäischen Ländern, die nach 1945 der sowjetischen Hegemonie unterworfen waren, das Verhalten deutscher Wissenschaftler während der NS-Zeit. Die Beiträge dieser Provenienz waren politisiert und standen im Kontext des Kalten Krieges. Sie zielten vor allem darauf ab, bundesdeutsche Historiker als „Revanchisten“ zu diffamieren, während belastete, aber in der DDR tätige Wissenschaftler

solchen Vorwürfen nicht ausgesetzt waren. In der Bundesrepublik löste der plumpe Ton dieser Angriffe keine ernsthafte Debatte über das Thema aus.

Ihren öffentlichkeitswirksamen Durchbruch erfuhr die Beschäftigung mit dieser Thematik zwar auf dem Historikertag 1998, doch hatte die fachinterne Auseinandersetzung mit ihr schon früher begonnen. Bereits 1966 zitierte der Osteuropa-Historiker Werner Philipp in einem jedoch erst 1983 publizierten Vortrag zum Nationalsozialismus und den Ostwissenschaften kritisch aus einigen Werken der deutschumsbezogenen, antisemitischen Ostforschung der NS-Zeit. Er stellte fest, dass eine systematische Aufarbeitung des Themas noch ausstehe. Sein stichprobenartiges Bild von der Unterstützung und Bejahung des nationalsozialistischen Regimes seitens der Ostforscher ließ sich durch weitere Untersuchungen bestätigen. Auch der Tenor von Christoph Kleßmanns Studie „Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik im Dritten Reich“ aus dem Jahre 1985 ist kritisch, beschränkt sich jedoch auf die Analyse publizierter Texte.

1988 war es dann Michael Burleigh, der mit einer umfassenden Untersuchung viele neue Fakten aus den Archiven ans Licht brachte. Burleigh legte – vornehmlich am Beispiel der Publikationsstelle Berlin-Dahlem und der von Albert Brackmann geleiteten Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft – die antipolnische, revisionistische, deutschumszentrierte und politisierende Tätigkeit der deutschen Ostforschung offen. Die Studie analysierte auch die Rolle mehrerer pseudowissenschaftlicher Einrichtungen wie des Instituts für Deutsche Ostarbeit in Krakau (1940–1945) sowie die Kontinuitäten innerhalb der Ostforschung vor, in und nach dem Krieg. Burleigh zeigte an mehreren Beispielen, dass die Expertisen der Historiker, Volkskundler und Ethnografen in Form von Statistiken, Landkarten und bevölkerungsgeschichtlichen Studien direkt zur Umsetzung der Volkstumspolitik, d.h. der ethnischen Segregation, benutzt wurden. Mit Brackmann und weiteren Historikern und Archivaren waren seriöse Wissenschaftler an diesem Projekt beteiligt. Der

Autor führte Werner Conze und Theodor Schieder neben anderen nur als Mitarbeiter der Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft an, ohne genauer auf ihre Tätigkeit einzugehen. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre erschienen dann aber zwei Beiträge von Götz Aly und Karl Heinz Roth, die insbesondere die Rolle der beiden genannten Historiker in der NS-Zeit kritisch betrachten.

1991 zitierte Götz Aly gemeinsam mit Susanne Heim in einer Studie unter dem Titel „Vordenker der Vernichtung“ erstmals aus Arbeiten und Schriften Conzes, in denen dieser in einem Beitrag für den 14. Internationalen Soziologenkongress in Bukarest 1939 unter anderem die „Entjudung der Städte und Marktflecken zur Aufnahme bäuerlichen Nachwuchses in Handel und Handwerk“ propagiert hatte.¹ Ein Jahr später legte Karl Heinz Roth zusammen mit Angelika Ebbinghaus mehrere im Umfeld von Theodor Schieder sowie den Ostforschern Albert Brackmann und Hermann Aubin verfasste Denkschriften vor, die kurz nach dem deutschen Überfall auf Polen entstanden waren. Der Breslauer Historiker Aubin fragte sich am 18. September 1939, ob das polnische „Instytut Śląski“ in Kattowitz nun gegen die Polen zu benutzen sei. Seiner Meinung nach könne die Wissenschaft nicht einfach warten, bis sie von der Politik nach Expertisen gefragt werde, sondern sie müsse sich selbst zu Wort melden.

Schieder wiederum forderte eine Wiedergutmachung für das Unrecht, „das 1919 dem deutschen Orden und seiner deutschen Bevölkerung zugefügt wurde“.² Dazu sollte der deutsche Besitz wiederhergestellt, der deutsche „Volksboden“ gesichert, das polnische Volkstum vom deutschen abgegrenzt und der polnische Grundbesitz beschlagnahmt werden. Darüber hinaus trat

- 1 Aly / Heim: Vordenker der Vernichtung, 102–103. Es handelte sich um folgenden im Laufe der Debatte oft zitierten Text: Conze: Die ländliche Übervölkerung in Polen, 48.
- 2 Aufzeichnungen über Siedlungs- und Volkstumsfragen in den wiedergewonnenen Ostprovinzen. Erster Entwurf von Theodor Schieder, 7.10.1939. In: Roth / Ebbinghaus: Vorläufer des „Generalplans Ost“, 84–91.

er für die Ausweisung aller seit 1919 nach Posen-Westpreußen zugewanderten Polen ein. Die „Wiedereindeutschung“ der polnischen Westgebiete gedachte er durch Umsiedlung und „Ansetzung“ Deutscher zu garantieren. „Die Herstellung eines geschlossenen deutschen Volksbodens“ mache „Bevölkerungsverschiebungen allergrössten Ausmasses notwendig“.³ Hinsichtlich der Frage, was mit der mehrere Millionen starken polnischen Bevölkerung in Posen-Westpreußen geschehen solle, zog Schieder eine Auswanderung nach Übersee gegenüber der Abwanderung in den polnischen Reststaat vor. Letzteres sei nur unter der Voraussetzung der „Herauslösung des Judentums aus den polnischen Städten“ möglich. Die Zukunft der auszusiedelnden Polen sei für das Deutsche Reich keineswegs gleichgültig:

„Die Entjudung Restpolens und der Aufbau einer gesunden Volksordnung erfordern den Einsatz deutscher Mittel und Kräfte und bringen die Gefahr der Entwicklung einer neuen polnischen Führungsschicht aus dem neuen polnischen Mittelstand heraus mit sich. Überlässt man diese Dinge sich selbst, so ist zu befürchten, dass die Zersetzung des polnischen Volkskörpers zum Herd neuer gefährlicher Unruhe werden kann.“⁴

Die Historikertage

Das Verhalten und Wirken einiger Historiker während der NS-Herrschaft war in der Folge auch Gegenstand mehrerer Historikertage in den 1990er Jahren. In der Leipziger Sektion (1994) „Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft“, deren um mehrere Beiträge erweiterte Dokumentation 1997 publiziert wurde, beschäftigte sich Willi Oberkrome mit dem „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums“. In einer Fußnote wies er darauf

3 Aufzeichnungen über Siedlungs- und Volkstumsfragen, 87.

4 Aufzeichnungen über Siedlungs- und Volkstumsfragen, 90–91.

hin, dass der Vorwurf, Conze habe zu den mit dem Völkermord befassten „Planungseliten“ des „Dritten Reiches“ gezählt, noch „einer – bisher kaum geleisteten – seriösen empirischen Bestätigung“ bedürfe. Karen Schönwälder sah die Hauptbedeutung der universitären Historikerschaft für das NS-Regime eher in ihrem propagandistischen Feuerschutz. Auch wenn manch ein Geschichtswissenschaftler vielleicht Strategie hätte sein wollen, so seien die politischen Kommentatoren der Jahre 1933 bis 1945 wohl eher Legitimatoren denn Vordenker der NS-Politik gewesen. So zitierte die Verfasserin unter anderem auch Schieder mit Äußerungen, die die deutsche Eroberung Polens rechtfertigen sollten. Karl Heinz Roth verwies in seinem Beitrag auf Burleighs bahnbrechende Studie, die nachholende Rezeption früherer DDR- bzw. osteuropäischer Publikationen über die NS-Ostforschung in der Bundesrepublik und die Erschließung neuer Quellenbestände. Diese drei Faktoren, so der Autor, hätten zu einem Wandel des bisherigen Geschichtsbilds beigetragen. Nun könne man mit Gewissheit behaupten, dass viele der damaligen Repräsentanten und Nachwuchskräfte der Zunft die „volkstumpolitischen“ und „sicherheitspolizeilichen Flurbereinigungen“ in Ost- und Südosteuropa nicht nur ideologisch legitimiert, sondern auch konzeptionell mit vorbereitet hätten. Unter den Fittichen bekannter Mentoren wie Aubin, Brackmann und – bis zu seiner Zwangsemeritierung 1934 – auch Rothfels hätten sich 30-jährige Nachwuchshistoriker wie Conze und Schieder profiliert, indem sie den „Angriffskrieg im Vorgriff zum Vehikel eines forcierten sozialen Wandels instrumentalisierten, dessen Voraussetzungen gewaltige ‚Umsiedlungen‘ waren“.⁵

Als Beispiel für einen Historiker, der sowohl propagandistisch als auch operativ in die NS-Volkstumspolitik verstrickt war, stellte Roth den Ostforscher Hans Joachim Beyer vor. Dieser hatte nicht nur im Sicherheitsdienst und im Reichssicherheitshauptamt mitgearbeitet, sondern er war außerdem Heydrichs Professor in Prag an der Deutschen Karls-Universität und in der

5 Roth: Historiographie des „Volkstums“, 171.

dort ansässigen Reinhard-Heydrich-Stiftung gewesen. Ingo Haar befasste sich mit dem revisionistischen deutschnationalen Historikermilieu in Königsberg um Hans Rothfels und dessen beiden Schülern Conze und Schieder seit Ende der 1920er Jahre. Er zeichnete die aktive Rolle von Rothfels als Mentor für die jüngeren Historiker nach, die er für die „Deutschtumsarbeit“ zu gewinnen wusste. Zugleich verfolgte der Verfasser den Weg der völkisch und antirepublikanisch eingestellten und sich zunehmend radikalisierenden Nachwuchswissenschaftler in den Nationalsozialismus.

Auf dem 41. Deutschen Historikertag 1996 in München widmete sich eine Sektion der „Deutschen ‚Ostforschung‘ – Ihre Bilder und Vorstellungen von der Geschichte des polnischen Nachbarn (1918–1989)“. Hier galt das Interesse stärker dem wissenschaftlichen Werk der Ostforscher und methodischen Aspekten. Es ging insbesondere um die Frage, ob von der Ostforschung als einem Teil der Volksgeschichte langfristig methodisch innovative Impulse ausgegangen seien. Diese These verneinten die Teilnehmer jedoch aufgrund der deutschumsorientierten Ausrichtung der Ostforschung weitgehend.

Ein Jahr vor dem Historikertag in Frankfurt am Main legte Götz Aly 1997 ein weiteres Buch vor. In einem Kapitel unter dem Titel „Rückwärtsgewandte Propheten“ ging er darin erneut auf Schieder und Conze ein sowie erstmals auch auf deren Schüler Hans und Wolfgang J. Mommsen, Hans-Ulrich Wehler, Martin Broszat, Lothar Gall und Hans Booms. Indirekt warf der Autor Wehler und Gall vor, Schieders Tätigkeit während der NS-Zeit in Nachrufen verharmlost zu haben. Neben der wieder herangezogenen Schieder-Denkschrift vom 7. Oktober 1939 berief sich Aly auf ein neu erschlossenes Schreiben Schieders an das Auswärtige Amt, in dem dieser 1936 die wenig homogene „rassische Zusammensetzung“ der Bevölkerung und die starke Frequenz jüdischer Emigranten aus Deutschland in einem estnischen Seebad anprangerte.⁶ Über Conze schrieb Aly, dass er seit dem Sommer 1943 eine Dozentur

6 Aly: Macht – Geist – Wahn, 155–156.

für Agrar- und Siedlungsgeschichte sowie Geschichte der völkischen Sozialentwicklung an der „Reichsuniversität“ Posen innegehabt hatte.

Der Frankfurter Historikertag

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Debatte, die inzwischen mit der Fischer-Kontroverse und dem „Historikerstreit“ verglichen wurde, auf dem 42. Historikertag in Frankfurt am Main im September 1998. Hier legten in der Sektion „Deutsche Historiker im Nationalsozialismus“ vornehmlich jüngere Historiker ihre Forschungsergebnisse über die Verstrickung von Geschichtswissenschaftlern in die NS-Politik vor. Anschließend wurden diese vor einem rund 450 Teilnehmer umfassenden Auditorium leidenschaftlich diskutiert. Innerhalb der Sektion sprachen Götz Aly, Ingo Haar, Michael Fahlbusch und Mathias Beer zur historischen Ostforschung. Diese Beiträge wurden um weitere Aufsätze und Kommentare von Wolfgang J. Mommsen, Hans Mommsen, Wolfgang Schieder, Hans-Ulrich Wehler und Jürgen Kocka in einem Sammelband ergänzt.

Aly befasste sich unter dem provozierenden Titel „Theodor Schieder, Werner Conze oder Die Vorstufe der physischen Vernichtung“ erneut mit den beiden einflussreichen bundesrepublikanischen Historikern. Er präsentierte die bereits zuvor bekannten Belege, erweiterte sie jedoch um Hinweise auf Schieders Tätigkeit als Leiter der „Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte“ (1935–1945). Diese von Brackmann initiierte Institution sammelte und erschloss unter anderem zeitgeschichtliche Unterlagen zum „Volkstumskampf“ in den deutsch-polnischen Grenzgebieten für Staat, Verwaltung und Wissenschaft. Ein weiteres Gutachten Schieders von der Jahreswende 1941/42 zur Bevölkerung im Gebiet Białystock enthielt antisemitische

Äußerungen im NS-Jargon. Conze schrieb in einem Aufsatz zur weißrussischen Frage in Polen, dass Hitler wegen seiner klaren Politik in der Judenfrage einen großen Eindruck bei den Weißrussen hinterlassen habe.

Erneut warf Aly Wehler und Gall vor, sie hätten Schieders Schriften aus der Zeit vor 1945 hoch gelobt und ihnen inhaltlich unberechtigt einen himmelweiten Unterschied vom „Lebensraum-Expansionismus der braunen Machthaber“ bescheinigt. Galls Einschätzung, Schieder sei seit 1930 innerlich immer mehr auf Distanz zum Nationalsozialismus gegangen, habe tatsächlich nicht der Realität entsprochen. So schrieb Schieder in völliger Übereinstimmung mit der NS-Semantik in einem Beitrag aus dem Jahre 1943 vom Kampf der deutschen Stände in der frühen Neuzeit für die „Reinheit des Blutes“, da ihnen dessen „Vermischung“ als „größtes völkisches Unheil“ erschienen sei.⁷ Jürgen Kocka hatte Aly auf dem Historikertag entgegengehalten, dass Schieders Gutachten und Conzes antisemitische Äußerungen letztlich ohne faktische Bedeutung gewesen seien. Ihm erwiderte Aly nun, dass die beiden Historiker auf ihre Weise am „Menschenverbrechen Holocaust mitgewirkt“ hätten.⁸

Ingo Haar schilderte in seinem Beitrag den Aufstieg der Volksgeschichte um Rothfels, Aubin und Brackmann am Beispiel der „Leipziger Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung“ sowie der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft. Laut Haar war der Berliner Arbeitskreis der NOFG in die komplexen Planungs- und Entscheidungsvorgänge der NS-Polenpolitik besonders eng eingebunden gewesen:

„Auch an der Durchführung des Generalplans Ost, der von den Planungsgruppen der SS um Konrad Meyer nach dem Überfall auf die Sowjetunion ausgearbeitet wurde, blieb der Forschungsverbund der ostdeutschen Volkstumshistoriker federführend. Durch ihre Begleitforschung zur ‚Deutschen

7 Schieder: Landständische Verfassung, 272–273 u. 283.

8 Aly: Theodor Schieder, 177.

Volkliste⁹ erwarben sie sich ab 1941 neue Kompetenzen, so daß ihr Großforschungsbetrieb ab 1943 direkt dem Reichssicherheitshauptamt unterstellt wurde.⁴⁹

Wenngleich diese Aussagen grundsätzlich zutreffen, bleiben die Belege für die vermeintlich „federführende“ Beteiligung der Ostforscher am Generalplan Ost der SS oft ungenau und oberflächlich. Zu Conze schrieb Haar, dass dieser die *Venia Legendi* als Historiker der Reichsuniversität Posen erst nach seiner Unterstützung der NS-Bevölkerungspolitik in Weißrussland – einschließlich der Judenverfolgung – erhalten habe. Als Beleg führte Haar einen Brief Aubins an Brackmann vom 24. Juni 1942 sowie Conzes Beitrag zur ländlichen Übervölkerung in Polen für den Soziologen-Kongress in Bukarest an. Betrachtet man nun das oben genannte Schreiben Aubins, spricht aus diesem aber lediglich Aubins Bitte gegenüber Brackmann, für Conze ein Gutachten auszustellen. Von der NS-Bevölkerungspolitik und Judenverfolgung findet sich kein Wort. Auch in der Rothfels-Kontroverse wies Winkler klar und überzeugend nach, dass Haar eine Radioansprache von Rothfels um drei Jahre falsch datiert und dementsprechend auch falsch interpretiert hatte. Selbst Haar gestand jedoch ein, dass es zu schlicht sei, den Karriereverlauf Schieders und Conzes allein mit dem Paradigma der „Vordenker der Vernichtung“ erklären zu wollen. Dieses Konzept sei mit einer Reihe von schwer nachweisbaren Mutmaßungen behaftet. Der gegenüber Schieder erhobene Vorwurf, ein Vordenker des Generalplans Ost gewesen zu sein, erschien auch ihm widersinnig. Schließlich legte Brackmann Schieders Denkschrift nicht den für die Vernichtungspolitik verantwortlichen Stellen (SS) vor, sondern nur einigen ihm persönlich bekannten Sachbearbeitern in verschiedenen Ministerien (Inneres, Wissenschaft, Landwirtschaft und Auswärtiges Amt). Seiner Meinung nach war das Papier aufgrund der veränderten politischen Lage

9 Haar: „Kämpfende Wissenschaft“, 228–229.

bereits obsolet geworden. Gleichwohl sieht Haar in Schieder zu Recht einen „Tathelfer“ des NS-Regimes.

Fahlbusch legte in seinem Beitrag über die „Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft“ (SOFG) deren revisionistischen und volkspolitischen Charakter in der Zwischenkriegszeit und die kontinuierlich gestiegene finanzielle Unterstützung durch den Staat offen. Die dort engagierten Historiker unterstützten die NS-Expansions- und Volkstumspolitik, indem sie Landkarten, Statistiken und historische Expertisen verfassten und mit den direkt involvierten Stellen der Politik kooperierten. Zudem wies der Autor nach, dass entgegen der Behauptung Wehlers die Publikationsstelle Wien der SOFG an den Grenzziehungsverhandlungen und den Planungen zur ethnischen Segregation beteiligt gewesen war. Mathias Beer hob Kontinuitäten im Wirken Schieders in dessen Funktion als Leiter (1935–1945) der Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte und als Bearbeiter der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ aus der Nachkriegszeit hervor.

Die Beiträge von Jürgen Kocka, Hans-Ulrich Wehler, Wolfgang J. und Hans Mommsen waren als Reaktion auf die Angriffe auf ihre akademischen Lehrer entstanden und fassten zugleich die Diskussion zusammen. Dabei ging es schwerpunktmäßig um Schieders und Conzes Wirken während der NS-Zeit und in der Bundesrepublik. Ihre Darstellungen überzeugen durch eine größere Ausgewogenheit in der Argumentation. Hans Mommsen sprach von einem faustischen Pakt der Ostforschung mit dem NS-Regime, bei dem es sich sehr oft um mehr als nur eine Affinität der Ostforscher zum Nationalsozialismus gehandelt habe. Wolfgang J. Mommsen schätzte den unmittelbaren Einfluss der Historiker-Denkschriften auf den tatsächlichen Gang der Dinge als denkbar gering ein. Schieder und Conze seien keine Wegbereiter der Idee der Judenvernichtung gewesen, auch wenn sie die Vertreibung der Juden als Faktor in ihre Planungen einbezogen hätten. Im Zusammenhang mit der Schieder-Denkschrift wies Mommsen – wie auch andere – darauf hin,

dass der Verfasser damals nur Protokollant und Teilnehmer einer Sitzung gewesen sei, sodass die diskutierten Maßnahmen nicht unbedingt seine eigene Meinung widerspiegeln.

Aber auch Mommsen wies der Publikationsstelle Berlin-Dahlem aufgrund der Umtriebigkeit Brackmanns eine wichtige Rolle in der Zuarbeit für die Volkstumspolitik zu, die sich u. a. in der Erstellung der sogenannten Deutschen Volksliste manifestiert habe. Sein Fazit lautete daher ebenfalls, dass große Teile der deutschen Historikerschaft zu Mitträgern und Apologeten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geworden seien. Die Gründe dafür sah er in mehreren Faktoren wie dem Streben nach Macht, Karriere und Einfluss, aber auch in einer freiwilligen Identifikation mit den Zielen und Idealen des NS-Regimes. Wehler zeichnete den Weg seines akademischen Lehrers Schieder ebenfalls differenzierter als seine Kritiker nach, ohne die NS-Zeit mit der Polendenkschrift von Oktober 1939 und den in NS-Semantik gehaltenen Beitrag aus dem Jahre 1943 auszublenden. Er ging zudem auf die Nachkriegszeit ein und bescheinigte sowohl Schieder als auch Conze Lernbereitschaft und reflexive Lernfähigkeit. Er plädierte dafür, nicht nur die zwölf Jahre der NS-Zeit, sondern auch die vier Jahrzehnte in der Bundesrepublik für eine gerechte Beurteilung des Lebens und Werkes der beiden Historiker heranzuziehen. Diesem Tenor folgte auch Jürgen Kocka, der darauf hinwies, dass der Wandel in der Einstellung der betroffenen Historiker ebenfalls berücksichtigt werden müsse und ihr gesamtes Wirken in Betracht zu ziehen sei.

Somit kann festgehalten werden, dass zur Zeit des Frankfurter Historikertags 1998 die Mehrzahl der einschlägigen Fakten bereits bekannt war und die Anschuldigungen dort nur noch einmal gebündelt vorgetragen wurden. Zum Auslöser der Debatte wurde also nicht das Aufdecken vermeintlich neuer Informationen, sondern das erstmalige direkte Aufeinandertreffen der „Angreifer“ mit den Schülern der inkriminierten akademischen Lehrer. Durch den

Historikertag kam es auch zu einer regen Berichterstattung in den Medien. Der Historikerkongress 2000 in Aachen widmete den Geschichtswissenschaftlern ebenfalls eine Sektion, ohne damit jedoch eine ähnliche Resonanz wie zwei Jahre zuvor auszulösen.

Die Rothfels-Kontroverse

Ingo Haar gab zu jener Zeit den Anstoß für eine breite Diskussion um Hans Rothfels, die zu einem direkten, polemischen Schlagabtausch mit dem Rothfels-Schüler Heinrich August Winkler führte. Haar warf Rothfels vor, als Historiker und Publizist in Königsberg nationalistische und antidemokratische Positionen vertreten zu haben. Damit habe er der nationalsozialistischen Aggressionspolitik gegen Frankreich und mehr noch gegen Polen sowie der ideologischen Radikalisierung seiner Schüler hin zu Vordenkern einer letztlich mörderischen „Volkstumspolitik“ Vorschub geleistet. Diese Anschuldigungen trafen auf die scharfe Kritik Winklers. Für ihn war Rothfels zunächst ein konservativer „Vernunftrepublikaner“, der sich am Ende der Weimarer Republik dem Gedankengut der „konservativen Revolution“, keineswegs aber jenem der Nationalsozialisten angenähert habe.

Demgegenüber ging Karl Heinz Roth sogar noch über die Thesen Haars hinaus, indem er Rothfels eine große Affinität zu faschistischen Ideen attestierte und ihm unterstellte, er hätte sich nach 1933 nur allzu gerne im Sinne des Regimes betätigt, wenn es ihm nur gestattet worden wäre. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe Rothfels die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus verzögert, so etwa mit Blick auf die Grundlagen und den Verlauf der Schoah. Diesem Vorwurf schloss sich auch Nicolas Berg an, der Rothfels in die erste Reihe der Vertreter einer apologetischen Geschichtswissenschaft stellte. Diese unterschiedlichen Positionen waren auch Gegenstand

zweier im Juli 2003 fast zeitgleich stattfindenden Konferenzen über Rothfels, eines Workshops im Berliner „Centre Marc Bloch“ und einer Tagung im Münchner Institut für Zeitgeschichte.

Fest steht, dass Rothfels sich in Königsberg – ähnlich wie Aubin in Breslau und Brackmann in Berlin – für den ‚deutschen Osten‘ sowie gegen die Versailler Nachkriegsordnung engagiert hatte. Für Ostmitteleuropa schwebte ihm ebenso wie Aubin und anderen Ostforschern eine Neuordnung unter deutscher Führung vor. Haar und Roth sahen solche und weitere Äußerungen von Rothfels als Beleg für eine chauvinistische und antidemokratische Einstellung. Zudem warfen sie ihm vor, bewusst die noch weitergehende Radikalisierung seiner Schüler gefördert zu haben. Winkler und andere sahen die Ansichten von Rothfels dagegen noch im gängigen Revisionismus der Weimarer Republik verankert. Auch sie räumten jedoch eine Radikalisierung seiner Gedankenwelt in den frühen 1930er Jahren ein.

Rothfels' Biograf Jan Eckel verortete dessen Denken zwischen beiden Positionen und verweist auf die verschiedenen möglichen Lesearten seiner Texte. Laut Eckel vertrat Rothfels in seinen Schriften die innerhalb der Ostforschung weitverbreiteten Vorstellungen von einer Überlegenheit des deutschen Volkes und einen antislawischen Chauvinismus. Wenngleich diese Dispositionen grundsätzlich kompatibel mit nationalsozialistischen Ansichten waren, lasse sich deswegen jedoch noch keine direkte Linie von den geschichtswissenschaftlichen Texten dieses Historikers zur praktischen NS-Politik ziehen. Für die Beurteilung von Rothfels' ideologischem Profil ist nämlich auch noch ein anderer Aspekt von Belang. Seit 1910 hatte er dem protestantischen Glaubensbekenntnis angehört und fühlte sich zweifellos als Deutscher. Gleichwohl galt er aufgrund der NS-Rassenlehre als Jude und verlor folglich 1934 sein Amt als Ordinarius. 1939 entzog er sich schließlich durch Emigration in letzter Minute dem Zugriff des NS-Regimes. Letztlich wurde Rothfels also selbst zum Opfer des Nationalsozialismus.

Nach dem Frankfurter Historikertag

Einen interessanten Beitrag zur Diskussion stellten 17 Befragungen einflussreicher Schüler Conzes und Schieders (unter anderem Kocka, Wehler, Winkler und Schulze) dar, die im Frühjahr/Sommer 1999 publiziert wurden. Sie gewähren einen Einblick in die vorherrschenden Ansichten unter den Historikern der Schülergeneration. Zwölf von ihnen (also eine deutliche Mehrheit) verneinten die Frage, ob die Volksgeschichte methodisch innovativ gewesen sei. Dass sie mittelbar zur modernen Sozialgeschichte geführt habe, stellten sogar 15, also fast alle, infrage. Die Mehrheit sah des Weiteren eine große personelle Kontinuität hinsichtlich der Lehrstuhlinhaber und des Einflusses bestimmter Historiker vor und nach 1945. Als Gründe für die Resonanz auf das Thema nannten mehrere (8) den Generationenaspekt sowie die Personalisierung der Debatte (4). Die Frage, wie die Rolle der deutschen Historiker im Nationalsozialismus zu bewerten sei, wurde unterschiedlich beantwortet. Sechs der Diskursteilnehmer sprachen von Mitläufern, drei von Vordenkern und drei von Mittätern, andere (5) legten sich nicht eindeutig fest.

Kurz nach dem Historikerkongress in Frankfurt erschien 1999 Michael Fahlbuschs umfangreiche Arbeit zu den Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften sowie 2000 Ingo Haars und Martin Burkerts Dissertationen zur Ostforschung. Alle drei Bücher lieferten zahlreiche neue Fakten, bei deren Interpretation sie sich jedoch grundlegend unterschieden. Burkert, dessen Buch von den Fachkollegen fast einmütig als wenig überzeugend beurteilt wurde, stellte die Ostforscher als Opfer von Angriffen sowohl seitens polnischer Historiker als auch der Nationalsozialisten selbst dar. Dagegen sprachen sich Haar und Fahlbusch für einen starken Einfluss der Ostwissenschaftler auf die NS-Politik aus, ja sie sahen geradezu ein Bündnis zwischen beiden. Zudem

maßen sie der NOFG eine zentrale Rolle bei der Kontrolle der gesamten Ostforschung bei.

Letztlich brachten diese Publikationen jedoch nur wenig neue Indizien für eine signifikante Bedeutung der Historiker für die reale NS-Politik im Osten. Es blieb bei den bereits bekannten Tatsachen: Die Geisteswissenschaftler erstellten propagandistische Texte, bevölkerungspolitische Studien sowie Expertisen, Landkarten und Statistiken, die man staatlichen und NS-Stellen und auch der SS bereitwillig zur Verfügung stellte. Die in den folgenden Jahren erschienenen Publikationen bestätigten dieses Bild. So konstatierte Jan Eike Dunkhase in seiner Conze-Biografie, dass dieser sich in einer Studie aus dem Jahre 1938 vollends der „Sprachformen aus dem Kampf gegen das Judentum“ der Nationalsozialisten bedient habe und im NS-Jargon von „Entjudung“ und „Verjudung“ schrieb.¹⁰ Andererseits betonte Dunkhase den Wandel, den dieser einflussreiche Historiker in der Bundesrepublik vollzogen habe: So habe er den kulturellen Überlegenheitsanspruch gegenüber den slawischen Völkern aufgegeben und eine Transformation von einer „revanchistisch aufgeladenen Volksgeschichte“ zu einer pluralistisch ausgerichteten Sozialgeschichte durchlaufen. Trotz dieses Wandels sei Conze aber dem „traditionell nationalpolitischen Mainstream“¹¹ treu geblieben und habe den Judenmord als historisches Thema ausgeklammert. Zudem habe er die wiederholt von deutschen Historikern vertretene Auffassung geteilt, Hitler habe die Deutschen verführt, ohne dessen großen Zuspruch in weiten Kreisen der Bevölkerung zu erwähnen.

Eduard Mühle beschrieb in seiner Biografie Hermann Aubin eingehend und differenziert als einen deutschnationalen Geschichtswissenschaftler, der sich in den Dienst „des deutschen Volkes“ gestellt habe. Die Förderung von

10 Dunkhase: Werner Conze, 51. Die Textstellen beziehen sich auf Conze: Wilna und der Nordosten Polens und Conze: Die Besiedlung der litauischen Wildnis.

11 Dunkhase: Werner Conze, 261.

dessen vermeintlichen Interessen waren demnach das entscheidende Anliegen seines Wirkens und die zentrale, höchste Kategorie seines Denkens. Dafür trat er in der Weimarer Republik, in der NS-Zeit und auch in der Bundesrepublik mit der ihm eigenen Geschäftigkeit mit den politischen Stellen in Kontakt. Stärker noch als Aubin selbst engagierte sich der von ihm begründete Schülerkreis für die NS-Ziele im Osten. Aubin trat als Redner vor Soldaten auf und legte Denkschriften zur Volkstumspolitik vor. Die während des Krieges von ihm geförderten historischen Arbeiten, etwa zur schlesischen Handels- und Bevölkerungsgeschichte, dienten den Nationalsozialisten auch zur Legitimation des deutschen Anspruchs auf die Vorherrschaft in Osteuropa. Mühle bezeichnet Aubin als einen „Mitdenker“ einer „ethnischen Flurbereinigung“ und „Neuordnung Mitteleuropas“.¹² Am Beispiel Aubins, der einer älteren Jahrgangskohorte als Conze und Schieder angehörte, werden überdies die starken Kontinuitäten deutlich, die ihn schließlich in der Bundesrepublik an sein früheres Wirken anknüpfen ließen.

Die Arbeiten von Aly, Roth, Haar und Fahlbusch kennzeichnet eine teils einseitige Heranziehung von Textziten und deren intensive Verwendung für die Argumentationsführung, wobei die quellenmäßigen Belege für ihre Thesen allerdings zuweilen zu kurz kommen. Diese Vorgehensweise lässt diverse Faktoren wie den zeitlichen Entstehungskontext, das Wissenschaftsverständnis der betroffenen Historiker und die primäre Analyse ihrer Forschungsarbeiten in einigen Fällen unberücksichtigt. Beispielsweise zeigt die edierte Korrespondenz zwischen Aubin und Brackmann deutlich, dass ihnen ein Wissenschaftsverständnis eigen war, welches eine allzu starke Bevormundung der Wissenschaft durch die Politik ablehnte. Darüber hinaus wird an den unterschiedlichen Institutionen der Ostforschung und ihren Konflikten untereinander erkennbar, dass der von Haar und Fahlbusch postulierte übermächtige Einfluss der NOFG im polykratischen NS-System an seine Grenzen

12 Mühle: Für Volk und deutschen Osten, 627.

stieß und bei weitem nicht allumfassend war. Andererseits stellten die zahlreichen Auseinandersetzungen der Historiker um Ressourcen, Einfluss und Macht keinen grundlegenden Gegensatz zum Regime dar.

Fazit

Als Ergebnis der Diskussion um die Rolle der Historiker in der NS-Zeit, die ihren öffentlichkeitswirksamen Höhepunkt auf dem Frankfurter Historikertag 1998 fand, wird man festhalten können, dass sich die Mehrzahl der deutschen Historiker in der NS-Zeit bereitwilliger als bisher angenommen in den Dienst des Regimes gestellt hatten. So waren es nicht nur „wildgewordene Studienräte oder Außenseiter“¹³ (Hans Rothfels), sondern auch etablierte Geisteswissenschaftler wie Brackmann und Aubin (die selbst keine NSDAP-Mitglieder waren) sowie junge Nachwuchshistoriker wie Schieder und Conze, die sich als intellektuelle Helfer der Nationalsozialisten betätigten. Nach dem Krieg waren sie in der Bundesrepublik verhältnismäßig schnell wieder in Amt und Würden und setzten ihre Karrieren fort.

Eindeutig belegt sind propagandistische Schriften der Historiker, die die NS-Eroberungspolitik legitimieren sollten. Auch liegen zahlreiche antisemitische Beiträge vor. Viele Ostforscher stellten sich zudem durch die Erstellung von Expertisen bedenkenlos in den Dienst der NS-Volkstums- und Judenpolitik. Das Maß der aktiven Beteiligung und somit auch das der individuellen Schuld unterschieden sich jedoch von Fall zu Fall. Die generalisierende These von den ‚Vordenkern der Vernichtung‘ und der postulierte direkte kausale Nexus zwischen historischer Forschung und Vernichtung hat sich jedoch

13 Rothfels: Die Geschichtswissenschaft in den dreißiger Jahren, hier 99. Zitiert nach Schulze / Helm / Ott: Deutsche Historiker, 17.

letztlich mit Blick auf die Berufsgruppe der Historiker – von Ausnahmen abgesehen – nicht bestätigt. Auch die Auffassung, die SS habe bei der Durchführung des Völkermords die Vorschläge aus der Ostforschung benötigt, ist überwiegend abgelehnt worden. Andererseits steht eindeutig fest, dass in den Reihen der Ostforscher auch zahlreiche Mittäter waren, die das verbrecherische NS-Regime stützten und ihm ohne Zögern zuarbeiteten. Sie waren aufgrund ihrer überwiegend revisionistischen, deutschnationalen und antislawischen Sozialisation und Einstellung für die NS-Ideologie anfällig.

Das Paradigma der Ostforschung mit ihrer Deutschtumsbezogenheit und der abwertenden Beurteilung anderer Nationen wurde in den letzten Jahren einer grundlegenden Kritik unterzogen. Weitgehende Übereinstimmung innerhalb der Forschung besteht darin, dass die aus der Volksgeschichte hervorgegangene Ostforschung aufgrund ihrer beschränkten Deutschtümelei ungeachtet der teils interdisziplinären Ausrichtung methodisch letztlich nicht sonderlich innovativ war. Konsens herrscht auch bezüglich der großen Kontinuitäten über die NS-Zeit hinaus, sowohl in personeller als auch methodischer Hinsicht. Hier vollzog sich in der Bundesrepublik erst seit den 1960er Jahren ein Wandel, der zudem mit einem Generationswechsel verbunden war. Die in den letzten Jahren vorgelegten Biografien über deutsche Historiker zeugen zugleich deutlich von einer Verlagerung des Schwerpunktes vom Nationalsozialismus auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Hauptgründe dafür, dass die Debatte über die Ostforscher so große Emotionen auslöste, wird man in ihrer personellen Dimension sehen können, also dem Angriff auf anerkannte Größen der Zunft und deren Schüler. Die Auslöser der Debatte waren mit Götz Aly und Karl Heinz Roth aus Sicht der universitären Historikerzunft zwei Außenseiter. Weitere Kombattanten auf Seiten der „Angreifer“ waren die damaligen Nachwuchshistoriker Ingo Haar und Michael Fahlbusch. Ihnen allen war die Tendenz eigen, den Wert der in-

kriminieren Denkschriften und Memoranden für die praktische NS-Volkstumspolitik als sehr hoch einzuschätzen. Der Vorwurf an die Schülergeneration, die „braune“ Vergangenheit ihrer akademischen Lehrer verschwiegen zu haben, gab der Diskussion dann ihre spezifische Verve. Dabei verwundert es, dass die belastenden Schriften, bei denen es sich teils um öffentlich zugängliche Publikationen handelt, erst verhältnismäßig spät herangezogen wurden. Grundlegende Dokumente wie die Schieder-Denkschrift und Conzes Arbeiten aus der NS-Zeit waren bereits zu Beginn der 1990er Jahre in Fachkreisen gut bekannt. Vor der Debatte war die NS-Vergangenheit dieser Historiker noch verschwiegen worden. Auch ist die allgemeine Verstrickung von Geschichtswissenschaftlern in den Nationalsozialismus erst durch diese Kontroverse ins breitere öffentliche Bewusstsein gelangt. Andererseits war manche These der „Angreifer“ jedoch allzu pointiert und fand letztlich in den Quellen keine Bestätigung.

Literatur

- Aly, Götz: Theodor Schieder, Werner Conze oder Die Vorstufe der physischen Vernichtung. In: Schulze / Oexle (Hg.): Deutsche Historiker, 163–182.
- Aly, Götz: Macht – Geist – Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens. Berlin 1997, 153–183.
- Aly, Götz / Heim, Susanne: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hamburg 1991.
- Beer, Mathias: Der „Neuanfang“ der Zeitgeschichte nach 1945. Zum Verhältnis von nationalsozialistischer Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik und der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. In: Schulze / Oexle (Hg.): Deutsche Historiker, 274–301.

- Berg, Nicolas: Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung. Göttingen 2003.
- Białkowski, Błażej: Utopie einer besseren Tyrannis: Deutsche Historiker an der Reichsuniversität Posen (1941–1945). Paderborn 2011.
- Brandes, Detlef / Mišková, Alena: *Vom Osteuropa-Lehrstuhl ins Prager Rathaus. Josef Pfitzner 1901–1945*. Essen 2013.
- Burkert, Martin: Die Ostwissenschaften im Dritten Reich. T. 1: Zwischen Verbot und Duldung. Die schwierige Gratwanderung der Ostwissenschaften zwischen 1933 und 1939. Wiesbaden 2000.
- Burleigh, Michael: *Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*. Cambridge 1988.
- Conze, Werner: Die Besiedlung der litauischen Wildnis. In: Deutsche Monatshefte für Polen 5 (1938/39), 427–443.
- Conze, Werner: Wilna und der Nordosten Polens. In: *Osteuropa* 13 (1938), 657–664.
- Conze, Wolfgang: Die ländliche Übervölkerung in Polen. In: *Arbeiten des XIV. Internationalen Soziologen-Kongresses Bucuresti, Mitteilungen, Abteilung B – Das Dorf*, I. Bd. Bukarest 1940, 40–48.
- Dunkhase, Jan Eike: Werner Conze. Ein deutscher Historiker im 20. Jahrhundert. Göttingen 2010.
- Eckel, Jan: Hans Rothfels. Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert. Göttingen 2005.
- Fahlbusch, Michael: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945. Baden-Baden 1999.
- Fahlbusch, Michael, Die „Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft“. Politische Beratung und NS-Volkstumspolitik. In: Schulze / Oexle (Hg.): *Deutsche Historiker*, 241–264.

- Gall, Lothar: Theodor Schieder 1908–1984. In: *Historische Zeitschrift* 241 (1985), 1–25.
- Guth, Stefan: *Geschichte als Politik. Der deutsch-polnische Historikerdialog im 20. Jahrhundert*. Berlin / Boston 2015.
- Haar, Ingo: *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten*. 2. Aufl. Göttingen 2002.
- Haar, Ingo: Quellenkritik oder Kritik der Quellen? Replik auf Heinrich August Winkler. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 50 (2002), 497–505.
- Haar, Ingo: „Kämpfende Wissenschaft“. Entstehung und Niedergang der völkischen Geschichtswissenschaft im Wechsel der Systeme. In: Schulze / Oexle (Hg.): *Deutsche Historiker*, 215–240.
- Haar, Ingo: „Revisionistische“ Historiker und Jugendbewegung: Das Königsberger Beispiel. In: Schöttler (Hg.): *Geschichtsschreibung*, 52–103.
- Hohls, Rüdiger / Jarausch, Konrad H. (Hg.): *Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus*. Stuttgart / München 2000.
- Hürter, Johannes / Woller Hans (Hg.): *Hans Rothfels und die deutsche Zeitgeschichte*. München 2005.
- Kleßmann, Christoph: Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik im Dritten Reich. In: Peter Lundgreen (Hg.): *Wissenschaft im Dritten Reich*. Frankfurt am Main 1985, 350–383.
- Kocka, Jürgen: Zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik. Ein Kommentar. In: Schulze / Oexle (Hg.): *Deutsche Historiker*, 340–357.
- Mommsen, Hans: Der faustische Pakt der Ostforschung mit dem NS-Regime. Anmerkungen zur Historikerdebatte. In: Schulze / Oexle (Hg.): *Deutsche Historiker*, 265–273.

- Mommsen, Wolfgang J.: Vom „Volkstumskampf“ zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik in Osteuropa. Zur Rolle der deutschen Historiker unter dem Nationalsozialismus. In: Schulze / Oexle (Hg.): Deutsche Historiker, 183–214.
- Mühle, Eduard (Hg.): Briefe des Ostforschers Hermann Aubin aus den Jahren 1910–1968. Marburg 2008.
- Mühle, Eduard: Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung. Düsseldorf 2005.
- Nonn, Christoph: Theodor Schieder. Ein bürgerlicher Historiker im 20. Jahrhundert. Düsseldorf 2013.
- Oberkrome, Willi: Geschichte, Volk und Theorie. Das „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums“. In: Schöttler (Hg.): Geschichtsschreibung, 104–127.
- Philipp, Werner: Nationalsozialismus und Ostwissenschaften. In: Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte 33 (1983), 286–302.
- Roth, Karl Heinz: Hans Rothfels: Geschichtspolitische Doktrinen im Wandel der Zeiten. Weimar – NS-Diktatur – Bundesrepublik. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49 (2001), 1061–1073.
- Roth, Karl Heinz: Heydrichs Professor. Historiographie des „Volkstums“ und der Massenvernichtung: Der Fall Hans Joachim Beyer. In: Schöttler (Hg.): Geschichtsschreibung, 262–342.
- Roth, Karl Heinz: Historiographie des „Volkstums“ und Massenvernichtungen. Der Fall Hans Joachim Beyer. In: Donth, Stefan (Hg.): Bericht über die 40. Versammlung deutscher Historiker in Leipzig 28. September bis 1. Oktober 1994. Leipzig 1995, 170–176.
- Roth, Karl Heinz / Ebbinghaus, Angelika: Vorläufer des „Generalplans Ost“. Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20.–21. Jahrhunderts 1 (1992), H. 1, 62–94.

- Rothfels, Hans: Die Geschichtswissenschaft in den dreißiger Jahren. In: Andreas Flitner (Hg.): Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Tübingen 1965, 90–107.
- Schieder, Theodor: Landständische Verfassung, Volkstumspolitik und Volksbewußtsein. Eine Studie zur Verfassungsgeschichte ostdeutscher Volksgruppen. In: Aubin, Hermann / Brunner, Otto / Kohte, Wolfgang / Papritz, Johannes (Hg.): Deutsche Ostforschung. Ergebnisse und Aufgaben seit dem ersten Weltkrieg. Bd. 2. Leipzig 1943, 257–288.
- Schieder, Wolfgang: Keine Fragen, keine Antworten? In: Schulze / Oexle (Hg.): Deutsche Historiker, 302–305.
- Schönwälder, Karen: „Lehrmeisterin der Völker und der Jugend“. Historiker als politische Kommentatoren, 1933 bis 1945. In: Schöttler (Hg.): Geschichtsschreibung, 128–165.
- Schönwälder, Karen: Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main / New York 1992.
- Schöttler, Peter (Hg.): Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945. Frankfurt am Main 1997.
- Schulze, Winfried / Helm, Gerd / Ott, Thomas: Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Beobachtungen und Überlegungen zu einer Debatte. In: Schulze / Oexle (Hg.): Deutsche Historiker, 11–48.
- Schulze, Winfried / Oexle, Otto Gerhard (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1999.
- Wehler, Hans-Ulrich: Nachruf auf Theodor Schieder. 11.4.1908–8.10.1984. In: Geschichte und Gesellschaft 11 (1985), 143–153.
- Wehler, Hans-Ulrich: Nationalsozialismus und Historiker. In: Schulze / Oexle (Hg.): Deutsche Historiker, 306–339.
- Winkler, Heinrich August: Geschichtswissenschaft oder Geschichtsklitte- rung? Ingo Haar und Hans Rothfels: Eine Erwiderung. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 50 (2002), 635–652.

Lehr, „Schuldige Väter, milde Söhne, strenge Enkel“

Winkler, Heinrich August: Hans Rothfels – ein Lobredner Hitlers? Quellenkritische Bemerkungen zu Ingo Haars „Historiker im Nationalsozialismus“. In: Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte 49 (2001), 643–652.

Christoph Nonn

Theodor Schieders Beitrag zur nationalsozialistischen Vertreibungs- und Vernichtungspolitik¹

Seit 1935 war Theodor Schieder Leiter der Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte. Das klingt freilich beeindruckender, als es gewesen ist: Denn tatsächlich war Schieder zunächst nicht nur Leiter, sondern auch einziger Mitarbeiter der Landesstelle. Seit 1936 kam dann mit Hans Nithack ein weiterer Mitarbeiter dazu. Ab 1940 wurden die beiden Mitarbeiterstellen von Ernst Keit und Burchard Sielmann besetzt. Schieder, der in diesem Jahr eine Dozentur am Historischen Seminar der Universität Königsberg übernahm, leitete die Landesstelle allerdings gegen eine geringfügige Aufwandsentschädigung weiter.

Schieders nationalsozialistische Vergangenheit ist auf dem Historikertag 1998 Objekt einer großen Debatte gewesen, nachdem Aspekte seiner Tätigkeit zwischen 1933 und 1945 von Angelika Ebbinghaus, Karl-Heinz Roth und besonders Götz Aly aufgedeckt worden waren. Die Debatte drehte sich vor allem darum, wie man diese Tätigkeit bewerten sollte. Sie kreiste meist um juristische und moralische Begriffe wie Schuld und Reue. So rief Peter Schöttler die Historiker auf, wie „Untersuchungsrichter“ zu verfahren, wenn es um

1 Eine etwas längere Fassung des Beitrags erschien zuerst in Kriese, Sven (Hg.): *Archivarbeit im und für den Nationalsozialismus. Die preußischen Staatsarchive vor und nach dem Machtwechsel von 1933*. Berlin 2015, 211–219, unter dem Titel „Direkte und indirekte Beiträge zur nationalsozialistischen Vertreibungs- und Vernichtungspolitik: Die Landesstelle Ostpreußen der Zentralstelle für Nachkriegsgeschichte unter Theodor Schieder“.

die Geschichte des eigenen Berufsstands gehe. Götz Aly fällt das Verdikt, Theodor Schieder habe „am Menschheitsverbrechen Holocaust mitgewirkt“. Hans-Ulrich Wehler verteidigte dagegen seinen alten Lehrer Schieder mit dem Argument, man müsse auch dessen Handeln nach 1945 berücksichtigen, um zu einem „gerechten Urteil“ zu kommen.²

Etwas vernachlässigt wurde bei diesen Debatten darum, wie Schieders Verhalten aus juristischer und moralischer Sicht zu bewerten sei, die Frage nach den *Wirkungen* dieses Verhaltens. Und gelegentlich wurde auch die Untersuchung dieses Handelns selbst etwas vernachlässigt. Dieser Eindruck drängte sich mir jedenfalls bei den Recherchen für eine Biografie Schieders in den Quellen des Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz auf. Diese Recherchen waren in der Erwartung begonnen worden, allenfalls zu Schieders Motiven, nicht aber zu seinem Handeln neue Erkenntnisse gewinnen zu können. Schließlich hatten Götz Aly und Ingo Haar die betreffenden Quellen schon eingesehen und in Publikationen verarbeitet. Zwar war von beiden vor allem nach „belastendem“ Material gesucht worden. Ich ging aber davon aus, dass sie dabei den Inhalt der Quellen korrekt wiedergegeben hätten. Für Aly traf das auch zu, im Fall von Haar allerdings leider wiederholt nicht.

Das soll hier zunächst am Beispiel von drei zeitgenössischen Berichten über die Verschleppung von Akten aus polnischen Archiven ins Königsberger Staatsarchiv 1939/40 gezeigt werden. Diese Episode illustriert im Kleinen die Mechanismen und den Charakter nationalsozialistischer Herrschaft. Und ihre Darstellung durch Ingo Haar illustriert, wie diese Mechanismen und dieser Charakter durch eine flüchtige und fehlerhafte Quellenauswertung grob verzeichnet werden können.

Die Berichte liegen im Bestand der Königsberger Archivdirektion. Der erste der drei stammt vom Archivleiter Max Hein. Es handelt sich um den

2 Schöttler: *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft*, 21; Aly: *Theodor Schieder*, 174, 177; Wehler: *In den Fußstapfen der kämpfenden Wissenschaft*, 48.

Jahresbericht des Königsberger Staatsarchivs für 1939. Hein erwähnt darin unter anderem eine Reise Anfang Dezember des Jahres in den Suwalkizipfel und den Regierungsbezirk Zichenau (Ciechanów), der nach der Niederlage Polens im Herbst an die Provinz Ostpreußen angegliedert wurde. Bei dieser Reise, die unter Heins Leitung stand, sei Material aus polnischen Archiven „sichergestellt“ und nach Königsberg geschafft worden.³ Im zweiten Bericht legt der Archivar Kurt Forstreuter Rechenschaft ab über eine Dienstreise nach Suwałki vom 27. Mai bis 2. Juni 1940, die zum selben Zweck stattfand. Der dritte Bericht von Archivmitarbeiter Quednau behandelt eine Dienstreise nach Allenstein Ende Juli 1940, bei der ebenfalls polnische Akten aus dem Regierungsbezirk Zichenau durchgesehen und deren „Überführung“ nach Königsberg vorbereitet wurde.⁴

Bei Ingo Haar kann man dazu lesen, dass Theodor Schieder an allen dieser drei Beutezüge in polnische Archive beteiligt gewesen sei. Schieder und die Königsberger Archivare hätten dabei mit der Gestapo und dem Sicherheitsdienst der SS zusammengearbeitet. Gemeinsam habe man Akten über Juden, polnische Organisationen der 1930er Jahre und Unterlagen über protestantische Kirchengemeinden erbeutet. Diese seien dann zur Vorbereitung von konkreten Vertreibungs- und Vernichtungsaktionen genutzt worden, so zur Erstellung der auf Himmlers Anweisung als Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums erstellten Deutschen Volksliste.

Tatsächlich ist Theodor Schieder aber nur in dem ersten der drei Berichte, dem Max Heins über die Reise vom Dezember 1939, als Teilnehmer erwähnt. Im zweiten und dritten Bericht wird er nicht genannt. In seinen eigenen, regelmäßigen Rechenschaftsberichten an Albert Brackmann schrieb Schieder nichts über eine Teilnahme an den Reisen Forstreuters und Quednaus im

3 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (weiter GStA PK) I. HA, Rep. 178 Abt. XXIX Nr. 2 Band 23, Bl. 129–136 (28.2.1940).

4 GStA PK I. HA, Rep. 178 Abt. XXIX Nr. 16 (ohne Paginierung).

Sommer 1940 – obwohl er sonst jede Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv penibel vermerkte. Während Forstreuters Reise nach Suwałki Ende Mai und Anfang Juni war Schieder zudem, wie den ebenfalls im Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz erhaltenen Berichten an Brackmann zu entnehmen ist, in Płock. Von Kontakten der Königsberger Archivare mit Gestapo und SD ist im Übrigen nur bei Forstreuter und Quednau die Rede – also in den Berichten über die Reisen, an denen Schieder offenbar nicht beteiligt war. Genau besehen erscheint es auch fraglich, ob man in diesen beiden Fällen wirklich von Zusammenarbeit sprechen kann. Zumindest in dem Bericht von Quednau wird stattdessen sogar Streit um die Akten zwischen den Königsberger Archivaren und dem SD angedeutet.

Was auf den ersten Blick vielleicht als Streit um des Kaisers Bart erscheinen mag, sind bei näherem Hinsehen Unterschiede, die weitreichende Implikationen für die Interpretation der Natur des Nationalsozialismus haben. In Haars verkürzter Darstellung werden die drei Berichte nicht nur unzulässig vermischt. Es wird darin auch ein Bild konstruiert, nach dem Historiker wie Schieder, Königsberger Archivare und Organisationen wie SD und Gestapo Hand in Hand arbeiteten. Der Nationalsozialismus erscheint hier wie eine perfekt geölte Maschine, in der ein Rädchen ins andere greift. Das entspricht allerdings im konkreten Fall keineswegs dem komplexeren Befund der Quellen. Und es bedeutet einen Rückfall in das intentionalistische Erklärungsmodell nationalsozialistischer Vertreibungs- und Vernichtungspolitik, das eigentlich durch die Arbeiten von Hans Mommsen und Martin Broszat seit spätestens den 1970er Jahren als überwunden gelten dürfte.

Der Aktenraub aus Zichenau und Suwałki lief keineswegs nach einem zentralen Masterplan zur systematischen Vorbereitung von Verfolgungs- und Vertreibungsaktionen ab, in den Schieder eingebunden gewesen wäre. Er hatte vielmehr einen chaotischen Charakter: Archivare, Historiker, Gestapo und SD vor Ort handelten häufig nicht auf Anweisung, sondern aus eigener

Initiative und nicht selten gegeneinander. Meist gab es dabei keine klare Vorstellung, was mit dem geraubten Material eigentlich anzufangen sei. Entscheidend für den Aktivismus scheint nicht selten das Motiv gewesen zu sein, der NS-internen Konkurrenz nicht das Feld überlassen zu wollen.

Dem entsprachen auf politischer Ebene in Ostpreußen die Rivalitäten zwischen NSDAP-Gauleitung und Oberpräsidium unter Führung von Erich Koch einerseits, den Organisationen von Heinrich Himmlers Imperium in der Provinz andererseits. SD, SS und Himmlers Reichskommissariat zur Festigung deutschen Volkstums betrieben Vorbereitungen zur systematischen Vertreibung nichtdeutscher Nationalitäten aus dem Regierungsbezirk Zichenau und dem später zum Bezirk Białystok erweiterten Suwalkizipfel. Diese aber wurden von Koch meist sabotiert. Lediglich ein winziger Bruchteil der Einwohner dieser Gebiete waren Deutsche. Umfassende Vertreibungsmaßnahmen hätten deshalb nicht allein die Kriegswirtschaft dort gerade in dem Moment völlig zum Erliegen gebracht, in dem Deutschland sich für einen „totalen Krieg“ zu rüsten begann. Der Gauleiter betrieb, wie Ralf Meindl in seiner vorzüglichen Biographie Kochs gezeigt hat, in seinem Herrschaftsbereich auch eine regionale Kirchturmspolitik: Vor allem wollte er die Bezirke Zichenau und Białystok für eine Besiedlung mit nach Kriegsende zurückkehrenden ‚ostpreußischen Bauernsöhnen‘ reservieren.

In diesem Zusammenhang dürfte auch das Schreiben zu sehen sein, welches das Büro der Gauleitung mit der Unterschrift „gez. Koch“ Anfang 1942 an Theodor Schieders Adresse sandte. Darin hieß es:

„Als Leiter der ‚Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte‘ haben Sie gemeinschaftlich mit Ihren Mitarbeitern hervorragend zur Kenntnis der Entwicklung Ostpreußens und seiner neueingegliederten Gebiete beigetragen. Sie haben Material geliefert, das uns früher in unseren politischen Abwehrkämpfen besonders gegenüber Polen wesentliche Dienste geleistet hat, und

das heute bei der Neugestaltung der Regierungsbezirke Zichenau und Białystok uns ein bedeutsames Hilfsmittel ist.“⁵

Ingo Haar sieht in dieser Quelle den entscheidenden Beleg dafür, dass Schieders Aktivität in der Landesstelle direkte Voraussetzung für Vertreibungen gewesen sei. Er ignoriert dabei allerdings den Kontext des Schreibens. Berücksichtigt man diesen, stellt sich die Sache doch etwas anders dar. Das Schreiben legt dann nämlich vielmehr nahe, dass Schieders Arbeit der Gauleitung im Gegenteil bei ihrem Bemühen, die von Himmlers Dienststellen betriebene sofortige Vertreibung der nichtdeutschen Nationalitäten zu verzögern und erst einmal zu *verhindern*, Material lieferte.

Als „Persilschein“ für Schieder taugt dieser Befund freilich nicht. Denn zum einen zeigt er ja, dass der Historiker sich in NS-internen Auseinandersetzungen engagierte. Und zum anderen trug Schieders Arbeit *indirekt* sehr wohl zu nationalsozialistischen Verbrechen bei. Um das zu erkennen, muss man sich allerdings vom intentionalistischen Modell des Nationalsozialismus als perfekt geölter Maschine verabschieden. Erst aus der wesentlich komplexeren, von Mommsen und Broszat begründeten strukturalistischen Perspektive wird der eigentliche Tatbeitrag Schieders klar. Im Ostpreußen der Kriegsjahre waren wesentlich mehr Akteure unterwegs als nur Himmlers Dienststellen und die Gauleitung. Ralf Meindl hat das sehr gut deutlich gemacht. Denn Meindl weist nicht nur darauf hin, dass Gauleiter Koch und sein Apparat die Initiativen der SS vor Ort zu umfassenden Vertreibungsaktionen konkretisierten. Er zeigt auch auf, wie Kochs Profilierungszwang nach außen und Initiativen ‚von unten‘ aus der Region selbst dennoch zu oft ‚wilden‘ Deportationen von Zehntausenden Juden und Polen führten, sowie zu der Erschießung von mehreren Tausend Angehörigen der ‚polnischen Intelligenz‘.

5 Bundesarchiv Berlin (weiter BArch) R 153/88. Das auf den 18. Januar 1942 datierte Schreiben ist im Übrigen bei Haar, *Historiker*, S. 355, fehldatiert auf März.

Was trugen die Arbeiten Theodor Schieders und seiner Mitarbeiter in der Landesstelle Ostpreußen zur Vorbereitung dieser chaotischen und vielfach unorganisierten Vertreibungs- und Mordaktionen bei? An Beschlagnahme und Sichtung der Synagogenverzeichnisse und den Mitgliederlisten polnischer Organisationen, die 1940 von den Archivaren Forstreuter und Quednau durchgeführt wurde und die zur Identifikation von Juden und ‚polnischer Intelligenz‘ verwendet werden konnten, waren sie offenbar nicht beteiligt. Die von der Landesstelle ausgewerteten Unterlagen zur Geschichte und Zahl der Protestanten in Płock und anderen Kreisen des Regierungsbezirks Zichenau⁶ hätten dagegen grundsätzlich für die Erstellung der Deutschen Volksliste durch das Reichskommissariat zur Festigung deutschen Volkstums genutzt werden können. Vergleichbare Akten wurden 1941 zu diesem Zweck verwandt.⁷ Da Gauleiter Koch die Umsetzung der Arbeiten an der Volksliste in systematische Vertreibungen weitgehend verhinderte, hatte das freilich kaum direkte praktische Konsequenzen.

Die Recherchen der Landesstelle führten überdies zu dem von Schieder bereits vorausgesehenen Befund, dass es in Zichenau kaum „Deutschtum“ gab. Die Auswertung der Volkszählungen nach Sprache und Konfession seit dem späten 19. Jahrhundert ergab ein Resultat von nur 15.000 „Volksdeutschen“ unter insgesamt 460.000 Einwohnern im Untersuchungsgebiet.⁸ Eine umfassende ‚ethnische Säuberung‘ verbot sich also allein wegen des dann drohenden fast völligen Verlustes an Arbeitskräften, die unter den Bedingungen des Krieges dringend benötigt wurden. Dass die Analyse der Wahlergebnisse in der Region zu dem Ergebnis kam, die polnische Bevölkerung sei allgemein

6 Bericht Nr. 5 der Landesstelle („Die Geschichte des Deutschtums im Regierungsbezirk Zichenau“). GStA PK I. HA, Rep. 178 Nr. 486.

7 Bericht Quednau über Dienstreise nach Neidenburg 4.–5.6.1941. GStA PK I. HA, Rep. 178 XXIX Nr. 1 Bd. 16.

8 Bericht Nr. 1 und 5. GStA PK I. HA, Rep. 178 Nr. 486; vgl. bereits Schieder an Brackmann 28.11.1939. GStA PK I. HA, Rep. 178 Nr. 485.

deutschfeindlich, war auch kaum geeignet als Entscheidungshilfe für konkrete Vertreibungsmaßnahmen.⁹ Viel mehr als den Ratschlag, die deutsche Machtbasis in den annektierten polnischen Gebieten durch die Gewinnung der kleinen russischen Minderheit in Plock einstweilen etwas zu verbreitern,¹⁰ hatte die Landesstelle den politischen Entscheidungsträgern in Königsberg an hilfreichen Handreichungen letztlich nicht zu bieten.

An einer konkreten Vorbereitung von Vertreibungs- und Vernichtungspolitik waren Schieder und seine Landesstelle direkt offenbar nicht beteiligt. Ähnliches gilt aller Wahrscheinlichkeit nach für die berüchtigte Polendenkschrift vom Oktober 1939. Zwar fehlte es Schieder und seinem Auftraggeber Albert Brackmann keineswegs am Willen dazu, sich in die Gedankenspiele einzuklinken, die am grünen Tisch bereits seit 1937 über die brutale Zwangsumsiedlung und Verschleppung von Millionen Menschen angestellt wurden und die schließlich in das größte Menschheitsverbrechen zumindest des 20. Jahrhunderts münden sollten. Direkt beeinflusst haben sie den Verlauf der nationalsozialistischen Planungen aber offensichtlich nicht. Der am 7. Oktober von Hitler mit der Federführung dieser Planungen betrauten SS wurde die am selben Tag von Schieder beendete Denkschrift nie zugeleitet, und in Himmlers Imperium dürfte daran auch kaum Interesse bestanden haben.

Dennoch blieb die Arbeit der Landesstelle und ihres Leiters in den besetzten polnischen Gebieten nicht folgenlos. Denn sie erschöpfte sich von vornherein nicht in Beratungstätigkeit für eine ‚von oben‘ kommende Politik. Albert Brackmann trug dem Rechnung, als er 1941 in einem erneuten Antrag auf „uk“-Stellung Schieders und seiner Mitarbeiter an der Landesstelle argu-

9 Bericht Nr. 2. GStA PK I. HA, Rep. 178 Nr. 486. Falsch ist die Behauptung von Haar: Historiker, 343, der Bericht enthalte Statistiken zur Mitgliederstärke der polnischen Nationaldemokratie auf Kreisebene.

10 Nicht nummerierter Bericht „Das Russentum in Plock“. GStA PK I. HA, Rep. 178 Nr. 486.

mentierte, es handele sich bei dieser um einen „ausgesprochen kriegswichtigen Betrieb“ nicht nur wegen ihrer Hilfe für den

„politischen und verwaltungsmäßigen Aufbau in den neueingegliederten Ostgebieten [...]. Auch für die publizistische Aufbereitung kriegswichtiger Ergebnisse, für die Schulung der in die neuen Gebiete gezogenen Lehrer u.a.m. werden die Landesstelle und ihre Mitarbeiter herangezogen.“¹¹

Schieder selbst stellte diese populäre Breitenwirkung bereits in seinem Plan zur Neuausrichtung der Landesstelle im März 1940 den Dienstleistungen für Behörden voran: Forschungen über Zichenau sollten

„den klaren Zweck haben, die neuen zu Ostpreußen geschlagenen Gebiete im allgemeinen geschichtlichen und politischen Bewusstsein zu verankern, in dem sie heute noch keinen Platz haben, und andererseits für die politischen und Verwaltungsbehörden nutzbares politisches und geschichtliches Material bereit zu stellen.“¹²

Ende November 1940 gab Schieder auf einer von Brackmann geleiteten Besprechung der Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft in Berlin einen Rechenschaftsbericht. Die Arbeiten der Landesstelle Ostpreußen zu Zichenau waren zu diesem Zeitpunkt alle angelaufen und zu großen Teilen bereits abgeschlossen. Drei Dinge, so bemerkte Schieder einleitend, seien dabei von Interesse:

„1. Die historische Deutung und Ableitung der von der deutschen Verwaltung bei Beginn ihrer Arbeiten vorgefundenen volkspolitischen Struktur. 2. Die Herausarbeitung von volksgeschichtlichen Tatsachen, die den neuen Aufbau-, Siedlungs- und Umsiedlungsplänen in irgend einer Weise Richtung weisen können. 3. Die Unterstreichung der in der Landschaft und in ihrer

11 An Wehrbezirkskommando Königsberg, 24.9.1941. GStA PK I. HA, Rep. 178 Nr. 477.

12 Forschungsplan. BArch R 153/1196. Siehe auch die Absichtserklärung in Theodor Schieder/Max Hein/Erich Keyser: Zum Geleit. In: Altpreußische Forschungen 17 (1940), S. 3, „die neuen Ostgebiete im Süden Ost- und Westpreußens dem allgemeinen Bewusstsein näher zu rücken“.

Geschichte vorgefundenen deutschen Kräfte und Einflüsse und die auf diesem Wege zu erreichende geschichtliche Vertiefung des Heimatbewusstseins der in dieses Gebiet kommenden Menschen.“

Im weiteren Verlauf seines Referats ging er dann konkret jedoch nur auf den ersten und dritten Punkt ein, vor allem aber auf Maßnahmen zur „Vertiefung des Heimatbewusstseins der in dieses Gebiet kommenden Menschen“.

Die „Untersuchung des Deutschtums“ in Zichenau habe nämlich ergeben, dass dessen Bevölkerungsanteil ein „verschwindend geringer“ sei. „Kaum irgendwo im früheren Polen sind die deutschen Züge des Landes so verborgen wie hier. Vorherrschend ist der Eindruck der Verwahrlosung und Rückständigkeit, des von jeder deutschen Kulturausstrahlung Unberührten.“ Aber gerade daraus gewinne „die Aufdeckung und Erhaltung des vorhandenen deutschen Überlieferungsgutes, trete es nun in der Gestalt bodenständiger deutscher Menschen, oder als deutsches Bauwerk, als Träger deutscher Kulturkraft entgegen, seinen Sinn“. Die Mitarbeiter der Landesstelle bemühten sich deshalb darum, die in Siedlungen, Baudenkmalern und „geschichtlich bedeutsamen Schlachtorten deutscher Heere“ greifbaren „deutschen Kultureinflüsse“ zu popularisieren. Das geschah durch Schriften zur Geschichte des Deutschen Ordens in der Region und der deutschen Ansiedlungen im 19. Jahrhundert, durch die Anfertigung von Bibliografien und Karten, und nicht zuletzt durch die Sammlung mündlicher Überlieferung mit Hilfe der deutschen Lehrer vor Ort.¹³ Insbesondere die Lehrer erwiesen sich immer wieder als eifrige Kooperationspartner in dem Bemühen, das Selbstbewusstsein und Überlegenheitsgefühl des „deutschen Volkstums“ vor Ort zu stärken – sei es bei den wenigen alteingesessenen oder umgesiedelten ‚Volksdeutschen‘, sei es

13 Protokoll der bevölkerungsgeschichtlichen Besprechung in Berlin im Volksdeutschen Club 22.–23.11.1940 (fehldatiert auf 1941 bei Haar: Historiker, 346–347). BArch R 153/1544.

beim zugezogenen Personal der deutschen Behörden und deren Angehörigen.¹⁴

Schieder und seine Mitarbeiter von der Landesstelle beteiligten sich damit an der Verbreitung der Vorstellung, das annektierte polnische Gebiet sei eigentlich seit Jahrhunderten schon ‚deutscher Kulturboden‘ gewesen.¹⁵ Durch die Betonung seiner angeblichen ‚Verwahrlosung‘ unter polnischer Herrschaft wurde zudem eine koloniale Herrenmentalität gefördert. Deutsche Besiedlung wurde auf diese Weise ebenso legitimiert wie der weitgehend rechtlose Status der Polen. Die Bestärkung dieser Mentalität durch die Arbeiten der Landesstelle verfestigte die Wahrnehmung der polnischen Einwohner als in der Region allenfalls geduldet und von deutscher Gnade abhängig. Schieder und seine Mitarbeiter trugen damit zu dem Klima bei, das in Zichenau alltägliche Willkürakte von deutschen Behördenvertretern, Polizisten und ‚Volksdeutschen‘ an Polen ermöglichte – bis hin zu nicht autorisierten Erschießungen, ‚wilden‘ Deportationen und Mord. Dieser indirekte Beitrag zu den Verbrechen deutscher Besatzung dürfte wahrscheinlich schwerer wiegen als Schieders Mitverantwortung für Verfolgungsmaßnahmen ‚von oben‘.

Wie mit der von ihm bearbeiteten Denkschrift zur Vertreibungspolitik im eroberten Polen vom Oktober 1939 sprang Schieder auch durch die menschenverachtende Abwertung der polnischen Bevölkerung in seiner Arbeit als Historiker für die Landesstelle Ostpreußen auf einen schon fahrenden Zug auf. An Bereitwilligkeit, sich in die Abteile der ersten Klasse und zum Zugführer vorzuarbeiten, fehlte es ihm nicht. Versuche in dieser Richtung blieben

14 Schieder an Brackmann 30.9. und 28.10.1940, Bericht der Landesstelle März 1941, Schieder an Brackmann 1.11.1941. GStA PK I. HA, Rep. 178 Nr. 485.

15 Vgl. auch die Stellungnahme des Generaldirektors der preußischen Staatsarchive Ernst Zipfel vom 16.1.1940, es komme auf den Nachweis an, dass „altes deutsches Siedlungsgebiet zurückgewonnen“ worden sei. GStA PK I. HA, Rep. 178b Nr. 1086; siehe auch Meindl: Gauleiter, 273–277.

allerdings weitgehend erfolglos, und er musste deshalb wie die meisten anderen Passagiere mit billigen Plätzen vorlieb nehmen. Zu seinem Handeln gab es dabei immer wieder Alternativen. Es wäre wiederholt möglich gewesen, an Haltepunkten aus dem Zug auszusteigen. Schieder tat das nicht, und schon gar nicht streute er Sand ins Getriebe oder zog gar die Notbremse. Aus Furcht vor der draußen möglicherweise lauenden Kälte und Ungewissheit blieb er lieber im geheizten Abteil. Nicht zuletzt half er gelegentlich ein wenig beim Einheizen und trug außerdem als Passagier vielleicht ein kleines bisschen dazu bei, dass die Zugführer sich nicht die Frage nach dem Sinn ihrer Tätigkeit stellen mussten.

Mit Blick auf die „unmittelbare Wirkung“ der Aktivitäten von Historikern wie Schieder im Nationalsozialismus hat Jürgen Kocka die kontrafaktische Frage gestellt: „Wäre ohne sie die Eroberungs-, Zwangsumsiedlungs- und Ausrottungspolitik anders gelaufen?“ Er selbst hat vermutet, die Antwort laute wohl „kaum“.¹⁶ Diese Vermutung ist durchaus zutreffend. Nur ist die Frage eine falsch gestellte. Ein direkter, kausaler Einfluss der von Schieder im Herbst 1939 bearbeiteten Denkschrift auf konkrete nationalsozialistische Vertreibungsvorgänge und Mordaktionen ist nicht nachweisbar und auch nicht plausibel. Das gleiche gilt für die durch ihn in der Landesstelle Ostpreußen danach bis 1942 mit verfassten und verantworteten „Berichte“. Indirekt war Schieder mit diesen Arbeiten aber sehr wohl an der menschenverachtenden und mörderischen NS-Politik beteiligt: Denn seine Stimme war eine in dem vielstimmigen Chorus, der eine Mentalität schuf, die eine solche Politik legitimierte und radikalisierte.

16 Kocka: Zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik, 345.

Literatur

- Aly, Götz: Rückwärtsgewandte Propheten. Willige Historiker. In: Aly, Götz: Macht – Geist – Wahn. Berlin 1997, 153–183.
- Aly, Götz: „Dass uns Blut zu Gold werde“. Theodor Schieder, Propagandist des Dritten Reiches. In: Menora 9 (1998), 13–27.
- Aly, Götz: Theodor Schieder, Werner Conze oder Die Vorstufen der physischen Vernichtung. In: Schulze, Winfried / Oexle, Otto Gerhard (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Frankfurt 1999, 163–182.
- Ebbinghaus, Angelika / Roth, Karl-Heinz: Vorläufer des „Generalplans Ost“. Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 7 (1992), 62–94.
- Haar, Ingo: Historiker im Nationalsozialismus. 2., überarb. Auflage Göttingen 2002.
- Kocka, Jürgen: Zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik. Ein Kommentar. In: Schulze, Winfried / Oexle, Otto Gerhard (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1999, 340–357.
- Meindl, Ralf: Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie. Osnabrück 2007.
- Nonn, Christoph: Theodor Schieder. Ein bürgerlicher Historiker im 20. Jahrhundert. Düsseldorf 2013.
- Schieder, Theodor / Hein, Max / Keyser, Erich: Zum Geleit. In: Altpreußische Forschungen 17 (1940), 1–3.
- Schöttler, Peter: Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945. Einleitende Bemerkungen. In: Schöttler, Peter (Hg.): Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945. Frankfurt 1997, 7–30.

Schulze, Winfried / Oexle, Otto Gerhard (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1999.

Wehler, Hans-Ulrich: In den Fußstapfen der kämpfenden Wissenschaft. Braune Erde an den Schuhen. Haben Historiker wie Theodor Schieder sich nach dem Krieg von ihrer Vergangenheit ganz verabschiedet? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4.1.1999, 48.

Christoph Cornelißen

Die Gründungsphase der Deutsch-Tschechoslowakischen Historikerkommission und die Zeitzeugen

Zeitzeugen sind nicht immer gute Historiker, und Historiker geben nicht notwendig gute Zeitzeugen ab. Für den zweiten Sachverhalt war seit den 1990er Jahren unter anderem aufschlussreich, wie sehr es erst der Anstöße aus den Reihen einer Enkelgeneration deutscher Historiker bedurfte, bevor die Rolle ihrer akademischen „Großväter“ im „Dritten Reich“ kritisch und ohne jede Scheu vor persönlichen Bekanntschaften untersucht wurde. Gewiss muss man im Blick darauf sorgfältig zwischen Skandalisierung und wissenschaftlicher Erkenntnis unterscheiden, aber dieses Problem kann hiernach ohnehin nicht weiter vertieft werden. Vielmehr richtet sich die Aufmerksamkeit auf die Frühgeschichte der Deutsch-Tschechoslowakischen Historikerkommission, der der deutsche Osteuropa-Historiker Detlef Brandes seit der Gründung im Jahr 1990 angehörte.

In diesem Zusammenhang ist es nun interessant zu beobachten, dass auch in diesem Fall die nur dürftige schriftliche Überlieferung und die ebenfalls nur schwachen Erinnerungen der Beteiligten es erschweren, die genauen Umstände zu rekonstruieren und speziell dabei auch das atmosphärische Klima in einem Moment einzufangen, als ausgewählte Historiker beider Länder nach den Zäsuren seit 1989/90 zusammentrafen, um eine Revision der hochpolitisierten Geschichtsbilder zur deutsch-böhmischen und deutsch-tschechischen Vergangenheit einzuleiten. Selbst dieses eher marginale Beispiel rückt somit ein weiteres Mal den weit grundsätzlicheren Sachverhalt in ein grelles Licht: dass Historiker ihrer eigenen Forschungsarbeit beziehungsweise

noch weit mehr ihren „nebenberuflichen Tätigkeiten“ und den dabei anfallenden Dokumenten meist keine große Bedeutung zumessen, was dann regelmäßig zur Folge hat, dass der Wissenschaftshistoriker sich regelmäßig nur auf Bruchstücke beziehen kann und auf die Erinnerungen der Beteiligten – und die können bekanntlich trügen!

Wohl wissend um das Ungenügen ihrer Erinnerungen und trotz fehlender Dokumente haben sich dennoch zwei Gründungsmitglieder der Deutsch-Tschechoslowakischen Historikerkommission der Mühe unterzogen, ihre Gedanken an die erste Phase der Kommission in kurzen Texten schriftlich niederzulegen. Detlef Brandes dagegen musste passen, weil er aus der Zeit vor seinem Umzug nach Berlin im Jahr 2009 keinerlei Unterlagen mehr besitzt und er außerdem an diese Gründungsphase nur noch „schemenhafte Erinnerungen“ habe. Immerhin aber fasste er ein kurzes Statement mit dem für uns wichtigen Hinweis darauf zusammen, dass das seit den 1950er Jahren in München beheimatete Collegium Carolinum die Spezialisten für die böhmischen Länder und die Tschechoslowakei regelmäßig zusammengeführt und dabei vor allem den tschechischen und slowakischen Kollegen die Treue gehalten habe, die nach der Resowjetisierung seit 1968 mit Berufsverbot belegt worden waren. Auch aus diesem Grund sei das erste Treffen der bilateralen Historikerkommission und damit das Wiedersehen mit Kollegen aus der Tschechoslowakei, die zwei Jahrzehnte als einfache Arbeiter tätig gewesen waren und zum Teil „für die Schublade“ geschrieben hätten, sehr emotional ausgefallen.¹

Auf persönliche Einlassungen dieser Art greife ich hiernach noch etwas ausführlicher zurück, aber nicht, um aus dem „Nähkästchen“ zu plaudern, sondern weil die Erinnerungen der „Gründerväter“ zusätzliche Einblicke in eine Phase

1 Ich beziehe mich auf kurze Erinnerungstexte beziehungsweise E-Mails, die mir vorliegen und deren Kopien (in deutscher Übersetzung) in den Akten der Historikerkommission aufbewahrt werden.

bieten, in der sowohl die tschechoslowakische als auch die deutsche Geschichtswissenschaft einen beträchtlichen Wandel durchliefen und sich darüber zugleich ihre bilateralen Beziehungen veränderten. Die Geschichte der Deutsch-Tschechoslowakischen Historikerkommission muss deswegen keineswegs neu geschrieben werden, und doch geben die Erinnerungen der tschechischen und slowakischen Gründungsmitglieder Jan Křen und Dušan Kováč sowie die Hinweise von Brandes aufschlussreiche Erkenntnisse über die Stimmungslagen und zuweilen auch die Enttäuschungen, die sich schon auf der ersten Stufe der Kommissionstätigkeit einstellten.

Bevor wir uns weiter damit beschäftigen, sollen kurz einige Hinweise auf die Gründungsgeschichte eingeflochten werden, die ich im Jahr 2015 aus Anlass des 25jährigen Jubiläums der Historikerkommission zusammengetragen habe.

Eine Kurzgeschichte der Anfänge

Die Deutsch-Tschechoslowakische Historikerkommission ist in der unmittelbaren Folge der demokratischen Revolutionen in Ostmitteleuropa bereits Mitte 1990 entstanden und wurde nach der Teilung der Tschechoslowakei im Jahr 1993 als trilaterale deutsch-tschechische und deutsch-slowakische Kommission fortgesetzt.² Ihre Gründung und nachfolgende Tätigkeit beruht auf der Einschätzung, wonach der Beschäftigung mit der gemeinsamen Vergangenheit Deutschlands, der böhmischen Länder bzw. Tschechiens und der Slowakei respektive von Deutschen, Tschechen und Slowaken eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung eines vereinten Europa zukomme. Dieser Grundgedanke verbindet sie auf das Engste mit der Tätigkeit weiterer Historikerkommissionen, die nach der säkularen Wende am Ende der 1980er Jahre

2 Die nachfolgenden Ausführungen beruhen auf meinem Beitrag Cornelißen: Die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission.

eingerrichtet worden sind. Angesichts der Tatsache, dass die konfliktreiche und im 20. Jahrhundert von dramatischen Einschnitten markierte Verflechtungsgeschichte von Deutschen, Tschechen und Slowaken immer wieder unterschiedliche und zuweilen sogar hochgradig politisierte Vergangenheitsdeutungen heraufbeschwor, bot sich nach den Revolutionen der Jahre 1989/90 die Einsetzung einer Historikerkommission zur Klärung der Sachverhalte geradezu an. Genau vor diesem Hintergrund nahm die Deutsch-Tschechoslowakische Historikerkommission ihre Tätigkeit bereits im Juni 1990 mit einer ersten Arbeitssitzung in Prag auf.³

Dass die Kommission bereits zu diesem frühen Zeitpunkt ins Leben gerufen werden konnte, beruht auf einer Initiative des kurz zuvor gewählten tschechoslowakischen Präsidenten Václav Havel, der die Neubestimmung des Verhältnisses zu Deutschland und den Deutschen zu einem wichtigen Ziel seiner Präsidentschaft erklärt hatte. Er wurde darin vom tschechoslowakischen Außenminister Jiří Dienstbier und dessen deutschem Amtskollegen Hans-Dietrich Genscher nachdrücklich unterstützt. Als sich nach der „samtenen Revolution“ in der Tschechoslowakei die Möglichkeit eröffnete, derartige Ideen in die Realität umzusetzen, verkündeten Genscher und Dienstbier im März 1990, eine deutsch-tschechoslowakische Historikerkommission einzusetzen, die sich mit der Geschichte beider Länder befassen und zu einem besseren Verstehen auf beiden Seiten beitragen sollte. Hierfür gaben sie der Kommission eine Gründungserklärung mit auf den Weg, die als ihre Aufgabe bestimmte, „die gemeinsame Geschichte der Völker beider Länder, vor allem in diesem Jahrhundert, gemeinsam zu erforschen und zu bewerten“, und zwar

- 3 Alle Angaben werden in dem oben angeführten Beitrag nachgewiesen. Die Protokolle und andere Dokumente der Arbeitssitzungen der Kommission sowie weitere Akten befinden sich im Archiv der deutschen Sektion der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission. Dieses befindet sich im Collegium Carolinum, Forschungsinstitut für die Geschichte Tschechiens und der Slowakei (München).

„in breitem historischen Kontext [...], einschließlich der positiven Seiten des gegenseitigen Zusammenlebens, aber auch der tragischen Erfahrungen der Völker beider Länder im Zusammenhang mit dem Beginn, dem Verlauf und den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges“.⁴

Mit anderen Worten ging es also darum, die Deutungskämpfe und -kontroversen über entscheidende Wegmarken der deutsch-tschechoslowakischen Konfliktgeschichte des 20. Jahrhunderts durch weitere Forschungsarbeiten zu klären und die Öffentlichkeit der beiden Länder mit den Ergebnissen der neu gewonnenen Einsichten vertraut zu machen. Das Schlusskommuniqué der ersten gemeinsamen Sitzung der Historikerkommission in Prag vom 15. bis 16. Juni 1990 zielte in die gleiche Richtung. Dort heißt es:

„Der im Geiste der Offenheit und Kollegialität geführte Gedankenaustausch gelangte zu dem Ergebnis, daß die Katastrophen der dreißiger und vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts in größeren historischen Zusammenhängen und insbesondere vor dem Hintergrund des langfristigen Zusammenlebens von Tschechen, Slowaken, Deutschen und Juden gesehen werden müssen. Dabei gilt es, den Blick nicht nur auf das Trennende, sondern auch auf das Verbindende zu lenken.“

Rückblickend lassen sich in der Arbeit der Kommission drei Phasen feststellen, von denen hier jedoch nur die erste Zeitspanne bis Mitte der 1990er Jahre in den Blick genommen wird. In ihr ging es zunächst einmal darum – darüber berichten die Protokolle der Arbeitssitzungen und Tagungen sowie indirekt ebenso die darauf aufbauenden Tagungsbände – herauszufinden, an welchen Punkten und bei welchen Themen wesentliche Divergenzen vorlagen, was fast zwangsläufig die Aufmerksamkeit der Beteiligten auf bekannte Wendepunkte der deutsch-tschechoslowakischen Verflechtungsgeschichte richtete: die Staatsgründung der Tschechoslowakei 1918, die territoriale Amputation der Republik durch das „Münchner Abkommen“ 1938, die Errichtung des

4 Erklärung der beiden Außenminister zur Gründung einer deutsch-tschechoslowakischen Historiker-Kommission [Textfassung vom 1. Februar 1990].

Cornelißen, Gründungsphase der Deutsch-Tschechoslowakischen Historikerkommission

„Protektorats Böhmen und Mähren“, die Gründung des vom NS-Regime abhängigen „Slowakischen Staates“ sowie das Kriegsende und die Vertreibungen. Aber auch wesentliche Stufen der zweiten Nachkriegszeit drängten sich als Thema geradezu auf: Dazu gehören die kommunistische Machtübernahme 1948, die folgende erste Emigrationswelle, der Prager Frühling 1968, damit verbunden die euphemistisch als „Normalisierung“ bezeichnete Wiederherstellung der davor herrschenden politischen Verhältnisse und die zweite Emigrationswelle sowie schließlich die Umstände und Folgen der Revolutionen von 1989. Dass alle diese Themen der deutsch-tschechoslowakischen Konfliktgeschichte auch in den Reihen der Historikerkommission selbst Kontroversen heraufbeschwören mussten, war naheliegend und findet sich durch den Rückgriff auf die Erinnerungen der Beteiligten bestätigt.

Erinnerungen an die Anfänge der Historikerkommission

Schon die Protokolle der ersten Tagungen vermitteln eine Ahnung davon, dass der Beginn der gemeinsamen Diskussionen und die Zusammenführung der Beiträge tatsächlich nicht immer einfach ausfielen. Immerhin muss man dabei in Rechnung stellen, dass die Historiker der beiden beziehungsweise ab dem Jahr 1993 der drei Länder nun erstmals in einem offenen Austausch über die strittigen Fragen der konfliktreichen Verflechtungsgeschichte diskutieren und gemeinsame Positionen entwickeln konnten. Dass dabei heftige Kontroversen beispielsweise über die Einschätzung der Nationalitätenpolitik der Tschechoslowakischen Republik in der Zwischenkriegszeit, über die Umstände des Münchner Abkommens oder auch über die Vertreibung der Deutschen ausgetragen wurden, lag angesichts der Brisanz dieser Themen nahe.

Und doch ist bemerkenswert, dass die entsprechenden Debatten keineswegs ausschließlich entlang nationaler Trennlinien verliefen. In diesem Sinne

berichtete Rudolf Vierhaus, Direktor des Max-Planck-Instituts für Geschichte in Göttingen und erster Co-Vorsitzender der Historikerkommission, schon im November 1992 brieflich dem damaligen deutschen Außenminister Klaus Kinkel, dass die Atmosphäre der Sitzungen und Tagungen außerordentlich kollegial und vollkommen offen ausgefallen sei,

„auch als es [...] um die Zeit von 1938 bis 1948 ging. Es gibt keine Tabus, keine nachträglichen Anklagen, keine falschen Rechtfertigungen. Allerdings sind alle Beteiligten sich darüber im Klaren, daß ihrer Arbeit von bestimmten Kreisen, in beiden Ländern, Mißtrauen entgegengebracht wird.“⁵

Vierhaus bezog sich dabei vor allem auf Leserbriefe aus den Reihen der Sudentendeutschen Landsmannschaft sowie Korrespondenzen aus deren Reihen an hochrangige deutsche Politiker, die scharfe Angriffe auf die Kommission und einzelne ihrer Mitglieder enthielten.⁶

Ein entscheidender Grund hierfür war – wie Křen in seinen Erinnerungen zu Recht betont –, dass die einflussreichen landsmannschaftlichen Organisationen eine Vertretung in der Kommission anstrebten und am liebsten ihre eigenen Mitglieder delegiert hätten. Dazu kam es aber nicht, und es stellt sich die Frage, warum dies so war. Folgt man allein den überlieferten Protokollen der Sitzungen beziehungsweise den bisher vorgelegten Darstellungen zu diesem Thema, so wurden die Mitglieder der 1990 neu gegründeten Historikerkommission von den jeweiligen Fachverbänden ihrer Länder vorgeschlagen und dann von den Leitern der Auswärtigen Ämter für die neue Funktion ernannt. Auch Detlef Brandes erinnert sich daran, dass die Mitglieder der anfangs bi- und später trilateralen Kommission „von den nationalen Fachverbänden der Historiker vorgeschlagen“ wurden. Tatsächlich aber stellt sich die

5 Brief von Rudolf Vierhaus an Klaus Kinkel vom 9. November 1992.

6 Siehe dazu Rudolf Vierhaus: Rückblick auf die Arbeit der deutsch-tschechoslowakischen, der deutsch-tschechischen und der deutsch-slowakischen Historikerkommission (1990–1997) [„für Minister Kinkel“]. 18. Februar 1998.

Lage etwas komplizierter dar, denn ein solches Verfahren war allein auf deutscher Seite möglich, wo mit Rudolf Vierhaus der amtierende Vorsitzende des Historikerverbandes die Zügel in die Hand nahm. Auf diesem Weg setzte er eine rein wissenschaftlich legitimierte Nominierung der deutschen Mitglieder durch, und fast zwangsläufig fiel ihm darüber auch das Amt des ersten Co-Vorsitzenden der Historikerkommission zu.

Sehr viel schwieriger gestalteten sich die Verhältnisse auf tschechoslowakischer Seite, weil hier zunächst ein neuer Historikerverband überhaupt erst gegründet werden musste. Hören wir, was Jan Křen dazu zu berichten weiß:

„Daher übertrag Minister Dienstbier mir die erste Auswahl der Mitglieder. Nach 20 Jahren Berufsverbot und Isolation von der Historikergemeinde war das für mich keine leichte Aufgabe. Spezialisten für die deutsche Problematik hat die staatliche Geschichtswissenschaft, wenn man sie so nennen kann, nicht gerade im Überfluss hervorgebracht. [...] Zum Glück gab es unter den Historikern eine ‚Grauzone‘, aber in Dissidentenkreisen, wo die deutsche Frage in den Jahren 1977/78 Thema einer großen Diskussion gewesen war, gab es erhebliche Unterschiede in den Anschauungen.“

Seine weiteren Ausführungen geben außerdem zu erkennen, dass die dann Nominierten nicht in allen Fällen die in sie gesetzten Erwartungen erfüllten, sodass schon in der ersten Phase Rücktritte und Nachnominierungen notwendig waren.

Auf slowakischer Seite nahmen sich die Dinge noch turbulenter aus. Zwar konstatiert Křen in seinen Erinnerungen, er habe über seinen alten Freund Jozef Jablonicky den slowakischen Kollegen Dušan Kováč für eine Mitgliedschaft gewinnen können, aber der selbst wusste zunächst überhaupt nichts von seiner Aufnahme in den Kreis der Kommissionäre. Tatsächlich erfuhr Kováč, der damals Direktor des Historischen Instituts der Slowakischen Akademie der Wissenschaften war, von der Entscheidung, eine gemeinsame deutsch-tschechoslowakische Historikerkommission zu gründen, aus den

Fernsehnachrichten. Über seine Ernennung zum Mitglied der Historikerkommission berichtete ihm erst danach das Präsidium der Akademie.

Im Grunde gelangte Kováč in sein neues Amt, weil er ebenfalls Vorsitzender des Slowakischen Nationalkomitees der Historiker war und in dieser Funktion seit 1988 mit der Vorbereitung des Weltkongresses der Historiker in Madrid betraut war. Nach der „samtenen Revolution“ 1989 zeigte er sich dann darum bemüht, die Teilnahme tschechischer und slowakischer Historiker unter den veränderten Rahmenbedingungen sicherzustellen. „Alles lief also im Geiste der damaligen revolutionären Zeiten ab“, kommentiert Kováč trocken den damaligen Entscheidungsweg.

Auch im Blick auf die ersten bilateralen Treffen der Historikerkommission weichen die Erinnerungen unserer drei Gründungsmitglieder in nicht unwichtigen Punkten voneinander ab. Während Detlef Brandes konstatiert, dass die erste Zusammenkunft noch auf parallelen Beiträgen deutscher bzw. tschechischer und slowakischer Referenten aufgebaut gewesen sei, sich dann aber schon auf der zweiten Konferenz ein gegenseitiges Vertrauen eingestellt habe, sodass auf dieses Prinzip verzichtet werden konnte, stellt sich die Lage aus der Sicht von Kováč etwas anders dar. Immerhin rief der Entwurf eines gemeinsamen Vorworts von Jörg Hoensch für den Sammelband der zweiten Tagung über „Das Scheitern der Verständigung. Tschechen, Deutsche und Slowaken in der Ersten Republik 1918–1938“ eine „ziemlich scharfe Kritik von Seiten der tschechischen Kollegen“ hervor, was sich auch aus dem internen Schriftverkehr zwischen den Mitgliedern der Historikerkommission rekonstruieren lässt. Am Ende wusste man sich nur damit zu helfen, dass die Publikation – im Übrigen als einzige der ganzen Reihe – eine Einleitung hat, die mit Jörg Hoensch nur einen Autor aufweist, und ebenso ein Schlusswort, dass allein Kováč schrieb.

Darüber hinaus dokumentieren die Erinnerungen von Křen, dass die Einstiegsdiskussionen der ersten Arbeitssitzung auf Schloss Štířín alles andere als

harmonisch abgelaufen sind. Schon die Grundbegriffe seien umstritten gewesen. Denn die deutschen Mitglieder hätten Vorbehalte gegen den unangemessen kalten Begriff der „Abschiebung“ (odsun) geäußert, während „wir wiederum gegen den zu expressiven und vereinfachenden Begriff ‚Vertreibung‘ (vyhnání)“ Einspruch erhoben. Und weiter heißt es:

„Nach langer, hier und da auch angespannter Diskussion kam eine Einigung auf ein Begriffspaar zustande: ‚Vertreibung‘ (vyhnání) für die Zeit der sog. ‚wilden Abschiebung‘ (divoký odsun) und ‚Zwangsaussiedlung‘ (nucené vysídlení) für die spätere Phase des organisierten Transfers nach den Vorgaben der Besatzungsmächte.“

Allen Beteiligten war dabei klar, dass eine solche Entscheidung ausschließlich für die interne Arbeit der Kommission von Belang sein konnte und keineswegs – wie auch die sonstigen Verlautbarungen der Kommission – die Historikergemeinden beider Länder binden sollte oder auch konnte.

Danach aber verbesserten sich der kollegiale Austausch und damit der Tonfall erheblich. Dies zeigt sich auch in den Erinnerungen aller Beteiligten, ergab sich doch auf den die mehrtägigen Konferenzen der Kommission immer wieder die Gelegenheit zu informellen Kontakten, was dann offensichtlich das Vertrauen in die „Gegenseite“ wachsen ließ. Dass außerdem der eine oder andere dem abendlichen Bier zugetan war, förderte allem Anschein nach ebenfalls den grenzübergreifenden Austausch über historisch belastende Fragen. Gerade aber auch die Fachgespräche hätten sich in einem kollegialen und freundschaftlichen Geist vollzogen, meinen alle drei „Gründerväter“. Daran änderte sich auch dann nichts mehr, als die Historikerkommission nach der Teilung der Tschechoslowakei als trilaterale Kommission fortgeführt wurde. Zwar wurden – so Křen –

„die gemeinsamen Sitzungen [...] anfangs etwas misstrauisch beäugt, weil das Ministerium befürchtete, dass dadurch unsere neue Eigenstaatlichkeit herabgesetzt werden könnte. Aber das hielt nicht lange an, wohingegen in der Slo-

wakei unter Mečiar⁷ das dortige Ministerium seiner Kommission eifrig Knüppel zwischen die Beine warf.“

Proteste gegen die Kommissionstätigkeit kamen jedoch nicht nur von dieser Seite, sondern in den 1990er Jahren blieb insbesondere das Verhältnis zu den sudetendeutschen Organisationen angespannt. Auf Podiumsdiskussionen sowie Treffen von Vertriebenen- oder Widerstandsvereinigungen sahen sich sowohl die deutschen als auch die tschechischen und slowakischen Mitglieder der Kommission einer zuweilen sehr scharfen Kritik ausgesetzt. Neben den Hinweisen Křens darauf ist ebenfalls seine Bemerkung aufschlussreich, dass er „die schlimmsten Erlebnisse in der ehemaligen DDR“ gemacht habe, „wo das vom früheren Regime verordnete Schweigen nun mit Aggressivität kompensiert wurde“. Aber auch „in unserem Milieu“ sei es recht schwierig gewesen, „weil die „anwesenden Widerstandskämpfer [...] schon das geringste Anzeichen von Kritik empört zurück[wiesen] und auf ihr Schicksal während der Okkupation“ aufmerksam machten. Und Křen ergänzt:

„Erst mit der Zeit begriff ich, dass es notwendig war, die historische Abfolge einzuhalten und ihr Leiden an den Anfang zu stellen, dessen Anerkennung sie der Kritik öffnete – wengleich es auch dann noch manchmal vergebens war. Auf der anderen Seite griffen uns einige Publizisten, die nun das deutsche Thema entdeckten, häufig als ‚Staatshistoriker‘ und Nationalapologeten an, die nicht kritisch genug seien.“

Allem Anschein nach hat dieser Druck von außen die Mitglieder der Kommission eher noch enger zusammengeschweißt und darüber eine gemeinsame Basis für ihre weitere Tätigkeit aufkommen lassen, die zu Beginn durchaus noch gefehlt hatte. Gleichwohl, zur Mitte der 1990er Jahre wurde die Luft auch intern wieder etwas dicker, wobei in diesem Zusammenhang die diplomatischen Verhandlungen über die zukünftige deutsch-tschechische Erklä-

7 Gemeint ist Vladimír Mečiar, der damalige Ministerpräsident der Slowakei.

Cornelißen, Gründungsphase der Deutsch-Tschechoslowakischen Historikerkommission

zung gleichsam die Hintergrundmelodie abgaben. Um sich in den zeitgenössischen Kontroversen eine größere historische Klarheit zu verschaffen, erarbeitete die Historikerkommission in dieser Lage auf Anregung von Rudolf Vierhaus ein gemeinsames Positionspapier zu den wesentlichen Streitfragen der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungsgeschichte.

Der „Geist von Karlík“

Das Ergebnis der intensiven Beratungen der Historikerkommission bildet eine Broschüre – das sogenannte „grüne Heft“ –, die im Jahr 1995 nach langwierigen und im Einzelnen durchaus konfliktreichen Diskussionen im Kreis der Kommissionsmitglieder vorbereitet worden war.⁸ Nach dem Modell der deutsch-französischen Schulbuchvereinbarungen aus dem Jahr 1952 bietet die 1996 erschienene, zweisprachige Überblicksdarstellung unter dem Titel „Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung“ nicht nur eine Übersicht über die Entwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungsgeschichte seit dem 19. Jahrhundert, sondern sie vermittelt ebenfalls Deutungen zu zahlreichen „neuralgischen Punkten“ im deutsch-tschechischen Verhältnis. Damit hoffte die Kommission einen Beitrag leisten zu können, um die Öffentlichkeit in allen drei Ländern anzusprechen und mit den Deutungen der wichtigsten Streitfragen vertraut zu machen.

Zu diesem Zweck wurde am 3. und 4. Mai 1995 eine Sondersitzung der Mitglieder einberufen, die in einem bescheidenen kleinen Hotel in Karlík unweit von Prag stattfand. Aus der Sicht von Vierhaus ging es dabei darum, einen kurzen Abriss der Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen mit Betonung auf die Fragen zu erstellen, „in denen wir uns soweit einigen können,

8 Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission (Hg.): Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung.

dass es für jeden vertretbar ist“. Um hierfür gemeinsame Absprachen zu erreichen, wurden für die einzelnen Epochen und Probleme kleine Gruppen gebildet, die entsprechende Textvorschläge erarbeiteten. Im Einzelnen war dies, wie mehrere Teilnehmer berichtet haben, ein durchaus zähes Geschäft, das nicht ohne Kompromisse abging. Außerdem wurden fortlaufend Änderungswünsche angemeldet, die immer wieder neue Überarbeitungen notwendig machten. Folglich arbeiteten die Mitglieder der Kommission vom Morgen bis in die Nacht, aber die günstige Atmosphäre, die sich dabei einstellte, habe sich bezahlt gemacht, konstatiert Křen: „Ich erinnere mich an keinerlei Unnachgiebigkeiten und Vetos, sondern vielmehr an Entgegenkommen.“ Dennoch fand das Streben nach Einigung auch seine Grenzen, und kaum zufällig hebt das Vorwort der Broschüre hervor, dass „die unterschiedlichen Bewertungen dessen, was geschehen ist, nicht gegenseitig harmonisiert, sondern benannt werden und dann Gegenstand der weiteren Forschung bleiben“. Und selbst nach der Sitzung von Karlík bedurfte es noch verschiedener Telefonate zwischen Křen, Vierhaus und Hans Lemberg, um unterschiedliche Varianten in der deutschen und tschechischen Sprache abzugleichen.

Das Endprodukt aber, so hebt Křen es als Verdienst der Kommissionsarbeit hervor, habe anschaulich vor Augen geführt, dass die Geschichte für die Gegenwart kein fataler Stein des Anstoßes sein müsse. Zu Recht betont er außerdem die Rolle, die die Kommission in dieser Phase für die Verbreitung genauer Zahlen über die Vertreibungsverluste einnahm. Während zu dieser umstrittenen Frage von sudetendeutschen Autoren immer wieder die Zahl von einer Viertelmillion, zuweilen sogar von einer halben Million angeführt wurde, konnte die Kommission unter Hinzuziehung von Fachleuten eine sehr viel niedrigere Ziffer ermitteln. Nach einer umfangreichen Diskussion gelangte sie zu einer Maximalzahl von 30.000 Todesopfern, und der Vorschlag des tschechischen Teils der Kommission, die trockenen Zahlen des Gutach-

tens mit einer Betonung der traumatischen Folgen dieser Tragödie abzuschließen, wurde von allen Seiten begrüßt. Gewiss gehört die veröffentlichte Stellungnahme der Kommission zu dieser Frage zu einer der verdienstvollsten Taten der Kommission in ihrer bislang 25jährigen Geschichte.⁹

Ausblick

Hinter den hier nur kurz debattierten Erinnerungen scheint ein hochpolitischer und zugleich stark konfliktbeladener Kontext auf, der bis zur Mitte der 1990er Jahre nicht nur die deutsch-tschechischen oder die deutsch-slowakischen Beziehungen belastete, sondern auch auf die Debatten in der Historikerkommission ausstrahlte. Damit ging aber auch eine Wertschätzung der Politik einher, was unter anderem darin zum Ausdruck kam, dass die Kommission vor jeder Sitzung vom zuständigen Minister empfangen wurde und dies eben nicht nur eine formale Angelegenheit war, sondern dabei auch Sachdiskussionen geführt wurden. Im Jahr 1995 kamen sogar die Präsidenten der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei, Roman Herzog und Václav Havel, für einen ganzen Tag nach Dresden, um an den Debatten der Kommission teilzunehmen. Auch noch in den nachfolgenden Jahren wurde die Historikerkommission von Präsident Havel sowie von den slowakischen Präsidenten Michal Kováč und Rudolf Schuster empfangen. Und zeitweilig erfreute sich die Arbeit der Kommission ebenfalls eines breiten medialen Interesses. So wurden die Sitzungen der Kommission in der Slowakei, wie Kováč berichtet, regelmäßig vom öffentlich-rechtlichen Slowakischen Fernsehen sogar mit Berichten in den Hauptnachrichten gewürdigt.

9 Stanovisko Společné česko-německé komise historiků k odsunovým ztrátám.

Danach aber änderte sich die Lage beträchtlich. Die zahlreichen Sammelbände der abgehaltenen Tagungen dokumentieren den Fortgang der Gespräche, signalisieren aber auch eine allmähliche Abkehr von dem politikhistorischen Fokus der Gründerjahre. Gleichzeitig nahm das Interesse der großen Politik und auch der Medien sichtlich ab. Schon in der ersten Phase hatte sich gezeigt, dass die Kommission mit ihren Positionierungen in den Medien letztlich keine durchdringende Resonanz zu erzielen vermochte. Eher das Gegenteil war der Fall, denn in den Berichten wurde eher Kritik an einer „Staatskommission“ geäußert. Hiermit wird aber ein grundsätzliches Problem angesprochen, das weit über die Tätigkeit der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission hinausweist. Denn im Grunde geht es dabei um das insgesamt sehr schwierige Verhältnis der modernen Geschichtswissenschaft zu den Massenmedien unserer Tage, die sich auch heute noch allzu oft darauf einlassen, eingefahrene Geschichtsbilder zu bedienen statt sich Erkenntnissen zu öffnen, die sich eben auch aus der mühevollen Arbeit von Historikerkommissionen ergeben.

Literatur

Cornelißen, Christoph: Die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission – Ein Rückblick auf 25 Jahre ihrer Tätigkeit. In: Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission (Hg.): Die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission 1990–2015. Dachau 2015, 8–17.

Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission (Hg.): Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung. Skizze einer Darstellung der deutsch-tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert. München 1996.

Cornelißen, Gründungsphase der Deutsch-Tschechoslowakischen Historikerkommission

Hoensch, Jörg K. / Dušan Kováč (Hg.): Das Scheitern der Verständigung. Tschechen, Deutsche und Slowaken in der Ersten Republik 1918–1938. Essen 1994.

Stanovisko Společné česko-německé komise historiků k odsunovým ztrátám / Stellungnahme der Gemeinsamen deutsch-tschechischen Historikerkommission zu den Vertreibungsverlusten. In: Soudobé dějiny 3 (1996), H. 4, 600–603.

Kriegsfolgen und ihre Deutung

Dietmar Neutatz

Doppelte Eindämmung. Der Versuch einer Neuordnung des östlichen Europa auf der Pariser Friedenskonferenz 1919

Einführung

Das östliche Europa veränderte seine Gestalt zwischen 1914 und 1919 radikal. An die Stelle der recht einfachen Vorkriegsordnung trat eine sehr viel kompliziertere und feingliedrigere Neuordnung. Die drei multinationalen Monarchien Österreich-Ungarn, Russland und Osmanisches Reich wurden durch zahlreiche neue Staaten ersetzt, die nach dem Nationalitätenprinzip konzipiert waren.

Diese Neuordnung scheiterte auf der ganzen Linie. Sie erreichte keine dauerhafte Demokratisierung der neuen Länder, sie verhinderte nicht, dass Deutschland zwanzig Jahre später einen Angriffskrieg führte, als dessen Ergebnis sich der Kommunismus bis weit nach Mitteleuropa hinein ausbreitete – also genau das eintrat, was man 1919 hatte verhindern wollen. An diesem Befund ist empirisch nicht zu rütteln. Dennoch sei der Versuch gewagt, einen Perspektivenwechsel zu vollziehen, der zwar nicht die Einschätzung des Ergebnisses, möglicherweise aber der Bedingungen seines Zustandekommens modifizieren kann. Betrachtet man nämlich die Neuordnung Europas nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur als das Werk der Westmächte, sondern bezieht auch die Akteure des östlichen Europa als gestaltende Kräfte mit ein, dann stellt sich im Hinblick auf die 1919 von den Ententemächten getroffenen Entscheidungen die Frage nach ihren Bedingtheiten: Welchen Hand-

lungsspielraum hatten die Siegermächte überhaupt am Ende des Ersten Weltkriegs? Welche Entscheidungen und Weichenstellungen waren schon vor der Friedenskonferenz getroffen worden und mussten von dieser berücksichtigt werden? Wie stellte sich die Neuordnung aus der Perspektive der Länder des östlichen Europa dar?

Vorentscheidungen und Weichenstellungen

Zu den wichtigen Vorentscheidungen und Weichenstellungen zählen der Durchbruch des Nationalitätenprinzips als dominante handlungsleitende Kategorie sowie diejenigen Entscheidungen, die schon vor 1919 und ohne Mitwirkung der späteren Siegermächte getroffen wurden und den Rahmen ihres Handelns vorgaben: die Wiedererrichtung Polens als Staat durch die Mittelmächte 1916 sowie der Zerfall Russlands und der Habsburgermonarchie als Vielvölkerreiche.

Durchbruch des Nationalitätenprinzips

Bei der Betrachtung einer ethnographischen Karte, die schon eine ziemliche Vereinfachung der wirklichen Verhältnisse darstellt, wird schnell klar, dass eine Neuordnung Osteuropas auf der Grundlage des Nationalitätenprinzips in jedem Fall Ungerechtigkeiten und Unzufriedenheiten schaffen musste. Es gibt im östlichen Europa kaum klare Grenzverläufe zwischen Nationalitäten, sondern viele Gemengelagen und komplizierte Konstellationen, in denen je nach Grenzziehung Bevölkerungsteile zur Mehrheit oder aber zur Minderheit werden.

Die Vorstellung, dass sich Staatssouveränität durch die ethnische Homogenität eines Landes legitimiert, erfuhr während des Ersten Weltkriegs über

alle Länder und politischen Richtungen hinweg eine markante Aufwertung. Die sprachlich-ethnische Zugehörigkeit wurde zu einem allgemein anerkannten zentralen Kriterium erhoben. Das äußerte sich nicht nur in Forderungen neuer nationaler Bewegungen, sondern auch im Denken von Politikern und Experten aller kriegführenden Länder.

Der Ruf nach „Selbstbestimmung“ verbreitete sich während des Krieges über Europa und schlug sich in den Pariser Friedensregelungen nieder. Dabei ist wichtig festzuhalten, dass sich die kriegführenden Mächte zunächst nicht dieser Formel bedienten, denn ihre eigenen Kriegsziele und Territorialbestände waren nicht mit dem Selbstbestimmungsrecht vereinbar: Frankreich strebte nach der Rückgewinnung von Elsass-Lothringen und nach einer Grenze am Rhein, die sprachlich-ethnisch nicht zu begründen war. England musste auf den Bundesgenossen und auf sein eigenes Kolonialimperium Rücksicht nehmen. Das Zarenreich und die Habsburgermonarchie hätten ihre Existenz als Vielvölkerreiche in Frage gestellt und auch für Deutschland barg die Formel in Anbetracht der Gebiete mit polnischer oder dänischer Bevölkerungsmehrheit Gefahren. Folglich bemühte man sich zwar, bestimmte Nationalitäten zur Schwächung des Gegners zu unterstützen, hütete sich aber vor der prinzipiellen Anrufung des Selbstbestimmungsrechts.

Mit der russischen Februarrevolution und dem Kriegseintritt der USA änderten sich im Frühjahr 1917 die Rahmenbedingungen. Russland war nun ebenfalls eine Demokratie, sodass der Krieg zu einem Kreuzzug der demokratischen Ordnung und der Freiheit gegen die monarchisch-militaristischen Systeme der Mittelmächte umgedeutet werden konnte. Eine außerordentliche Dynamik entstand im Herbst 1917 dadurch, dass sich die Bolschewiki das Selbstbestimmungsrecht auf die Fahnen schrieben und versuchten, damit die Weltrevolution anzufachen. Unmittelbar nach ihrer Machtergreifung erließ die neue Sowjetregierung im November 1917 ihre propagandistisch höchst wirksamen Dekrete über die „Rechte der Völker Russlands“ und für einen

„Frieden ohne Annexionen und Kontributionen“. Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson griff im Dezember 1917 die russischen Vorschläge für einen Frieden ohne Annexionen auf, hielt sich aber bezüglich des Selbstbestimmungsrechts bedeckt, weil ihm die Gefahren für die eigenen Verbündeten bewusst waren.

Wilson's berühmte „Vierzehn Punkte“ vom 8. Januar 1918 können als Antwort auf die Proklamationen der Bolschewiki verstanden werden. Wilson wendete darin das Nationalitätenprinzip auf konkrete Beispiele an, vermied aber die universale Festlegung auf das Selbstbestimmungsrecht. Erst in einer Rede vor dem Kongress am 11. Februar 1918 erhob er „self-determination“ zur künftigen Maxime des Handelns. Seine mitgelieferten Erläuterungen lassen jedoch erkennen, dass er das Prinzip flexibel einsetzbar halten wollte. Was er sagte, war alles nicht so eindeutig wie Lenins Losung vom Selbstbestimmungsrecht jeder Nationalität bis hin zur Separation vom Staat, sondern vielmehr der Versuch, dieses Prinzip zu zähmen.

Die USA und England nahmen das Selbstbestimmungsrecht in ihre Außenpolitik auf, weil sie seine Attraktivität erkannten und diese nicht den Bolschewiki allein überlassen wollten. Sie passten es aber in der praktischen Anwendung ihren jeweiligen Bedürfnissen an. Ganz weginterpretieren oder unterdrücken ließ es sich nicht mehr, aber man konnte es formal und räumlich einschränken und in sehr verschiedenen Abstufungen realisieren.

Die Deutschen hatten schon während des Krieges versucht, das Zarenreich über die Unterstützung der sogenannten „Randvölker“ zu unterminieren. Von Deutschland aus inspiriert und gelenkt war die 1916 gegründete „Liga der Fremdvölker Russlands“. Reichskanzler Bethmann-Hollweg hatte 1914 im „Septemberprogramm“ als deutsches Kriegsziel formuliert, dass „Russland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine

Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen“¹ werde. Ab April 1917 stellten die Deutschen verstärkt Überlegungen zu Autonomieforderungen der Randvölker an und begannen, die Nationalitätenfrage als Instrument zur Herbeiführung eines Sonderfriedens zu nutzen. Man modifizierte die Kriegsziele dahingehend, eigene Annexionen zu beschränken und stattdessen den von Russland abzutrennenden Gebieten Autonomie zu versprechen.

Wiedererrichtung Polens durch die Mittelmächte

Teil dieser Strategie war die Wiedererrichtung eines polnischen Staates durch die Mittelmächte im Jahre 1916. Polen war Ende des 18. Jahrhunderts zwischen Russland, Preußen und Österreich aufgeteilt worden. Der Erste Weltkrieg zwang die drei Teilungsmächte, in der polnischen Frage Farbe zu bekennen. Dafür gab es in Deutschland zunächst kein fertiges Konzept. Die Kriegszielplanungen von 1914/15 waren in Bezug auf Polen ambivalent.

Nach den militärischen Erfolgen des Jahres 1915 und der daraus resultierenden Besetzung von Russisch-Polen bildeten die Deutschen aus dem nördlichen Teil Kongresspolens das Generalgouvernement Warschau. Im südlichen Teil Kongresspolens organisierten die Österreicher ebenfalls ein Generalgouvernement. Die Mittelmächte versuchten, durch eine paternalistische und milde Besatzungspolitik die Sympathien der Polen zu gewinnen. Am 5. November 1916 schließlich proklamierten sie einen polnischen Staat.

Das Ziel, einen Verbündeten und damit neue Soldaten zu gewinnen, erreichten sie nicht, denn die Proklamation ließ vieles offen – zum Beispiel die

1 Denkschrift des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg an Staatssekretär Clemens von Delbrück, 9.9.1914. Zitiert nach Mai: Das Ende des Kaiserreichs, 57.

Grenzen des neuen Staates. Die deutsche Führung war nicht gewillt, die preußischen Ostprovinzen anzutasten. Im Gegenteil plante man, vom polnischen Staat im Westen einen Grenzstreifen abzutrennen und Polen dafür im Osten auf Kosten Russlands zu entschädigen. Auch in Bezug auf das immer noch zur Habsburgermonarchie gehörende Galizien erfolgte keine Festlegung. Die Ostgrenze von Polen legten die Mittelmächte im Frieden von Brest-Litovsk am 3. März 1918 zugunsten der Ukraine fest, was zwar den ethnographischen Verhältnissen entsprach, aber die Polen empörte.

Es war vorauszusehen, dass der wiedererrichtete Staat Polen bei erstbestener Gelegenheit versuchen würde, seine Grenzen zu erweitern und wenigstens Posen (Poznań) als historischen Kernbestand des alten Polen und als eines der Zentren der polnischen Nationalbewegung zurückzugewinnen. Insofern hatten die Mittelmächte mit der Proklamation vom November 1916 selbst den Grundstein für ein Grenzziehungsproblem zwischen Polen und Deutschland gelegt. Sofort nach der Abdankung des Deutschen Kaisers und der Ausrufung der Deutschen Republik übernahm am 10. November 1918 in Posen ein Arbeiter- und Soldatenrat die Macht. Im Dezember 1918 brach ein Aufstand aus, in dessen Verlauf bis Anfang Januar 1919 die gesamte Provinz Posen unter polnische Kontrolle geriet. Die Ententemächte mussten die Frage der deutsch-polnischen Grenze also in Paris nicht erst erfinden, um Deutschland zu schwächen, sondern sie konnten gar nicht umhin, sie zu lösen.

Auflösung Russlands und Friede von Brest-Litovsk

Ein weiterer Problemkomplex mit zahlreichen Grenzziehungsfragen entstand 1917/18 durch den Zerfall des Russischen Reiches. Die Februarrevolution 1917 gab den dortigen nationalen Bewegungen einen ungeahnten Schub. Die Provisorische Regierung erkannte zwar grundsätzlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker an, unterschätzte aber die Sprengkraft der nationalen

Bewegungen, behandelte Autonomieforderungen dilatorisch und vertagte die Entscheidungen aufgrund der fehlenden demokratischen Legitimierung auf die noch zu wählende Konstituierende Versammlung. Diese Hinhaltenaktik hatte, in Verbindung mit Versorgungsproblemen und der allgemeinen Kriegsmüdigkeit, eine Radikalisierung der nationalen Bewegungen an der Peripherie zur Folge.

In der Ukraine hatte sich bereits eine Woche nach der Februarrevolution ein Vorparlament konstituiert, das im Juni 1917 eine Regierung, die sogenannte Zentralrada, einsetzte. Diese erklärte am 10. Juni 1917 die Autonomie der Ukraine, die von der Provisorischen Regierung in Petrograd auch anerkannt wurde. Unter dem Eindruck dieses Erfolgs gründeten weißrussische Aktivisten einen Monat später ebenfalls eine Rada. In den Ostseeprovinzen forderten Letten und Esten Autonomie und sympathisierten in großen Teilen mit den Bolschewiki, weil sie von ihnen die Verwirklichung ihrer nationalen Wünsche erhofften. Finnland erhielt seine frühere Autonomie zurück, geriet aber über deren Ausgestaltung in Konflikt mit der Provisorischen Regierung. Die Rumänen Bessarabiens gründeten eine moldauische Nationalpartei und forderten ebenfalls Autonomie bzw. den Anschluss an Rumänien. Autonomie strebten auch die Krimtataren an.

All diese Autonomiebewegungen rieben sich an der Unbeweglichkeit der Provisorischen Regierung, während Bündnisse mit den Bolschewiki angesichts deren Parole vom Selbstbestimmungsrecht attraktiv schienen. Nach der Machtergreifung der Bolschewiki wurde allerdings bald klar, dass es letzteren in erster Linie um die Revolution und die Etablierung eines Machtmonopols ging. Nach der Auflösung der Konstituierenden Versammlung Anfang Januar 1918 verstärkten sich die zentrifugalen Tendenzen. Innerhalb weniger Wochen erklärten Finnland, Estland, Litauen, die Ukraine und die moldauische Republik ihre Unabhängigkeit. Im März 1918 folgte Weißrussland,

im April die Transkaukasische Föderation. Für autonom erklärten sich Regierungen in Turkestan, Kasachstan, Baschkirien und im Nordkaukasus.

Verstärkt wurde diese Abfallbewegung durch die Politik der Mittelmächte, die gezielt auf die Desintegration Russlands hinarbeiteten, um im Osten einen vorteilhaften Separatfrieden schließen zu können. Das Angebot der Sowjetregierung auf einen Frieden ohne Annexionen unterlief die deutsche Reichsleitung durch die Instrumentalisierung des von den Bolschewiki gleichzeitig verkündeten Selbstbestimmungsrechts. Der Leiter der deutschen Verhandlungsdelegation in Brest-Litovsk, Staatssekretär Richard von Kühlmann, schrieb in seinen Erinnerungen, es sei darum gegangen,

„auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker fußend, den Punkt des annexionslosen Friedens zu unterhöhlen. [...] Mein Plan war, Trotzki in eine rein akademische Diskussion über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und seine mögliche praktische Anwendung zu verstricken, und was wir an territorialen Zugeständnissen durchaus brauchten, uns durch das Selbstbestimmungsrecht der Völker hereinzuholen.“²

Klarer kann man den taktischen Gebrauch des Selbstbestimmungsrechts nicht ausdrücken.

Auf diese Weise nötigten die Mittelmächte die Bolschewiki zum Verzicht auf Polen, Litauen, Kurland, später auch Estland und die Ukraine. Durch den am 3. März 1918 unterzeichneten Frieden von Brest-Litovsk verlor Russland ein Drittel seiner Bevölkerung und einen wesentlichen Teil seines Rohstoff- und Industriepotentials. Dabei hatten die Deutschen durchaus die erwähnten Unabhängigkeitsbewegungen auf ihrer Seite, denn diese suchten Unterstützung gegen die Moskauer Sowjetregierung.

Bis zum Sommer 1918 hatten sich also folgende Gebiete von Russland gelöst: Polen, Litauen und die Ukraine als neue Nationalstaaten unter deutschem Protektorat; Estland, Lettland und der größere Teil Weißrusslands

2 Kühlmann: Erinnerungen, 522, 524.

ebenfalls unter deutscher Besetzung; Finnland (unter deutschem Schutz), Bessarabien (jetzt als Teil Rumäniens), Georgien, Armenien und Aserbaid-schan (nach der Auflösung der Transkaukasischen Föderation). Unübersicht-lich war die Lage im nördlichen Kaukasus, in Mittelasien und Sibirien, wo sich nationale Autonomiebewegungen, Bolschewiki und russische gegenre-volutionäre Kräfte gegenüberstanden.

Parallel zum Abfall der Randgebiete brach nämlich in Russland der Bür-gerkrieg aus. In der doppelten Sorge um die Ausbreitung der Revolution und die Etablierung einer starken deutschen Position in Russland entschlossen sich die Alliierten zur militärischen Intervention. Im März 1918 landeten bri-tische Truppen in Murmansk, im April besetzten die Japaner Vladivostok, im Juni landete amerikanische Marineinfanterie in Murmansk und später auch in Vladivostok. Die etwa 50.000 Mann zählende Tschechoslowakische Le-gion, die sich vorwiegend aus Kriegsgefangenen rekrutiert und dem französi-schen Armeekommando unterstellt hatte, griff ebenfalls in den Bürgerkrieg ein. Das Territorium des ehemaligen Russischen Reiches versank somit 1918/19 in Chaos und Gewalt. Im Frühjahr 1919, als die Pariser Friedenskon-ferenz tagte, war die Lage in Russland völlig unübersichtlich und unkalkulier-bar.

Auflösung der Habsburgermonarchie

Übersichtlicher und kalkulierbarer war die Situation auf dem Territorium der ehemaligen Habsburgermonarchie, die sich im Oktober 1918 in ihre Bestand-teile aufgelöst hatte. Aus der Erbmasse des Vielvölkerreiches entstanden neue Staaten – zum Beispiel die Tschechoslowakei:

Vor 1914 hatten sich tschechische Politiker um die Föderalisierung der Habsburgermonarchie bemüht, wobei die böhmischen Länder, also Böhmen,

Mähren und Österreichisch-Schlesien, zu einer Einheit innerhalb der Monarchie zusammengefasst werden sollten. Erst mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurden die Ziele radikaler. 1914/15 formierte sich eine kleine Gruppe tschechischer und slowakischer Politiker um Tomáš Masaryk, Edvard Beneš und Milan Štefánik, die im Exil für die Gründung eines unabhängigen tschechoslowakischen Staates eintraten. 1915 bildeten sie einen Tschechoslowakischen Nationalrat und bemühten sich um Unterstützung bei den Alliierten.

Die Ententemächte verfolgten allerdings zunächst nicht das Ziel, die Habsburgermonarchie zu zerschlagen. Erst als die Verhandlungen über einen Separatfrieden mit Österreich-Ungarn im April 1918 gescheitert waren, setzten sie darauf, die Nationalitäten der Habsburgermonarchie als Verbündete zu gewinnen. Exilvertreter von Polen, Tschechen, Südslawen und Rumänen hatten sich Mitte April 1918 in Rom auf dem Kongress der unterdrückten Völker Österreich-Ungarns von der Monarchie losgesagt. Unter dem Eindruck der nationalen Sezessionsbewegungen in Russland und deren Unterstützung durch die Mittelmächte gingen nun auch die Alliierten dazu über, die Sprengwirkung des polnischen, tschechischen, südslawischen und rumänischen Nationalismus gegen Österreich-Ungarn zu instrumentalisieren.

Der Tschechoslowakische Nationalrat hatte einen besonderen Trumpf in der Hand, nämlich die 50.000 Mann starke Tschechoslowakische Legion in Sibirien. Die Exiltschechen boten den Alliierten die Legion für den Kampf gegen die Rote Armee und in Frankreich gegen Deutschland an. Unter diesen Bedingungen wurde der Tschechoslowakische Nationalrat im Juni 1918 als Verbündeter und im Oktober 1918 als provisorische Regierung einer künftigen Tschechoslowakei anerkannt.

In der Habsburgermonarchie selbst war es während des Krieges zu einer Nationalisierung gekommen, die das Reich in seiner bisherigen Form zuneh-

ment infrage stellte. Nicht nur die slawischen Nationalitäten, auch die Deutschen traten mit nationalen Forderungen auf den Plan. Der Deutsche Nationalverband, 1911 als Zusammenschluss der deutschnationalen und deutschliberalen Abgeordneten des österreichischen Reichsrats gegründet, forderte 1915 eine Zollunion mit Deutschland, den Anspruch auf deutsche Führung in der westlichen Reichshälfte mit deutscher Amtssprache und eine Verwaltungsgliederung in Böhmen entlang der Sprachgrenze. 1916 bekräftigten die Deutschnationalen ihre Forderung nach der Umwandlung der westlichen Reichshälfte in einen deutsch dominierten und mit Deutschland durch eine Wirtschafts- und Zollgemeinschaft verbundenen Staat. Parallel dazu verlangten tschechische, polnische und südslawische Parteien die Umwandlung der Monarchie in einen Bundesstaat freier und gleichberechtigter nationaler Staaten.

Kaiser Karl versuchte in letzter Minute, angesichts der zentrifugalen Tendenzen und der sich abzeichnenden Niederlage, das Vielvölkerreich zu retten und erließ am 16. Oktober 1918 ein Manifest, in dem er das Selbstbestimmungsrecht anerkannte und die Nationalitäten aufrief, in ihren Siedlungsgebieten Nationalräte zu bilden und sich zu einem Staatenbund zusammenschließen. Dieser Versuch, den Nationalbewegungen durch das Angebot der Föderalisierung des Reiches den Wind aus den Segeln zu nehmen, kam jedoch zu spät.

Angesichts der Loslösungsbewegung, die bei den slawischen Nationalitäten im vollen Gange war, konstituierte sich am 21. Oktober 1918 eine Provisorische Nationalversammlung Deutschösterreichs, die sich für das gesamte deutsche Siedlungsgebiet einschließlich der von Deutschen bewohnten Randgebiete der böhmischen Länder für zuständig erklärte. Eine Woche später, am 28. Oktober 1918, wurde in Prag die Tschechoslowakei proklamiert, worauf die auf dem von den Tschechen beanspruchten Territorium wohnenden Deutschen reagierten, indem sie ihrerseits eine Provinz Deutschböhmen, eine

Provinz Sudetenland und einen Deutsch-Südmährischen Kreis als Teile Deutschösterreichs ausriefen. Nach dem Waffenstillstand wurde am 12. November 1918 die Republik „Deutschösterreich“ ausgerufen. Die Deutschösterreicher folgten der Logik der Nationalisierung und erklärten den Anschluss ihrer Republik an das Deutsche Reich.

Für die in weiterer Folge anstehenden Friedensregelungen ist wichtig, auf die konkurrierenden territorialen Ansprüche der Nationalitäten hinzuweisen. Für die böhmischen Länder wurden hier Vorentscheidungen getroffen: Im November 1918 besetzten tschechoslowakische Truppen die von den Deutschen beanspruchten Gebiete Böhmens. Am 20. Dezember 1918 gewährten Frankreich, England und Italien der Tschechoslowakei die von ihr geforderten historischen Grenzen – vorbehaltlich der Entscheidung der Friedenskonferenz.

Gestaltungsspielräume und Probleme der Siegermächte

Übergeordnete Ziele der Entente: die doppelte Eindämmung

In Osteuropa hatten der Zusammenbruch des Zarenreichs, die Auflösung der Habsburgermonarchie und die Niederlage Deutschlands ein Machtvakuum geschaffen. Den Alliierten war bewusst, dass ein Frieden ohne Russland unvollständig sein würde. Auch fürchteten sie eine deutsch-russische Allianz. Deshalb sollten weder Deutschland noch Russland allzu harte Bedingungen auferlegt werden.

Mit einer siegreichen antibolschewistischen „weißen“ Regierung hätten die Alliierten gern verhandelt, zu Gesprächen mit den Bolschewiki waren nur wenige Politiker bereit – und auch das nur, wenn die Bolschewiki gerade die Oberhand im Bürgerkrieg hatten. Für eine umfassende Intervention in den

russischen Bürgerkrieg plädierten ebenfalls nur wenige. Diese Option war angesichts der allgemeinen Kriegsmüdigkeit und der innenpolitischen Rücksichtnahmen nicht konsensfähig. Das Ergebnis war eine halbherzige Politik: weder eine umfassende Intervention zum Sturz des bolschewistischen Regimes noch Verhandlungen mit den Sowjets, weil man bis zum Sommer 1919 davon ausging, dass sie sich nicht an der Macht halten würden.

Außerdem begegnete man den Bolschewiki mit grundsätzlichem Misstrauen, denn diese hatten verkündet, die Weltrevolution anzustreben. Als im März 1919 in Ungarn eine Räterepublik ausgerufen wurde und im April das Gleiche in Bayern geschah, schien das Überschwappen der bolschewistischen Revolution in die Mitte Europas hinein begonnen zu haben. Die Räterepubliken hielten sich zwar nur kurze Zeit, aber sie förderten bei den Alliierten die Angst vor der Ausbreitung des Bolschewismus. Daraus resultierte das Bestreben, aus den neuen Staaten im östlichen Europa einen Sicherheitsgürtel gegen das bolschewistische Russland zu errichten. Damit der Sicherheitsgürtel seine Funktion erfüllen konnte, mussten die Staaten, also vor allem Polen, Rumänien und die Tschechoslowakei, lebensfähig und stark gemacht werden.

Zwischen dem Waffenstillstand von Compiègne und der Eröffnung der Friedenskonferenz kommunizierten die Siegermächte über ihre Vorstellungen von den zu treffenden Regelungen. Die weitestgehenden Forderungen stellte Frankreich: Es strebte nach der Rückgewinnung von Elsass-Lothringen und forderte eine umfassende Kriegsentschädigung sowie die Abtrennung der Rheinlande von Deutschland und deren Verwandlung in einen französisch kontrollierten Pufferstaat. Das in der Vergangenheit als übermächtig und gefährlich empfundene Deutschland sollte auf diese Weise militärisch geschwächt und zusätzlich durch die Stärkung seiner östlichen Nachbarn, insbesondere Polens, in die Zange genommen und eingedämmt werden.

Großbritannien ging es in erster Linie um sein Empire: Die Konkurrenz durch Deutschland sollte durch die Auslieferung seiner Flotte und die Übergabe seiner Kolonien beendet werden. Mit Blick auf den Frieden von Brest-Litovsk und die britischen Wirtschaftsinteressen in Russland sollte außerdem eine Konstellation vermieden werden, in der Deutschland und das bolschewistische Russland Sonderbeziehungen unterhielten. Die französischen Forderungen in Bezug auf das Rheinland unterstützte England nicht, forderte aber wie Frankreich eine Kriegsentschädigung. Die USA hatten in Bezug auf Deutschland die gemäßigtsten Ziele. Wilson ging es im Wesentlichen um eine Grenzregelung, die Polen den Zugang zum Meer verschuf und halbwegs im Einklang mit den ethnographischen Verhältnissen stand.

Polen

Die polnische Delegation in Versailles führte der Nationaldemokrat Roman Dmowski an. Er vertrat das Polnische Nationalkomitee in Paris. Dmowski favorisierte eine Ausdehnung Polens nach Westen, die sogenannte „piastische“ Lösung, weil sie sich an den historischen Grenzen des frühmittelalterlichen polnischen Königreichs unter der Dynastie der Piasten orientierte. Vom 10. bis ins 13. Jahrhundert hatte die Westgrenze Polens im Bereich der Oder gelegen.

Demgegenüber war Dmowskis Gegenspieler Piłsudski nach Osten orientiert. Er strebte nach der sogenannten „jagiellonischen“ Lösung, also der Wiederherstellung der dominanten Position Polens im Osten. Unter der Dynastie der Jagiellonen hatte Polen im 14. und 15. Jahrhundert in einer Union mit Litauen das heutige Weißrussland und weite Teile der Ukraine beherrscht. Piłsudski strebte nach der Wiedererrichtung einer osteuropäischen Föderation unter polnischer Führung. Seine Position kam in Paris nicht zum Tragen.

Das Polnische Nationalkomitee unter Dmowski forderte als Maximalziel die Aussiedlung der Deutschen aus Posen und Westpreußen, aus dem Süden Ostpreußens, aus Oberschlesien, aus Teilen Mittelschlesiens, als Minimalziel verlangte es die Aufrechterhaltung des Status quo. Die Briten fanden diese Forderungen überzogen. Das Foreign Office hatte die britische Delegation angewiesen, gegen übertriebene polnische Forderungen harten Widerstand zu leisten. Die französische Delegation ging hingegen von dem Grundsatz aus, Polen auf Kosten Deutschlands so groß wie möglich zu machen, um einen starken Verbündeten in dessen Rücken zu haben und einem Zusammengehen der beiden Länder vorzubeugen.

Was die Ostgrenze Polens betrifft, so war Dmowski in der Logik der „piastischen“ Idee gemäßiger. Föderationsgedanken lehnte er ab, stattdessen setzte er auf eine begrenzte, aber dafür polonisierende Expansion. Die polnische Republik solle nicht das gesamte historische Territorium beanspruchen, sondern nur diejenigen Gebiete, die kulturell polnisch geprägt seien, in denen eine beträchtliche Zahl von Polen lebe oder die Mehrheit der Bevölkerung katholisch sei. Allzu weit nach Osten solle Polen nicht vorstoßen, um die Beziehungen zu Russland nicht auf Dauer zu belasten. In Paris verlangte deshalb die polnische Delegation unter Dmowskis Führung den Einschluss von Ostlitauen sowie gegenüber Weißrussland und der Ukraine eine Grenze, die etwas über die Grenzen der zweiten Teilung Polens (1793) hinausragen sollte, aber nicht an die Ostgrenze Polen-Litauens von 1772 heranreichte.

Piłsudski dachte sehr viel weiter nach Osten ausgreifend, weil er dort größeren Handlungsspielraum sah. Er war der Auffassung, dass die Grenze zu Deutschland ohnehin von den Ententemächten festgelegt werde, während sich im Osten Optionen für ein aktives polnisches Agieren öffneten. Piłsudski wollte an den großen polnisch-litauischen Staat der Frühen Neuzeit anknüpfen und Polen als Führungsmacht im östlichen Europa etablieren. Zu diesem

Zwecke sollte eine Föderation aus Polen, Litauen, der Ukraine und Weißrussland gebildet und Russland so weit wie möglich nach Osten abgedrängt werden.

Briten und Amerikaner konnten sich mit einer so weitgehenden Ostexpansion Polens nicht anfreunden und plädierten für eine Grenzziehung nach ethnographischen Kriterien, die in etwa der heutigen Ostgrenze Polens entspricht. Die Ukraine sollte an ein demokratisches Russland angegliedert werden. Die Franzosen waren hin und her gerissen zwischen der Unterstützung für Polen und der für ein möglicherweise doch wieder nicht-bolschewistisches Russland. Ein französisches Memorandum vom Dezember 1918 bezeichnete Polen als Mauer zwischen dem Bolschewismus und der Revolution in Deutschland. Man müsse daher Polen durch die Union mit Litauen und die Annexion Ostgaliziens und großer Gebiete Weißrusslands stärken, sich aber eine Änderung der Grenze zugunsten Russlands vorbehalten. Als im Frühjahr 1919 die Hoffnungen auf einen Sieg der Weißen im russischen Bürgerkrieg auflebten, schwenkten auch die Franzosen auf die russlandfreundlichere Linie ein. Die Kommission für Polnische Angelegenheiten sprach sich deshalb für eine an den ethnographischen Verhältnissen orientierte polnische Ostgrenze aus.

Die Kommission für Polnische Angelegenheiten war am 15. Januar 1919 gebildet worden. Am 25. Februar 1919 nahm sie eine Note der polnischen Delegation entgegen. Die darin enthaltenen Forderungen umfassten Oberschlesien, einen Teil von Mittelschlesien, Danzig, Westpreußen, Posen, Masuren und das Ermland. Das verbleibende Ostpreußen sollte gemäß den Vorstellungen der polnischen Delegation als Republik unter Aufsicht des Völkerbunds organisiert und mit Polen durch eine Zollunion verbunden werden. Das Memelgebiet solle an Litauen angeschlossen und Litauen wiederum mit Polen verbunden werden.

Lloyd George drang darauf, den polnischen Forderungen nicht so weit zu entsprechen, wie das die Kommission für Polnische Angelegenheiten zunächst tat. Er argumentierte mit dem Grundsatz der Gerechtigkeit und der Suche nach einem dauerhaften Frieden. Die Abtretung von Gebieten mit mehreren Millionen Deutschen werde eine Irredenta provozieren. Der Konflikt konzentrierte sich auf Danzig. Die Mehrheit der Kommission für polnische Angelegenheiten unterstützte das polnische Verlangen nach Danzig mit dem Argument, ein starkes Polen sei erforderlich, um ein Vordringen des Bolschewismus nach Mitteleuropa zu verhindern und Deutschland von Russland fernzuhalten. Die gerade aktuellen Räterepubliken in Ungarn und Bayern hatten die Furcht vor einer Ausbreitung der russischen Revolution geschürt.

Letztlich einigte man sich auf einen Kompromiss, der auf die ethnographischen Verhältnisse deutlich mehr Rücksicht nahm als die polnischen Forderungen: Durch den Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 erhielt Polen Westpreußen, Posen und einen mittelschlesischen Grenzstreifen. Im südlichen Ostpreußen und in Oberschlesien sollten Volksabstimmungen stattfinden. Danzig wurde als Freie Stadt dem Völkerbund unterstellt. Polen musste – wie die anderen ostmittel- und südosteuropäischen Staaten – einen Minderheitenschutzvertrag unterzeichnen, was von vielen als Bevormundung empfunden wurde.

Tschechoslowakei

Die tschechoslowakische Delegation in Paris leitete Außenminister Edvard Beneš. Er erhob schon im Vorfeld der Konferenz am 20. Dezember 1918 im Namen seiner Regierung den Anspruch auf die historischen Provinzen des Königreichs Böhmen und den mehrheitlich von Slowaken bewohnten Teil

Ungarns. Ähnlich wie die Polen verwendeten also auch die Tschechen historische und ethnographische Argumente, je nachdem, was wo für sie günstiger war.

Die Alliierten stimmten den historischen Grenzen Böhmens zu, allerdings erwogen die Briten und die Amerikaner die Abtretung der Gebiete um Eger und Reichenberg an Deutschland. Sie akzeptierten aber letztlich die Einverleibung der gesamten deutschsprachigen Gebiete Böhmens und Mährens in die Tschechoslowakei, weil ihnen diese als Insel der Ruhe zwischen den Räterepubliken in Ungarn und Bayern sowie dem unruhigen Österreich erschien, wo sie angesichts von schweren Versorgungsproblemen ebenfalls eine kommunistische Revolution befürchteten.

Zu den Verhandlungen nach Paris reiste auch der tschechoslowakische Ministerpräsident Karel Kramář an. Er präsentierte ausgreifende Forderungen und beanspruchte für die Tschechoslowakei die Lausitz, Teile von Preußisch-Schlesien, Teile Österreichs sowie einen Korridor zwischen Ungarn und Österreich nach Jugoslawien. Das ging weit über die Territorien hinaus, die selbst auf Karten der Entente als tschechisch-slowakisches Sprachgebiet eingezeichnet waren.

Diese Forderungen hatten in der Kommission für tschechoslowakische Angelegenheiten keine Chance, zumal schon ohne diese Annexionswünsche die historischen Grenzen der böhmischen Länder eine mehr als drei Millionen starke deutschsprachige Bevölkerung einschlossen. Eine Grenzziehung nach ethnographischen Kriterien war auch dies eindeutig nicht. Um die Bedenken der Kommission zu zerstreuen, verwies die tschechoslowakische Delegation in ihrem berühmt-berüchtigten „Memoire III“ darauf, dass die Tschechoslowakei ein demokratischer Staat sei, der keine Minderheit unterdrücken, sondern allen die gleichen Rechte einräumen werde. Die deutsche Sprache werde zweite Landessprache und das Regime ähnlich wie in der Schweiz sein.

Die mit dem Stichwort Schweiz suggerierte Föderalisierung wurde von den Alliierten nicht in den Friedensvertrag mit aufgenommen – und später auch nicht realisiert. Die Tschechoslowakei war in ihrem Selbstverständnis der Staat der Tschechen und Slowaken, was die Integration der Deutschen, die immerhin ein Drittel der Bevölkerung stellten, sehr erschwerte.

Die provisorische Regierung Deutschböhmens forderte während der Pariser Friedensverhandlungen das Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen Böhmens, also die Herauslösung aus dem tschechoslowakischen Staat und den Anschluss an Österreich. Man verlangte unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker eine Volksabstimmung für Deutschböhmen, falls der deutsche Charakter bestritten werde. Unterstützt wurden die Deutschböhmen von der Delegation Deutschösterreichs. Der sozialdemokratische Kanzler Karl Renner argumentierte vehement für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschböhmen und ihren Anschluss an Österreich. Er musste allerdings bald erkennen, dass die Einbeziehung der deutschen Gebiete in die Tschechoslowakei nicht zu verhindern war. Daher versuchte er, wenigstens eine Gliederung des Staates in national abgegrenzte Kantone mit weitgehender Autonomie zu erreichen. Auch das erwies sich als erfolglos.

Frankreich setzte sich für die Stärkung der Tschechoslowakei gegenüber Deutschland und für die historischen Grenzen ein, die weitgehend entlang der Gebirgskämme verliefen und damit strategisch günstig waren. In logischer Folge unterstützte Frankreich auch gegenüber Ungarn strategische Grenzen entlang der Donau, obwohl das ethnographisch nicht zu begründen war. Die amerikanischen und britischen Experten stimmten dieser Grenzziehung trotz Bedenken aus militärischen und wirtschaftlichen Gründen zu.

Die Ereignisse der Jahre 1938/39 gaben den Alliierten nachträglich Recht hinsichtlich des Grundsatzes einer strategischen Grenzziehung. Die durch das Münchner Abkommen amputierte Tschechoslowakei war militärisch dem Deutschen Reich hoffnungslos ausgeliefert. Einen solchen Staat im Jahre

1918 zu konstruieren, hätte keinen Sinn ergeben. Ein Anschluss der Sudetengebiete an Österreich wäre rein geographisch absurd gewesen, ein Anschluss an Deutschland hätte diesem einen beträchtlichen Zugewinn an Gebiet und ökonomischem Potential gebracht.

Die neuere Forschung hat außerdem Zweifel aufgeworfen, ob die deutsche Bevölkerung in den böhmischen Ländern 1918 tatsächlich die Trennung vom tschechoslowakischen Staat anstrebte. Die Mehrheit der Bevölkerung war wohl im Herbst und Winter 1918/19 nicht von vornherein grundsätzlich gegen eine Verständigung mit den Tschechen über einen gemeinsamen Staat. Sie hätte möglicherweise für den Aufbau eines gemeinsamen Staates gewonnen werden können, wenn sich die Landesregierung dafür eingesetzt hätte und wenn die tschechische Seite konzilianter und mit konstruktiven Identifikationsangeboten auf sie zugegangen wäre.³

Russland und die „Randstaaten“

Russland war auf der Friedenskonferenz ein Phantom. Es war klar, dass viele der zu treffenden Entscheidungen entweder von Russland abhingen oder sich auf Russland auswirken würden. Es gab aber keine anerkannte Autorität, mit der die Alliierten verhandeln konnten. Die Bolschewiki hatten nach ihrer Machtergreifung die Kriegskoalition mit den Westmächten beendet, mit den Mittelmächten einen Sonderfrieden geschlossen und durch die Monopolisierung der Macht gegen die Ergebnisse der Wahl zur Konstituierenden Versammlung einen Bürgerkrieg verursacht.

Dieser Bürgerkrieg wurde an mehreren Fronten geführt. Die bedeutendsten Kräfte waren die Armeen von Admiral Aleksandr Kolčak, der einer Re-

3 Ausgeführt bei Maurer-Horn: Die Landesregierung für Deutschböhmen, 37–55.

gierung in Omsk vorstand und in der Frühlingsoffensive 1919 Kasan eroberte, sowie von General Anton Denikin im Süden, dessen Armee im Herbst 1919 bis auf 240 Kilometer an Moskau herankam. Briten und Franzosen gewährten den „Weißen“ begrenzte militärische Unterstützung, machten aber auch den neu entstandenen Staaten an den Grenzen Russlands Versprechungen. Die Westmächte standen hier vor einem mehrfachen Dilemma:

Erstens lehnten sie die Bolschewiki aus ideologischen Gründen ab und fürchteten die Ausbreitung der Revolution über Russland hinaus, mussten aber die Möglichkeit einkalkulieren, dass die Bolschewiki als Sieger aus dem Bürgerkrieg hervorgingen und Russland ein zu wichtiger Staat war, als dass man ihn auf Dauer ausgrenzen konnte. Immerhin hatte man starke ökonomische Interessen in Russland und es war zu befürchten, dass ein von den Westmächten ausgegrenztes Russland mit Deutschland zusammengehen würde. Zweitens hatten im Lager der Gegner der Bolschewiki die Verfechter demokratischer Ideale stark an Boden verloren. Die „weißen“ Generäle hatten mit Demokratie wenig im Sinn, sondern errichteten Militärdiktaturen und legten sich in Verfassungsfragen nicht fest. Drittens strebten die „Weißen“ nach der Wiederherstellung der territorialen Souveränität des Russischen Reiches und seiner Würde als Großmacht. Ihre Devise war „das einige und unteilbare Russland“. Damit standen sie in diametralem Widerspruch zu den „Randstaaten“, die sich von Russland losgesagt und für unabhängig erklärt hatten.

Dieses dreifache Dilemma schien kaum lösbar, zumal es für die in Paris versammelten Staatsmänner schwierig war, überhaupt einen Überblick über die sich ständig verändernde Situation in Osteuropa zu gewinnen. Bei den meisten Interessengruppen, die mit Wünschen auftraten, war unklar, auf welcher Legitimationsgrundlage und mit welchem Mandat sie agierten und inwieweit die Regierungen, für die sie sprachen, die Kontrolle über die beanspruchten Gebiete innehatten.

Antibolschewistische Politiker, darunter Mitglieder der gestürzten Provisorischen Regierung, waren nach Westen geflohen und versuchten, in London, Paris und Washington Einfluss in Richtung einer stärker koordinierten und größeren Intervention der Alliierten zu nehmen. Als sich der Sieg der Alliierten gegen die Mittelmächte abzeichnete, brachen aber auch Vertreter derjenigen Staaten nach Paris und London auf, die sich von Russland unabhängig erklärt und zeitweilig bei den Mittelmächten Anlehnung gesucht hatten. Sie wechselten nun zweckorientiert den Partner. Einige Politiker fuhren direkt von Berlin, wo sie sich bis Ende 1918 aufgehalten hatten, nach Paris weiter, als von den Deutschen nichts mehr zu erwarten war.

Die Vertreter Finnlands, Estlands, Lettlands und Georgiens in London trafen sich regelmäßig, um sich über die Entwicklung auf dem Weg zur Anerkennung ihrer Unabhängigkeit durch die Alliierten auf dem Laufenden zu halten. In Bezug auf die Balten hatte sich England mit der Anerkennung beileit, um deutschen und bolschewistischen Einfluss hintanzuhalten. Estland wurde de facto schon am 3. Mai 1918 anerkannt, Lettland am 11. November 1918.

Alle diese neuen Nationen entsandten Vertreter auf die Friedenskonferenz: Estland, Lettland, Litauen, Weißrussland, Georgien, Ukraine, Armenien, Aserbeidschan sowie die Donkosaken, Kubankosaken und die Nordkaukasische Regierung. Keine dieser Delegationen wurde offiziell anerkannt, sie wurden aber angehört und konnten gewissen Einfluss ausüben.

Die antibolschewistischen Russen erkannten ebenfalls die Notwendigkeit einer Interessenvertretung und bildeten als Lobbygruppe die sogenannte Russische Politische Konferenz. Auch diese Gruppe, geleitet von Fürst Georgij L'vov, der von März bis Juli 1917 als Ministerpräsident der Provisorischen Regierung amtiert hatte, war nicht von den Alliierten anerkannt, ihre Mitglieder wurden aber konsultiert. Die Sowjetregierung hatte keine Vertretung in Paris, aber selbst hier bestanden informelle Kommunikationskanäle. Das

Fehlen einer einwandfrei legitimierten russischen Vertretung machte besonders in der Frühphase der Konferenz die Entscheidungsfindung schwierig. Die Inkohärenz der Politik gegenüber Russland behinderte wiederum die Festlegung der Grenzen der neuen Staaten in Osteuropa.

Wenn die Bolschewiki im Bürgerkrieg Erfolge erzielten, waren die Westmächte eher geneigt, mit ihnen zu verhandeln. Das war Anfang 1919 der Fall. Die Idee, alle Beteiligten am russischen Konflikt, einschließlich der Bolschewiki, zu einer Konferenz auf die Prinkipo-Inseln im Marmarameer einzuladen, scheiterte aber an der Weigerung von Kolčak und Denikin. Als Kolčaks Truppen einige Wochen später mehrere Erfolge hintereinander erzielten, gelangten die Alliierten zur Überzeugung, dass man den Frieden mit den möglicherweise doch siegreichen „Weißen“ schließen müsse.

Da sie aber – mit gutem Grund – an Kolčaks demokratischen Absichten zweifelten, machten sie eine weitere Unterstützung von der Festlegung auf ein demokratisches Programm und die einvernehmliche Regelung der territorialen Fragen mit den sich für unabhängig erklärten Randstaaten abhängig. Letzteres war wichtig im Hinblick auf die Zusicherungen, die die Alliierten bereits den Polen, Finnen und Balten gegeben hatten. Jede Anerkennung von Kolčaks Regierung musste darauf Rücksicht nehmen. Als mögliche Lösung, um die Interessen Russlands und die der secessionistischen Nationalitäten zu vereinbaren, erschien die Schaffung einer Föderation.

Um die Realisierbarkeit dieser Idee zu sondieren, sollte ein Russlandexperte des britischen Foreign Office mit allen in Paris vertretenen Gruppen Gespräche führen. Der Experte hieß James Simpson, ein Naturwissenschaftler und Theologe, der seine Kenntnisse über Russland vor dem Krieg auf Reisen durch Sibirien erworben hatte, wo er Bibeln und religiöse Literatur verteilte. Simpson traf Ende Mai 1919 in Paris ein, führte mit den Vertretern aller betroffenen Interessengruppen Gespräche und stieß auf massive Vorbehalte

gegenüber einer Föderation mit Russland, die bei einigen seiner Gesprächspartner mit massiven negativen kulturellen Werturteilen und Stereotypen einhergingen.

Die Esten, Letten und Litauer betonten ihre Unabhängigkeit und zeigten Interesse an größeren europäischen Lösungen. Einen Zusammenschluss mit Russland lehnten sie ab. Der lettische Vertreter argumentierte, ein föderales Staatswesen erfordere ein kulturelles Niveau, das die Russen noch nicht erreicht hätten. Weißrussland, das sich im Dezember 1917 in Minsk zur Republik erklärt hatte, aber dessen Territorium in Brest-Litovsk zwischen Deutschland und Sowjetrussland aufgeteilt worden war und dessen aktueller Status recht unklar war, erklärte sich im Prinzip zum Eintritt in eine Russländische Föderation bereit – aber nur, wenn die baltischen Länder das auch täten.

Um Polen ging es bei diesen Sondierungen eigentlich nicht, denn die Unabhängigkeit des Staates war inzwischen unstrittig. Dmowski drang aber auf ein Gespräch, um einen Gegenvorschlag zu einer russisch dominierten Föderation zu unterbreiten. Die geeignete Führungsmacht in Osteuropa sei nicht Russland, sondern Polen. Dmowski argumentierte ebenfalls kulturell, indem er darauf verwies, dass die Russen per se unfähig seien, Kompromisse zu schließen. Er sprach sich für eine Föderation aus Polen, der Tschechoslowakei, Litauen und Rumänien aus. Indem man Russland Territorien wegnehme, helfe man ihm, liberaler zu werden: Russland sei nämlich deswegen reaktionär gewesen, weil es sich um so viele ihm kulturell überlegene Nationalitäten hätte kümmern müssen. Dmowski plädierte für eine enge Allianz zwischen Polen und Litauen, da die Polen den Litauern die Kultur, das Christentum und überhaupt alles gebracht hätten, was Litauen nun ausmache.

Am positivsten verliefen erstaunlicherweise die Gespräche mit den Ukrainern, obwohl diese unter dem Schutz der Mittelmächte 1918 ihre Staatsbildung vorangetrieben hatten. Der ukrainische Vertreter, Sergej Šeluchin, listete zunächst viele Gründe für die Unabhängigkeit der Ukraine auf, meinte

aber dann, die Ukraine habe mehr von einer Föderation mit Russland. Er bot sogar an, bei den anderen Randstaaten für eine Föderation zu werben. Allerdings machte er deutlich, dass die Ukrainer von Gleichberechtigung ausgingen, nicht von einer Rückkehr unter russische Herrschaft.

Der Vertreter der Nordkaukasischen Regierung beklagte sich, Denikin würde die britischen Waffen gegen die unabhängige Republik Nordkaukasien einsetzen. Die Donkosaken sagten, sie würden sich einer russischen Föderation anschließen, aber im Moment hielten sie an ihrer Unabhängigkeit fest und forderten die Briten auf, sie mögen nicht Denikin, sondern sie selbst im Kampf gegen die Bolschewiki unterstützen. Der Vertreter Armeniens verweigerte sich strikt jeder Berücksichtigung eines Föderationsvorschlags. Das einzige Ziel sei ein vereinigtes Armenien aus Teilen Russlands und der Türkei. Der aserbajdschanische Vertreter verwies auf die kulturellen Unterschiede zu Russland.

Die Russische Politische Konferenz in Paris war in sich zerstritten. Auch hier stieß Simpson auf kulturelle Vorurteile und Ignoranz. Petr Struve, der sich vom Marxisten zum Liberalen und dann zum Konservativen gewandelt hatte, empörte sich über die Idee einer Föderation und sprach den baltischen Völkern die Berechtigung zur Eigenstaatlichkeit ab. Sarkastisch fragte er, welche Stücke denn die Esten in ihrem Nationaltheater überhaupt spielen wollten. Andere russische Politiker wiederum zeigten durchaus Bereitschaft, auf den Föderationsvorschlag einzugehen.⁴

Anfang Juni traf die Antwort von Kolčak ein. Sie war im Hinblick auf die demokratischen Forderungen halbwegs konzilient, hinsichtlich der Randstaaten aber ausweichend. Besonders irritierte die Alliierten, dass Kolčak in Bezug auf Polen und Finnland von „Autonomie“ sprach, also offenbar noch in den russischen imperialen Kategorien von 1914 dachte. Die westlichen

4 Zu den Verhandlungen siehe Alston: “The Suggested Basis for a Russian Federal Republic”, 29–39.

Staatsmänner beschlossen daraufhin, Kolčak weiter zu unterstützen, verscho- ben aber die offizielle Anerkennung seiner Omsker Regierung. Wenig später, im Juni 1919, wendete sich das Kriegsglück zugunsten der Bolschewiki und die Idee einer Föderation auf der Basis der Omsker Regierung wurde obsolet. Der gesamte osteuropäische Komplex blieb daher in Paris ungeklärt.

In dieser offenen Situation ergriff Piłsudski die Initiative. Er entschloss sich 1920 zum Angriff Richtung Osten und erhielt dabei Rückendeckung der Alliierten, denn diese wollten einem weiteren Vordringen der Bolschewiki in Litauen, Weißrussland und in der Ukraine Einhalt gebieten. Das Ergebnis des Krieges war eine Expansion Polens nach Osten, die weit in weißrussisches und ukrainisches Siedlungsgebiet hinein verlief und am 18. März 1921 im Frieden von Riga festgelegt wurde.

Resümee

Die in den Pariser Vorortverträgen getroffene Neuordnung beruhte nur zum geringeren Teil auf dem freien Gestaltungswillen der entscheidenden Staatsmänner. Diese fanden vielmehr im Frühjahr 1919 vollendete Tatsachen vor, mit denen sie sich auseinandersetzen mussten. Die bis 1914 herrschende Ordnung im östlichen Europa war 1919 zerbrochen und musste durch eine neue ersetzt werden. Die Siegermächte konnten gar nicht anders, als sich einzumischen, und sie waren keineswegs frei in ihren Entscheidungen. Sie waren mit zahlreichen neuen Staatsgebilden konfrontiert, die in ihren Souveränitäts- und Gebietsansprüchen konkurrierten und sie standen in Bezug auf Russland vor einer unklaren und schwer einschätzbaren Lage.

Überhaupt erwies sich Russland am Ende des Ersten Weltkriegs als ein großes Problem, nicht nur, weil es aus der Entente ausgeschert war, sondern weil die Russische Revolution eine zweifache Dynamik entfaltete, mit der

man sich auseinandersetzen musste: Erstens drohte die Revolution nach Westen überzuschwappen. Die Räteregierungen in Ungarn und Bayern waren aus heutiger Perspektive nur kurze Episoden, wurden aber im Frühjahr 1919 von vielen als Auftakt zur Ausbreitung der Revolution nach Mitteleuropa empfunden. Zweitens hatte die Doppelrevolution in Russland dem Selbstbestimmungsrecht der Völker international zum Durchbruch verholfen. Das beschleunigte nicht nur den Zerfall des Russischen Reiches, sondern zwang die Alliierten, ein Prinzip in ihre Friedensordnung aufzunehmen, dem sie ursprünglich reserviert gegenüber gestanden hatten, das aber während des Ersten Weltkriegs eine Eigendynamik gewonnen hatte. Selbst Wilson, der mit visionären Vorstellungen einer neuen Weltordnung nach Paris kam, erkannte die Probleme, die sich aus einer universellen Anwendung des Nationalitätenprinzips ergeben mussten.

Eine Neuordnung Europas unter konsequenter Anwendung des Nationalitätenprinzips verbot sich aus drei Gründen: Sie war angesichts der ethnischen Gemengelage im östlichen Europa ohne Umsiedlungen gar nicht durchführbar. Sie hätte den Kriegsverlierer Deutschland unterm Strich gestärkt, und sie hätte Rückwirkungen auf die Ententemächte selbst und ihre Kolonialreiche gezeitigt. Also wendete man das Prinzip selektiv, aber durchaus nicht völlig willkürlich an. Es wurde kombiniert mit dem Prinzip der historischen Grenzen und mit ökonomischen und militärstrategischen Überlegungen.

Das Ergebnis musste unbefriedigend bleiben und Sprengstoff bergen. Immerhin installierten die Siegermächte ein System des Minderheitenschutzes, wengleich sich dieses nicht als effektiv erwies. Um dem Irredentismus der großen unzufriedenen nationalen Minderheiten vorzubeugen, hätte man sich in die innere Konstruktion der Staaten einmischen müssen, etwa mit Autonomie- oder Föderalisierungsaufgaben. Diesen Schritt unternahm man aber nicht, weil man Sorge hatte, die Staaten zu schwächen. Stark und stabil sollten

diese aber sein, denn man brauchte sie als Gegengewicht gegen Deutschland und gegen das bolschewistische Russland.

Die Mängel und die Kurzlebigkeit der Versailler Friedensordnung müssen also in Bezug gesetzt werden zu der Komplexität der Aufgabe, vor der die Siegermächte 1919 standen, zu den Problemen, die nicht geregelt werden konnten, und zu den Konflikten, die durch diese Nichtregelung entstanden. Dort, wo die Pariser Friedenskonferenzen keine Regelungen trafen, also in Bezug auf die Randstaaten Russlands, dort brachen Kriege oder Bürgerkriege aus. Verglichen mit diesen Gewalteruptionen waren die deutsch-polnischen Kämpfe um Oberschlesien eine Marginalie.

Zu allerletzt sollte berücksichtigt werden, dass die Pariser Friedensordnung nur zwanzig Jahre Zeit hatte, bevor sie durch Hitlers Expansionspolitik zielstrebig zerstört wurde. Das ist eine vergleichsweise kurze Zeitspanne, die eine Beurteilung des Entwicklungspotentials und der Selbstheilungskräfte erschwert. In Staaten mit Minderheitenproblemen arbeitet erfahrungsgemäß die Zeit gegen den Irredentismus der Minderheiten und für eine Integration.

Literatur

- Alston, Charlotte: "The Suggested Basis for a Russian Federal Republic": Britain, Anti-Bolshevik Russia and the Border States at the Paris Peace Conference, 1919. In: *History. The Journal of the Historical Association* 91 (2006), 24–44.
- Baumgart, Winfried: Brest-Litovsk und Versailles: Ein Vergleich zweier Friedensschlüsse. In: *Historische Zeitschrift* 210 (1970), 583–619.
- Boemeke, Manfred F. / Feldman, Gerald D. / Glaser, Elisabeth (Hg.): *The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years*. New York 1998.

- Borodziej, Włodzimierz: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert. München 2010.
- Bosl, Karl: Versailles, St. Germain, Trianon. Umbruch in Europa vor 50 Jahren. München 1971.
- Brandes, Detlef: Die Tschechoslowakei und die Pariser Vororteverträge. In: Krumeich, Gerd / Fehleemann, Silke (Hg.): Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung. Essen 2001, 174–192.
- Cohrs, Patrick O: The Unfinished Peace after World War I. America, Britain and the Stabilisation of Europe, 1919–1932. Cambridge 2006.
- Fisch, Jörg: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Domestizierung einer Illusion. München 2010.
- Geiss, Imanuel: Der polnische Grenzstreifen 1914–1918. Lübeck 1960.
- Kappeler, Andreas: Russland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall. München 1992.
- Katzer, Nikolaus: Die weiße Bewegung in Rußland. Herrschaftsbildung, praktische Politik und politische Programmatik im Bürgerkrieg. Köln / Wien / Weimar 1999.
- Kluge, Paul: Selbstbestimmung. Vom Weg einer Idee durch die Geschichte. Göttingen 1963.
- Kolb, Eberhard: Der Frieden von Versailles. München 2005.
- Krumeich, Gerd / Fehleemann, Silke (Hg.): Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung. Essen 2001.
- Kühlmann, Richard von: Erinnerungen. Heidelberg 1948.
- Mai, Gunther: Das Ende des Kaiserreichs. Politik und Kriegführung im Ersten Weltkrieg. München 1987.
- Maurer-Horn, Susanne: Die Landesregierung für Deutschböhmen und das Selbstbestimmungsrecht 1918/1919. In: Bohemia 38 (1997), 37–55.

- Schwabe, Klaus: Das Ende des Ersten Weltkriegs. In: Hirschfeld, Gerhard / Krumeich, Gerd / Renz, Irina (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg. Paderborn 2009, 293–303.
- Sharp, Alan: The Versailles Settlement. Peacemaking in Paris, 1919. Houndmills 2001.
- Stempin, Arkadiusz: Das vergessene Generalgouvernement. Deutsche Besatzungspolitik in Kongresspolen während des Ersten Weltkrieges. Kultur-, Bildungs- und Kirchenpolitik. Unveröff. Habilitationsschrift Universität Freiburg 2008.
- Weitz, Eric D.: From the Vienna to the Paris System: International Politics and the Entangled Histories of Human Rights, Forced Deportations, and Civilizing Missions. In: *American Historical Review* (2008), 1313–1343.

Ota Konrád

*Die unfertige Nation. Überlegungen zur
Gewaltgeschichte der böhmischen Länder
während des Ersten Weltkriegs und in der
unmittelbaren Nachkriegszeit*

I.

Die Gründung der Tschechoslowakei am 28. Oktober 1918 gehört zu den beliebtesten Themen der tschechischen Historiografie. Ausgehend von zeitgenössischen Studien beteiligter Akteure, von denen einige den Anspruch auf eine objektive geschichtliche Schilderung erhoben, bis zu den Synthesen aus der Zeit nach dem Jahr 1989, wie zum Beispiel die Bücher von Zdeněk Kárník, Antonín Klimek oder Jiří Kovtun,¹ wurde der „28. Oktober“ von verschiedensten Seiten aus beleuchtet. Einen neuen Beitrag zu diesem Thema zu liefern, scheint daher von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Vielmehr lohnt es sich, eine in den meisten dieser Studien präsentierte gängige Deutung kritisch zu hinterfragen: In ihnen wird der 28. Oktober oft als das Ereignis angesehen, das den historischen Weg der im 19. Jahrhundert „wiedererweckten“ tschechischen Nation mit der Gründung eines selbstständigen Nationalstaates krönte. Rückblickend erschien einigen Betrachtern sogar der Sinn des Ersten Weltkrieges darin gelegen zu haben, die nationale Selbstständigkeit für die kleinen Nationen Ostmitteleuropas zu erkämpfen –

1 Kárník: *České země v éře První republiky*; Klimek: *Velké dějiny zemí Koruny české*, sv. XIV; Kovtun: *Republika v nebezpečném světě*.

wurde also der Krieg im Sinne eines tschechischen Messianismus gedeutet, wie dies Ivan Šedivý in seinem Buch „Die Tschechen und die böhmischen Länder und der Große Krieg 1914–1918“ treffend formulierte.²

In jedem Fall ist in der tschechischen Historiografie oft die Vorstellung vertreten, der 28. Oktober sei die Realisierung eines mehrheitlichen Willens der tschechischen Nation gewesen. So beginnt auch eine der besten neueren Darstellungen zur Geschichte der Ersten Tschechoslowakischen Republik, eine aus der Feder von Antonín Klimek in der Reihe „Velké dějiny zemí Koruny české“ (Große Geschichte der Länder der böhmischen Krone) stammende zweibändige Synthese, mit folgendem Satz: „Die Tschechoslowakei ist vor allem durch den Willen der tschechischen Nation entstanden, einen selbstständigen Staat zu bilden.“³

Ist eine solche Deutung aber wirklich so selbstverständlich? War der 28. Oktober die Äußerung des Willens der Mehrheit der unterdrückten tschechischen oder sogar der tschechoslowakischen Nation – bzw., wie Zdeněk Kárník diese These ergänzte, eine nationale Erhebung dreier Nationen auf dem späteren Gebiet der Tschechoslowakischen Republik?⁴ Oder wird dadurch nur die Sichtweise der damaligen nationalen Eliten tradiert, die durch ihre literarische Tätigkeit auch nach 100 Jahren immer noch unser Bild von dieser Zeit prägen?

In meinem kurzen Beitrag konzentriere ich mich auf das Phänomen der Gewalt,⁵ das hier als ein Vergrößerungsglas dient, um die Mentalitäten der „einfachen Leute“, der Frauen, Männer und Jugendlichen zu erfassen, die sonst nur wenige deutliche Spuren in der Geschichte hinterließen – jedenfalls

2 Šedivý: Češi, české země a Velká válka, 5.

3 Klimek: Velké dějiny zemí Koruny české, sv. XIII, 9.

4 Kárník: České země, sv. I, 34–49.

5 Aus der umfangreichen Literatur zur Gewaltforschung sind hier stellvertretend zwei Titel zu nennen: Tilly: Politics of Collective Violence und Trotha: Zur Soziologie der Gewalt.

nicht in Form von Kriegsmemoiren⁶ oder Büchern über den „Aufbau des Staates“⁷ (Ferdinand Peroutka). Die Sichtweise der nationalen Eliten wird ihnen durch die Analyse der kollektiven Gewalt ermittelten Erfahrungen gegenübergestellt. Wie änderte sich die Gewalt in den böhmischen Ländern von der Kriegszeit bis in die unmittelbare Nachkriegszeit? Wie wurde die alte Ordnung bekämpft und die neue Ordnung nach 1918 gedeutet? Und vor allem: Welche Rolle spielte dabei der nationale Diskurs?

Mein Text beruht auf einem laufenden Forschungsprojekt der tschechischen Grantová agentura (einer Forschungsförderungsagentur) zur Gewalt im Ersten Weltkrieg und in der unmittelbaren Nachkriegszeit in den böhmischen und Alpenländern, an dem auch Dr. Rudolf Kučera und Dr. Václav Šmidrkal beteiligt sind.⁸ In den folgenden Überlegungen sind einige Thesen zusammengefasst, die in einer erweiterten Form im Rahmen dieses Forschungsprojektes schon publiziert wurden oder noch veröffentlicht werden.⁹

II.

Die Forschung in den letzten zehn Jahren hat viel zum Thema Gewalt im und unmittelbar nach dem Krieg beigetragen. Sie konzentrierte sich vorwiegend

6 Beneš: Světová válka a naše revoluce.

7 Das mehrbändige Buch von Peroutka bleibt nichtdestotrotz einer der besten zeitgenössischen Beiträge zu den Anfangsjahren der Republik und ist bis heute lesenswert: Peroutka: Budování státu (erste Ausgabe 1933–1936). Vgl. auch Opočenský: Der Untergang Österreichs.

8 GA ČR 14-14612S: „Násilí ve střední Evropě za první světové války a v poválečné době. Srovnání rakouských a českých zemí.“ [Gewalt in Mitteleuropa während des Ersten Weltkriegs und in der Nachkriegszeit. Ein Vergleich der österreichischen und der böhmischen Länder].

9 Kučera: Exploiting Victory; Šmidrkal: Fyzické násilí.

auf die Regionen, die entweder – wie Galizien, Serbien oder die Ukraine – direkt von Kriegshandlungen betroffen waren oder in denen es in der Nachkriegszeit zu von paramilitärischen Gruppen verübter national oder politisch motivierter Gewalt gekommen war.¹⁰

Die böhmischen Länder waren von Kriegshandlungen nicht unmittelbar betroffen. Sie befanden sich auch während des Krieges weiter unter Zivilverwaltung – wenn auch mit einem wachsenden Einfluss des Militärs auf die innere Sicherheit, die Wirtschaft und das Justizwesen. Im Unterschied zu Galizien wurden sie auch nicht von verschiedenen Mächten besetzt. Sie waren ebenfalls nicht von der Strategie der verbrannten Erde betroffen, welche die russische Armee in den Westteilen des Romanov-Imperiums praktizierte.

Auch gab es nach dem Krieg in der Tschechoslowakei keine paramilitärischen Einheiten, die politische Feinde vernichten wollten, wie dies etwa im Ungarn der Nachkriegszeit der Fall war. Im Unterschied zur Ukraine gab es auch keine Warlords, die im Machtvakuum der zerfallenden Imperien eigene Machtbereiche mit eigenen Regeln errichteten. Im Gegenteil konnte der neue tschechoslowakische Staat vergleichsweise rasch und erfolgreich das staatliche Gewaltmonopol wiedererrichten.

Das bedeutet jedoch nicht, dass der Krieg und die Nachkriegszeit in den böhmischen Ländern „ruhig“ verliefen. Sie wurden zum Hinterland, mit allen damit zusammenhängenden Erscheinungen. Spätestens seit 1916 zeichnete sich eine verschärfte Versorgungskrise und die Ankunft von Flüchtlingen und Evakuierten aus den Kriegszonen (wie zum Beispiel von galizischen Juden, Polen oder Italienern aus dem Trentino) ab. Auch die Situation nach dem Krieg war alles andere als „ruhig“. Die desaströse wirtschaftliche Situation kurz nach Kriegsende, der Aufbau des neuen Staates und die Durchset-

10 An Stelle einer langen Liste der einschlägigen Publikationen siehe: Böhler / Borodziej / von Puttkamer (Hg.): *Legacies of Violence*.

zung seiner territorialen Ansprüche wurden von kollektiver – sowohl spontaner ziviler als auch militärischer – Gewalt begleitet, die nach groben Schätzungen ungefähr 160 Tote forderte. Rechnet man noch die zivilen und militärischen Opfer des kurzen Krieges mit der ungarischen Räterepublik in der Slowakei dazu, gelangt man zu einer noch weit höheren Zahl.

In der Zeit des Ersten Weltkrieges, besonders seit 1916, wurden vor allem die Hungerdemonstrationen zur typischen Form kollektiver Gewalt, denn viele von ihnen mündeten in kleinere und auch größere aggressive Akte. Diese Hungerdemonstrationen spielten sich meistens auf den Hauptplätzen der böhmischen und mährischen Städte ab, etwa vor den Gebäuden der Bezirkshauptmannschaften. Die Protestierenden identifizierten als Gegner auch die Menschen, die nicht für die desaströse Versorgungssituation verantwortlich waren. Es genügte schon, dass sie in der Vorstellungswelt der Demonstrierenden Profiteure eines Krieges waren, der für die meisten Menschen nur Leid hervorrief. Im Falle der nicht wenigen antijüdischen Ausschreitungen wurden darüber hinaus auch ältere Ressentiments wieder zum Leben erweckt – Juden wurden zusammen mit anderen sozialen Schichten und Berufsgruppen (wie zum Beispiel Bauern) zu den Feinden an der Heimatfront gezählt.¹¹

Diese gewaltsamen Hungerdemonstrationen waren nicht die hysterischen Aggressionen, als die sie die damaligen Berichte der Sicherheitsorgane beschrieben. Bei näherer Betrachtung kann man die Forderungen der Demonstranten klar herausarbeiten: Ihr überwiegender Teil zielte auf eine gerechte Verteilung von Lebensmitteln und Rohstoffen. Es setzte sich eine rudimentäre Deutung von Gerechtigkeit durch, welche die größeren Zusammenhänge, wie zum Beispiel das komplizierte System der Versorgung des Großreiches, nicht berücksichtigte. Die Folge war eine gewaltsame Erzwingung der

11 Zur Entwicklung des tschechischen Antisemitismus am Ende des 19. Jahrhunderts vgl: Frankl: Prag ist nunmehr antisemitisch.

Verteilung der Lebensmittel. Zugleich wurde auch die Frage nach dem Privateigentum und seiner Legitimität neu gestellt. Dadurch gewann die gesellschaftliche Verantwortung von Privateigentum an Bedeutung. Dies hatte unter anderem eine Umdeutung von Straftaten zur Folge: So fühlten sich zum Beispiel Gruppen, die Kartoffeln von den Äckern holten, aller Wahrscheinlichkeit nach nicht als Diebe – und sie wurden von ihrer Umgebung auch nicht als solche angesehen.

Von großer Bedeutung für fast alle Beispiele für kollektive Gewalt in den böhmischen Ländern der Kriegszeit, die hier nur grob zusammengefasst wurden, ist ihre weitgehende ethnische Indifferenz. Nicht die nationalen Makrogesellschaften, sondern die durch den allgemeinen Leidensdruck gebildeten Mikrowelten, ihre Bedürfnisse und Gerechtigkeitsvorstellungen, wurden zum Denk- und Handlungshorizont der meisten Menschen im Krieg.

III.

Erst das Kriegsende eröffnete den Weg zur Übersetzung dieses mehr oder weniger spontanen, instabilen und situationsbezogenen Protests gegen die bestehende Ordnung in eine ausdifferenziertere Sprache nationaler Vorstellungen, Ziele und Symbole.

Zunächst setzten sich die schon aus der Kriegszeit bekannten Formen der Gewalt fort. Obwohl die Taten typologisch den während des Krieges verübten ähnlich waren, entwickelten die gewalttätigen Kollektive kurz nach dem Krieg auch eine neue Sprache. Überfälle auf Gendarmen und ihre Entwaffnung zielten gegen die alte Ordnung. An die Stelle der kompromittierten Gendarmerie traten an vielen Orten die Eliten der neuen Macht – etwa Mitglieder des Turnverbandes Sokol und vor allem Angehörige der in die Heimat zurückgekehrten tschechoslowakischen Legionen.

Die Dokumente zeugen vor allem davon, dass sich sowohl die Gewalt ausübenden Kollektive als auch Individuen an die neuen Begriffe wie „Republik“ oder „Freiheit“ erst herantasteten. Die Bedeutung, die ihnen zugeschrieben wurde, wich von den politologischen Interpretationen und dem Elitediskurs oft gravierend ab. Die Menschen lehnten etwa Einsätze von Polizei und Gendarmerie sowie Festnahmen mit der Begründung ab, es herrsche nun Freiheit. Nach einem Bericht des Innenministeriums vom Januar 1919 sollte zudem die Bevölkerung davon überzeugt werden, dass die Gendarmerie in der Republik kein Recht habe, Personen festzunehmen. Häufig wurde in diesem Zusammenhang von einem „Volksgericht“ gesprochen. Noch im Juni 1919 wurde in der mährischen Stadt Žďár der Direktor des Großgrundbesitzes von Arbeitern angegriffen und mit dem Zug aus der Stadt geschickt.

In einem Gesamtzusammenhang mit dem Neuanfang und den Abrechnungen mit vermeintlichen oder tatsächlichen Kriegsprofiteuren sowie in einer Kontinuität mit den antijüdischen Ausschreitungen während der Kriegszeit ist auch die Welle der gegen Juden gerichteten Plünderungen, Gewalttätigkeiten und regelrechten Pogrome zu sehen. Sie spielten sich vor allem in den ersten Nachkriegsmonaten – vom November 1918 bis zum Januar 1919 – in drei Regionen ab: Mittelböhmen, Südböhmen und Mittelmähren. Zu den Akteuren der Ausschreitungen gehörten sowohl die örtliche Bevölkerung als auch demobilisierte Soldaten. In einigen Fällen entstanden diese Ausschreitungen eher spontan, in anderen Fällen wurden jüdische und auch nichtjüdische Händler gezielt ausgeplündert. Juden wurden jedoch auch allgemein als Feinde identifiziert und angegriffen – am bekanntesten ist der Fall in Holešov, wo es im Dezember 1918 zu einem geplanten Pogrom mit mehreren Toten kam.¹²

12 Vgl. zum Thema das gerade erschienene Buch Frankl / Szabó: *Budování státu bez antisemitismu?*

Neben diesen Formen kollektiver Gewalt, die immer noch eine starke Kontinuität mit denen des Krieges (Hungerdemonstrationen, Plünderungen, antijüdische Ausschreitungen) aufwiesen, finden sich nach dem Krieg auch ganz neue Arten von Gewalthandlungen. Sie sind eng mit den neuen Akteuren verbunden, den nationalbewussten Personen und Gruppen, vor allem den Legionären. Ihre Kriegs- und Gewalterfahrung und in vielen Fällen ein ausgeprägter Nationalismus stießen nach ihrer Rückkehr auf die Realität eines sprachlich und ethnisch gemischten Staates. So wurden in Prag kurz nach dem Krieg viele Passanten von Legionären oder Soldaten angegriffen, weil sie Deutsch sprachen bzw. als Deutschsprachige wahrgenommen wurden.¹³ Die deutsche Sprache erschien in einer slawischen Stadt,¹⁴ in der Hauptstadt des neuen tschechischen (bzw. tschechoslowakischen) Nationalstaates, als etwas Empörendes, was auch unter Anwendung von Gewalt beseitigt werden sollte.

Ähnliches gilt für die nächste Gewaltwelle, die in den deutschsprachigen Grenzregionen der Tschechoslowakei im Herbst 1920 ausbrach. Im westböhmisches Eger rissen in der Nacht vom 13. auf den 14. November die Soldaten der örtlichen tschechischen Garnison, trotz eines eindeutigen Verbots der politischen Führung sowie ihrer Vorgesetzten, die Bronzestatue von Joseph II. nieder. Diese Tat, Folge einer wachsenden nationalen Spannung in der Stadt, wurde von den Soldaten als Beweis für ihre eigene Tapferkeit und ihre nationale Treue wahrgenommen. Der Sturz des Denkmals wirkte auf andere tschechoslowakische Soldaten in den Grenzgebieten wie ein Signal (auch die Statuen von Joseph II. in Asch und in Teplitz wurden gestürzt) und rief deutsche Proteste hervor, die in Zusammenstöße mit dem Militär mit mehreren Toten gipfelten. Einer der folgenschwersten Fälle stellte ein von Deutschen verübter

13 Vgl. Adam: Unsichtbare Mauern, 35–54 und Koeltzsch: Geteilte Kulturen, 151–167 (mit der Hervorhebung der antijüdischen Stoßrichtung der Demonstrationen und der Straßengewalt).

14 Vgl. Nekula: Constructing Slavic Prague.

Überfall auf die tschechische Minderheitenschule in Eger dar. Dieser rief wiederum Empörung bei den Tschechen hervor: In Prag besetzte eine Menschenmenge unter der Führung von Legionären als Vergeltungsmaßnahme gewaltsam das deutsche Theater.

Diesen Gewaltakten war vor allem ihre symbolische Stoßrichtung gemein. Obwohl durch physische Gewalt begleitet, war diese nicht das eigentliche Ziel dieser Aktionen. Vielmehr sollten Symbole, die der anderen Nation zugeschrieben wurden bzw. ihre Präsenz in der Stadt deutlich machten, entfernt und auf diese Weise die Stadt bzw. der Raum national neu kodiert werden.

Ein ähnliches Motiv findet sich auch in einem noch weit bekannteren Beispiel für die national motivierten Zusammenstöße – nämlich im Falle des 4. März 1919, der mit fast 60 Toten endete. Obwohl an diesem Tag sowohl die politischen Zusammenhänge als auch eine Eigendynamik an einzelnen Orten eine große Rolle spielten, ist die symbolische Kraft dieser Konflikte nicht zu unterschätzen. In Kaaden brach etwa eine verhängnisvolle Schießerei infolge des Streites um die Frage aus, ob die tschechoslowakische Flagge auf dem Rathausurm hängen dürfe oder nicht.

Der nationale Diskurs und seine Rolle in der kollektiven Gewalt nach 1918 erscheinen ambivalent. Er führte zu einer neuen Form von Gewalt, die von nationalbewussten Subjekten ausgeübt wurde. Zugleich war er jedoch einer der Gründe dafür, dass sich die Gewalt oft „nur“ auf einer symbolischen Ebene abspielte. Dies betrifft auch die Art und Weise, wie „innertschechische“ Unzufriedenheit, die vor allem sozial motiviert war, eingeehgt wurde. So gab es im Mai und Juni 1919 in vielen böhmischen und mährischen Städten mehr oder weniger spontane Demonstrationen, die sich vor allem gegen Preissteigerungen und den sogenannten Kettenhandel¹⁵ richteten. In vielen

15 Dabei handelte es sich um einen überflüssigen Zwischenhandel, der den Endpreis erhöhte. Tschechisch „keřasit“ (einen Kettenhandel durchführen) bzw. „keřas“ (der Kettenhändler).

Fällen waren die Demonstrationen von örtlichen Arbeiterfunktionären organisiert worden. Diese hatten jedoch oft große Probleme, die Menge zu kontrollieren. Trotzdem zeichneten sich die Demonstrationen durch viele Gemeinsamkeiten aus. Eine zentrale Rolle spielten dabei symbolische Akte der Gerechtigkeit. Beispielsweise wurden improvisierte Holzgalgen von Demonstrierenden getragen, wobei Händler und Bauern ihre Köpfe in Schlingen legen und schwören mussten, dass sie künftig die Menschen gerecht mit Waren und Lebensmitteln zu fairen Preise versorgen würden. Zudem wurden sie gezwungen, Holzäxte zu tragen und auf einer Tribüne zu schwören.

In den meisten Fällen liefen diese Demonstrationen, abgesehen von Ohrfeigen, Faustschlägen und Schubereien, jedoch ohne größere physische Gewaltanwendungen ab. Für die Kontrolle der Gewalt spielte ihre Ritualisierung durch symbolische Akte von Gerechtigkeit und Strafe eine große Rolle. Diese Ritualisierung setzte jedoch voraus, dass die Demonstrierenden eine gemeinsame Vorstellung von einer aussichtsreichen Zukunft teilten: Vergebung und Besserung waren demnach nur möglich, indem an eine gemeinsame (nationale und staatliche) Zukunft geglaubt wurde.

Zu einer ähnlichen Feststellung dürfte man auch im Falle der national motivierten Gewalt in den Grenzgebieten der böhmischen Länder kommen. Das vergleichsweise geringe Ausmaß an Brutalität und das Fehlen von performativer Gewalt in den dortigen nationalen Konflikten – vor allem im Vergleich mit den östlicheren Territorien, inklusive des Ostteiles der neuen Republik – folgte aus zwei eng miteinander verknüpften Ursachen:

Eine mehrere Jahrzehnte dauernde Erfahrung des deutsch-tschechischen nationalen Konfliktes strukturierte den Raum und schuf ein System von nationalen Symbolen und Narrativen, auf das in einer Krisensituation zurückgegriffen werden konnte, um Gewalt auf eine symbolische Ebene zu überführen. Bedeutend war auch das schon existierende Konfliktmanagement in den Su-

detengebieten: Bei der Konfliktlösung engagierten sich in einigen Fällen ehemalige Abgeordnete der deutschen Parteien oder die Stadtführung. Unter diesen Bedingungen trug der nationale Diskurs nicht nur zur Eskalation der Gewalt bei, sondern auch zu ihrer Ritualisierung, die wiederum zur Gewaltkontrolle beitrug. Die Passanten in Prag, die Deutsch sprachen, wurden gehorft und nicht ermordet. Die Gewalthandlung zielte auf die Rekodierung des öffentlichen Raumes ab, nicht auf die Liquidation des nationalen Feindes.

Das Gleiche gilt auch für die gewaltsame Beseitigung der Statuen von Joseph II., die Besetzung des Deutschen Theaters in Prag und die Beseitigung deutscher Inschriften. Darüber hinaus konnte der nationale Diskurs auf die gewalttätigen Subjekte beruhigend wirken – etwa unter dem Motto: „Die westliche Welt schaut auf uns“, „Wir können unsere neuen Verbündeten nicht enttäuschen“ oder „Gewalt auszuüben ist eine nationale Schande“. Ähnlich wie im Falle der Demonstrationen mit den Galgen im Frühling 1919 wäre die Ritualisierung der nationalen Gewalt und eine solche hemmende Rhetorik ohne eine gemeinsame Vorstellung von einer als positiv empfundenen nationalen Zukunft nur schwer möglich gewesen.

IV.

Als nach 1918 die politischen Eliten des neuen Staates mit der komplizierten ethnischen Lage konfrontiert wurden – dies betraf vor allem die Regionen, die aus Sicht des Prager Zentrums als Randgebiete erschienen –, waren sie oft überrascht. Die Situation im Hultschiner Ländchen erschien einem tschechischen Abgeordneten als „Makedonie“, was eine Chiffre für ein vormodernes Land mit aus einer modernen nationalstaatlichen Perspektive nicht nachvollziehbaren Identitäten war. Eine ähnliche Überraschung, mit der gleichen

„noch-nicht“-Zeitstruktur, begegnet uns auch in Bezug auf die „eigene“ Bevölkerung. So schrieb der Finanzminister und bedeutende Politiker der tschechischen Nationaldemokratischen Partei Alois Rašín im Juni 1919 unmittelbar nach den Prager Demonstrationen gegen zu hohe Preise und Wucher, die in Gewalttätigkeiten und Plünderungen mündeten, an den in Paris weilenden Premierminister Karel Kramář: „Das ist noch keine Nation, das ist eine Meute.“¹⁶ (To není národ ještě, to je dav.)

Ein ähnliches Bild zeigt auch die Analyse der Gewalt. Der nationale Diskurs erfüllte in den Gründungsjahren der Republik eine andere Rolle als frühere Deutungen und Kriegsmemoiren nahelegen. Im Krieg spielte er für die breite Masse der Bevölkerung fast überhaupt keine Rolle. Durch die frühe Beseitigung der freien politischen und medialen Öffentlichkeit büßte in dieser Zeit die nationale „imagined community“ für das Denken und Handeln der Menschen viel an Bedeutung ein. An ihrer Stelle wurden die Denkhorizonte der Handelnden durch die unmittelbare zeitliche und räumliche Gegenwart geprägt, etwa durch die schwierige Versorgungslage, die eigene, nicht national geprägte Gerechtigkeitsvorstellungen schuf.

Erst das Ende des Krieges und der sowohl von oben als auch vonseiten der neuen nationalbewussten Akteure vor Ort (wieder)eingeführte nationale Diskurs, der in der neu geschaffenen republikanischen Öffentlichkeit verbreitet werden konnte, schuf den Rahmen, in dem die Menschen ihre Wünsche, Vorstellungen, aber auch Animositäten auf neue Weise formulieren und ausdrücken konnten. Neben der Fortsetzung der kollektiven Gewaltformen aus der Kriegszeit traten daher auch ganz neue Formen einer national kodierten Gewalt auf. Der nationale Diskurs, der von Anfang an eng mit dem Ethos eines Neubeginns verknüpft war, trug durch die Identifizierung der nationalen Feinde jedoch nicht nur zu diesen neuen Gewaltformen bei, sondern zugleich

16 Zitiert nach Kovtun: *Republika*, 113.

zu ihrer Ritualisierung sowie zur Begrenzung physischer Aggression – was die vergleichsweise geringe Zahl von Toten erklärt.

Das Jahr 1918 war also aus Sicht der Gewaltgeschichte weniger die Krönung eines nationalen Willens der tschechischen Mehrheitsbevölkerung nach Selbstbestimmung als vielmehr erst der Anfang eines Weges zur Durchsetzung der eigenen nationalen Identität – sowohl bei Deutschen als auch bei Tschechen. Die an vielen Orten und in vielen Situationen immer noch unbeständigen und wandelbaren nationalen Identitäten, die immer erst durch das Handeln der Eliten gefestigt werden mussten, prägten den Handlungsspielraum der politischen Akteure. Diese „unfertigen Nationen“ kämpften daher in den folgenden Jahren, zumindest in der Vorstellungswelt ihrer Eliten, auch um sich selbst – wobei die Ausgrenzung des Anderen zum alltäglichen Gebot der Stunde wurde.

Literatur

- Adam, Alfons: Unsichtbare Mauern. Die Deutschen in der Prager Gesellschaft zwischen Abkapselung und Interaktion (1918–1938/39). Essen 2013.
- Beneš, Edvard: Světová válka a naše revoluce. Vzpomínky a úvahy z bojů za svobodu národa [Der Erste Weltkrieg und unsere Revolution. Erinnerungen und Überlegungen aus dem Kampf für die Freiheit der Nation]. 3 Bde. Praha 1927–1928.
- Böhler, Jochen / Borodziej, Włodzimierz / Puttkamer, Joachim von (Hg.): Legacies of Violence. Eastern Europe's First World War. München 2014.
- Frankl, Michal: Prag ist nunmehr antisemitisch. Tschechischer Antisemitismus am Ende des 19. Jahrhunderts. Berlin 2011.

- Frankl, Michal / Szabó, Miloslav: Budování státu bez antisemitismu? Násilí, diskurz loajality a vznik Československa [Die Errichtung des Staates ohne Antisemitismus? Gewalt, Loyalitätsdiskurs und die Entstehung der Tschechoslowakei]. Praha 2015.
- Heumos, Peter: „Kartoffeln her oder es gibt eine Revolution“. Hungerkrawalle, Streiks und Massenproteste in den böhmischen Ländern 1914–1918. In: Mommsen, Hans / Kováč, Dušan / Malíř, Jiří / Marek, Michaela (Hg.): Der Erste Weltkrieg und die Beziehungen zwischen Tschechen, Slowaken und Deutschen. Essen 2001, 255–286,
- Kárník, Zdeněk: České země v éře První republiky (1918–1938) [Die böhmischen Länder in der Ära der Ersten Republik]. 3 Bde. Praha 2000–2003.
- Klimek, Antonín: Velké dějiny zemí Koruny české, sv. XIII.: 1918–1929 [Große Geschichte der böhmischen Länder, Bd. XIII.: 1918–1929]. Praha 2000.
- Klimek, Antonín: Velké dějiny zemí Koruny české, sv. XIV.: 1929–1938 [Große Geschichte der böhmischen Länder, Bd. XIV.: 1929–1938]. Praha 2002.
- Koeltzsch, Ines: Geteilte Kulturen. Eine Geschichte der tschechisch-jüdisch-deutschen Beziehungen in Prag (1918–1938). München 2012.
- Kovtun, Jiří: Republika v nebezpečném světě: éra prezidenta Masaryka 1918–1935 [Die Republik in einer unsicheren Welt: Die Ära des Präsidenten Masaryk]. Praha 2005.
- Kučera, Rudolf: Exploiting Victory, Sinking into Defeat: Uniformed Violence in the Creation of the New Order in Czechoslovakia and Austria, 1918–1922. In: Journal of Modern History 88 (2016) (beim Verlag).
- Nekula, Marek: Constructing Slavic Prague: The “Green Mountain Manuscript” and Public Space in Discourse. In: Bohemia 52 (2012), 22–36.
- Opočenský, Jan: Der Untergang Österreichs und die Entstehung des tschechoslovakischen Staates. Prag 1928.

Peroutka, Ferdinand: Budování státu [Die Errichtung des Staates]. 2 Bde. Praha 2003.

Šedivý, Ivan: Češi, české země a Velká válka 1914–1918 [Die Tschechen, die böhmischen Länder und der Große Krieg 1914–1918]. Praha 2014.

Šmidrkal, Václav: Fyzické násilí, státní autorita a trestní právo v českých zemích 1918–1923 [Physische Gewalt, Staatsautorität und Strafrecht in den böhmischen Ländern 1918–1923]. In: Český časopis historický 114 (2016), H. 1, 83–109 (im Druck).

Tilly, Charles: Politics of Collective Violence. Cambridge 2003.

Trotha, Trutz von: Zur Soziologie der Gewalt. In: Trotha, Trutz von (Hg.): Soziologie der Gewalt. Opladen 1997, 9–58.

Andreas Wiedemann

Deutsche als Opfer? Zur tschechischen Debatte über Vertreibung und Gewalttaten nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der deutschsprachigen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg ist in den letzten rund 15 Jahren in Tschechien immer stärker in den Fokus der medialen und öffentlichen Debatte gerückt. Zahlreiche Schriftsteller, Künstler, Theatermacher und jüngere Historiker haben sich mit diesem Thema, aber auch mit der Geschichte der Deutschen in Tschechien und den tschechisch-deutschen Beziehungen allgemein befasst. Diese intensive Auseinandersetzung lässt sich zum Beispiel an der Medienberichterstattung sowie an vielfältigen Aktivitäten verschiedener Initiativen und Nichtregierungsorganisationen zeigen, etwa an der Gründung von Institutionen wie der Bürgervereinigung Antikomplex und der gemeinnützigen Kultur-, Bildungs- und Forschungseinrichtung Collegium Bohemicum in Ústí n.L. (Aussig).

Der folgende Beitrag richtet sein Hauptaugenmerk auf Initiativen und Ereignisse, die in den vergangenen Jahren in Tschechien breitere gesellschaftliche und politische Diskussionen zur Folge hatten. Er erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern bietet einen ersten Überblick über einige Stationen der Auseinandersetzung mit der Nachkriegszeit in Massenmedien, Filmen und Kunstwerken. Um die tschechische Historiografie, die sich seit langem mit Vertreibung, Wiederbesiedlung und deren Folgen beschäftigt, geht es dabei nur am Rande. Allerdings lässt sich die Geschichtswissenschaft nicht vollständig ausblenden, da insbesondere in die Aktivitäten der vorgestellten Organisationen und Institutionen Historiker und andere Wissenschaftler

entweder involviert sind oder es sich bei ihnen sogar um wissenschaftliche Einrichtungen handelt.

Zivilgesellschaftliche Organisationen und tschechische Vergangenheitspolitik

Einer der ersten und inzwischen wohl auch prominentesten zivilgesellschaftlichen Akteure, die sich einer kritischen Auseinandersetzung mit der tschechischen Geschichte und vor allem der Nachkriegszeit verschrieben haben, ist die Bürgervereinigung Antikomplex. Die 1998 gegründete Organisation will vor allem den deutsch-tschechischen Dialog über die gemeinsame Vergangenheit fördern. Sie organisiert Ausstellungen, öffentliche Debatten, gibt Bücher im Eigenverlag heraus, beteiligt sich an Projekten für Schulen etc. Das Projekt „Verschwundenes Sudetenland / Zmizelé sudety“, das eine Wanderausstellung und ein in mehreren Auflagen veröffentlichtes Buch hervorbrachte, ist eine der bekanntesten Aktivitäten der Gruppe. Dabei werden alte Fotografien aus den ehemals vor allem von Deutschen besiedelten Grenzregionen der böhmischen Länder mit heutigen Aufnahmen verglichen, die aus der gleichen Perspektive aufgenommen wurden. So lässt sich nachvollziehen, welche tiefgreifenden Folgen die Vertreibung der Deutschen für viele Dörfer und Gebiete hatte.

In Zusammenarbeit mit der Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien gab Antikomplex zudem das Buch „Zůstali tu s námi / Bei uns verblieben“ über im Lande gebliebene Deutsche bzw. die deutsche Minderheit im heutigen Tschechien heraus. Darin wird auf der Grundlage von Interviews die Identität der Deutschen in Tschechien thematisiert. Auf diese Weise wird offensichtlich, dass die Frage einer nationalen oder ethnischen „Identität“ in Tschechien nicht so einfach zu beantworten

ist. Laut dem Gründer von Antikomplex, Ondřej Matějka, steht dies im Widerspruch zur gängigen tschechischen Meinung, wonach relativ eindeutig bestimmt werden könne, wer Deutscher und wer Tscheche sei. Nach dem Zweiten Weltkrieg sei nach vermeintlich eindeutigen Kriterien entschieden worden, wer als Deutscher galt und wer nicht und wer in der Tschechoslowakei bleiben durfte und wer nicht. Diese Kriterien stelle das Buch infrage: „Damit wollen wir auch das Identitätskonzept in Tschechien hinterfragen und zu eigenen Überlegungen anregen“, so Matějka in einem von Radio Prag am 4. Juli 2013 gesendeten Beitrag.

In einem weiteren von Antikomplex veröffentlichten Buch „Sudetské příběhy / Sudetengeschichten“ erzählen vertriebene Deutsche, Deutsche, die in der Tschechoslowakei bleiben konnten, und Tschechen, die als Neusiedler in die Grenzgebiete kamen, ihre Lebensgeschichten. Dabei können tschechische Leser unter anderem Informationen über die Probleme und Umstände des Neuanfangs im zerstörten Nachkriegsdeutschland gewinnen; für (suden-)deutsche Leser wird wiederum deutlich, dass das Leben im Grenzgebiet für die tschechischen Neusiedler nicht nur Vorteile brachte. Neben der Beschäftigung mit solchen Projekten schalten sich die Mitglieder von Antikomplex zudem wiederholt in aktuelle vergangenheitspolitische Debatten ein und melden sich in Zeitungskomentaren zu Wort.

Eine ähnliche Zielrichtung wie Antikomplex besitzt die gemeinnützige Institution Collegium Bohemicum in Ústí n.L. (Aussig). Sie wurde 2005 gegründet und widmet sich der Geschichte der deutschsprachigen Bewohner in den böhmischen Ländern. Ihr größtes Projekt ist eine sich in Vorbereitung befindliche Dauerausstellung zu diesem Thema. Im Mittelpunkt steht dabei die Botschaft, dass Deutsche jahrhundertlang ein fester Bestandteil der böhmischen Länder waren und damit auch deren kulturelles Erbe prägten. Die Ausstellung soll sich daher nicht nur auf das Ende des Zusammenlebens von Deutschen und Tschechen konzentrieren, sondern alle Bereiche der deutsch-

tschechien (Konflikt-)Gemeinschaft beleuchten und die tschechische Gesellschaft zur Reflexion über diese Geschichte anregen. Der Ausstellungskurator Jan Šícha beschrieb das Konzept in einer von Radio Prag am 29. September 2014 ausgestrahlten Sendung wie folgt:

„Wir haben eine offene europäische Ausstellung vorbereitet. Wir beschreiben 800 Jahre Zusammenleben von Deutschen und Tschechen. Für uns sind die interessantesten Momente die der Inspiration: Reformation, Jan Nepomuk, Industrialisierung, Prager deutsche Literatur. Das ist unsere Vorstellung. Eine Gegenvorstellung [...] wäre eine Ausstellung zum deutsch-tschechischen Konflikt – also erst ab dem 19. Jahrhundert, die Zeit der nationalen Bewegung und Konfliktgeschichte.“

Das geplante Ausstellungskonzept wurde in den letzten Jahren bei verschiedenen Gelegenheiten vorgestellt. Kritik kam unter anderem vom Tschechischen Verband der Freiheitskämpfer (Český svaz bojovníků za svobodu), der eine Verwischung der Unterschiede zwischen den Verursachern des Zweiten Weltkriegs und deren Opfern unterstellt. Mit diesem Vorwurf werden, wie im Folgenden gezeigt werden wird, immer wieder Projekte zur deutsch-tschechischen Verständigung angegriffen, die das etablierte tschechische Geschichtsbild infrage stellen.

Im Juni 2011 wurde nach mehrjähriger Renovierung das Stadtmuseum in Ústí n. L. wiedereröffnet, in dem die Ausstellung untergebracht werden soll. Mit 1.500 Quadratmetern Ausstellungsfläche wird sie den größten Teil des Gebäudes einnehmen. Eigentlich sollte die Eröffnung bereits 2012 erfolgen, wegen der ungeklärten Finanzierung verzögert sich die Umsetzung aber immer wieder. Petr Nečas von der Demokratischen Bürgerpartei (Občanská demokratická strana, ODS) kündigte unter anderem bei seinem ersten offiziellen Besuch als Ministerpräsident in München im März 2013 an, das Collegium Bohemicum zu unterstützen. Auch die folgende Mitte-Links-Regierung von Ministerpräsident Bohuslav Sobotka sagte ihre Unterstützung zu und

plante im Staatshaushalt für das Jahr 2015 48 Millionen Kronen für die Realisierung der Dauerausstellung ein.

Ein erstes großes unter Beteiligung des Collegium Bohemicum realisiertes Projekt war ein Forschungs- und Dokumentationsvorhaben über das Schicksal sudetendeutscher NS-Gegner. Viele von diesen waren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von jenen Maßnahmen betroffen, die in der Tschechoslowakei gegen die sogenannte „unzuverlässige Bevölkerung“ (Deutsche, Ungarn, „Kollaborateure“) ergriffen wurden. Sie verloren wie die meisten anderen Deutschen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft oder wurden enteignet. Dies geschah auf der Basis von Dekreten des ersten Nachkriegspräsidenten der Tschechoslowakischen Republik Edvard Beneš (den sogenannten Beneš-Dekreten). Diese nahmen NS-Gegner eigentlich aus, doch wurden auch sudetendeutsche Antifaschisten aus den Reihen der Sozialdemokraten, Kommunisten oder der katholischen Kirche auf diese Weise behandelt und auch vertrieben. Zudem war die antideutsche Stimmung nach dem Krieg so stark ausgeprägt, dass Zehntausende deutscher Antifaschisten die Tschechoslowakei „freiwillig“ verließen.

Das Forschungsprojekt realisierten das Prager Institut für Zeitgeschichte, das Nationalarchiv Prag, die Jan-Evangelista-Purkyně-Universität in Ústí n. L., das Stadtmuseum Ústí n. L. und das Collegium Bohemicum gemeinsam. In seinem Rahmen wurden verschiedene Aktivitäten entwickelt, in die auch deutsche und österreichische Institutionen und Wissenschaftler involviert waren. Zahlreiche Konferenzen und Seminare wurden organisiert, die Ergebnisse in mehreren Publikationen veröffentlicht. Die Vielfalt der Aktivitäten umfasste Schulprojekte, Filmdokumente, Rundfunksendungen über Antifaschisten aus Deutschland bis hin zu Internetpräsentationen. Am 11. und 12. September 2008 wurden in Ústí n. L. die Ergebnisse des Projekts präsentiert und die Ausstellung „Vergessene Helden“ eröffnet. Zu den Begrüßungsred-

nern gehörte auch der damalige tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg.

Der damalige sozialdemokratische Ministerpräsident Jiří Paroubek hatte das Projekt als Versöhnungsgeste angeregt, die dann am 24. August 2005 vom tschechischen Kabinett beschlossen wurde. Im Mai 2006 empfing Paroubek offiziell ehemalige Widerstandskämpfer aus den Reihen der damaligen deutschen Bevölkerung. Die Versöhnungsgeste bezog sich allerdings nicht auf die Vertreibung der Deutschen allgemein. Zudem hatte dies keine Änderung der offiziellen tschechischen Position zu den umstrittenen sogenannten Beneš-Dekreten zur Folge. Sudetendeutsche Vertriebenenverbände und CSU-Politiker hatten immer wieder offensiv gefordert, dass die auf die Sudetendeutschen bezogenen Dekrete für ungültig erklärt werden müssten. Manche deutsche Vertriebenenvertreter und Politiker wollten sogar den EU-Beitritt Tschechiens von der Aufhebung der Dekrete abhängig machen.

Dies mag zum Teil erklären, warum die Initiative Paroubeks in Tschechien nicht unumstritten war. So lehnte sie der damalige Präsident Václav Klaus kategorisch ab. Ein solcher Schritt sei „außerordentlich unglücklich und gefährlich“, sagte er laut der „Berliner Zeitung“ vom 14. Juli 2005, denn es werde eine Büchse der Pandora geöffnet. Diese Ansicht teilte die oppositionelle ODS. Der Europaabgeordnete der ODS, Jan Zahradil, vertrat die Meinung, dass der „Konsens der politischen Klasse in Tschechien“ zerstört werde, demzufolge die Diskussion über die Nachkriegszeit mit der im Januar 1997 unterzeichneten Deutsch-Tschechischen Erklärung beendet sei. Der Vorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt, bescheinigte dagegen dem tschechischen Ministerpräsidenten laut einer Meldung des deutschen Nachrichtensenders n-tv vom 23. Mai 2006 „großen Mut“, die Seliger-Gemeinde als Vereinigung sudetendeutscher Sozialdemokraten verlieh ihm 2007 den Wenzel-Jaksch-Gedenkpreis. Für die Gegner der Initiative

Paroubeks dürften die lobenden Worte von „sudetendeutscher“ Seite allerdings wohl eher ein Beweis dafür gewesen sein, dass ihre Skepsis mehr als angebracht sei.

Beendet war die Diskussion über die Nachkriegszeit freilich auch weiterhin nicht. Ein im Jahre 2010 veröffentlichtes Buch mit dem Titel „Tragische Erinnerungsorte – Ein Führer durch die Geschichte einer Region“ befasste sich mit der Gewaltgeschichte der Jahre 1938–1945 in Nordböhmen. Die Publikation ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit von Antikomplex mit dem Collegium Bohemicum. Rund 80 Schülerinnen und Schüler aus Ústí n.L. (Aussig), Kadaň (Kaaden), Chomutov (Komotau) und Louny (Laun) befragten Zeitzeugen und trugen auch über weit weniger bekannte Gewalttaten viel Material zusammen. Die zweisprachigen Beiträge vermitteln auf diese Weise ein umfassendes Bild von dem gewaltsamen Ende des Zusammenlebens der tschechischen, deutschen und jüdischen Bevölkerung.

Die geschilderten Aktivitäten und Projekte von Antikomplex und dem Collegium Bohemicum sowie weiterer kleinerer Initiativen müssen als zivilgesellschaftliche Basis der tschechischen Auseinandersetzung mit der Nachkriegszeit in Erinnerung behalten werden, wenn es im Folgenden um die in den Medien geführten Debatten über die Vertreibung und an Deutschen begangene Verbrechen geht. Dabei werden auch die historischen Ereignisse ausführlicher erörtert, um die moralische und historiografische Dimension der vergangenheitspolitischen Diskussionen zu verdeutlichen – und damit auch eine Erklärung für den zuweilen heftigen innenpolitischen Streit zu liefern, den die öffentliche Thematisierung der an Deutschen begangenen Gewalttaten wiederholt entfacht.

Debatten in den tschechischen Medien

Fund des Massengrabs bei Dobronín – 2010

In der Nacht vom 19. auf den 20. Mai 1945 wurden in der kleinen mährischen Gemeinde Dobronín (Dobrenz) nahe Jihlava (Iglau) 15 Deutsche, die meisten von ihnen waren Bauern, mutmaßlich von tschechischen sogenannten Revolutionsgardien ermordet und in einem Massengrab verscharrt. Solche Gewalttaten hat es nach dem Zweiten Weltkrieg in der Tschechoslowakei an vielen Orten gegeben. Das Besondere am Fall Dobronín ist, dass knapp 70 Jahre später, im September 2009, die tschechische Kriminalpolizei Ermittlungen aufnahm. Die deutsche Schriftstellerin Herma Kennel hatte die Untersuchung des Falls indirekt angeregt, weil sie die Tat in ihrem im Jahre 2003 erschienenen dokumentarischen Roman „Bergersdorf“ beschrieben hatte. Der tschechische Journalist Miroslav Mareš schaltete daraufhin die Polizei ein.

Im August 2010 öffnete die tschechische Polizei das Massengrab, das sich auf einer Wiese befand, und entdeckte die Überreste von 13 Menschen. Noch im selben Monat errichteten zwei Dorfbewohner an dieser Stelle ein drei Meter hohes weißes Holzkreuz. Die Polizei nahm Ermittlungen wegen der Tötung der Deutschen auf. Da die Morde in Tschechien verjährt sind, wurde eine Kategorisierung der Tat als „Völkermord / Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ geprüft. Dieser Tatbestand unterliegt keiner Verjährungsfrist. Anfang 2012 wurde dann bestätigt, dass die gefundenen Gebeine von ehemaligen deutschen Bewohnern aus Dobronín und umliegenden Dörfern stammten. Durch den Abgleich von DNA-Proben von Verwandten konnten zwölf Tote identifiziert werden.

Die Entdeckung des Grabes von Dobronín erregte in der tschechischen Öffentlichkeit großes Aufsehen. In zahlreichen Beiträgen befassten sich Jour-

nalisten und Publizisten nicht nur mit diesem konkreten Fall, sondern generell mit der Thematik der Vertreibung, der Gewalt gegen die deutsche Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg sowie der Auseinandersetzung mit diesen Geschehnissen in Tschechien heute. Die große Mehrheit der Autoren forderte eine schonungslose Aufklärung der Ereignisse und eine offene Auseinandersetzung mit diesem Thema. So widmete sich der Publizist Jan Gebert in einer Beilage der konservativen Tageszeitung „Lidové Noviny“ (Volkszeitung) vom 27. August 2010 ausführlich dem Massengrab von Dobronín, indem er die Ereignisse vom 19. Mai 1945 rekonstruierte.

Gebert ging in seinem Beitrag auch auf die Geschichte des Ortes vor und während des Krieges ein und schrieb über die Rolle des vermutlichen Organisators des Massakers, Robert Kautzinger. Dieser sei als Österreicher aus Wien in den 1920er Jahren nach Dobronín gekommen und habe sich bei den Kommunisten engagiert. Nach der Besetzung durch NS-Deutschland seien Kautzinger und andere Mitglieder der kommunistischen Ortsgruppe von der Gestapo verhört worden. Während seine Genossen allesamt zur Zwangsarbeit nach Deutschland gebracht worden seien, sei Kautzinger nach zwei Monaten zurückgekehrt. Möglicherweise hatte sich Kautzinger die Freiheit mit dem Versprechen einer Zusammenarbeit mit den Besatzern erkaufte. Durch die Befreiung Jihlavy durch die Rote Armee erhielt Kautzinger Gebert zufolge die Möglichkeit, das Gerede über eine mögliche Kollaboration zu beenden und sich an die Spitze der örtlichen Revolutionsgarden zu stellen. Diese enteignete die Deutschen und internierte sie in Lagern. Am 19. Mai habe Kautzinger dann die Mordaktion in Dobronín angeführt.

Für Gebert ist es bezeichnend, dass sich kein führender tschechischer Politiker zu dem Grab in Dobronín geäußert hatte, obwohl es sich um einen Massenmord an unschuldigen Menschen handelte. Auch eine Gedenktafel in Postoloprty (Postelberg) in Nordböhmen zur Erinnerung an das größte Nachkriegsmassaker an deutschsprachigen Zivilisten sei im Juni 2010 ohne

offizielles politisches Interesse angebracht worden. Dort waren im Juni 1945 mindestens 736 Männer ermordet worden. Jahrelang wurde über die Errichtung eines Mahnmals gestritten, am 3. Juni 2010 wurde schließlich eine Gedenktafel auf dem Friedhof eingeweiht. Sie enthält die Inschrift „Allen unschuldigen Opfern der Ereignisse im Mai und Juni 1945“. Die Anerkennung tschechischer Nachkriegsverbrechen, so schrieb Gebert vor diesem Hintergrund, habe bisher den Hauch von Landesverrat gehabt; seine Leugnung sei dagegen eine beliebte Art und Weise, Patriotismus zu demonstrieren. In diesem Sinne sei Dobronín offenbar nicht anders als andere Orte in Tschechien.

Der Journalist und Publizist Petr Zídek schrieb am 28. August 2010 in den „Lidové Noviny“ einen Kommentar mit dem Titel „Frühling 1945: Die Zeit der Mörder“. Dieser sei ausführlicher zitiert, weil er zahlreiche Argumente der Befürworter einer offenen Auseinandersetzung mit der Nachkriegsgewalt auf den Punkt bringt: Zídek zufolge gehören die ersten Monate nach der Befreiung im Jahr 1945 zu den dunkelsten Perioden der tschechischen Geschichte. Zur Ermordung von Unschuldigen sei es an Hunderten oder Tausenden weiterer Orte gekommen – und Hunderte ähnliche Massengräber warteten noch auf ihre Entdeckung. Im allgemeinen tschechischen Bewusstsein seien aber nur die größten Gewaltakte bekannt: Der „Brünner Todesmarsch“, das Massaker in Postoloprty, die Gewaltakte von tschechoslowakischen Soldaten bei Obermoschtenitz (Horní Moštěnice) mit 265 Toten (davon 120 Frauen und 74 Kindern) und das Pogrom in Ústí n.L. Allein ein Verzeichnis der Orte, an denen es im Frühling und Sommer 1945 nachweislich zu Morden an Deutschen gekommen war, würde – so Zídek – nicht nur den Rest des Artikels, sondern wahrscheinlich mehrere Seiten der Zeitung füllen.

Das Massaker von Dobronín werde nur deshalb stärker beachtet, weil es bis dato unbekannt gewesen sei und Ortsansässige ihre eigenen Nachbarn ermordet hätten. Ungewöhnlich sei auch, dass einer der vermeintlichen Organisatoren ein Deutschsprachiger aus Wien gewesen sei (eben Kautzinger).

Zidek erinnert an das sogenannte Amnestiegesetz¹, durch das alle Straftaten, die zwischen dem 30. September 1938 und dem 28. Oktober 1945 begangen wurden, straffrei blieben, wenn sie als „gerechte Revanche“ für die Taten der deutschen Besatzer galten. Was eine solche gerechte Revanche sei, habe aber niemand definiert. Einige Taten seien in den ersten Nachkriegsjahren immerhin gerichtlich verfolgt worden. Zidek betont aber, dass mit dem Töten von Deutschen die Repression noch nicht geendet habe, denn das gesamte sogenannte Retributionsgerichtsweisen, in denen zahlreichen Menschen von sogenannten Außerordentlichen Volksgerichten verurteilt worden waren, habe im Widerspruch zu einem rechtsstaatlichen Verfahren und zur Demokratie gestanden.

Die Jahre zwischen 1945 und 1948 könnten als das größte Tabu der tschechischen Diskussion über die Vergangenheit gelten. Während das kommunistische Regime bereits seit 1993 per Gesetz als verbrecherisch definiert sei und ein anderes Gesetz die Zeit seit dem Münchener Abkommen bis zur Befreiung als „Zeit der Unfreiheit“ bezeichne, gelte die sogenannte Dritte Republik (Mai 1945 Februar 1948) immer noch als fast demokratisches System. Dabei seien Maß und Intensität der vom Staat organisierten oder zumindest vom Staat tolerierten Repressionen damals unzweifelhaft höher gewesen als in den 1950er Jahren. Allerdings, so Zidek, könne man von der Untersuchung 65 Jahre nach den Morden nicht erwarten, dass die Täter noch bestraft würden. Von den Verdächtigen lebe wahrscheinlich nur noch einer, außerdem sei die Tat verjährt. Man könne aber die Aufdeckung der Wahrheit und eine moralische Katharsis erwarten. Die zwei Bürger in Dobronín, die am Ort des Verbrechens ein Kreuz zum Gedenken aufgestellt haben, schienen für Zidek auf einem guten Weg zu sein.

1 Gemeint ist das Gesetz Nr. 115/1946 Sb. vom 8. Mai 1946 über die Rechtmäßigkeit von Handlungen, die mit dem Kampf um die Wiedererlangung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zusammenhängen.

Gegen diese Form der Berichterstattung und Wertung erhob sich allerdings auch Widerspruch. Der Journalist Daniel Kaiser bestritt am 25. August 2010 in den „Lidové Noviny“ dass man in der Vergangenheit zu selten über die Massengräber der Sudetendeutschen berichtet habe, sondern eher im Gegenteil vielleicht zu häufig. So sei in den 1990er Jahren oft über Postelberg und andere Orte berichtet worden. Viele Tschechen würden deshalb negativ auf das Thema reagieren, weil sie nichts mehr davon hören wollten. Die Menschen reagierten „allergisch“ auf das Thema, weil sie es einfach satt hätten, meinte Kaiser. Diese Einschätzung kritisierte wiederum der Publizist und Politologe Bohumil Doležal in einem Kommentar für die „Lidové Noviny“ vom 31. August 2010 mit dem ironischen Titel „Genug von der Abschiebung“. Doležal erinnert daran, dass die tschechische Gesellschaft seit 1945 dem „Mist antideutscher Propaganda“ ausgesetzt gewesen sei – und zwar in dem Sinne, dass im Vergleich zu den tschechischen Sündern die Deutschen noch schlimmer gewesen wären.

Doležal zufolge entspreche es auch nicht der Wahrheit, dass man in Deutschland über die tschechischen Opfer der Zeit vor 1945 nicht sprechen würde. Man tue dies ständig. Allerdings hätten selbst die Deutschen diese „unverschämte tschechische Doktrin über Ursache und Folgen“ übernommen. Wenn sich jemand wie ein „Schwein“ benehme, so gebe dies niemandem das Recht dazu, sich ebenso wie ein „Schwein“ zu benehmen, so Doležal. Die Journalistin Bára Procházková befasste sich in einem Beitrag für die liberale Wochenzeitschrift „Respekt“ vom 30. August 2010 ebenfalls mit dem Massengrab in Dobronín und meinte, dass es noch Dutzende solcher Orte in Tschechien mit einer dunklen Vergangenheit gebe. Der wichtigste Punkt bei den Untersuchungen in Dobronín sei nicht, die Mörder zu benennen, sondern Beweise dafür zu sammeln, dass es fast überall in Tschechien zu Morden an Deutschen gekommen sei.

Tschechische Politiker hielten sich in der Diskussion in der Tat bedeckt. Einer der wenigen von denen, die sich nach dem Fund des Massengraves in Dobronín äußerten, war der Europaparlamentarier der ODS Jan Zahradil. Dieser reagierte am 19. August 2010 gegenüber dem Internetportal „parlamentnilisty.cz“ auf die Aufforderung von Berndt Posselt an die Regierung des damaligen Ministerpräsidenten Petr Nečas (ebenfalls ODS), die Untersuchung von Nachkriegsverbrechen während der Vertreibung der Deutschen zu unterstützen, folgendermaßen:

„Wir haben uns wieder Probleme eingehandelt. Die pro-sudetendeutschen Aktivisten haben wieder einmal ein ekliges Spiel gestartet, diesmal mit dem deutschen Grab in Dobronín. Mir ist vor der tschechischen Reaktion, diesem Buckeln und dem Schlagen auf den eigenen Kopf, übel.“

Auf seinem Blog auf dem Nachrichtenportal „www.aktualne.cz“ schrieb Zahradil außerdem, die Welle von Entdeckungen, Verurteilungen und der Untersuchung angeblicher tschechischer Nachkriegsverbrechen an der deutschsprachigen Bevölkerung führe in ihrem Ergebnis dazu, die Ursachen und Folgen des Krieges zu nivellieren und die Unterschiede zwischen den Aggressoren und den Opfern zu verwischen. Die Exzesse während der wilden Phase des Abschubs (odsun) sollten und könnten nicht auf der gleichen Ebene behandelt werden wie die gewaltsame Zerstörung des tschechoslowakischen demokratischen Staates und der nachfolgenden Maschinerie von KZs, Hinrichtungen und Folterkammern. Der Blog-Beitrag wurde intensiv im Internet diskutiert, wobei die meisten Kommentare eher eine ablehnende Haltung gegenüber dieser Position einnahmen. Einige gaben ihm Recht, kritisierten aber seinen Stil und seine Wortwahl.

Die Meinung Zahradils wurde vom Militärhistoriker Eduard Stehlík vom Militärhistorischen Institut in einem am 10. November 2011 im Nachrichtenportal „parlamentnilisty.cz“ veröffentlichten Interview zumindest im Grund-

satz geteilt. Er meinte, dass er selbstverständlich die Morde an der deutschsprachigen Bevölkerung in der Nachkriegszeit verurteile, aber wenn man A sage, müsse man auch B sagen:

„Diese Dinge wären niemals passiert, wenn die Sudetendeutschen nicht die Erste Republik zerschlagen hätten und wenn sie nicht sieben Jahre lang systematisch im tschechischen Volk gemordet hätten. Es ist erwiesen, dass etwa die Hälfte der Gestapo, die im Protektorat wirkte, aus Sudetendeutschen bestand.“

Die Sudetendeutschen seien die größten Henker des tschechischen Volkes gewesen und die größten Nazis, von allen NSDAP-Gauen habe es im Gau Sudetenland im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die meisten NSDAP-Mitglieder gegeben. Die Geschichte habe nicht im Mai 1945 begonnen, sondern im September 1938 in München, als die große Mehrheit der Sudetendeutschen die Angliederung der Grenzgebiete an das NS-Reich unterstützt habe. Stehlik ergänzte:

„Es ist zwar abscheulich und eklig, dass sich einige unserer Mitbürger genauso verhalten haben wie die Sudetendeutschen. Andererseits haben die Sudetendeutschen aktiv an der geplanten Auslöschung unseres Volkes mitgewirkt und können sich nicht wundern, dass jemand so reagiert hat, so sehr ich diese Gewalttaten auch verurteile.“

Der Journalist Ondřej Štindl kritisierte wiederum in den „Lidové Noviny“ vom 24. August Zahradils Äußerungen. Zahradil denke wahrscheinlich, mit solch einer Meinung in der Öffentlichkeit nicht viel zu riskieren. Diese Meinung teilten vermutlich bis zu einem bestimmten Maße auch der Staatspräsident, der Ministerpräsident und wahrscheinlich der große Teil des Parlaments sowie ein bedeutender Teil der Wähler. Aber in diesem konkreten Fall irre sich Zahradil gewaltig und degradiere die Sache des Tschechentums, für die er vorgebe zu kämpfen.

Die deutsche Journalistin Anneke Hudalla, die lange in Tschechien lebte und im Jahr 2010 noch regelmäßig für „Respekt“ schrieb, ironisierte in einem

Kommentar für diese Zeitschrift am 30. August die Aussage Zahradils, der wegen der Berichterstattung über die ermordeten Sudetendeutschen „kotzen wollte“, weil seiner Meinung nach die ganze Debatte darüber falsch sei: „Die ermordeten Deutschen aus dem Massengrab in der Region Iglau sollten sich wirklich entschuldigen. Nicht wegen des Holocaust, sondern dafür, dass sie Jan Zahradil die Ferien verdorben haben“, so Hudalla. Zahradil habe sich selbst zu einem „Helden der Peinlichkeit“ stilisiert. Außerdem kritisierte sie Kaisers Kommentar, dass die tschechische Öffentlichkeit durch diese Berichterstattung bereits übersättigt sei. Allerdings habe es wirklich keinen Sinn, der tschechischen Öffentlichkeit ständig neue Bilder von den Massengräbern zu zeigen, wenn sie nicht bereit sei, nach der Bedeutung dieser Schreckensbilder für die heutige Zeit zu fragen. Dies war für Hudalla die eigentlich wichtige Ebene der Diskussion – nicht nur für die Medien, sondern auch für Wissenschaftler und Politiker.

Am 15. September 2012 wurden die Toten auf dem Zentralfriedhof von Jihlava bestattet. Zum ersten Mal in Tschechien gab es eine Trauerfeier und einen Gedenkgottesdienst für ermordete Deutsche. Nach der Beisetzung sagte der Angehörige Johann Niebler laut einem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 18. September, ein drei Jahre andauerndes Bemühen finde nun endlich einen glücklichen Abschluss. Die Gebeine seines Onkels Franz wurden gemeinsam mit denen von elf weiteren Opfern beerdigt. „Ohne Politiker und ohne Vertriebenenfunktionäre, das war uns wichtig“, sagte Niebler. Nur um einen persönlichen Abschied sei es gegangen.

Weitere Gräber

Dobronín war nicht das einzige Massengrab, über das im Jahr 2010 debattiert wurde. Anfang Oktober 2010 berichteten die tschechischen Medien, dass die

Polizei in Znojmo (Znaim) damit begonnen habe, ein Massaker an elf Sudentendeutschen in Moravský Krumlov (Mährisch Krumau) zu untersuchen, das im Juni 1945 stattgefunden haben soll. Die Wochenzeitschrift „Týden“ (Die Woche) schrieb am 10. Juni 2010, dass die tragischen Ereignisse zwar dokumentiert gewesen seien, die Polizei aber erst im Jahr 2010 Ermittlungen eingeleitet habe. Von Hunderten historisch verbrieften Nachkriegsmassakern auf dem Gebiet des heutigen Tschechien sei erst ein Bruchteil von der Polizei aufgedeckt worden.

Seit 1990 habe man nur sechs Anzeigen gegen unbekannte Täter erhalten, die solche Exzesse begangen haben sollen, wie Pavel Bret, Direktor der Behörde für die Dokumentation und Untersuchung von Verbrechen des Kommunismus (Úřad dokumentace a vyšetřování zločinů komunismu, UDV) in Prag erklärte. Laut Bret gab es Hunderte von Akten über die Nachkriegsverbrechen. Sie stammten aus dem Jahr 1947 und seien von der Polizei seinerzeit ohne politische Einflussnahme untersucht worden. Eine Strafverfolgung der Täter oder eine Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse habe es jedoch nicht gegeben. Nach der kommunistischen Machtübernahme 1948 seien dann auch keine Ermittlungen mehr eingeleitet worden.

Der Fall von Moravský Krumlov wurde der Polizei laut „Týden“ im August 2010 gemeldet. Der Bürgermeister der Stadt, Jaroslav Mokrý (ODS), erklärte, es habe sich um einen Mord an unschuldigen Menschen gehandelt – und an jede derartige Tat sollte wenigstens mit einem Denkmal erinnert werden. In der Stadt werde über den Exzess seit 65 Jahren geschwiegen, dabei lebten laut Mokrý sogar noch Zeitzeugen, die auch die Namen der Mörder kennen, wohl aber nicht verraten würden. Der Artikel erwähnt weitere Orte für Nachkriegsmassaker. In Ostrava sollen in einem Massengrab laut historischen Quellen 230 getötete Deutsche liegen, bisher habe sich aber niemand gefunden, der eine Untersuchung anstoßen würde. Die Mitglieder des Ver-

eins, in dem die Deutschen aus Ostrava organisiert sind, hätten darüber nachgedacht. Sie hatten aber wohl auch Bedenken: Der Vorsitzende des Vereins sagte gegenüber der Zeitschrift, dass er bereits nach seinem gegenüber Medien geäußerten Wunsch, die Sache zu untersuchen, zahlreichen hasserfüllten verbalen Angriffen ausgesetzt gewesen sei.

Am 18. Januar 2011 präsentierte der öffentlich-rechtliche Tschechische Rundfunk seine Recherchen zum Massaker im nordböhmischen Podbořany (Podersam) und sendete darüber eine große Reportage. In Podbořany hatten im Juni 1945 sogenannte Revolutionsgarden rund 70 inhaftierte Sudeten-deutsche in einem Wald erschossen. Dem Rundfunkbericht nach handelte es sich bei den toten Deutschen meist um NSDAP-Mitglieder, unter ihnen auch SA- oder SS-Angehörige. Allerdings wurden auch einfache Bürger getötet. Pavel Polák vom Tschechischen Rundfunk hatte die Reportage angeregt. Er hatte erfahren, dass einer der letzten Zeugen des Massakers von Podbořany noch in Bayern lebte. Der Journalist sprach außerdem mit Einheimischen und studierte Unterlagen einer staatlichen Kommission, die nach dem Krieg die größten Exzesse untersucht hatte. Nachdem die Kommunisten an die Macht gekommen waren, sei deren Arbeit eingestellt worden. Heimlich wurden die größten Massengräber exhumiert, die Überreste weggebracht und verbrannt, so Polák. Dies sei vermutlich auch in Podbořany geschehen.

Einige Jahre früher, zwischen 2006 und 2009, hatte es Auseinandersetzungen über eine Form des Gedenkens an Gewalttaten gegeben, die an Deutschen im nordböhmischen Städtchen Nový Bor (Haida) begangen worden waren. Dort waren Anfang Juni 1945 die ersten Deutschen vertrieben worden. Bei Hausdurchsuchungen hatten Soldaten angeblich Waffen und Radiogeräte gefunden. Rund 30 Deutsche wurden festgenommen, von ihnen wählten die Soldaten acht Personen (Frauen und Männer) für eine exemplarische öffentliche Hinrichtung aus. Nach Misshandlungen in der Nacht wurden sie am

Morgen des 2. Juni auf dem Rathausplatz durch eine von einem Oberstleutnant befehligte Abteilung eines Infanterieregimentes erschossen. Die Toten wurden 24 Stunden liegen gelassen und dann in einem Massengrab verscharrt. Ein weiterer Deutscher, Dr. Alfred Träger, wurde am nächsten Tag aus einem Zug mit Vertriebenen geholt und erschlagen.

Im Jahr 2006 hatten die Angehörigen von Träger beim Stadtrat einen Antrag auf die Errichtung eines Gedenksteins in Nový Bor gestellt. Dieser wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Nun erinnern auf dem Waldfriedhof zwei Marmortafeln mit einem deutschen und einem tschechischen Text an die dort namentlich genannten Opfer. Im Jahr 2009 entbrannte eine neue Debatte über den Gedenkstein. Ein Hobbyhistoriker und Stadtabgeordneter der kleinen Partei Suverenita (Souveränität) hatte Dokumente gefunden, laut denen sich unter den Erschossenen zwei NSDAP-Mitglieder und ein SS-Angehöriger befunden haben sollen. Daraufhin formulierten die Kommunisten in der Stadt, der Bund der Freiheitskämpfer und der Legionäre sowie die Vereinigung der Grenzlandtschechen (ein kommunistisch geprägter Verband) ihren Widerstand gegen den Gedenkstein.

Wie in anderen ähnlichen Fällen entstand auch hier eine Allianz zwischen kommunistischen, bürgerlichen und sozialdemokratischen nationalen Politikern und Vertretern von Organisationen. So trat im Jahr 2010 der ehemalige Sozialdemokrat und heutige Staatspräsident Miloš Zeman bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus mit seiner damals neu gegründeten Bürgerrechtspartei (Strana práv občanů, SPO) im Wahlkreis Ústí n.L. an, in dem Nový Bor liegt. Er besuchte die Stadt und sprach sich für die Änderung des Gedenksteins aus. Im Januar 2010 beantragten die Gegner bei der Stadtverwaltung den Widerruf der Entscheidung zur Errichtung des Denkmals. Dies wurde vom Stadtrat unter anderem mit dem Hinweis auf ein Gutachten des Militärgeschichtlichen Instituts in Prag abgelehnt.

Auseinandersetzung in Filmen und Kunstwerken

Dokumentarfilm „Töten auf Tschechisch“

Nicht nur die Funde von Massengräbern entfachten Diskussionen, sondern auch die Auseinandersetzung mit dem Thema in Dokumentar- und Spielfilmen. Für großes Aufsehen, intensive Diskussionen und auch politische Reaktionen sorgten zwei Dokumentarfilme des tschechischen Filmemachers David Vondráček. Am 6. Mai 2010 zeigte das öffentlich-rechtliche Tschechische Fernsehen um 20 Uhr, also zur besten Sendezeit, den Dokumentarfilm „Töten auf Tschechisch“ (Zabijení po česku). In ihm sind bis dahin unveröffentlichte Amateuraufnahmen zu sehen, die zeigen, wie am 9. Mai 1945 in Prag 40 deutsche Zivilisten erschossen und anschließend von einem Lastwagen überrollt wurden. Die Aufnahmen waren damals zufällig von einem Amateurfilmer gemacht worden.

Wie die Tageszeitung „Mladá fronta Dnes“ (Junge Front heute) am 5. Mai 2010 berichtete, hätten diese Aufnahmen für die späteren kommunistischen Machthaber sehr gefährlich werden können. Die Tochter des Amateurfilmers sagte gegenüber der Zeitung, dass ihr Vater und die Familie die Aufnahmen jahrelang sorgfältig versteckt hätten. Die Behörden wussten dem Bericht zufolge zwar, dass jemand die Erschießungen gefilmt hatte, Nachforschungen seien aber ohne Erfolg geblieben. Nach 1989 vergaß die Familie fast die Existenz des Films. Erst gut 20 Jahre nach der Samtenen Revolution des Jahres 1989 machte die Tochter die Aufnahmen der Öffentlichkeit zugänglich. In Vondráčeks Film wird außerdem der Massenmord im nordböhmisches Postoloprty thematisiert.

Laut einer Meldung der Deutschen Presseagentur (DPA) verzeichneten die Internetforen des Tschechischen Fernsehens und der „Mlada fronta Dnes“ einen Tag nach der Ausstrahlung des Films Tausende Einträge zu

Vondráčeks Film. Die Meinungen reichten laut einem Bericht des Deutschlandfunks vom 1. Juni 2010 von „Die Hinrichtung von unbewaffneten Zivilisten ist ein Kriegsverbrechen“ bis „Das war nur die kleine Rache dafür, was uns die Deutschen angetan haben“. Der Militärhistoriker Eduard Stehlík, der sich bereits in der Diskussion über die Funde von Massengräbern für eine historische Einordnung der Taten ausgesprochen hatte, sagte gegenüber „Mlada fronta Dnes“, die Ermordung deutscher Zivilisten sei absolut unentschuldig. Man müsse diese aber im Kontext sehen und sich bewusst machen, welche Grausamkeiten fanatisierte Einheiten der Waffen-SS oder der Hitlerjugend während des Prager Aufstandes begangen hätten.

Wie die linksliberale Tageszeitung „Právo“ (Das Recht) am 7. Mai 2010 berichtete, bezweifelte das Militärhistorische Institut, dass die im Tschechischen Fernsehen gezeigten Amateuraufnahmen von hingerichteten Deutschen im Mai 1945 eine Aktion der tschechischen Revolutionsgarden dokumentieren. Vielmehr sei deutlich zu sehen, dass es sich um Angehörige der Roten Armee handele. Stehlík sagte gegenüber Radio Prag in einer am selben Tag ausgestrahlten Sendung: „Es sind eindeutig Angehörige der Roten Armee, die hier eine Gruppe von Zivilisten hinrichten.“ Diejenigen Tschechen, die vor allem auf dem Lande deutsche Zivilisten hingerichtet hätten, seien oftmals Kollaborateure gewesen, die durch ihr brutales Vorgehen beweisen wollten, auf der richtigen Seite zu stehen. In dieser Lesart gingen also die Gewalttaten – die im Kontext der Zeit zu betrachten seien – nicht auf das Konto „anständiger“ Tschechen, sondern lediglich auf das von Rotarmisten und tschechischen Verrätern.

Die Mehrzahl der Journalisten und Publizisten schien diese Sicht nicht zu teilen. So meinte Zbynek Petráček ebenfalls am 7. Mai 2010 in einem Kommentar für die „Lidové Noviny“, es sei gut, dass dank des Filmes nun jeder mit eigenen Augen die ungeschminkte Wirklichkeit des Mai 1945 sehen

könne. Nach 65 Jahren sei aber nicht die dort gezeigte Brutalität das Hauptproblem, sondern die Tatsache, dass durch das Festhalten an den Beneš-Dekreten diese Brutalität bis heute verteidigt und amnestiert werde.

Jiří Hanák schrieb in einem Kommentar für „Právo“ am 7. Mai 2010, dass das tschechische schlechte Gewissen nun endlich offen zutage trete und der gesellschaftliche Heilungsprozess beginnen könne. Über das „Töten auf Tschechisch“ habe man ursprünglich gut Bescheid gewusst, schließlich habe die Nationalversammlung in den Jahren 1946/47 solche Verbrechen untersuchen lassen. Hanák verwies auf weitere Massenmorde: So sei der für ein Massaker an fast 300 Frauen, Kindern und alten Menschen bei Přerov (Prerau) verantwortliche Offizier sogar verurteilt worden. Allerdings habe er nur einen Bruchteil seiner Strafe verbüßt und sei kurz nach der Machtübernahme durch die Kommunisten im Februar 1948 rehabilitiert worden. Das Massaker in Postoloprty sei dagegen nur dokumentiert worden, und der „Brünner Todesmarsch“ sei bereits völlig untergegangen, weil die Brünner Kommunisten ihn organisiert hätten. Anschließend sei ein 40 Jahre langes Schweigen gefolgt.

Die genannten Beispiele seien aber nur die Spitze des Eisbergs. Deutsche seien überall in der Tschechoslowakei ermordet worden, auf Plätzen, in Wäldern und in Sammellagern. Hanák nahm auch Bezug auf die Schätzungen der Gemeinsamen Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission bezüglich der Zahl der Opfer der Vertreibung aus der Tschechoslowakei. Tschechische und deutsche Historiker hatten im Jahr 1996 auf der Basis verschiedener Quellen eine Zahl von mindestens 15.000 und maximal 30.000 Toten ermittelt, nachdem die „Vertreibungsverluste“ aufgrund extrem hoher Angaben von Vertriebenenverbänden und ihnen nahe stehender Publizisten immer wieder für kontroverse Diskussionen gesorgt hatten. Allerdings müssten auch laut Hanák die Ereignisse im historischen Kontext gesehen werden. Ein wilder Pöbel sei kein tschechisches Spezifikum, sondern trete immer dort auf, wo die Staatsmacht noch nicht gefestigt ist. Die Gewalt

könne zudem durch die unglücklichen Aussagen von Präsident Beneš über eine notwendige radikale „Ausliquidierung“ der Deutschen erklärt werden.

Hanák wies zudem darauf hin, dass Tschechien eine sechsjährige NS-Okkupation hinter sich gehabt habe. Auch wenn die Verhältnisse im Protektorat Böhmen und Mähren erträglicher gewesen seien als im besetzten Polen, so sei es kein Geheimnis gewesen, was mit dem aus deutscher Sicht „tschechischen Gesindel“ nach dem Krieg passieren sollte. Der Journalist erinnerte an das erste und zweite Standrecht im Protektorat, die Vernichtung von Lidice und Ležáky, die Gräueltaten, die vor allem junge SS-Männer gegen Kriegsende begangen hatten. Damit könne man zwar die Morde an den Deutschen nach dem Krieg nicht entschuldigen, aber durchaus erklären. Abschließend erinnerte Hanák daran, dass polnische Bischöfe ihren deutschen Kollegen bereits vergeben und ihrerseits um Vergebung gebeten hätten. Sollten sich die Tschechen zu etwas ähnlichem entschließen, wenn das versiegelte Gewissen endlich geöffnet werde, dann werde der Zweite Weltkrieg für Tschechien definitiv enden.

Kritik an der Ausstrahlung des Films kam aus der Politik. Der damalige sozialdemokratische Kreishauptmann des Mährisch-Schlesischen Kreises Jaroslav Palas kritisierte in einem Kommentar für „Právo“ am 10. Mai das öffentlich-rechtliche Tschechische Fernsehen dafür, dass es am 5. Mai, dem 65. Jahrestag des Prager Aufstandes, diesem keine eigene Sendung gewidmet, aber am 6. Mai zur besten Sendezeit „Töten auf Tschechisch“ ausgestrahlt habe. Der Film zeige zwar Dinge, die nicht hätten passieren dürfen und die unzweifelhaft grausam seien, aber die Gründe, warum es dazu gekommen ist, seien jedem denkenden Menschen klar. Palas weist auf die Millionen Opfer des NS-Regimes hin, auf die Jahre des Leidens und auf eine bis dahin unvorstellbare Gewalt. Dies alles habe bei den Menschen Hass erzeugt und zu verschiedenen Exzessen geführt.

Palas betonte, er wolle nichts entschuldigen, man müsse aber diese tragischen Ereignisse im historischen Kontext sehen. Eine Gleichsetzung einzelner Exzesse mit den vorangegangenen Grausamkeiten und massenhaften Verbrechen des NS-Regimes sei völlig inakzeptabel. Wenn dies gemacht werde, handele es sich um eine schändliche Manipulation. Das Tschechische Fernsehen habe diese Niedertracht faktisch zugelassen. Die Vorsitzende des Tschechischen Verbandes der Freiheitskämpfer, Anděla Dvořáková, warf dem Filmmacher sogar „Zersetzung“ vor. Vor diesem Hintergrund diene der Hinweis auf Kontextualisierung de facto zur Diffamierung der Dokumentation. Dies tat allerdings dem Zuspruch zum Film keinen Abbruch, im Gegenteil: Beim Dokumentarfilmfestival in Jihlava gewann er im Jahr 2010 den Preis der Zeitschrift „Respekt“.

Dokumentarfilm „Sag mir, wo die Toten sind“

Ein knappes Jahr später sorgte David Vondráček mit einem weiteren Dokumentarfilm für Aufsehen, der an „Töten auf Tschechisch“ anknüpfte. Das Tschechische Fernsehen strahlte den Film „Sag mir, wo die Toten sind“ (Řekni, kde ti mrtví jsou) am 28. April 2011 – wieder zur besten Sendezeit – im Abendprogramm aus. Der Film beleuchtet am Beispiel von acht verschiedenen Orten die Ermordung deutscher Zivilisten unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und die heutige Suche nach Massengräbern. Als Täter werden in der Regel Mitglieder der Revolutionsgarden bzw. anderer militärischer Einheiten identifiziert. An allen Orten, die der Film zeigt, werden tschechische Zeitzeugen oder die Nachkommen von Zeitzeugen bzw. Angehörige der Opfer befragt. Wiederholt wird erwähnt, dass die deutschen Zivilisten häufig von sogenannten Partisanen ermordet wurden, die sich erst auf die Seite der Sieger geschlagen hätten, als es nichts mehr zu verlieren gab.

Zu Beginn des Films wird der tschechische, aus einer jüdischen Familie stammende Historiker Toman Brod, der Theresienstadt und Auschwitz überlebt hat, gezeigt. Er spricht vor einer tschechischen Schulklasse über die wilde Vertreibung und erklärt, dass die Tschechen nach dem Krieg von Rache geleitet worden seien. Meistens hätten sich aber diejenigen gerächt, die nicht besonders unter der deutschen Besatzung gelitten hätten. Der Film wendet sich dann den acht Orten zu. Zwischendurch sind immer wieder Interviewpassagen mit tschechischen Historikern, Politikern und anderen Personen eingeblendet, die sich allgemein zu dem Thema äußern.

Der Historiker Tomáš Staněk gibt beispielsweise an, dass in den Jahren 1945/46 im Zuge der Vertreibung der deutschen Bevölkerung insgesamt rund 25.000 Menschen ums Leben gekommen seien. Der Theologe Tomáš Halík spricht im Zusammenhang mit den Massengräbern, in denen die Toten verscharrt wurden, über die Bedeutung der Beerdigung für jede Kultur und die seelische Belastung für diejenigen, die bis heute ihre Angehörigen nicht zu Grabe tragen konnten. Der Jurist Jan Kuklík betont die unterschiedlichen Verhältnisse in den von der Roten Armee befreiten Gebieten und in dem von der US-Armee befreiten Territorium, in dem es keine Massaker an Deutschen gegeben habe. Der Senator Jaromír Štětina von der Partei TOP 09 (TOP = tradice, odpovědnost, prosperita / Tradition, Verantwortung, Wohlstand) vertritt die Ansicht, dass sich der Staat der Massengräber annehmen müsse.

Einige der konkreten Ereignissen in den acht Orten seien hier aufgeführt, um die Bandbreite der in dem Film dokumentierten Verbrechen zu verdeutlichen: In Velvěty bei Teplice (Teplitz) berichtet ein tschechischer Zeitzeuge über ein Massengrab mit deutschen Zivilisten. Es habe im Ort ein Lager für Deutsche gegeben, die gefoltert und von denen einige auch ermordet worden seien. Der Historiker Michal Pehr meint, dass dort ca. 80 Deutsche hingerichtet wurden. In Deštné v Orlických horách (Deschnei im Adlergebirge) wurden offenbar 21 deutsche Zivilisten erschossen. Sie waren vorher in einer

Schule interniert worden. Partisanen hatten sie abgeholt und auf einem Feld erschossen. Der Historiker Emil Trojna schätzt, dass im gesamten Gebiet des Adlergebirges insgesamt etwa 2.000 deutsche Zivilisten ermordet wurden. In einem Stadtpark in Ostrava (Mährisch Ostrau) befindet sich offenbar ein Massengrab, in dem nach dem Krieg vermutlich 231 deutsche Zivilisten verscharrt wurden. Die Opfer seien zuvor in einem Sammellager interniert gewesen, in dem die Verhältnisse besonders drastisch gewesen sein sollen. Viele der Erschossenen sollen gefoltert worden sein. Der Film erwähnt, dass es zwei Jahre nach Kriegsende eine staatliche Untersuchung der Verhältnisse im Lager gegeben habe. In Bílina (Bilin) wird die Suche nach einem Massengrab mit erschossenen Deutschen auf dem örtlichen Friedhof erläutert. Ein ursprünglich aus Prag stammender Mann erzählt, wie er sich allmählich für die Geschichte des Ortes zu interessieren begann. Er habe mit Hilfe eines bayerischen Vereins eine Ausstellung über die Geschichte der Deutschen in Bílina organisiert. Der Bürgermeister des Ortes spricht sich in dem Film für einen Gedenkort für die Toten aus.

Spielfilm „Habermann“

Die Jahre 2010 und 2011 waren somit in Bezug auf die filmische Beschäftigung mit dem Thema Vertreibung bemerkenswerte Jahre. Außer den beiden Dokumentarfilmen Vondráčeks kam im Oktober 2010 die deutsch-tschechisch-österreichische Koproduktion „Habermanns Mühle“ („Habermannův mlýn“) des slowakisch-tschechischen Regisseurs Juraj Herz in die Kinos. In Deutschland und Österreich lief er unter dem Namen „Habermann“. Der Film befasst sich unter anderem mit der Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung der Tschechoslowakei 1945 in einem Dorf in Nordmähren. Hintergrund ist die historische Person des deutschsprachigen Kleinindustriellen

August Habermann, der mit einer als halbjüdisch geltenden Tschechin verheiratet war und nach dem Anschluss des Sudetenlandes an das Deutsche Reich zwischen die Fronten geriet: Die Nationalsozialisten sahen in ihm einen Freund der Tschechen, für die Tschechen gehörte er zu den Besatzern, sodass sich nach Kriegsende der Hass auch gegen ihn richtete.

Angesichts der sich intensivierenden Debatte über die Vertreibung und die aufgefundenen Gräber ermordeter deutscher Zivilisten stieß der Film auf großes Interesse. Er wurde in mehreren tschechischen Medien besprochen – und damit wurde einmal mehr die Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung nach dem Krieg thematisiert. Die „Lidové Noviny“ brachten in ihrer Ausgabe vom 16. Oktober 2010 zusätzlich eine Diskussion von zwei Filmkritikern und zwei Historikern bzw. Publizisten über den Streifen. Die Produktion war am ersten Wochenende (16./17. Oktober 2010) der zweiterfolgreichste Film in den tschechischen Kinos.

Die Rezensionen in den Zeitungen fielen verhalten positiv bis positiv aus. Allgemein begrüßt wurde, dass es endlich einen tschechischen Spielfilm gebe, der die Vertreibung der Deutschen und die Taten von Tschechen in der unmittelbaren Nachkriegszeit thematisiere. Für die Wochenzeitschrift „Reflex“ kam der Streifen genau zur richtigen Zeit in die Kinos. Am 17. September 2010 hieß es in einem Online-Artikel, gerade habe der Fund des Massengrabes in Dobronín die Debatte über die tschechische Nachkriegsschuld angeregt, der Film sei nun ein weiterer Beitrag zur Debatte – und zwar ein sehr wirksamer. Die Tageszeitung „Pražský deník“ (Prager Tageblatt) betonte am 7. Oktober 2010, dass es wichtig sei, sich zu dieser Schuld, über die lange geschwiegen worden sei, offen zu bekennen. Der Film sei ein wichtiger Diskussionsbeitrag in einer Zeit, in der in Tschechien verschwiegene Massengräber von ohne Gerichtsverfahren hingerichteten Deutschen entdeckt werden.

Einen Film zu solch einem Thema habe man in Tschechien dringend gebraucht, und „Habermann“ sei hervorragend für das Thema, so auch die Rezension in den „Lidové Noviny“. Viele Tschechen könnten mit dem Film eventuell Probleme haben. Vielleicht hätten sich die Dinge in Wirklichkeit anders abgespielt, aber so ähnlich werde es schon gewesen sein. Die Produktion bewirke eine harte Katharsis. Lediglich die Tageszeitung „Právo“ meinte, der Film biete keine kontroversen oder schockierenden Enthüllungen. Dass Tschechen damals Deutsche ohne Gerichtsprozess ermordeten und deren Häuser plünderten, sei lange bekannt. Es handele sich aber um ein solides Werk.

„Die Kunst zu töten“ – Barbie-Puppen im Dienst der geschichtlichen Aufarbeitung

Eine Auseinandersetzung ganz andere Art mit dem Thema präsentierte Anfang 2013 der Fotograf und Künstler Lukáš Houdek mit seiner Fotoserie „Die Kunst zu töten“. Es ging dabei um Gräueltaten und Massaker an deutschen Zivilisten in der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit Barbie-Puppen stellte Houdek Szenen von Folterung, Vergewaltigung und Morden nach. Die 25 Fotos bilden dabei gut recherchierte Ereignisse ab, die sich in dieser Weise auch abgespielt haben. Die Fotoausstellung wurde in der Technischen Nationalbibliothek in Prag gezeigt. Sieben großformatige Fotos aus der Bilderserie wurden außerdem am linken Moldauufer in der Galerie ART-WALL ausgestellt – also unter freiem Himmel.

In einem am 19. Februar 2013 veröffentlichten Gespräch mit der „Süddeutschen Zeitung“ erklärte Lukáš Houdek, warum er als „Statisten“ Barbie-Puppen ausgewählt hatte: „Viele Tschechen tun so, als wäre nichts passiert, als hätten diese Morde nicht stattgefunden. Der freundliche Gesichtsausdruck der Puppen soll die in der tschechischen Gesellschaft weitverbreitete

Scheinheiligkeit anprangern.“ Mit den uniformen, stets lächelnden Puppen problematisiere er das Konstrukt der Kollektivschuld und eine vereinfachende Zuweisung von Opfer- und Täterrollen. Er wolle die Gewalt an deutschen Zivilisten durch seine Kunst enttabuisieren: „Wir müssen über dieses Trauma – das der Deutschen und das der Tschechen – reden. Nur so lässt es sich überwinden.“

Lukáš Houdek wuchs im westböhmisches Strýbro (Mies) auf, das vor dem Zweitem Weltkrieg mehrheitlich von Deutschen bewohnt war. Seine Eltern waren als Neusiedler in die Grenzgebiete gekommen und hatten sich in einem Haus von vertriebenen Deutschen niedergelassen. Hier begann er bereits als Jugendlicher deutsche Gräber zu fotografieren, die nach Kriegsende mutwillig zerstört worden waren. Mit Hilfe von Archivmaterial und Erinnerungen diverser Zeitzeugen eignete sich Houdek ein umfassendes Hintergrundwissen über die Ereignisse nach dem Zweitem Weltkrieg an. Er war einige Jahre Chefredakteur der Zeitschrift „Romano vođori“, heute leitet er den Verlag für Roma-Literatur KHER und ist Koordinator der Initiative „Hate Free“, die sich gegen Xenophobie engagiert.

Laut Houdek sei Mord aus Hass ein stets aktuelles Thema. In den Schulen werde über die Vertreibung der Deutschen und die Gewalttaten nicht viel geredet. Das Thema Vertreibung komme regelmäßig in die Medien, wenn ein Politiker damit beim „nationalistisch eingestellten Teil der Öffentlichkeit“ Punkte sammeln wolle. Er wolle mit seinem Projekt erreichen, dass die Menschen über die Vertreibung nachdenken, und mehr darüber erfahren. So erklärte Houdek am 7. März 2013 gegenüber dem Online-Portal „aktualne.cz“:

„Ich glaube, unsere Hysterie kann auch damit zusammenhängen, dass wir über dieses Thema nichts wissen. Wir wissen, was uns vom vergangenen Regime immer wiederholt wurde, die schwarz-weiße Wahrheit über die ausschließlich bösen Deutschen und die ausschließlich guten Tschechen, während die Fakten mit dem Stempel ‚geheim‘ in den Archiven verschlossen wurden.“

Gedenken an den „Brünner Todesmarsch“ 2015

Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit den Nachkriegsverbrechen an der deutschen Bevölkerung soll am Ende noch auf eine beachtliche Aktion der Stadt Brno (Brünn) anlässlich des 70. Jahrestags des sogenannten Brünner Todesmarsches hingewiesen werden. Der Brünner Stadtrat bedauerte in einer „Deklaration der Versöhnung und gemeinsamen Zukunft“ die Abschiebung (odsun) der Deutschen. Ende Mai 1945 waren rund 20.000 deutschsprachige Bewohner aus der Stadt, vor allem Kinder, Frauen und alte Menschen, Richtung österreichische Grenze vertrieben worden. Dabei waren zahlreiche Menschen an Erschöpfung, Hunger, Krankheiten, aber auch infolge von Gewalttaten gestorben. Die Angaben über die Zahl der Todesopfer schwanken zwischen rund 2.000 und 5.000 Toten. In der Versöhnungserklärung wird der oben angesprochene vermeintliche Widerspruch zwischen dem Gedenken an die Opfer der NS-Besatzungsherrschaft und die deutschen Opfer von Gewalttaten nach Kriegsende aufgelöst. So heißt es dort (zitiert wird aus der in der Online-Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ am 21.4.2015 veröffentlichten deutschen Version des Dokuments):

„[...] Wir sind uns der unfassbaren und ungeheuerlichen Verbrechen, die das Naziregime beging[,] bewusst. Zugleich nehmen wir jedoch wahr, dass ein Leid immer Leid bleibt, zu jeder Zeit und unabhängig von wem verursacht.

Wir als Mitglieder der heutigen politischen Vertretung der Stadt verurteilen sämtliche 1939 bis 1945 begangenen Verbrechen und wollen am siebzigsten Jahrestag dieser Brünner-Ereignisse aller Opfer gedenken und sie ehren, um dadurch zum Prozess der Auseinandersetzung mit dem Unrecht beizutragen, das einen erheblichen Teil der damaligen Zivilbevölkerung Brünns betraf.

Unser Anliegen ist die Versöhnung und eine gemeinsame Zukunft. Deshalb wenden wir uns an ehemalige und gegenwärtige Brünner mit folgenden Botschaften:

Die erste Botschaft ist an diejenigen gerichtet, die von der gewalttätigen Vertreibung betroffen waren. Es ist die Botschaft der Versöhnung.

Die zweite Botschaft richtet sich an uns, heutige Brüner, die in überwiegender Mehrheit nichts Gemeinsames mit diesen Geschehnissen haben, die sich hier vor siebzig Jahren ereigneten. Es geht nicht um Selbstbeschuldigung, sondern um Verantwortung für das heutige und künftige Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster kultureller oder ethnischer Herkunft. Diese Botschaft gibt die Hoffnung, dass sich nichts Ähnliches wiederholen wird, solange wir uns das Bewusstsein von der Unannehmbarkeit der genannten Untaten bewahren und im Stande sind, eine offene Haltung dazu einzunehmen. Es ist die Botschaft für eine gemeinsame Zukunft.

Die Stadt Brünn bereut aufrichtig die Geschehnisse vom 30. Mai 1945 und den nachfolgenden Tagen, als tausende Menschen aufgrund des angewendeten Kollektivschuldprinzips oder aufgrund ihrer sprachlichen Zugehörigkeit zum Verlassen der Stadt gezwungen wurden. Wir sind uns bewusst, welche menschliche Tragödien sowie Kultur- und Sozialverluste damals passierten. [...]“

Die Stadt Brünn erklärte zudem das Jahr 2015 anlässlich des 70. Jahrestags des Kriegsendes zum „Jahr der Versöhnung“. Mit verschiedenen Veranstaltungen wurde der Opfer der Kriegs- und Nachkriegszeit gedacht. So fand am 30. Mai 2015 in Erinnerung an den „Brünner Todesmarsch“ ein Gedenkmarsch (in umgekehrter Richtung) von Pohořelice (Pohrlitz) nach Brünn statt. Der Brünner Oberbürgermeister, Petr Vokřál, lud hierzu auch Vertreter der Sudetendeutschen aus Deutschland und Österreich ein. Vokřál ist Vizevorsitzender der liberalen Partei ANO (tschechisch: ja), die seit 2013 als Koalitionspartner zusammen mit den Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung steht. Erwähnt werden sollte in diesem Zusammenhang, dass Ende August 2015 auch bei einer Gedenkfeier zum 70. Jahrestag des Pogroms in Aussig, bei der unter anderem der „Sprecher der Sudetendeutschen“ Bernd Posselt einen Kranz niederlegte, eine Vertreterin von ANO (die dortige Bürgermeisterin) anwesend war.

An dem Brünner Versöhnungsmarsch nahm neben Zeitzeugen, den Botschaftern Deutschlands und Österreichs unter anderem auch der Vorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt, teil. Anschließend sprach Oberbürgermeister Vokřál auf einem Festakt zu den Teilnehmern. Der Versöhnungsmarsch wurde medial aufmerksam verfolgt, obwohl er bereits zum achten Mal stattfand. In den Jahren zuvor war er allerdings von Brünn nach Pohořelice verlaufen und hatte weniger Teilnehmer gezählt, wie der Organisator Jaroslav Ostrčilík am 30. Mai 2015 gegenüber der Wochenzeitschrift „Týden“ erklärte.

Die Reaktionen auf diese Gedenkveranstaltungen sahen ähnlich wie in den zuvor geschilderten Fällen aus: Medienvertreter urteilten in ihrer überwiegenden Mehrheit positiv, scharfe Kritik äußerten manche Politiker sowie der Verband der tschechischen Freiheitskämpfer unter Verweis auf die Beteiligung von Sudetendeutschen an der NS-Besatzungsherrschaft. Besonders bemerkenswert ist jedoch an dem Versöhnungsmarsch des Jahres 2015, dass hier jahrelanges zivilgesellschaftliches Engagement für eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in der zweitgrößten Stadt Tschechiens in ein umfangreiches vergangenheitspolitisches Statement von Lokalpolitikern mündete.

Fazit

Eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Nachkriegsvertreibung wurde in der jüngsten Vergangenheit durch Aktivitäten und Publikationen von Bürgervereinigungen und lokalen Initiativen, durch zum Teil spektakuläre Ereignisse wie beispielsweise den Funden von Massengräbern mit getöteten Sudetendeutschen sowie durch Dokumentarfilme und Spielfilme zur Nachkriegs-

zeit vorangetrieben. Zu beobachten ist, dass es gerade unter jüngeren Tschechen eine zunehmende Bereitschaft gibt, sich mit an Deutschen begangenen Verbrechen auseinanderzusetzen. Insofern hat ein Trend, der für die tschechische Geschichtsschreibung bereits seit den 1990er Jahren zu beobachten ist, auch die Zivilgesellschaft in Form von Organisationen und Initiativen sowie die breitere Öffentlichkeit erreicht.

Neben einer zunehmend kritischen Auseinandersetzung mit der Nachkriegsvertreibung ist aber auch zu beobachten, dass diese Thematik immer noch äußerst umstritten ist. Gut ablesen lässt sich dies an Kommentaren zweier Vertreter der unterschiedlichen Lager, die sich in der Debatte gegenüberstehen: So konstatierte der Politologe und ehemalige Vorsitzende von Antikomplex Ondřej Matějka Anfang 2011 in der „Badischen Zeitung“ vom 31. Januar 2011: „Seit etwa zwei Jahren debattieren die Tschechen die Verbrechen an den Deutschen sehr intensiv. Das ist ein Dauerbrenner, und das ist gut so.“ Unmut über die verstärkte kritische Auseinandersetzung mit den Nachkriegsverbrechen äußerte dagegen einmal mehr der damalige Präsident Václav Klaus. Er monierte, es gebe „zu viele selbstkritische Stimmen“, während die „weitaus schlimmeren Schandtaten der Nazis“ aus dem Blick gerieten.

In den letzten Jahren war außerdem zu beobachten, dass der Themenkomplex Vertreibung und Nachkriegsverbrechen weiterhin mehr oder weniger erfolgreich für politische Zwecke instrumentalisiert werden kann – wenn auch wohl in geringeren Maße als noch in den 1990er Jahren. Mit Hinweisen auf deutsche Täterschaft im Sinne einer Kollektivschuld und dem Verweis auf eine kollektive tschechische Opferrolle meinen viele Politiker immer noch bei den Wählern punkten zu können. Die vergangenheitspolitische Auseinandersetzung verläuft somit zwischen einer kritischen Zivilgesellschaft, die von einem Großteil der Medien sowie von Politikern verschiedener Parteien unterstützt wird, und einem parteiübergreifenden informellen Bündnis von (oft

auch sehr prominenten politischen) Persönlichkeiten, das eine seit 1945 tradierte Sicht verteidigt.

Inwiefern die Mehrheit der tschechischen Bevölkerung die Meinung von Aktivisten, engagierten (Lokal-)Politikern und zahlreichen Journalisten und Publizisten teilt, ist schwer zu beantworten. Die überwiegende Mehrheit der tschechischen Bevölkerung hält Meinungsumfragen zufolge die Vertreibung und Zwangsaussiedlung für unvermeidlich bzw. gerechtfertigt, verurteilt aber die an Deutschen begangenen Gewalttaten. Bei der jüngeren Generation sei zudem auch bezüglich der Vertreibung eine kritischere Position festzustellen. Abzuwarten bleibt, ob die Dauerausstellung über die Geschichte der Deutschen in den böhmischen Ländern im Museum in Ústí n.L. eröffnet wird und dadurch die von der Zivilgesellschaft geprägte Debatte erneut aufflammt. Das Gedenken an den sogenannten Brünner Todesmarsch, das 2015 von Lokalpolitikern und Bürgern gemeinsam initiiert wurde, weist jedenfalls auf eine zunehmend differenzierte Sicht auf die in der Nachkriegszeit an Deutschen begangenen Gewalttaten hin. Insofern hat sich die vergangenheitspolitische Diskussion in Tschechien seit der Jahrtausendwende schon jetzt nachhaltig verändert.

Literatur

Antikomplex u.a. (Hg.): *Sudetské příběhy / Sudetengeschichten*. Praha 2010.

Antikomplex u.a. (Hg.): *Zmizelé Sudety / Das Verschwundene Sudetenland*. 6., überarbeitete Aufl. Praha 2015.

Brandes, Detlef: *Der Weg zur Vertreibung 1938–1945*. München 2001, 2. erw. Aufl. 2005.

- Brandes, Detlef / Ivaničková, Edita / Pešek, Jiří (Hg.): *Erzwungene Trennung. Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei 1938–1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien*. Essen 1999.
- Brandes, Detlef / Kural, Václav (Hg.): *Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938–1947*. Für die deutsch-tschechische und deutsch-slowakische Historikerkommission. Essen 1994.
- Lindner, Johanna / Malecha, Corinna / Antikomplex (Hg.): *Zůstali tu s námi / Bei uns verblieben. Příběhy českých Němců / Geschichten tschechischer Deutsche*. Praha 2013.
- Staněk, Tomáš: *Poválečné „excesy“ v českých zemích v roce 1945 a jejich vyšetřování [Die Nachkriegsexzesse in den böhmischen Ländern im Jahr 1945 und ihre Untersuchung]*. Praha 2005.
- Staněk, Tomáš: *Odsun Němců z Československa 1945–1947 [Die Abschiebung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945–1947]*. Praha 1991.

Severin Gawlitta

Ein Nationalist in Purpur? Die umstrittene Breslauer Ansprache des polnischen Primas Stefan Wyszyński vom 31. August 1965

Keinem anderen Kirchenhierarchen wurde in der deutschen Öffentlichkeit häufiger übersteigerter Patriotismus, Nationalismus und gar Chauvinismus unterstellt als dem ehemaligen polnischen Primas Kardinal Stefan Wyszyński (1948–1981). Bis heute gilt er vielen Deutschen als Ausdruck eines polnischen Katholizismus, der bereitwillig nationale Interessen über die Imperative christlichen Glaubens setzte. Diese Einschätzung rührt vornehmlich von einer umstrittenen Ansprache des Kardinalprimas in Breslau am 31. August 1965 aus Anlass des 20. Jahrestages der polnischen kirchlichen Organisation in den Oder-Neiße-Gebieten her. Im Folgenden sollen erstmals die Deutungen und Hintergründe der Ansprache sowie die daraus resultierende Verständigung zwischen polnischen und deutschen Katholiken in den folgenden Monaten genauer beleuchtet werden.

Die Deutung der Ansprache vom 31. August 1965

Wie ein roter Faden durchzog die in polnischen Städten im Vorfeld des Jahrestags organisierten Veranstaltungen der Gedanke, dass diese Gebiete zu Recht, vor allem aber endgültig zu Polen gehörten. Den Höhepunkt stellten Ende August 1965 in Breslau die Feiern des polnischen Episkopats dar. Die im religiös-patriotischen Stil abgehaltenen kirchlichen Feierlichkeiten riefen eine beachtliche Aufmerksamkeit hervor. In Deutschland löste vor allem die

Tatsache Missfallen aus, dass die Zelebranten in Messgewändern auftraten, die den polnischen Adler, das Wappen Schlesiens und das der Stadt Breslau zeigten. Die Presseberichte wurden dementsprechend bebildert und verstärkten so den Akzent, unter dem die Reden in Breslau bewertet wurden. Im Zentrum der Berichterstattung standen allerdings nur wenige Sätze aus Wyszyńskis Ansprache vom 31. August:

„Schaut um Euch! Schaut auf die herrlichen Heiligtümer, die uns auf der Dominsel umgeben. Das sind Zeugen unserer uralten Anwesenheit hier. Die ganze heutige Stadtmitte Breslaus – sein Stolz – entstand zu polnischen Zeiten [...]. Das sind Zeugen unserer herrlichen Vergangenheit und unserer uralten Anwesenheit hier, ein Stolz aus polnischen Zeiten. Die ganze Stadtmitte Breslaus, die wieder entstand, das ist Licht und Strahl früherer Zeiten, die zu uns sprechen, und die für uns ein wunderbares Argument sind. [...] Wenn wir auf die Heiligtümer der Piasten schauen, uns hineinfühlen in ihre Sprache, dann wissen wir: bestimmt ist das kein deutsches Erbgut, das ist polnische Seele! Daher waren sie niemals und sind kein deutsches Erbgut! *Das sind unsere Spuren* [Hervorhebung im Original, S.G.] königlichen Piastentums!“¹

Die Reaktion der westdeutschen Presse auf Wyszyńskis Ausführungen fiel außerordentlich kritisch und ablehnend aus. Der Anlass der Feierlichkeiten, die Anlehnung an den polnischen Mythos von den sogenannten „Wiedergewonnenen Gebieten“ sowie das Führen von nationalen Symbolen durch kirchliche Würdenträger ergaben für die deutschen Printmedien nur eine, dem Kardinalprimas und dem gesamten polnischen Episkopat überzogene patriotische und nationalistische Absichten zuschreibende Interpretation. In ihrem

1 Zitiert aus: Schreiben des Außenamtes des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 15.10.1965. Anlage: Stefan Kardinal Wyszyński, Primas von Polen: „Beati Oculi, Qui Vident ...“, Te Deum‘ des Zweijahrzehnts in Breslau. Breslau, den 31.8.1965 (autorisierter Text) [übersetzt von Josef Pawliczek]. Bistumsarchiv Essen (weiter BAE), Sign. NL 1/1292, o.S. Abgedruckt auch in Wyszyński: Für Freiheit und Menschenwürde, 157–168. Diese Wiedergabe folgt ebenfalls der Übersetzung Pawliczeks, weicht jedoch von der oben zitierten Fassung an einigen Stellen ab.

Leitartikel vom 2. September verengte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) die Essenz der Predigt auf die vermeintliche Behauptung Wyszyńskis, „daß die Altäre in Schlesien, Pommern und dem südlichen Ostpreußen ‚die Seele Polens‘ verkörperten“.

Im selben Tenor berichteten auch die meisten katholischen Blätter. Die „Münchener Katholische Kirchenzeitung“ kritisierte in ihrer Ausgabe vom 12. September Wyszyńskis „nationalistische Steine“, denn die Kirchen seien „zu allererst christliche Zeugnisse und nicht völkische“, und kommentierte anschließend:

„Es ist zu befürchten, daß diese Rede des polnischen Kardinals auf Jahre hinaus bittere Folgen haben und die Ansätze von Versöhnungsbereitschaft zunichtemachen wird. Der Freund der Versöhnung zwischen Deutschen und Polen kann darüber nur Trauer empfinden.“

Zeitgleich verwies die „Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln“ – nicht zu Unrecht – auf die angespannten Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Polen und vermutete, dass die Feiern in Breslau auch dem Zweck dienen, diese zu verbessern. „Mit Bedauern und Bestürzung“ stellte sie jedoch fest, dass dazu „vorwiegend antideutsche Argumente herangezogen“ wurden, die „von der historischen Wahrheit weit entfernt“ seien. Ebenfalls am 12. September thematisierte die „Kirchenzeitung für das Bistum Aachen“ die Äußerungen des Kardinalprimas, die aus ihrer Sicht im „Widerstreit mit den geschichtlichen Tatsachen“ standen.

In seinem kommentierenden Beitrag „Die polnische Seele der Breslauer Altäre“ unterstellte Ende September 1965 der Informationsdienst des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Primas Wyszyński schrecke nicht vor „größter Geschichtsklitterung“ zurück, um den geschichtlichen Anspruch Polens auf die deutschen Ostgebiete zu begründen. Die Aktion katholischer landsmannschaftlicher Jugend im BDKJ begrüßte die Erklärung

des Präsidenten des Katholischen Flüchtlingsrats und Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Peter Paul Nahm, zu Wyszyńskis Rede in Breslau und stellte sich „vollinhaltlich“ hinter sie. Nahm hatte „manche Formulierungen“ beklagt, die nicht der Verständigung dienten und an den historischen Tatsachen vorbeigingen, und geschlussfolgert: „Die Seele christlicher Altäre sollte nicht in einer nationalistischen Beweisführung mißbraucht werden.“² Besonders die vertriebenen Katholiken empfanden Wyszyńskis Ansprache in Breslau als „brüskierend, bedrückend, kränkend“ und fühlten sich durch seine Worte „tief verletzt“. Sie reagierten mit einem Befremden, das nicht selten in bissige Polemik gegen den Kardinalprimas mündete.³

Aufgrund des medialen Echos und vermeintlich „verständlicher Unruhe“ infolge der Breslauer Ereignisse schalteten sich bundesdeutsche Regierungsstellen ein. Der deutsche Botschafter beim Heiligen Stuhl, Josef Jansen, machte Ende Oktober 1965 „die chauvinistische Haltung hoher polnischer Kirchenkreise“ zum Thema einer Unterredung im vatikanischen Staatssekretariat. Etwa zur gleichen Zeit heißt es in einer Notiz des polnischen Innenministeriums über die Beziehungen zwischen dem polnischen und dem deutschen Episkopat, dass nach Informationen von dem vatikanischen Staatssekretariat nahestehenden Kreisen Kardinal Wyszyński nach seiner Ankunft in Rom für die Reden auf der Breslauer Zusammenkunft von prodeutschen Kräften in der Kurie scharf attackiert worden sei. Die deutschen Bischöfe sollen dem Vatikan mitgeteilt haben, „dass ihrer Meinung nach der öffentliche Auftritt von Kard. Wyszyński ‚keine Wiedergabe tatsächlicher Überzeugungen darstellte, sondern durch die polnische Regierung erzwungen wurde“.⁴

2 Informationsdienst des BDKJ vom 30.9.1965, 104.

3 So fragte zum Beispiel der „Schlesische Katholik“ sarkastisch: „Muß man auf die nationale Pauke hauen, weil man mit religiösen Argumenten weite Kreise der polnischen Bevölkerung nicht mehr erreicht?“ Schlesischer Katholik 16 (1965), Nr. 10/11, 2.

4 Kucharski / Strauchold (Red.): Wokół orędzia, Dok. 12, 242.

Die deutschen Bischöfe forderten eine baldige Richtigstellung der Breslauer Ansprache und erwarteten von Primas Wyszyński entsprechende Klärung. Kardinal Döpfner zeigte sich irritiert über die Aussagen des polnischen Primas und stellte im Einvernehmen mit der öffentlichen Meinung in Westdeutschland fest: „Es bestehe leider die Gefahr, dass der polnische Episkopat kirchliche und nationale Gesichtspunkte zu stark identifiziere.“⁵ Ohne die Übersetzung des autorisierten Redetextes abzuwarten und offenbar nur auf Meldungen der Agenturen gestützt, wählte sich Döpfner dennoch ausreichend informiert, um Wyszyńskis Intention in dieser Weise deuten zu können. Döpfners Einschätzung blieb unverändert, auch nachdem der polnische Primas ihm in einem Brief und in einer Unterredung in der zweiten Oktoberhälfte 1965 versucht hatte, die Vorgänge in Breslau persönlich zu erläutern. Dabei erklärte Wyszyński, dass es in Breslau ausschließlich darum gegangen sei, „den Geist und den Mut unserer Mitbrüder zu stärken und zu heben“, um sie für den Kampf gegen den Materialismus zu wappnen. „Somit hatte unseres [sic] religiöses Auftreten in Wrocław und Opole“, fuhr Wyszyński fort, „rein und ausschließlich dieses religiöse Ziel“. Er fügte hinzu: „Alle unsere Gebete, alle unsere Ansprachen an das Volk hatten keine politischen Anspielungen.“⁶

Doch die Meinungsverschiedenheiten blieben und Döpfner hielt an seiner bisherigen Einschätzung fest, dass die polnische katholische Kirche der Gefahr des Nationalismus zu erliegen drohe, wenn sie den polnischen Anspruch auf die ehemals deutschen Ostgebiete historisch begründe. Wyszyński entgegnete lediglich, dass es „Sache der polnischen Kirche“ sei zu beurteilen, was dem „nationalen Selbstverständnis“ der Polen diene. Immer wieder ließ der

- 5 KNA Inland vom 4.9.1965; Hummel: Der Heilige Stuhl, 190. Von einer „Verwechslung von Politik und kirchlichen Belangen“ in Polen sprach die Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln vom 19.9.1965, 3.
- 6 Wyszyński an Döpfner vom 22.9.1965. Erzbischöfliches Archiv München/Kardinal-Döpfner-Archiv (weiter: EAM/KDA), Sign. 43/1966, o.S.; Hummel: Der Heilige Stuhl, 191.

polnische Primas wissen, dass die Presse sowohl im Westen als auch im Osten nicht wahrheitsgemäß über seine Ausführungen berichtet hätte. Die deutsche Presse schreibe den Breslauer Feierlichkeiten zu Unrecht eine politische Bedeutung zu.

Auch wenn Kardinal Döpfner mehrfach sein Verständnis für den polnischen Standpunkt in der Oder-Neiße-Frage sowie für die bedrängte Lage der Kirchen in Polen bekundet hatte, darf bezweifelt werden, dass es Wyszyński gelang, Döpfner die wahren Absichten seiner Breslauer Rede zu vermitteln und ihm die innenpolnische Zielrichtung seiner als Protest gegen das Regime chiffrierten Aussagen verständlich zu machen. Noch am 1. Dezember 1965 beabsichtigte Döpfner bei einer Unterredung mit Wyszyński erneut auf „die Predigt in Breslau“ einzugehen, insbesondere auf die darin enthaltenen „Vereinfachungen der geschichtlichen Erfahrungen“ und auf die als „schmerzlich“ empfundene Nichterwähnung „von Deutschen, die hier vertrieben wurden“.⁷

Die tatsächliche Intention der Predigt

Es ist bezeichnend für den damaligen Stand der deutsch-polnischen Beziehungen, wenn in der Bundesrepublik weder die Presse noch die politisch Verantwortlichen noch die Spitzen der katholischen Kirche die wahre Absicht dieser Ansprache erkannten, gleichzeitig aber viele an der Meinungsbildung Beteiligte sich nicht scheuten, Wyszyńskis Worte eindeutig als nationalistisch auszulegen und als Brüskierung der Deutschen zu qualifizieren,

7 Notiz für ein ‚Gespräch mit Kard. Wyszyński 01.12.1965‘. EAM/KDA, Sign. 43/1966, o.S. Aus der handschriftlichen Notiz, die Kardinal Döpfner wahrscheinlich einen Tag vor dem Gespräch mit Wyszyński anfertigte, geht hervor, dass ihm dabei die Übersetzung des autorisierten Redetextes vorlag. Darauf weisen die unter III. Punkt 2 aufgeführten „Beispiele“, die sich auf die Seitenangaben aus Pawliczek’s Übersetzung beziehen. EAM/KDA, Sign. 43/1966, o.S.

zumal die deutsche Öffentlichkeit aus der Predigt zunächst nur Bruchstücke erfuhr. Weder die Deutsche Presse-Agentur (DPA) noch die Katholische Nachrichten-Agentur (KNA) hatten einen Korrespondenten nach Breslau entsandt, und auch die FAZ hatte keinen Redakteur vor Ort. Sie übernahmen Meldungen der englischen Agentur Reuters, die lediglich kürzere Auszüge aus der Ansprache wiedergaben. Anfang September 1965 lag den deutschen Presseredakteuren noch kein vollständiger Text der Breslauer Predigt vor. Die Meldungen der internationalen Nachrichtenbüros hatten nur einige aus dem Zusammenhang gerissene Sätze übermittelt, aus denen man glaubte auf die Grundtendenz der Rede schließen zu können.

Tatsächlich zielten Wyszyńskis Äußerungen nicht gegen deutsche Rechtsansprüche und hoben auch nicht auf die Grenzfrage ab, sondern richteten sich gegen die kommunistische Regierung in Warschau, die Kirchengüter in den polnischen Westgebieten konfisziert hatte, indem sie diese als (nach)deutsches Erbe (*mienie po-niemieckie*) deklarierte. Die Grundlage für solche Maßnahmen lieferte das sogenannte „Boden-Ordnung-Gesetz“ vom Juli 1961, dem zufolge sämtliche Liegenschaften, die vor 1945 als deutsches Eigentum galten, in staatlichen Besitz zu überführen waren. Eine weitere Nutzung solcher Immobilien war dann nur bei Zahlung hoher Steuern möglich. Diesen rechtlichen Hebel setzten die Regierungsstellen gezielt im Kampf gegen Polens katholische Kirche ein, um ihre materielle Basis zu schwächen. So kam es 1962 in den Oder-Neiße-Gebieten zur Versteigerung von persönlichem Eigentum Geistlicher, auch von Hausrat und Inventar, nachdem die Priester die ihnen auferlegten Abgaben für die Verwendung ehemaliger deutscher Pfarrhäuser und anderen kirchlichen Grundbesitzes nicht entrichtet hatten.

Den vorläufigen Höhepunkt erreichten die antikirchlichen Enteignungsmaßnahmen Ende Mai 1965 mit der Beschlagnahme des Erzbischöflichen Palais in Breslau. Die fast 1.000 Jahre alte Residenz der Breslauer Bischöfe war kurz vor Kriegsende zerstört und später mit Spenden der Bevölkerung teilweise wiederaufgebaut worden. Die langwierigen Bemühungen der kirchlichen Stellen, die vollen Eigentumsrechte an dem renovierten Gebäude zu erhalten, blieben trotz mehrfacher persönlicher Vorsprachen von Erzbischof Kominek erfolglos. Ende Mai 1965 wurde in seiner Abwesenheit die Erzbischöfliche Residenz durch die Breslauer Stadtverwaltung in staatlichen Besitz überführt. In einem Gespräch mit dem polnischen Botschafter in Rom, Adam Willmann, bekannte Erzbischof Kominek offen, wie sehr es ihn kränke, dass man ihm das Palais nicht zurückgebe, und dass „die Deutschen sich deswegen über ihn lustig machen“ würden. Es war „nicht richtig“, kritisierte Kominek, „Kirchen, Klöster und andere sakrale Gebäude in den polnischen Westgebieten zum nach-deutschen Gut erklärt zu haben“. Die Deutschen würden dieses Argument ebenfalls gegen sie nutzen, „obwohl dieses Kirchengut überwiegend polnisches Werk sei“.⁸

Vor diesem Hintergrund erscheint die Breslauer Ansprache von Primas Wyszyński in völlig anderem Licht. Seine auf deutscher Seite als provozierend empfundene Aussage: „bestimmt ist das kein deutsches Erbgut“ („*to nie jest dobro po-niemieckie*“, wörtlich: „das ist kein nach-deutsches Gut“) entsprach dem gesetzestechnischen Terminus jener Verordnungen, durch die der polnische Staat das verlassene deutsche Eigentum, auch die kirchlichen Liegenschaften, zu Staatsbesitz erklärte. Erst nach einigen Wochen erkannte Prälat Franz Wosnitza die tatsächliche Absicht von Wyszyńskis Predigt und versuchte sie in der Folgezeit in deutschen Kirchenkreisen bekannt zu machen. Er betonte nun, dass der polnische Primas in Breslau habe sagen wollen:

8 Kucharski / Strauchold (Red.): *Wokół orędzia*, Dok. Nr. 20, 262.

„Diese Kirchen sind kein Feindvermögen.“⁹ Wyszynski sprach diese Worte nicht zufällig auf der Breslauer „Dominsel“ aus, einer piastischen Gründung aus dem 12. Jahrhundert, wo sich seitdem der Bischofssitz befindet. Er gebrauchte den gesetzlichen Ausdruck als Chiffre, um seinen Protest gegen die Verstaatlichung kirchlichen Eigentums öffentlich zu formulieren. In der Folgezeit wurde dies von einigen Mitstreitern für eine deutsch-polnische Verständigung erkannt und in katholischen Blättern publiziert. Neben dem Vizepräsidenten der deutschen Pax-Christi-Bewegung, Alfons Erb, war es vor allem der Berliner Prälat Erich Klausener, der hier besonders engagiert mitwirkte:

„Der Satz also, der in Deutschland so alarmierend gewirkt hat, ist gegen jene Verordnungen gerichtet, nach denen die Kirche für die katholischen Gotteshäuser, die sie in Schlesien, Pommern und Ostpreußen benutzt, dem Staat gewaltige Steuern zahlen muß, die das kirchliche Wirken auf das Schwerste belasten. Leider sind die schwierigen Verhältnisse, unter denen die Kirche in diesen Gebieten arbeiten muß, in Deutschland kaum bekannt. So ist denn in der deutschen Reaktion auf die Breslauer Predigt des Kardinalprimas viel zu sehr von den deutschen Überlegungen ausgegangen worden. Die deutschen Kritiker beachteten nur das Faktum, daß der Kardinal im alten deutschen Breslau gesprochen habe, sie beachteten nicht die Wirklichkeit, daß er in dem heute unter polnischer Verwaltung stehenden Breslau sprach.“¹⁰

Die tatsächliche Intention der Breslauer Te-Deum-Predigt stieß somit erst 1966 auf eine gewisse, wenngleich geringe Resonanz unter den deutschen Katholiken – also nachdem die Berichterstattung über diese Vorgänge verebbt war. Was im Nachgang der Breslauer Ereignisse blieb, war ein bitterer Nach-

9 Klausener: Zur Entwicklung im deutsch-polnischen Verhältnis, 237.

10 Klausener: Zur Entwicklung im deutsch-polnischen Verhältnis, 237–238; Informationsdienst des katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen, Nr. 27 (Mai 1966), 14.

geschmack auf beiden Seiten und eine Aufwallung von beiderseitigen Vorurteilen und Stereotypen. Exemplarisch hierfür steht die Wahrnehmung Wilhelm Ungers, der unter dem Eindruck der Breslauer Ansprache beklagte, dass es „für den Westen schwer begreiflich“ sei, „warum es auf Seiten des polnischen Episkopats immer wieder zu Äußerungen kommt, wie sie nur engchauvinistischen und sogar von der kommunistischen Propaganda beeinflussten Gedankengängen entspringen können“. Demgegenüber sei „der stark europäisch denkende Katholizismus des Sudeten- und vor allem des Karpatenraumes immer ein starker Brückenpfeiler echter aufgeschlossener Versöhnung gewesen“.¹¹ Auf polnischer Seite fasste Erzbischof Kominek die Reaktionen in der deutschen Öffentlichkeit wie folgt zusammen:

„Traurig und ziemlich niedergedrückt blätterte ich ganze Haufen von Zeitungsartikeln hindurch. Vom Ostdeutschen Pressedienst und der Nationalzeitung angefangen über die grosse Tagespresse bis zu den konfessionellen Wochenzeitungen; der Grundton war überall derselbe: die Kirche in Polen mit dem Kardinalprimas Wyszyński an der Spitze und dem gesamten polnischen Episkopat, das sind eben unbelehrbare und unbekehrbare Nationalisten und zwar im Dienste eines gottlosen Kommunismus und mehr oder weniger bewusst seine Werkzeuge und seine Wegebereiter [...]“¹²

Schadensbegrenzung und der Beginn einer Verständigung

Angesichts der heftigen Kritik gelangten die führenden Kirchenhierarchen beider Länder Anfang September 1965 und damit unmittelbar vor Beginn der letzten Konzilsperiode zu derselben Einschätzung: keine weitere Polemik, keine weiteren öffentlichen Streitigkeiten und Antagonismen. Kardinal

11 Unger: *Begegnungen im katholischen Raum*, 121.

12 *Dialog Deutschland – Polen? Gedanken und Vorschläge* [Durchschlag, o.D. (wahrscheinlich von Ende Oktober 1965)]. BAE, Sign. NL 1/1292.

Wyszyński musste infolge der kritischen Presseberichte erkennen, dass selbst nach innen gerichtete Ansprachen durch eine unsensible Wortwahl im Ausland großen Unmut auslösen konnten. Der polnische Primas dürfte außerdem gespürt haben, dass sein Breslauer Auftritt auch im Kreis der polnischen Bischöfe auf Missfallen stieß, wenngleich dies nur unter vorgehaltener Hand geäußert wurde.¹³ Kardinal Wyszyński besäße in Polen nicht die Stellung und sei „durchaus nicht so beliebt“, wie man es aufgrund der ausländischen Nachrichten vermuten könnte. „Er wird weniger geachtet als vielmehr gefürchtet“, und auf deutscher Seite gewinne man den Eindruck, dass „durchaus nicht alle polnischen Bischöfe so denken wie Wyszyński“.¹⁴

Im Gespräch mit seinem Freund aus Breslauer Tagen, Alfred Sabisch, gab der Breslauer Erzbischof Kominek zu, dass „er und andere Bischöfe erschrocken gewesen“ seien, „als sie diese vom Primas gewählte Formulierung zu ihrem größten Erstaunen zu hören bekamen“. Kominek versicherte, „er selbst hätte einen völlig anderen, nicht verletzenden Ausdruck gewählt“. Es sei hinlänglich bekannt, „dass der Primas sich von Emotionen leiten lasse und die Tragweite einiger Aussprüche nicht von vornherein berücksichtige und abwäge [...]“.¹⁵

Fast schon zwangsläufig wurde unmittelbar nach dem Eintreffen der polnischen Bischöfe in Rom Mitte September 1965 das Gespräch mit dem deutschen Episkopat gesucht, um die aufgetretenen Missverständnisse auszuräumen. Für diese Aufgabe wurden Erzbischof Kominek sowie die Bischöfe Jerzy Stroba und Bernard Czapliński benannt. Zeitgleich kündigte der deutsche Episkopat an, über die Breslauer Vorkommnisse bei der bald beginnenden vierten Konzilsperiode mit Primas Wyszyński sprechen und „die diskutierten

13 Schreiben von Bischof Schaffran an Kard. Döpfner vom 16.09.1965. EAM/KDA, Sign. 43/1965, o.S.

14 Ebenda; Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln vom 19.9.1965, 3.

15 Köhler (Hg.): „Aus eigenem Entschluss und in eigener Verantwortung“, Dok. 4, 165–166.

Probleme“ thematisieren zu wollen, wobei jedoch vorsorglich angemerkt wurde, dass es sich dabei nicht um offizielle Unterredungen handeln sollte: „Wir Deutschen werden in Rom selbstverständlich mit Wyszyński und dem übrigen polnischen Episkopat auf privater Basis über diese [Breslauer – S.G.] Erklärung sprechen.“¹⁶

Nicht nur aus eigenem Antrieb bemühten sich die deutschen Bischöfe um eine Klärung dieser Angelegenheit, sondern sie wurden dazu auch von politischer Seite ermuntert. Wenige Tage nach seiner Ankunft in Rom erhielt Bischof Franz Hengsbach Mitte September 1965 ein Schreiben vom Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, seinem Studienfreund Karl Gumbel, in dem er gebeten wurde, nach Möglichkeit Gespräche mit dem polnischen Episkopat zu führen. Gumbel, der unter dem Eindruck des medialen Echos stand, welches die Predigten des Kardinals Wyszyński in Breslau hervorgerufen hatte, bezeichnete in seinem Brief die Grenzfrage zwischen einem wiedervereinigten Deutschland und Polen als zweifellos eines der schwersten und schwierigsten Probleme in Europa. Entsprechend der rechtlichen Position der Bundesregierung hielt er eine Anerkennung irgendeiner polnischen Westgrenze als eine Vorleistung und ohne jede Gegenleistung für ausgeschlossen.

Gumbel sah außerdem die polnische Forderung nach der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch Deutschland „mit gehässigen Ausfällen“ verknüpft und die Bundesrepublik als „revanchistisch, kriegslüsternd und gefährlich für die Nachbarn hingestellt“, was ihn befürchten ließ: „Wenn Kardinal Wyszyński mit historisch völlig falschen Begründungen öffentlich für die Oder-Neiße-Grenze eintritt, dann muß der Eindruck entstehen, daß er auch die sonstigen Ansichten der polnischen Kommunisten über Deutschland teilt.“¹⁷ Daher bat Gumbel den Ruhrbischof:

16 Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln vom 19.9.1965, 3.

17 Schreiben des Staatssekretärs des Bundesministeriums der Verteidigung, Karl Gumbel,

„Ich weiß nicht, ob Du Gelegenheit hast, einmal über diese Fragen mit polnischen Bischöfen zu sprechen. Rom wäre für eine solche Aussprache ein geeigneter Boden. Wenn wir uns gegenseitig nur beschimpfen, wird es niemals zu einem Ausgleich und einer Verständigung kommen. Ich billige den polnischen Bischöfen ohne jede Einschränkung zu, daß sie gute Polen sein wollen. Sie sollen aber dabei auch gerecht und verständnisbereit bleiben. In der übergeordneten Gemeinschaft der Kirche sollte man zu gegenseitiger Rücksichtnahme und Hilfe bereit sein.“¹⁸

Die als nationalistisch empfundenen Aussagen Wyszyńskis und in deren Folge die primas-kritischen Berichte und Kommentare in der westdeutschen Presse veranlassten beide Episkopate, auch die schwierigsten Fragen des deutsch-polnischen Verhältnisses bei der bevorstehenden Konzilssession zur Sprache zu bringen. Unbeabsichtigt und auf geradezu paradoxe Weise löste Wyszyńskis Breslauer Auftritt eine Verständigungsdynamik aus, die nun die bisher nur indirekt und bestenfalls partiell erörterten politischen Fragen zum Gegenstand einer intensiveren Diskussion zwischen den deutschen und polnischen Konzilsvätern machte. Dabei schwang sich vor allem Erzbischof Kominek zur zentralen Figur des deutsch-polnischen Meinungs- und Gedankenaustauschs auf. Geschickt griff er in der Folgezeit die Bereitschaft beider Episkopate auf, die „heißen Eisen“ im deutsch-polnischen Verhältnis zu thematisieren, und bot sich seinen deutschen Amtsbrüdern als verständigungs-bereiter und vertrauenswürdiger Gesprächspartner an. Auf die deutsche Kritik an den jüngsten Ereignissen eingehend versuchte er, den „stark national“ geprägten Religionsstil der Polen und somit die Hintergründe der kirchlichen Feiern in Breslau zu erklären:

„Weder im Hirtenbrief, der den 20 Jahrfeiern voranging noch bei den Feiern in Breslau war das nationale [sic] im Vordergrund; man kann uns wirklich

an Bischof Hengsbach vom 16.9.1965. BAE, Sign. NL 16/37, o.S.

18 Schreiben des Staatssekretärs des Bundesministeriums der Verteidigung, Karl Gumbel, an Bischof Hengsbach vom 16.9.1965. BAE, Sign. NL 16/37, o.S.

von keiner Seite den Vorwurf machen, die Religion für die politische[n] Zwecke missbraucht zu haben, indem wir politische Postulate formulierten; Keineswegs! Dazu sind unsere Kirchenfeiern nicht da. Wenn wir in Polen ab und zu grosse Massenfeierlichkeiten veranstalten, dann eigentlich mehr für uns selbst als für das politische Ausland. [...] Es war demütiger Dank dafür, dass wir zerschlagen und aus dem Vernichtungskrieg hervorgegangen, uns zu neuem Leben aufraffen konnten und in 20 Jahren in Riesenanstrengung ein neues strafforganisiertes kirchliches Leben einrichten konnten. Es waren keine Hassgesänge, es waren keine gegen Deutschland geballten Fäuste, es waren zum Gebet gefaltete Hände [...].¹⁹

Den meisten deutschen Bischöfen erschien Kominek's Verständigungsbereitschaft als eine Folge der Breslauer Ereignisse, was manchen Ordinarius zu der Annahme verleitete, der polnische Versöhnungsbrief vom November 1965 sei eine beschwichtigende Reaktion auf die harsche Kritik am Breslauer Auftritt von Kardinal Wyszyński gewesen. In den deutschen Kreisen wurde die Vermutung laut, die polnischen Bischöfe wollten mit ihrem Brief die in Breslau hervorgerufenen Spannungen zwischen den beiden Episkopaten mildern. Gerhard Schaffran notierte in seinen Aufzeichnungen:

„Es begann damit, dass mich Kardinal Döpfner bat, mit ihm einmal über die Breslauer Ereignisse (Rede von Kardinal Wyszyński) zu sprechen. Ich hörte auch, dass manchem polnischen Bischof verschiedene Passagen der Rede nicht gefielen, und so reifte dann bei den polnischen Bischöfen der Plan, dem deutschen Episkopat einen versöhnlichen Brief zu schreiben.“²⁰

Im gleichen Sinne informierte am 10. Oktober 1965 die bundesdeutsche Botschaft beim Vatikan das Auswärtige Amt, dass das vorbereitete polnische Schreiben an den deutschen Episkopat hauptsächlich das Ziel verfolge, dem negativen Eindruck, welcher im Zuge der Äußerungen von Kardinal

19 Erzbischof Bolesław Kominek: Dialog Deutschland – Polen? BAE, Sign. NL 1/1292, o.S.

20 Zitiert nach Trippen: Josef Kardinal Frings, Bd. 2, 492; Kucharski / Strauchold (Hg.): Wokół orędzia, Dok. 22, 264–265.

Wyszyński von Ende August in Deutschland entstanden war, entgegenzuwirken. Bemerkenswerterweise bediente sich auch Erzbischof Kominek dieser Interpretation, wenngleich lediglich aus Kalkül. Laut einer Gesprächsnotiz soll Kominek geäußert haben: „Der Brief [vom 18.11.1965 – S.G.] bildet nicht nur den Anfang des ‚polnisch-deutschen Dialogs‘, sondern er stellt auch den Preis dar, der dem Vatikan und den Deutschen zu zahlen [sei] für die Breslauer Auftritte des [polnischen] Episkopates.“²¹

Fazit

Trotz der häufig hergestellten Verknüpfung zwischen der Ansprache von Wyszyński und der polnischen Versöhnungsbotschaft gilt es als unstrittig, dass die Breslauer Ereignisse weder den Grund noch den Anlass für den wenige Monate später erfolgten Briefwechsel lieferten. Erzbischof Kominek, Initiator und treibende Kraft einer polnischen-deutschen Versöhnungsgeste, hatte bereits im April 1965 gegenüber dem Polen-Korrespondenten der Wochenzeitung „Die Zeit“, Hansjakob Stehle, eine solche ins Gespräch gebracht. Dennoch markiert der Breslauer Auftritt des polnischen Primas und in dessen Folge die kritische Berichterstattung über ihn und die Kirche in Polen eine ungewollte Beschleunigung auf dem Weg zum historischen Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen. Die öffentlich ausgetragenen Polemiken machten beiden Episkopaten unmissverständlich deutlich, dass die Kirche eine besondere Verantwortung für die künftige Entwicklung in den Beziehungen zwischen Deutschen und Polen trug. Da es keine offiziellen Kontakte auf politischer Ebene zwischen den beiden Ländern gab, enthielten ihre Äußerungen und Gesten, ihr Handeln und Wirken eine unmittelbare Ausstrahlung auf die Gesellschaften in Polen und Deutschland. Die

21 Kucharski / Strauchold (Hg.): Wokół orędzia, Dok. 26, 272.

zunehmende ‚Konkretisierung‘ der Gespräche während der letzten Konzilsperiode schuf für Erzbischof Kominek einen günstigen Rahmen, sein seit längerer Zeit angestrebtes Vorhaben, einen Neuanfang im deutsch-polnischen Verhältnis zu setzen, zeitnah zu verwirklichen.

Literatur

Hummel, Karl-Joseph: Der Heilige Stuhl, deutsche und polnische Katholiken 1945-1978. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 45 (2005), 165–214.

Klausener, Erich: Zur Entwicklung im deutsch-polnischen Verhältnis. In: *Hirschberg* 19 (1966), 237–241.

Köhler, Joachim (Hg.): „Aus eigenem Entschluss und in eigener Verantwortung ... ohne einen Auftrag von irgendeiner Seite“. Römische Gespräche zwischen Alfred Sabisch und Erzbischof Bolesław Kominek vor dem Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe 1965. In: *Archiv für Schlesische Kirchengeschichte* 63 (2005), 153–185.

Kucharski, Wojciech / Strauchold, Grzegorz (Red.): *Wokół orędzia. Kardynał Bolesław Kominek. Prekursor pojednania polsko-niemieckiego* [Im Umfeld der Versöhnungsbotschaft. Kardinal Bolesław Kominek. Wortführer deutsch-polnischer Versöhnung]. Wrocław 2009.

Romaniuk, Marian P.: *Życie, twórczość i posługa Stefana Kardynała Wyszyńskiego Prymasa Tysiąclecia* [Leben, Werk und Dienst Stefan Kardinal Wyszyńskis, des Primas des Jahrtausends]. Bd. 2: 1956–1965. Warszawa 1996.

Wyszyński, Stefan: *Für Freiheit und Menschenwürde. Ansprachen zur Tausendjahrfeier des christlichen Polen*. Limburg 1966.

Alltag, Lebenswelten, Verhaltensweisen

Gerd Stricker

Schweizer im Zarenreich – Beiträge zu einer besonderen Migrationsgeschichte

Die Einwanderung von Schweizern ins Russische Reich war markant, aber im Vergleich zu derjenigen der Russlanddeutschen statistisch unerheblich. Gemäß der Schweizer Volkszählung von 1850 wurde die Zahl der Schweizer in Russland mit 1.670 veranschlagt. Der ersten russischen Volkszählung von 1897 zufolge lebten damals 6.197 Schweizer Staatsangehörige in Russland. Eine andere Quelle beziffert Personen mit Schweizer Bürgerrecht in Russland zum gleichen Zeitpunkt mit 5.902. Carsten Goehrke, der Doyen der Schweizer Russlandschweizer-Forschung, bemerkt zur Berechnung der Zahl von Schweizern im Zarenreich:

„Nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand gehe ich davon aus, dass bis 1917 mindestens 21.000–23.000 Schweizerinnen und Schweizer temporär oder auf Dauer nach Russland ausgewandert sind; mit Familienangehörigen vermutlich über 25.000. Wenn zwischen 1917 und dem Zweiten Weltkrieg um die 7.500 Schweizer Bürger unfreiwillig in ihre Stammheimat zurückgekehrt sind, dann lässt sich daraus schliessen, dass am Vorabend der Oktoberrevolution mindestens 8.000 Schweizer Staatsangehörige im Zarenreich gelebt haben. [...] Etwa gleich viele [7.500] Schweizstämmige dürften in Russland verblieben sein, weil sie keinen Schweizer Pass mehr besaßen oder bereits völlig im Russentum aufgegangen waren.“¹

In den Augen der Bolschewiki hatten „Schweizstämmige“ ohne Schweizer Pass keinen rechtlichen Anspruch auf Ausreise.

1 Goehrke: Auswandern – Einwandern – Rückwandern, 16–22; Bühler / Gander-Wolf / Goehrke: Schweizer im Zarenreich, 86.

Goehrke hat hier einen der eklatantesten Gegensätze zwischen der deutschen und der schweizerischen Auswanderung ins Russische Reich angesprochen: Während die Masse der Russlanddeutschen im Rahmen von staatlichen Ansiedlungsprogrammen und damit verbundenen Kollektivwanderungen als bäuerliche „Kolonisten“ ins Land kamen, war die Auswanderung von Schweizern nach Russland überwiegend eine Einzel- bzw. „Elite-Auswanderung“. Die Russlandschweizer durften als Individualeinwanderer das Schweizer Bürgerrecht behalten und übten mehrheitlich städtische Berufe aus – am bekanntesten waren sicherlich die „Zuckerbäcker“ – die Schweizer Konditoren aus dem Tessin und dem Bündnerland.

Die Schweizer Auswanderer aus dem agrarischen Sektor waren ganz überwiegend keine gewöhnlichen Landwirte, sondern übten spezialisierte Berufe aus. Am berühmtesten sind sicherlich die Schweizer Käser. Schweizer Käser waren in fast allen Ländern Mittel- und Nordeuropas anzutreffen, so dass sich vielfach für die in der Molkerei und besonders in der Käseherstellung Beschäftigten die Bezeichnung „Schweizer“ eingebürgert hatte, so etwa in Ostpreußen und Schlesien. In den Arbeitszeugnissen meines um 1880 geborenen Großvaters stand zu meiner Verwunderung, er sei „Oberschweizer“. Später stellte ich fest, dass ein „Schweizer“ ein Melker und ein sonst im Molkereiwesen Tätiger sei und dass ein „Oberschweizer“ ein Melkermeister wäre oder jemand, der im Molkereiwesen eine leitende Position innehatte. Dieser Wortgebrauch war in Schlesien noch im Zweiten Weltkrieg üblich.

Migrationsgeschichte der Russlandschweizer

Eine Anzahl von Schweizern hatte schon im ausgehenden 17. Jahrhundert im Russischen Reich berufliche Karrieren aufgebaut. Allerdings wanderte das Gros der Schweizer erst zwischen 1800 und 1830 sowie zwischen 1865 und

1910 nach Russland ein. Es handelte sich jeweils um einzelne Personen oder um ganz kleine Gruppen. 160 Einwanderer pro Jahr waren seltene Spitzenwerte. Die reformierte Romandie (Waadt, Genf, Neuenburg) war dabei mit etwa 9.000 Auswanderern stark überrepräsentiert, von denen über drei Viertel Erzieherberufen angehörten; die übrigen waren Uhrmacher und Handel-treibende; der Kanton Zürich stellte mit knapp 4.000 Auswanderern vor allem industriell-kaufmännisch-technische Berufe; der Kanton Bern (bis 3.000 Auswanderer) entsandte deutschsprachige Käser und französischsprachige Vertreter von Erzieherberufen, während von den etwa 1.000 Auswanderern aus Graubünden drei Viertel „Zuckerbäcker“, also Konditoren, waren. Das Tessin war mit knapp 1.000 Auswanderern an der Emigration nach Russland beteiligt; seine Architekten, Baumeister und Bildhauer haben in Russland vor und nach 1700 bis heute sichtbare Spuren hinterlassen.

Wie überall auf der Welt hatte auch die Auswanderung aus der Schweiz nach Russland eine Reihe von Ursachen. Drückende soziale Not, Missernten und ähnliche Katastrophen spielen bei Ausreisewellen jeder Art eine maßgebliche Rolle: In der Schweiz waren dies zum Beispiel eine schwere Krise der Milchwirtschaft in den 1870er und 1880er Jahren und die gleichzeitige Misere der Zürcher Landwirtschaft, sodann die Rezession in der Seidenindustrie, Landknappheit, Aussterben einiger Berufe (zum Beispiel im Textilsektor – das Verschwinden der Handweberei in der Schweiz spätestens seit 1820). Die beengten Verhältnisse im Lande brachten es mit sich, dass vorwärtsstrebende Vertreter unterschiedlichster Berufe schnell an die Grenzen ihrer Träume stießen. Träume von Selbständigkeit (Landwirte, Käser usw.) oder von gehobenen beruflichen Positionen (in Militär, Wissenschaft, Wirtschaft usw.) waren in der kleinen Schweiz kaum zu realisieren. Im Laufe des 19. Jahrhunderts stabilisierten sich dann die Verhältnisse etwas: Die Auswanderung lässt zwischen 1830 und 1875 nach. „Mit Blick auf die ganze Eidgenossenschaft trifft

das Bild einer ‚konjunkturgebundenen Zickzackentwicklung mit oft ‚brutalen Beschleunigung- und Bremsbewegungen‘ wohl am ehesten zu.“²

Seit den letzten zwei Jahrzehnten des 19. und vor allem seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts ist die Auswanderung besonders vieler Käser aus der Schweiz nach Russland zu konstatieren. Die erhaltenen schriftlichen Zeugnisse verweisen allerdings darauf, dass der Faktor „Not/Armut“ als Auswanderungsgrund der Schweizer immer stärker zurücktrat: Auswanderer waren nunmehr keineswegs verarmte, sondern durchaus vermögende Käser, die den Wegzug aus der Schweiz und einen Erfolg versprechenden Neustart in Russland selbst finanzierten. Sie verließen die Schweiz, weil diese ihnen nicht die Gründung eigener Milchwirtschaften erlaubte. In Russland erhofften sie sich den Aufbau eigenständiger Betriebe. – Und das ist den Auswanderern meisteils gelungen.

Die seit etwa 1890 stark beschleunigte nachholende Industrialisierung Russlands schuf Arbeitsplätze in den unterschiedlichsten Branchen, so dass fast jeder Arbeitssuchende eine Stelle finden konnte (Ingenieure im Maschinenbau, Fachleute in Handel und Gewerbe, in Kauf und Verkauf, im Bankwesen), aber nicht nur im industriellen, sondern auch im administrativen Bereich. Die zunehmende Öffnung des im Entstehen begriffenen russischen Bürgertums für Bildung zog Hunderte von französischsprachigen Gouvernanten, Hauslehrern und anderen, im Bildungswesen Tätigen nach Russland.

Es ist zudem in Rechnung zu stellen, dass die rasche Industrialisierung Russlands den Ausbau der Verkehrswege – vor allem der Eisenbahn – vorantrieb. Eine Reise ins europäische Russland dauerte um 1900 nur noch wenige Tage, wurde berechenbar. Man konnte in Ruhe den Platz für eine Käserei oder eine Landwirtschaft auswählen und beim eventuellen Scheitern der Pläne schnell in die Heimat zurückkehren. Das erleichterte die Entscheidung zur Auswanderung.

2 Böhler / Gander-Wolf / Goehrke: Schweizer im Zarenreich, 109.

Überwiegend kamen Schweizer nach Russland, die dort mit ihren erlernten Berufen begehrt waren. Das unterscheidet sie von den meisten Deutschen, die mit der Ansiedlung als „Kolonisten“ zu Bauern gemacht wurden, auch wenn sie in ihrer Heimat häufig anderen Berufen nachgegangen waren. Mit den Schweizer Einwanderern im Sinne eingewanderter Eliten vergleichbar waren aber durchaus die städtischen Deutschen, die als Unternehmer, Handwerker, Händler oder in akademischen Berufen tätig waren. Sie reisten ebenfalls als Einzelpersonen ins Russische Reich ein und wiesen eine ähnlich hohe Fluktuation auf wie die Schweizer.

Wie es unter den Russlanddeutschen Landwirte gegeben hat, die weitab von ihren angestammten Kolonistendörfern gewaltige Ländereien aufkauften und in ganz großem Stil bewirtschafteten (wie die unglaublich reich gewordene Familie Falz-Fein im Gouvernement Taurien), so gab es auch unter den Schweizern „Einzelkämpfer“ wie die seit 1808 im Gouvernement Cherson ansässige Familie Heinrich Ernst aus Cernier (Neuenburg/Neuchâtel) mit 3.200 Hektar Land und einem Bestand von über 4.000 Tieren (Rinder, Pferde, Schweine und Merinoschafe) oder die Ammeter-Sippe, die im Kaukasus über ähnlichen Besitz und Reichtum verfügte. Aber das waren Ausnahmen.

Schweizer Gruppeneinwanderung an die Wolga?

In einigen Bereichen berührten sich die Schicksalswege der Russlandschweizer und der Russlanddeutschen. Die wohlhabenden Schweizer und die wohlhabenden Deutschen in den großen russischen Städten pflogen nicht nur gutnachbarliche Beziehungen untereinander, sondern waren auch durch gemeinsame Mitgliedschaft in reformierten (seltener in lutherischen) Kirchengemeinden, in Standes- und Berufsvertretungen und in Clubs vielfältig miteinander verbunden. Auch mit den bäuerlichen Russlanddeutschen gab es

Berührungspunkte. So existierten einige wenige schweizerische Kolonistendörfer in Russland, die administrativ in die deutschen Kolonien und in deren Existenzbedingungen eingebunden waren, etwa Zürichthal auf der Krim im Gouvernement Taurien (gegründet 1804), das inmitten deutscher Dörfer lag, sowie das bedeutende Winzerdorf Chabag in Bessarabien (gegründet 1822/23).

Neun Ortschaften im Norden des deutschen Wolgagebietes tragen die Namen von Schweizer Kantonen: Unterwalden, Zug, Luzern, Glarus, Basel, Zürich, Solothurn, Zürich, Schaffhausen; früher gab es auch noch eine Kolonie Bern. Diese Namen scheinen auf eine bedeutende Beteiligung von Schweizern an der Wolgabesiedlung hinzuweisen. So ist in Schweizer Darstellungen zuweilen von etwa tausend schweizerischen Wolgakolonisten die Rede. Es wurde vermutet, dass diese Dörfer schon zu Beginn der deutschen Wolgabesiedlung von Schweizern gegründet worden seien – dass man es hier also mit einem bedeutenden schweizerischen Beitrag zur Aufsiedelung des Wolgagebietes zu tun habe.

Die schweizerischen Ortsnamen im deutschen Wolgagebiet rühren jedoch nicht von Schweizer Kolonisten her, sondern sie stammen von einem Lokator der Kaiserin Katharina II., dem Werber „Baron“ oder „Chevalier“ Ferdinande de Caneau de Beauregard aus Neuchâtel/Neuenburg, der sich zuweilen als Schweizer, zuweilen als Brabanter ausgab. Als Unterwerber stand ihm eine ähnlich zweifelhafte Gestalt, der Genfer François Pierre Pictet, zur Seite. Beauregard und Pictet siedelten die von ihnen angeworbenen und nach Russland geführten deutschen Kolonisten in eigenen Dörfern im Norden des Wolgagebietes an und gaben „ihren“ Kolonien die Namen Schweizer Kantone.

Forschungen im Staatsarchiv von Saratov, die vor allem Igor' Pleve (Plehwe) durchgeführt hat, haben die Frage nach den Schweizer Kolonisten

beantwortet: Im Jahre 1767 lebten in den deutschen Siedlungen des Wolgabietes 18 Familien aus der Schweiz mit 48 Personen. Sie verteilten sich über verschiedene Kolonien: Reformiert waren vier Familien in Katharinenstadt, drei in Balzer; einzelne reformierte Schweizer Familien lebten in Moor, in Dehler, in Boaro, Enders, Kamenka, Kauz und in Kutter – insgesamt 36 Personen. Katholische Schweizer gab es in Pfeiffer (zwei Familien), in Rohleder und in Seilmann – insgesamt zwölf Personen. Nach 1767 sind keine Schweizer mehr an die Wolga gelangt. Unter den 765 Herrnhutern, die zwischen 1765 und 1866 nach Sarepta bei Caricyn (heute Volgograd) zogen, waren 31 Schweizer (4 Prozent).

Kollektivwanderung aus der Schweiz nach Russland: Zürichthal und Chabag

Wenn auch individuelle Einwanderung und individuelles Wirken für Schweizer in Russland charakteristisch waren, so gibt es doch auch zwei Beispiele geschlossener Auswanderung aus der Schweiz ins Russische Reich. Diese kollektiven Ansiedlungen vollzogen sich allerdings im Kontext der russland-deutschen Kolonisation und unter jenen Rahmenbedingungen, die für die deutschen Kolonisten galten.

1803/04 sammelte im Zuge der russischen Besiedlungspolitik Südrusslands der Züricher Hans Caspar Escher, der seit 1792 als Offizier in russischen Diensten stand, eine größere Gruppe von Schweizern – sechzig Familien mit 247 Personen – und führte sie nach Russland: auf die Krim, wo sie die Kolonie Zürichthal gründeten. Davon stammten allein 155 aus dem Kanton Zürich. Es handelte sich um verarmte Seidenspinner, Weber und andere Vertreter der Textilbranche, deren Niedergang sich in der Schweiz bereits abzeichnete. Trotz energischer Gegenmaßnahmen der kantonalen Behörden machte sich der Zug im Oktober 1803 auf den Weg über Konstanz nach Ulm, von wo die

Gruppe auf der Donau bis Wien reiste; auf dem Landweg ging es über die heutige Slowakei (von Preßburg/Bratislava nach Rosenberg/Rožomberok, wo man Winterquartier bezog). Im Frühjahr 1804 zog der Tross zu Lande weiter und erreichte unter größten Strapazen und Verlusten das Schwarze Meer; die zuletzt etwa 230 Auswanderer wurden von der russischen Ansiedlungsbehörde 1805 im östlichen Teil der Krim, unweit von Feodosia, angesiedelt. Sie nannten ihr Dorf „Zürichthal“ (in der Sowjetzeit hieß es Zolotoe Pole = Goldfeld).

Für die der Landwirtschaft meistens kaum kundigen Schweizer war der Anfang besonders hart. Saatgut fehlte, Krankheiten grassierten. Von den benachbarten Neusiedlern verschiedenster Völkerschaften des Reiches (Russen, Tataren, Armenier) bestohlen und betrogen, verarmte die Kolonie zusehends, Seuchen forderten manches Opfer. Die russischen Behörden füllten die zahlenmäßig schrumpfende Kolonie 1810 mit 25 meist katholischen Familien (ca. 100 Personen) und später offenbar mit weiteren Familien auf, die ursprünglich aus Württemberg eingereist waren. 1816 lebten in Zürichthal 190 Schweizer und 137 Schwaben. Sie und neue Zuwanderer aus Süddeutschland und der Schweiz gründeten um Zürichthal herum zunächst sechs, bis zum Ersten Weltkrieg insgesamt 45 (darunter ca. 33 lutherische) Dörfer. Das Überwiegen süddeutscher Kolonisten hatte zur Folge, dass das Schweizerdeutsche bald in einer Mischmundart von Schweizerdeutsch, Schwäbisch und Pfälzisch aufging. Zürichthal selbst wurde Sitz eines Oberschulzen und galt Mitte des 19. Jahrhunderts als das reichste und schönste deutschsprachige Dorf auf der Krim.

Die wichtigsten Impulse für seinen geistigen und wirtschaftlichen Aufschwung verdankte Zürichthal dem Wirken seines ersten Pfarrers, Heinrich Dietrich aus Schwerzenbach, Kanton Zürich, der in den schwersten Jahren, 1822 bis 1827, die neuen Kolonisten geistlich aufrichtete und den Bau der Kirche, des Pfarr- und des Schulhauses initiierte. Die Haupterwerbsquelle

war der Weizenanbau, aber auch Viehzucht wurde betrieben, Handwerke waren verbreitet; Wein- und Obstanbau hingegen litten unter Ungeziefer (Heuschrecken) und Unwetter.

Das Zusammenleben mit schwäbischen Kolonisten hat die Schweizer bald im Russlanddeutschtum aufgehen lassen. Da auf Pfarrer Dietrich kein Geistlicher aus der Schweiz folgte, sondern lutherische Pastoren die geistliche Betreuung übernahmen, wurde Zürichthal der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland eingegliedert. Zürichthal selbst wurde Pfarrort des gleichnamigen lutherischen Kirchspiels, zu dem 33 Dörfer (5.000 bis 6.000 Seelen) gehörten.

Für die schweizerischen Kolonisten galten die gleichen Bedingungen wie für die Deutschen: Mit der kollektiven Ansiedlung war die automatische Übernahme der russischen Untertanenschaft verbunden, und nach der Oktoberrevolution litten sie wie ihre deutschen Nachbarn unter dem Terror des Bürgerkrieges und der Zwangskollektivierung – und schließlich unter dem Großen Terror 1936–1938. Zusammen mit den Krimdeutschen wurden sie nach Hitlers Angriff auf die Sowjetunion 1941 nach Sibirien, Zentralasien und in die arktischen Gebiete der Sowjetunion deportiert.

Um 1820 kam es nochmals zur Gründung einer schweizerischen Ansiedlung im Schwarzmeergebiet, und zwar im Südwesten Bessarabiens unweit der Dnjestr-Mündung bei Akkerman, die Chabag, Schaba oder auch Schabo genannt wurde. Indirekt hat diese Kolonie ihr Entstehen dem Wirken des Pädagogen Frédéric-César de La Harpe (1754–1838) zu verdanken. In einem Brief aus dem Jahre 1819 an seinen einstigen Zögling, Kaiser Alexander I., erwähnte de La Harpe frühere Pläne zur Förderung des Weinbaus in Russland und interessierte den Kaiser dafür. Ein groß angelegtes Weinbauprojekt sollte verarmten Weinbauern aus dem schweizerischen Waadtland die Einwanderung nach Russland ermöglichen. De la Harpe schlug den Waadtländer Louis-Vincent Tardent, einen Biologen, als Leiter des Projekts vor. Dieser

wurde noch 1821 als Kundschafter nach Russland geschickt und fand das zur Ansiedlung vorgeschlagene Terrain um das Winzerdorf „Chabag“ günstig. Die Türken, die bis zur Abtretung Bessarabiens an Russland (1812) hier gesiedelt hatten und danach in das Osmanische Reich abgewandert waren, hatten dieses Winzerdorf „Ascha Abag“ („Unser Garten“) genannt und viel versprechende Weinberge zurückgelassen. Tardent interessierte etwa dreißig Personen, meist Waadtländer, für das Projekt und führte sie über mehr als 2.100 Kilometer nach Bessarabien, wo sie 1822/23 die Siedlung Chabag neu gründeten.

Es handelte sich offenkundig um besonnene und seriöse Leute, die sich durch verschiedenste Verträge gegen alle möglichen Eventualitäten absichern wollten. Bis 1846 folgten in kleinen Schüben weitere Waadtländer. Obwohl jedem Kolonisten von der russischen Regierung 65 Hektar Land (60 Desjatinen) zur Verfügung gestellt wurden, erreichte die Siedlung nicht die Mindestgröße von sechzig Hofstellen, so dass auch deutschschweizerische Familien aus dem Umfeld von Basel zu den welschen Landsleuten stießen. Da trotz allem mit nur 43 Hofstellen die vorgeschriebene Dorfgröße von 60 Hofstellen noch immer nicht erreicht war, siedelte das südrussische „Fürsorgekomitee“, die für die ausländischen Kolonisten zuständige Sonderbehörde, noch schwäbische Familien in Chabag an. 1931 waren unter 900 Einwohnern 400 waadtländischer, 250 deutschschweizerischer und 250 schwäbischer Abkunft.

Chabag blühte auf. Der Weinanbau gedieh und verschaffte den Einwohnern einen gewissen Wohlstand. Wegen ihrer fast absoluten Mehrheit haben die Waadtländer ihr Französisch bewahrt, wenn auch nach 1850 der amtliche Schriftverkehr in französischer Sprache zugunsten des Russischen aufgegeben wurde. Unter dem Russifizierungsdruck Ende des 19. Jahrhunderts gewann das Russische als Umgangssprache wachsende Bedeutung, das sprachliche Nebeneinander von Französisch und Deutsch blieb aber bis ins 20. Jahr-

hundert charakteristisch für Chabag. Während der Zugehörigkeit Bessarabiens zu Rumänien in den Jahren 1918–1940 wurde in der Grundschule und an dem damals bestehenden Gymnasium in rumänischer und auch französischer – seltener in deutscher – Sprache unterrichtet.

Die konfessionelle Lage von Chabag war kompliziert: Neben den schweizstämmigen französisch- und deutschsprachigen Reformierten gab es schwäbische Lutheraner. Diese Situation stellte an den jeweiligen Pfarrer hohe Anforderungen, da das Dorf aus finanziellen Gründen nur einen Geistlichen anstellen konnte. Er musste beide Sprachen beherrschen und als Reformierter auch dem Luthertum zugetan sein, damit er auch die Schwaben geistlich betreuen konnte.

Der erste Pfarrer, François Louis Bugnion aus Lausanne, kam 1843 zunächst als Lehrer für die Französischsprachigen nach Chabag. Da die Winzer in Chabag aber vor allem einen Pfarrer wünschten, reiste Bugnion 1845 zurück in die Schweiz, wo er zum reformierten Pfarrer ordiniert wurde und als solcher 1846 nach Chabag zurückkehrte. Er amtierte bis 1861. Darauf wurde die Gemeinde von der lutherischen Kirchenleitung in Petersburg als reformierte Gliedkirche anerkannt. Dem Evangelischen Kirchengesetz von 1832 zufolge war in der reichsweiten evangelischen Kirchenorganisation, der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland, die reformierte Minderheit der lutherischen Mehrheit zugeordnet. In der Kirchenleitung, dem Konsistorium, konnten die Reformierten über ihre Pfarrer, die in der „Reformierten Sitzung“ ihre eigene Institution besaßen, Einfluss auf das kirchliche Geschehen ausüben.

Auf François Louis Bugnion, der im Übrigen eine umstrittene, ja skandalumwitterte Persönlichkeit gewesen sein muss, geht auch der Bau der Kirche in Chabag zurück, die heute noch steht, allerdings in der Stalinzeit geschlossen und als „Club“ der Roten Armee missbraucht worden war. – Ein halbes Jahrhundert lang, 1861 bis 1911, wurde die Kirchengemeinde in Chabag von

einem reformierten „Küsterlehrer“³ aus dem Kanton Bern, Rudolf Winkelmann, betreut. Bis 1920 haben – von langen Vakanzen unterbrochen – vier reformierte Pfarrer aus der Schweiz in Chabag gewirkt.

In den dreißiger Jahren verarmte Chabag stärker als die benachbarten deutschen Dörfer Bessarabiens, weil die Grundlage des Wohlstands der Einwohner, die Weinberge, im Jahre 1929 durch einen gewaltigen Frosteinbruch vernichtet wurde. Die meisten Einwohner von Chabag gaben daraufhin den Weinanbau auf und gingen zum Ackerbau über.

Im Geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt vom 24. August 1939 anerkannte die deutsche Seite Bessarabien als Teil der sowjetischen Interessensphäre. Wie auch im Baltikum folgte daraufhin 1941 im Zuge der Aktion „Heim ins Reich!“ die Aussiedlung der 93.000 Bessarabiendeutschen, der sich die Einwohner von Chabag zum erheblichen Teil anschlossen. Andere wichen nach Rumänien aus und kehrten nach der Besetzung Bessarabiens durch deutsche und rumänische Truppen wieder nach Chabag zurück, das sie dann beim Rückzug der rumänischen und deutschen Armeen endgültig verließen. Ein großer Teil der Nachkommen der Schweizer Einwanderer in Chabag ist nach dem Zweiten Weltkrieg in die Heimat der Vorfahren zurückgekehrt.

- 3 Wegen des beständigen Pfarrermangels in den deutschen lutherischen und reformierten – und übrigens auch in den katholischen – Dörfern hatte sich eingebürgert, dass der Dorflehrer – der sogenannte *Küsterlehrer* – während der Abwesenheit des Pfarrers verschiedene seiner Aufgaben übernahm: Taufen, Beerdigungen, Konfirmanden- bzw. Firmunterricht und vor allem den sonntäglichen Gottesdienst mit Verlesung einer approbierten Predigt – ohne Abendmahl bzw. Kommunion; wegen ihrer kirchlichen Funktionen wurden diese Lehrer „Küsterlehrer“ genannt.

Berufliche Schwerpunkte der Schweizer in Russland

Offiziere

Einer der ersten Schweizer in Russland – und wohl auch der berühmteste – war François Lefort (1656–1699) aus Genf. Er stand bereits seit 1676 in russischen Kriegsdiensten und gewann die Freundschaft des künftigen Zaren, Peters des Großen; Lefort wurde General, dann sogar der erste Admiral in der russischen Geschichte und leitete 1697/98 jene berühmte russische Gesandtschaft nach Westeuropa, an der Zar Peter – angeblich incognito – teilgenommen hat. Lefort gilt als Organisator der russischen Marine, die Zar Peter der Große (mit Blick auf die künftige Rolle Russlands in Europa) schnellstens aufzubauen gedachte. Lefort hatte diese Aufgabe meisterhaft gelöst. Neben ihm war der aus Payern (im Waadtland) stammende Antoine Henri Jomini (1729–1869) der bekannteste schweizerische Militär in Russland, der als Hauptmann aus dem schweizerischen in den französischen Militärdienst überwechselte, wo er Marschall Michel Ney als persönlicher Adjutant diente und sein bekanntestes militärtheoretisches Werk, die „*Traité de grande tactique*“, verfasste. 1813 unterstellte er sich Kaiser Alexander I. und war an den Siegen über Napoleon mitbeteiligt. Später diente er noch als militärischer Berater der Kaiser Nikolaus I. und Alexander II.

Der Bedarf an gut ausgebildeten ausländischen Offizieren in Russland war seit Zar Peter dem Großen enorm. So standen beispielsweise allein im Jahre 1696 etwa 950 höhere ausländische Offiziere in russischen Diensten (überwiegend Deutsche). Im russischen Militär-Ingenieurwesen und in der Militär-Topographie spielten Schweizer Offiziere eine besonders wichtige Rolle. Der Schweizer „Söldner-Tradition“ gemäß sind in 200 Jahren etwa hundert schweizerische Offiziere in russischen Diensten nachgewiesen, 34 von ihnen im Generalsrang.

Architekten, Baumeister, Künstler

Seit 1703 rief Zar Peter der Große zum Bau der künftigen Hauptstadt St. Petersburg Architekten, Baumeister und Handwerker an die Newa-Mündung. Damit trat in Russland eine Berufsgruppe von Schweizern in Erscheinung, die vor allem durch die Namen von Tessinern gekennzeichnet ist: Domenico Trezzini (1670–1734) und Domenico Gilardi (1788–1845). Auf Trezzini, dem Peter der Große 1703 das Amt des Stadtbaumeisters und damit die Gesamtleitung über alle Bauarbeiten in Petersburg übertrug (1703–1713), geht die älteste Bausubstanz der neuen Hauptstadt zurück. Trezzini erbaute die Peter-Pauls-Kirche (die Grabeskirche der russischen Herrscher), die zum Wahrzeichen der neuen Capitale wurde; führend beteiligt war er am Bau des Alexandr-Neuskij-Klosters, am Sommerpalais und am jetzigen Universitätsgebäude, den vormaligen „Zwölf Kollegien“. Weniger Berühmtheit erlangten seine Söhne Carlo Guiseppo (1697–1768) und Pietro Antonio (1699–1768) Trezzini, die sich beide ebenfalls als Architekten in Russland betätigten.

Domenico Gilardi (1788–1845) wurde bereits als Sohn eines Tessiner Architekten, Giovanni Battista Gilardi (1755–1819), in Russland geboren. Seine Stunde schlug nach dem großen Brand von Moskau, den die Moskauer gelegt hatten, um die Heere Napoleons aus der Stadt zu vertreiben. Mit seinen monumentalen Bauten hat er einigen nach 1812 neuerbauten Stadtteilen Moskaus ein ausgesprochen klassizistisches Gepräge gegeben. Neben diesen beiden Großen gab es aber auch noch mehr als 70 weiterer Architekten, Baumeister, Künstler, Bildhauer, Stuckateure und Maler aus der Schweiz, die für längere oder für kürzere Zeit in Russland wirkten.

Wissenschaftler

Auch in den Wissenschaften versuchte Peter der Große dem Westen nachzueifern, vor allem durch die Gründung der Russischen Akademie der Wissenschaften (1725). Unter den sechzehn ausschließlich ausländischen Gründungsmitgliedern befanden sich auch drei Basler Mathematiker: Jakob Hermann (1687–1733) sowie die Brüder Nikolaus (1687–1759) und Daniel (1700–1782) Bernoulli; letzterer gilt als Begründer der Hydrodynamik. Hermann holte 1727 seinen Vetter, den jungen Leonhard Euler (1707–1783), nach Petersburg, der nachmals als das bedeutendste mathematische Genie des 18. Jahrhunderts und als „Vater der russischen Mathematik“ galt. Mit insgesamt neun Mathematikern (darunter auch der Sohn Eulers, der in Russland geborene Johann Albrecht Euler) war diese Disziplin lange Zeit fest in Schweizer Hand. Die Schlüsselposition des Sekretärs der Akademie hat sich der Basler „Clan“ ein Jahrhundert lang vererbt: Auf Johann Albrecht Euler folgte dessen Schwiegersohn Nikolaus Fuß und diesem wiederum sein Sohn Paul Heinrich Fuß; erst nach dessen Tod 1855 gelangte der wichtige Posten des Sekretärs der Akademie in andere Hände.

Insgesamt haben 86 Wissenschaftler aus der Schweiz kürzere oder längere Zeit in Russland gewirkt, vor allem Naturwissenschaftler und Ingenieure sowie Mediziner. Im 19. Jahrhundert ist der Anteil der Schweizer Wissenschaftler zurückgegangen, versiegt ist der Zustrom aber nie: Der Chemiker Heinrich Hess (1802–1850) kam aus Genf, der Astronom Johann Caspar Homer aus Zürich. Der 1868 zum Rektor der Universität Bern gewählte Physiker und Meteorologe Heinrich Wild (1833–1902) aus Zürich zog einen Lehrauftrag in Russland der ehrenvollen Berufung als Rektor nach Bern vor; auf ihn geht das dichte Netz meteorologischer Stationen zurück, das Russland überzieht. Der Aargauer Mediziner Huldreich Friedrich Erismann wirkte 1884 bis 1896 an der Universität Moskau.

Pädagogen

Pädagogische Berufe, Universitäts- und Schullehrer sowie Pfarrer waren unter den Schweizern um 1900 in Russland weit verbreitet; ihr Anteil machte immerhin mehr als 14 Prozent der erfassten Russlandschweizer aus. Das auch in russischen Adelskreisen immer beliebtere Französisch als gehobene Kultur- und Bildungssprache hatte zur Folge, dass Hunderte von Erzieherinnen und Erziehern, Gouvernanten und „Bonnes“ aus der Schweiz im 19. Jahrhundert in Russland Anstellung fanden. So führte im Jahre 1922 eine Liste des Eidgenössischen Politischen Departements 238 Personen auf, die nach der Oktoberrevolution Russland hatten verlassen müssen, weil sie ihre Tätigkeit vor allem bei Adligen und begüterten Bürgern als Gouvernanten, Bonnes, Erzieherinnen und Erzieher nicht mehr weiterführen konnten und deshalb hatten in die Schweiz zurückkehren müssen. Der berühmteste Schweizer Pädagoge in Russland war zweifellos Frédéric-César de La Harpe (1754–1838) aus dem Waadtland, den Kaiserin Katharina II. zum Erzieher ihrer Enkel bestimmt hatte: Sein berühmtester Zögling war 1784 bis 1794 der spätere Kaiser Alexander I. (1801–1825). De La Harpe unterrichtete ihn und seinen Bruder Konstantin in Geschichte und Geographie, in Philosophie und Staatskunde und versuchte, sie über Werke Jean-Jacques Rousseaus und John Lockes an das westliche Denken der Aufklärung heranzuführen. Damit legte er die geistigen Grundlagen für die europazugewandte, zeitweise schwärmerisch-kosmopolitische Haltung Alexanders.

Theologen

Etwa fünfzig reformierte Pfarrer sind (vor allem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts) aus der Schweiz nach Russland gegangen. Gleichzeitig waren auch 22 Schweizer katholische Geistliche (Kapuziner 1720 bis 1760) in

Stadtgemeinden Petersburgs, Moskaus, Kiews und Astrachans tätig; Jesuiten taten 1803 bis 1820 einen unschätzbaren Dienst in den katholischen Kolonien der Wolga- und der Schwarzmeerdeutschen.

Die evangelischen Pfarrer aus der Schweiz, die nach Russland gingen, wurden meist nicht von reformierten Gemeinden eingeladen, denn solche gab es nur wenige in Russland, etwa in St. Petersburg, Moskau und Odessa. Die großen reformierten Stadtgemeinden in Russland setzten sich aus Franzosen, Holländern, Schweizern und Deutschen zusammen, die häufig Geistliche aus der Schweiz verpflichteten. Die reformierte Gemeinde in St. Petersburg bestand seit 1746 aus einem französischsprachigen und einem deutschsprachigen Gemeindeteil. Da zunächst vor allem deutsche Pfarrer berufen wurden, kam es zu Spannungen. Deshalb wurden seit 1773 für den französischen Gemeindeteil französischsprachige (meist schweizerische) Pfarrer und für den deutschsprachigen Gemeindeteil meist deutsche Pfarrer berufen. Seit etwa 1750 bis zum Oktoberumsturz 1917 wirkten in den reformierten Gemeinden St. Petersburgs, Moskaus und Odessas 24 Pfarrer aus der Schweiz, die nach einiger Zeit in die Heimat zurückkehrten.

Der bekannteste unter den Schweizer Pfarrern in Russland war Johannes von Muralt (1780–1850) aus dem Thurgau, der von 1810 bis 1850 der deutschsprachigen reformierten Gemeinde in Petersburg vorstand. Als Pestalozzi-Schüler betätigte er sich auch als Schulmann und gründete eine kleine Privatschule, die er 1837 in die Reformierte Kirchenschule eingliederte. Diese wurde – wie die großen Schulen an den lutherischen Kirchen St. Petri, St. Katharina und St. Anna (mit zum Teil mehr als 1.000 Schülern) – zu einer der Eliteschulen St. Petersburgs, die von den Kindern der höchsten russischen und deutschen Kreise besucht und vom russischen Bildungsministerium zu Gymnasien erhoben wurden. Pfarrer von Muralt gründete 1814 auch den Schweizer „Hilfsverein“ in St. Petersburg, dem er über 35 Jahre als Präsident vorstand.

Reformierter Abkunft war Guido Pingoud (1851–1914), Russlandschweizer in der dritten Generation. Er selbst war dezidiert Lutheraner und bekleidete eines der höchsten Ämter der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland: Von 1891 bis 1914 war er Generalsuperintendent des Konsistorialbezirks St. Petersburg, der den Norden des europäischen Russlands abdeckte.

Etwa 25 Schweizer sind als Pfarrer in deutsche Kolonistendörfer gegangen, zunächst in die reformierten Dörfer an der Wolga (Johannes Janett 1778, Hartmann von Moos 1779, Johann Baptista Cattaneo 1784), sodann in die reformierte Gemeinde Rohrbach-Worms in Südrussland, einige auch in die von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland weitgehend unabhängigen lutherischen Gemeinden im Kaukasus. Die Vermittlung der schweizerischen Pfarrer erfolgte durch die Basler Mission (zehn), die Herrnhuter Brüdergemeine (sieben) und durch die Pilgermission Sankt Chrischona (vier). Vierzehn bereits in Russland geborene, im Dienst der Evangelisch-Lutherischen Kirche stehende Pfarrer waren schweizerischer Abstammung und hatten ihre theologische Ausbildung bereits an der deutschsprachigen Universität im livländischen Dorpat (Tartu) erhalten; neben dem bereits erwähnten Guido Pingoud, seinem Bruder und seinem Vater gehörten dazu auch der als Schriftsteller bekannte Pfarrer Samuel Keller (1856–1924).

Da die Theologische Fakultät der 1802 gegründeten deutschen Universität in Dorpat erst allmählich Absolventen als Pastoren in die deutschen Siedlungen Russlands entsenden konnte, waren diese noch lange auf den Zuzug von Pfarrern von außerhalb Russlands angewiesen. In diesem Bereich leistete die Basler Mission eine beachtliche Entwicklungshilfe: Sie bildete neben den erwähnten zehn Schweizer Pfarrern für Russland zusätzlich etwa vierzig Deutsche – überwiegend Württemberger, Badener und Rheinländer – für den Pfarrdienst in Russland aus, die in lutherischen Dörfern zum Einsatz kamen. Das war gewiss der bedeutsamste Dienst, den die Basler Mission an den Russlanddeutschen geleistet hat.

Konditoren, Kaffeehausbesitzer und den „gehobenen Ansprüchen“ dienende Geschäftsleute

Als typisch schweizerische Berufe in Russland galten Konditoren, Zuckerbäcker und Kaffeehausbesitzer. Um 1800 arbeitete ein Drittel der Russlandschweizer in dieser Branche, vor dem Ersten Weltkrieg war es aber nur noch weniger als ein Prozent. Die Zuckerbäcker kamen größtenteils aus dem Kanton Graubünden. Kaffeehäuser in Russland wurden traditionell von Schweizern betrieben, etwa das berühmte *Café Chinois* von Wolf und Béranger am Petersburger Nevskij-Prospekt, das unter anderem Puškin frequentierte, *Café & Confiserie Fanconi* und die Bäckereien *Bonifazi* und *Bossi* in Odessa sowie das Schweizercafé in Kiew am Kreščatik.

Solche Etablissements und ihre Produkte, in Konfiserien und Konditoreien feilgeboten, konnten mit hohen Zuwachsraten rechnen, weil die zunehmende Industrialisierung es nicht nur wohlhabenden Adelskreisen, sondern durchaus auch breiteren Schichten des entstehenden Bürgertums ermöglichte, die Erzeugnisse schweizerischer Zuckerbäckereien und Schokoladenfabriken zu genießen. – Den „gehobenen Ansprüchen“ dienten schließlich auch Schweizer Juweliere und Uhrmacher, die in Russland zeitweise marktführend waren. Kaufleute aus der Schweiz besorgten die Verteilung der Güter sowohl innerhalb des Russischen Reiches als auch das Import- und Exportgeschäft, wobei der Import immer den Vorrang hatte. Die Zahl der Schweizer Juweliere und Uhrmacher im Russischen Reich war trotz ihrer wirtschaftlichen Bedeutung so klein, dass sie statistisch kaum nachweisbar sind (1,1 Prozent).

Käser

Der Anteil der in der Milchverarbeitung tätigen Russlandschweizer war zunächst nicht auffällig (zwischen fünf und zehn Prozent), aber durch die von ihnen produzierten hervorragenden Käse erzielten sie – und damit alle Schweizer im Zarenreich – einen hohen Bekanntheitsgrad. Zwar waren einige Käser aus dem Glarnerland bereits um 1800 nach Russland eingewandert, das Gros, aus dem Berner Oberland kommend, folgte ihnen jedoch erst einige Jahre später. Das hing mit der Krise der alpinen Käserei zusammen, die viele nötigte, sich um ein neues Arbeitsfeld zu bemühen. Schweizerische Käser ließen sich vor allem im Raum Smolensk und im Kaukasus nieder, nach 1900 auch im sibirischen Altai. Ihre soliden Erfolge verzeichneten sie, weil Rinder in Russland vor allem als Zugtiere, doch seltener als Milchvieh gehalten wurden, so dass eine milchverarbeitende Industrie in Russland zunächst unbekannt war. Der in Russland hergestellte Käse war von so hoher Qualität, dass die Käsehersteller in der Schweiz schließlich in der Güte des „russischen“ Käses die Ursache für die schlechten Exportchancen des Käses aus der Schweiz sahen:

„Die russischen Käsereien [...] werden grösstenteils von Käsern aus dem Berner Oberland betrieben. Diese Landsleute, die ihre Lehre in der Heimat durchgemacht haben, fabrizieren Käse von einer Qualität, dass nur noch prima Sorten aus der Schweiz unbeanstandet [nach Russland] importiert werden und auf Absatz rechnen können.“⁴

Wirtschaftliche Notlagen und das Ausweichen vor drückender Not waren nicht typisch für die Auswanderung schweizerischer Käser nach Russland – wenn man in der Schweiz auch gern an dieser Legende festhält. Vielmehr sind in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit gerade diejenigen aus der Schweiz ausgewandert, die sich einen neuen Start in der Fremde leisten konnten und

4 Bühler / Gander-Wolf / Goehrke: Schweizer im Zarenreich, 196.

von der Auswanderung wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg erhofften. Manche wollten in Russland oder anderswo Vermögen oder einflussreiche Positionen erwerben, was ihnen in der Enge der Schweiz nicht möglich erschien.

Sonstige Branchen

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als die industrielle Entwicklung auch Russland erreichte, veränderte sich das Berufsbild der einwandernden Schweizer erheblich. Seit etwa 1860 wanderten aus der Schweiz Fachleute des Druckwesens, der Textilindustrie, des Maschinenbaus, Chemiker, Hoteliers, Buchhalter, auch Buchhändler und vor allem Fabrikanten und Unternehmer ein, nicht zuletzt Bank- und Versicherungsangestellte, die meist in führenden Positionen schweizerischer und französischer, aber auch russischer Banken und Versicherungen arbeiteten.

Die Einwanderung aus der Schweiz ins Russische Reich erfolgte seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in einem Schneeballeffekt: Unternehmer und Bankleute zogen für ihre Unternehmen, gerade für leitende Positionen, gern Mitarbeiter aus der Schweiz nach, da die einheimischen Kräfte, wie geklagt wurde, nicht die notwendige Qualifikation aufwiesen und nicht sorgfältig genug arbeiteten. Statistisch fällt diese überaus wichtige Berufsgruppe (Unternehmer, leitende Bankangestellte) kaum ins Gewicht. Oft gründeten diese führenden Angestellten dann ihrerseits eigene Unternehmen, für die sie wiederum Führungskräfte aus der Heimat nachkommen ließen.

Wandel der Berufsverteilung im Laufe des 19. Jahrhunderts

Im Laufe des 19. Jahrhunderts traten die als typisch für die Schweizer in Russland geltenden Berufe zugunsten einer größeren Vielfalt von Professionen zurück.

Tabelle 1: Verteilung der Schweizer in Russland auf verschiedene Berufe in Prozent⁵

	1811– 1860	1861– 1900	1901– 1917
Nicht-agrarische Berufe			
Konditoren	33,3	6,3	0,8
Kaufleute	6,5	13	13,2
Architekten, Baumeister	6,1	1	0,6
Ingenieure	0,2	3,4	3,9
Pfarrer, Lehrer, Professoren, Hauslehrer, Gouvernanten	8,5	14,2	9,5
Offiziere, Ärzte	3,2	1	3,1
Fabrikanten, Buchhalter	1,7	4	6
Beamte, Diplomaten	2,9	1,9	2,1
Weber	0,6	0,2	0,3
<i>Summe Konditoren, Architekten, Baumeister, Kaufleute</i>	46	20,3	14,6
Agrarische Berufe			
Käser, Käsehändler	4,9	15,4	20,9
Landwirte, Gutsbesitzer, Winzer	11	8,3	9,1

Diese drei Momentaufnahmen zeigen zumindest zweierlei. Erstens: Die Russlandschweizer waren nach 1810 längst nicht mehr nur Zuckerbäcker, Käser und Landwirte. Während der Anteil der Landwirte, Gutsbesitzer und Winzer

5 Vgl. Bühler / Gander-Wolf / Goehrke: Schweizer im Zarenreich, 156–157.

relativ stabil bei etwa zehn Prozent lag, vervierfachte sich der Anteil der Käser und Käsehändler zwischen 1811/1860 und 1917 auf 21 Prozent. Zweitens: Im nicht-agrarischen Sektor differenzierte sich das Berufsbild stark. So fiel der Anteil der „klassischen“ Schweizer Zuckerbäcker und Konditoren zwischen 1811/1860 und 1917 von 33,3 auf 0,8 Prozent. Der Anteil der Architekten und Baumeister sank in diesem Zeitraum sogar auf ein Zehntel (von 6,1 auf 0,6 Prozent), wohingegen der Anteil wirtschaftlicher und technischer Berufe deutlich anwuchs (Kaufleute von 6,5 auf 13,2 Prozent; Ingenieure von 0,2 auf fast 3 Prozent; Buchhalter von 0,2 auf 3,1 Prozent, Fabrikanten von 1,5 auf fast 3 Prozent). – Am Vorabend der sog. Oktoberrevolution waren also 30 Prozent aller Russlandschweizer im agrarischen Sektor tätig, knapp 40 Prozent jedoch arbeiteten in den oben aufgeführten – vor allem kaufmännischen und technisch-industriellen – Berufen. Bestimmte Berufsgruppen wurden überwiegend von französischsprachigen Westschweizern getragen (Gouvernanten, Hauslehrer/Erzieher, Winzer).

Sprachliche und konfessionelle Entwicklungen

Von der ersten Generation der Einwanderer aus der Schweiz war etwas mehr als die Hälfte deutschsprachig, die andere knappe Hälfte französisch- (16 Prozent), rätoromanisch- (14 Prozent) oder italienischsprachig (12 Prozent). Während die Welschschweizer das Französische noch relativ lange beibehielten (nicht zuletzt, weil es sich in ganz Russland als Sprache der Oberschicht besonderer Wertschätzung erfreute), wurden das Italienische und das Rätoromanische schon in der zweiten Generation weitgehend zugunsten zunächst des (Schweizer-)Deutsch aufgegeben. Später gingen dann viele – einschließlich der Deutschschweizer zum Hochdeutschen („Schriftdeutsch“) über. In

den letzten Jahrzehnten des Zarenreiches und dann besonders in der Sowjetzeit ist der Übergang zum Russischen, auch im privaten Bereich, zu konstatieren.

Tabelle 2: Verteilung der Sprachen unter den Russlandschweizern in Prozent⁶

	Schweizerdeutsch	Französisch	Italienisch	Rätoromanisch	Russisch	Hochdeutsch
1. Generation	50	16	12	14	0	6
2. Generation	20	6	5	2	13	33
3. Generation	2	3	4	0	34	41
4. Generation	0	1	0	0	26	53
5. Generation	0	2	0	0	31	57
Anteil in der Schweiz 1880–1900	70,6 (einschließlich Hochdeutsch)	21,8	6,2	1,4	0	k.A.

Schweizer in der russischen Provinz, die beispielsweise als Konditoren mit russischen Kunden zu tun hatten, die als Käser bei Russen Milch aufkauften und ihre Produkte russischen Abnehmern verkaufen mussten; Schweizer, die als Fabrikanten russische Arbeiter beschäftigten und mit russischen Zulieferern und Auftraggebern zu verhandeln hatten, waren von Anfang an gezwungen gewesen, sich in der Sprache des Gastlandes zu artikulieren; sie sprachen fast nur noch in der Familie ihr Heimatidiom. Etwas anders war die Situation dort, wo eine größere Anzahl von Schweizern lebte und wo sich ein schweizerisch geprägtes gesellschaftliches Leben entfaltete wie in St. Petersburg, in Moskau, Odessa oder in Kiew, aber auch in Riga und Warschau.

6 Vgl. Bühler / Gander-Wolf / Goehrke: Schweizer im Zarenreich, 93, 225.

Über die Generationen hinweg hat sich mehr als die Hälfte der Russlandschweizer in einem von einer starken deutschen Minderheit geprägten Umfeld (namentlich in den größeren Städten) eine gewisse schweizerdeutsche Identität bewahren können. War jedoch ein solches Umfeld nicht gegeben, und das war bei mehr als einem Drittel aller Russlandschweizer der Fall, gingen diese, auch in der Familie, zum Russischen über.

Im konfessionellen Umfeld sind noch drastischere Entwicklungen erkennbar. Die Einwanderergeneration bestand zu 85 Prozent aus Reformierten, den Rest bildeten Katholiken. In der dritten Generation war der Anteil der Reformierten auf 66, der der Katholiken auf zwei Prozent herabgesunken – zehn Prozent waren zum Luthertum und 23 Prozent zur Orthodoxie übergetreten. In der fünften Generation waren nur noch drei Prozent der Russlandschweizer reformiert, niemand mehr katholisch, der Anteil der Lutheraner betrug 16 Prozent, aber über achtzig Prozent der Russlandschweizer waren orthodox.

Tabelle 3: Verteilung der Konfessionen unter den Russlandschweizern in Prozent⁷

	katholisch	reformiert	lutherisch	orthodox
1. Generation	15,1	84,5	0,1	0,3
Zwischengeneration	7,8	88,9	3,3	-
2. Generation	7,5	81,0	4,7	6,8
3. Generation	1,8	65,7	9,4	23,1
4. Generation	1,1	40,2	20,7	38,0
5. Generation	-	2,7	16,2	81,1

7 Vgl. Bühler / Gander-Wolf / Goehrke: Schweizer im Zarenreich, 229.

Während die Schweizer Reformierten sich nur in ganz wenigen russischen Großstädten dauerhaft zu reformierten Ausländergemeinden zusammenschließen konnten, blieb den Deutschschweizer Reformierten theoretisch noch die Möglichkeit, sich in der Provinz konfessionell und sprachlich russlanddeutschen Lutheranern anzunähern. Doch fanden Russlandschweizer in der russischen Provinz eher selten lutherische Gemeinden in ihrer unmittelbaren Nähe vor, wo sie ihre Kinder hätten taufen lassen oder ihre religiösen Bedürfnisse hätten befriedigen können. Oft wuchsen solche Kinder zwangsläufig in die russische orthodoxe Staatskirche hinein.

Kinder von Schweizer Käsern oder Landwirten, die zu weit entfernt von einem reformierten oder einem lutherischen Pastor lebten, als dass sie aus Anlass einer Taufe zu einem solchen reisen konnten, mussten ihre Kinder von einem benachbarten orthodoxen Priester taufen lassen, denn Geistliche – ob orthodox, katholisch, reformiert oder lutherisch – fungierten im Zarenreich als Standesbeamte, denen Geburten, Vermählungen und Todesfälle für die russischen Staatsregister anzuzeigen waren – und die im gegebenen Falle die Kinder gleich taufte. Kinder, die von russisch-orthodoxen Priestern getauft wurden, wurden automatisch zu Gliedern der Staatskirche – welcher Konfession die Eltern auch immer waren. So sind wohl die meisten Kinder von Schweizern in der Provinz oft aus rein geographischen Gründen orthodox getauft worden, was den hohen Anteil von orthodoxen Schweizern um 1900 erklärt. – Zudem bedingten berufliche und Karrieregründe oft den Konfessionswechsel.

Hinsichtlich der Integration der Schweizer in die russische Umwelt bildete ihr Heiratsverhalten einen wichtigen Indikator. 55 Prozent der Einwanderer waren mit ihren Ehegattinnen bzw. Ehegatten aus der Schweiz ins Zarenreich gekommen. Aber auch in den folgenden Jahrzehnten sind Schweizer/innen die bevorzugten Ehepartner/innen der Russlandschweizer geblieben (1810 – 25 Prozent, um 1900 – 18,5 Prozent). Das ist erstaunlich, war

doch der schweizerische Heiratsmarkt in Russland relativ klein. Deshalb war es spätestens Mitte des 19. Jahrhunderts (als viele Russlandschweizer einen gewissen Wohlstand erreicht hatten) üblich geworden, dass wohlhabende Heiratswillige in die Heimat reisten, um dort eine Schweizer Ehefrau zu finden.

Als Ehepartner/innen standen bei Russlandschweizer/innen Deutschstämmige (in Russland geborene Deutsche wie Russlanddeutsche und Deutschbalten, aber auch Reichsdeutsche) hoch im Kurs – bis zur Oktoberrevolution 1917 lag der Anteil der Ehen von Russlandschweizern mit deutschen Partner dieser drei Kategorien bei einem Drittel. Von höchstem Interesse ist das Heiratsverhalten der Russlandschweizer in Bezug auf russische Partner/innen: Um 1810 heirateten 12 Prozent der Russlandschweizer/innen Russ/inn/en; gegen 1850 lag der Anteil solcher Eheschließungen bei 31 Prozent, dreißig Jahre später bei 45 Prozent. Schon vor 1900 war also fast die Hälfte aller russlandschweizer Ehepartner mit Russ/inn/en verheiratet. Und um die Jahrhundertwende hatten 69,2 Prozent aller Russlandschweizer/innen russische Partner/innen.

Da es sich in den meisten Fällen um *Russinnen* handelte, die in Schweizer Familien einheirateten, hatte das zur Folge, dass die Erziehung der aus diesen Ehen hervorgegangenen Kinder in der Sprache der russischen Mutter (und im orthodoxen Glauben) erfolgte und dass damit die Russifizierung der Schweizer Familien, das Hineinwachsen in den russischen Kulturkreis einen weiteren Schub erhielt. Das lag in den geltenden Gesetzen begründet: Wenn eine Schweizerin einen Russen ehelichte, war ihr der Konfessionswechsel vorgeschrieben; heiratete ein Schweizer eine Russin, wurden die Kinder von Gesetzes wegen orthodox.

Die konfessionelle und sprachliche Russifizierung der Russlandschweizer und ihre Integration durch gemischte Ehen beschleunigten sich gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Dennoch war bei vielen, die keine

Sprache der Schweiz mehr sprachen und dem orthodoxen Glauben angehörten, immer noch das Gefühl lebendig, keine Russen, sondern Schweizer zu sein.

Literatur

Brandes, Detlef: Von den Zaren adoptiert. Die deutschen Kolonisten und die Balkansiedler in Neurussland. München 1993.

Bühler, Roman / Gander-Wolf, Heidi / Goehrke, Carsten u.a.: Schweizer im Zarenreich. Zur Geschichte der Auswanderung nach Russland. Zürich 1985.

Collmer, Peter: Die Schweiz und das Russische Reich 1848–1919. Geschichte einer europäischen Verflechtung. Zürich 2004.

Collmer, Peter (Hg.): Die besten Jahre unseres Lebens. Russlandschweizerinnen und Russlandschweizer in Selbstzeugnissen (1821–1999). Zürich 2001.

Etterlin, Jakob: Rußlandschweizer und das Ende ihrer Wirksamkeit. Zürich 1933, 2., vermehrte Aufl. Glarus 1941.

Etterlin, Jakob: Die ehemaligen Schweizerkolonien in Russland. Die Ukraine, die Krim, das Döngebiet, der Kaukasus, die Wolga und ihr Gebiet. Typoskript Bern 1945.

Gander-Wolf, Heidi: Chabag – Schweizer Kolonie am Schwarzen Meer. Ihre Gründung und die ersten Jahrzehnte ihres Bestehens. Lausanne 1974.

Gehrig-Straube, Christine / Goehrke, Carsten (Hg.): Ernst Derendinger [1893–1972]: Erzählungen aus dem Leben. Als Graphiker in Moskau von 1910 bis 1938. Zürich 2006.

- Goehrke, Carsten: Auswandern – Einwandern – Rückwandern. Schweizer in Russland und Russen in der Schweiz vom 17. Jh. bis heute. In: Maeder, Eva / Niederhäuser, Peter (Hg.): Käser, Künstler, Kommunisten. Vierzig russisch-schweizerische Lebensgeschichten aus vier Jahrhunderten. Zürich 2009, 15–28.
- Maeder, Eva: „Dem Vergnügen nicht widerstehen, den Landsleuten zu dienen.“ Johannes von Muralt zwischen Zarenhof und Schweizer Kolonie in St. Petersburg. In: Boškovska, Nada / Collmer, Peter et al. (Hg.): Wege der Kommunikation in der Geschichte Osteuropas. Köln / Weimar / Wien 2002, 349–374.
- Maeder, Eva / Niederhäuser, Peter (Hg.): Von Zürich nach Kamtschatka. Schweizer im Russischen Reich. Zürich 2008.
- Maeder, Eva / Niederhäuser, Peter (Hg.): Käser, Künstler, Kommunisten. Vierzig russisch-schweizerische Lebensgeschichten aus vier Jahrhunderten. Zürich 2009.
- Mumenthaler, Rudolf: „Keiner lebt in Armuth.“ Schweizer Ärzte im Zarenreich. Zürich 1991.
- Mumenthaler, Rudolf: Im Paradies der Gelehrten. Schweizer Wissenschaftler im Zarenreich (1725–1917). Zürich 1996.
- Pleve, Igor: Einwanderung in das Wolgagebiet 1764–1767. Bd. 1: Kolonien Anton – Franzosen. Göttingen 1999.
- Rauber, Urs: Schweizer Industrie in Russland. Ein Beitrag zur Geschichte der industriellen Emigration, des Kapitalexportes und des Handels der Schweiz mit dem Zarenreich (1760–1917). Zürich 1985.
- Schneider, Harry: Schweizer Theologen im Zarenreich (1700–1917). Auswanderung und russischer Alltag von Theologen und ihren Frauen. Zürich 1994.

Soon, Jost: „Avancement et fortune“. Schweizer und ihre Nachkommen als Offiziere, Diplomaten und Hofbeamte im Dienst des Zarenreiches. Zürich 1996.

Tschudin, Gisela: Schweizer Käser im Zarenreich. Zur Mentalität und Wirtschaft ausgewanderter Bauernsöhne und Bauerntöchter. Zur Geschichte der Auswanderung nach Russland, Bd. 3. Zürich 1990.

Weisbrod-Bühler, Marion: Zürichtal – eine Bauernkolonie in der Krim. Afoltern a.A. [1961].

Dmytro Myeshkov

Zwischen Norm und Schwerverbrechen: die Molotschnaer Kolonien und ihre Umgebung zu Beginn des 20. Jahrhunderts

In einer Octobernacht des Jahres 1904 ereignete sich mitten in der Kolonie Prischib (Kreis Melitopol', Gouvernement Taurien) ein schweres Verbrechen, bei dem Pastor Baumann, seine Frau und seine jüngste Tochter in ihrem Haus einem Raubmord zum Opfer fielen. Pastor Paul Guntbert Christian Baumann war zu diesem Zeitpunkt bereits seit über zwanzig Jahren eine der zentralen Figuren der lokalen Gesellschaft. Er wurde 1833 als Sohn eines württembergischen Geistlichen geboren. Sein Großvater mütterlicherseits, in dessen Familie er aufwuchs, war Gottlieb Wilhelm Hoffmann, der Gründer der pietistischen Kolonie Korntal bei Stuttgart. Bald nach seiner Ordination hatte er seine Heimat in Richtung Russland verlassen, wo er vierzig Jahre lang als Geistlicher in den deutschen Kolonien im Kaukasus, in Bessarabien sowie in den Gouvernements Taurien und Cherson diente. 1881 zog er nach einem fünfjährigen Dienst als Gouvernement-Prediger in Podolien mit seiner Familie nach Prischib, wo er bis zu seiner Ermordung die örtliche Gemeinde betreute.¹

Jeder Konflikt und jedes Verbrechen tragen in sich Spuren von Zeit und Raum, in denen sie ausgetragen bzw. begangen wurden. Einige tun dies aber besonders ausdrucksstark. In den uns zur Verfügung stehenden Ermittlungs-

1 Der Verfasser dankt Lars Nehrhoff (Köln) für die stilistische Verbesserung seines Textes.

akten ist die Arbeit der Untersuchungsrichter bei der Suche nach den Mördern minutiös dokumentiert. Diese Überlieferungen erlauben es aber auch, einen Einblick in das Leben einer deutschen Kolonie zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu erhalten und die vielfältigen Beziehungen zwischen den Deutschen und ihren Nachbarn in einer Epoche des beschleunigten sozialen und kulturellen Wandels zu beleuchten.²

Der Mordfall ereignete sich hundert Jahre nach der ersten Ansiedlung der Deutschen an der Molotschna – in einer Zeit, die als Blütezeit ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung gilt. Auf dem rechten Ufer der Molotschna hatte sich Prischib als größtes der deutschen Dörfer zum Handels- und Kulturzentrum des einstigen Kolonistengebiets entwickelt. Nach anfänglicher Verdoppelung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts lag die Einwohnerzahl von Prischib bis zur Jahrhundertwende stabil bei etwa 900 Personen, was sich vor allem durch das in den deutschen Kolonien praktizierte Landnutzungssystem erklären lässt, das eine Aufsplitterung der landwirtschaftlich genutzten Flächen in immer kleinere Grundstücke verhinderte. Das Problem der Überbevölkerung und Landarmut wurde durch Landkauf und Gründung von Tochterkolonien gelöst. Landlose Kolonistensöhne wanderten mit ihren Familien in Tochterkolonien oder auf Einzelgehöfte ab. Später wurden für sie Grundstücke in benachbarten Gouvernements sowie im Südural erworben und auch bei der Umsiedlung nach Sibirien wurden sie schließlich von den Mutterkolonien finanziell unterstützt. So hatte sich die Struktur der Landverteilung in Prischib wie auch in anderen deutschen Dörfern kaum verändert, seit sich hier Anfang des 19. Jahrhunderts 45 Landwirte

2 Die dreibändige Ermittlungsakte wird zurzeit im Archivbestand des Simferopoler Bezirksgerichts aufbewahrt. Deržavnyj Archiv Avtonomnoï Respubliky Krym [Staatliches Archiv der Autonomen Republik Krim, weiter DA ARK], f. 376, op. 6, spr. 329 (Bd. 1), 383 (Bd. 2) und 384 (Bd. 3).

auf „ganzen Parzellen“ und einige Handwerkerfamilien ohne eigene Grundstücke niedergelassen hatten.

Noch vor der Aufhebung des Kolonistenstatus (1871) war die Bevölkerung von Prischib in religiöser und ethnischer Hinsicht heterogener geworden. Zu den 49 Orthodoxen (darunter fünf Adlige bzw. Beamte sowie ein Schreiber), die bereits 1857 in Prischib ansässig waren, kamen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts weitere Nicht-Kolonisten bzw. Nicht-Deutsche hinzu, die meist als Händler und Handwerker, Lehrer der Zentralschule und anderer Lehranstalten, Büroangestellte oder niedere Polizeibeamte [*policejskie stražniki*] tätig waren. Bei letzteren handelte es sich in der Regel um Reserveunteroffiziere ukrainischer bzw. russischer Herkunft. Am deutlichsten stieg aber die Zahl der Ausländer an: Während Mitte der 1850er Jahre nur neun Ausländer in Prischib gelebt hatten, waren im Jahre 1890 bereits 107 registriert – überwiegend deutsche und österreichische Staatsangehörige.³

Mit dieser Entwicklung ging eine Änderung der Beschäftigungsstruktur der Prischiber Deutschen einher. Während nur noch eine Minderheit selbstständig ihr Land bearbeitete, verpachteten immer mehr ehemalige Kolonisten ihre Grundstücke und waren selbst im Handel, Gewerbe oder Dienstleistungssektor tätig. Es gab eine Druckerei, Brauereien und Gasthöfe, Weinkeller und viele kleinere Geschäfte. Verdienen konnte man auch, indem man Wohnungen an Angestellte oder Lehrer vermietete.

3 Woltner (Hg.): Die Gemeindeberichte von 1848, 63. Detlef Brandes zufolge hatte Prischib 1912 810 Einwohner. Eine große Zahl wanderte immer wieder in die Tochterkolonien ab. Brandes: Von den Zaren adoptiert, 271. Bei den Angaben zu den Einwohnerzahlen von Prischib und Bol'šoj Tokmak handelt es sich lediglich um Orientierungswerte, denn sie wurden in Bezug auf tatsächliche und registrierte Einwohner nicht nach demselben Prinzip erhoben. Vgl. Spravočnaja kniga, 80–82; Bevölkerungsangaben von 1852–1854 aus DA ARK, f. 27, op. 1, spr. 6236. Informationen für 1890: Brandes: Von den Zaren adoptiert, 271.

Nordöstlich grenzte Prischib an die große Staatsbauernsiedlung Bol'šoj Tokmak, deren Einwohnerzahl anders als in Prischib seit der Gründung des Dorfes in den 1780er Jahren stetig gestiegen war, Mitte des 19. Jahrhunderts die Marke von 5.000 erreichte und zur Jahrhundertwende im Großraum Bol'šoj Tokmak schließlich bei 20.000 Menschen lag. Ein solches Bevölkerungswachstum hatte bei gleicher Größe der zur Verfügung stehenden Fläche Landarmut zur Folge. So betrug die durchschnittliche Größe eines Landanteils für eine Bauernfamilie im Gouvernement Taurien in der ersten Hälfte der 1880er Jahre nur noch 13 Desjatinen – bei weiter sinkender Tendenz. Da der Amtsbezirk (*volost'*) Bol'šoj Tokmak die höchste Bevölkerungsdichte im ganzen Gouvernement aufwies (um das 3,5fache höher als bei den Nachbarn im Prischiber Amtsbezirk), litten die Menschen dort in besonderem Maße unter Landarmut, und die Zahl der landlosen bzw. landarmen Bauern stieg kontinuierlich.

Die 1860er und 1870er Jahre brachten für beide Ortschaften weitgehende Veränderungen. Anfang der 1860er Jahre erhielt Bol'šoj Tokmak den Status eines Marktfleckens [*mestečko*], was unter anderem einen erheblichen Anstieg des jüdischen Bevölkerungsanteils zur Folge hatte. In Prischib war der jüdische Anteil dagegen auch weiterhin verschwindend klein, auch wenn ein jüdischer Friedhof am Rande der Siedlung hinter der lutherischen Kirche darauf schließen lässt, dass einzelne Juden im Ort gelebt haben müssen.

Eine herausragende Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung der Region spielte der Eisenbahnbau. Für die Kolonien an der Molotschna war insbesondere die Linie Lozovaja-Sevastopol' der Südlichen Eisenbahn von großer Bedeutung, zu deren Einzugsgebiet neben Bol'šoj Tokmak und Michajlovka auch die katholischen und lutherischen Siedlungen des Landkreises Melitopol' sowie die Dörfer im westlichen Teil des einstigen Molotschnaer Mennonitenbezirks gehörten. Bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg, als auch Bol'šoj Tokmak durch den Bau der Berdjansker Eisenbahnlinie an das Schienennetz

angeschlossen wurde, blieb die Mitte der 1870er Jahre ca. 15 Kilometer westlich der gleichnamigen Kolonie gebaute Station Prischib der nächstgelegene Eisenbahnanschluss für die Bewohner der ganzen Region. Auch wenn dieser Haltepunkt selbst lange Zeit nur ein kleiner Flecken mit einigen Bauten und einer deutschen Mühle blieb, hatte er doch großen Einfluss auf das Leben in Prischib, da die Station sowohl von Bol'soj Tokmak aus als auch aus den menonitischen Kolonien nur über Prischib zu erreichen war. In Prischib wirkte sich dieser Umstand sehr positiv auf Besucherzahlen des Gasthofs von Glöckner und der umliegenden Geschäfte aus. In unserer Geschichte spielt die Eisenbahn im Hintergrund eine große Rolle, da sie die Mobilität und die Intensität der Kontakte steigen ließ. Um die Jahrhundertwende wurden hier jährlich ca. zwei Millionen Pud Güter umgeschlagen. Das Interesse an einem Ausbau des Eisenbahnnetzes in der Region war deswegen groß. So gründete etwa der aus Halbstadt stammende Unternehmer Jakob Wilms die Tokmaker Eisenbahn-Gesellschaft, die durch den Bau einer über Bol'soj Tokmak und Halbstadt verlaufenden Linie eine Verbindung zwischen der Süd- und der Katharinenbahn herstellen sollte.⁴

Überschüssige Arbeitskräfte suchten Beschäftigung in den deutschen Kolonien. In Bol'soj Tokmak selbst waren 1903 etwa 1.000 Menschen in den Fabriken der Stadt beschäftigt, davon 350 in der Gusseisenfabrik des Österreichers Johann Kleiner und im mechanischen Werk eines deutschen Staatsbürgers namens Johann Fuchs. In Bol'soj Tokmak ließen sich auch zahlreiche Zugezogene aus den zentralrussischen Gouvernements nieder, deren genaue Zahl sich aber nur schwer schätzen lässt.

Vor dem Hintergrund der Kontakte im wirtschaftlichen Bereich differenzierte sich der Arbeitsmarkt immer mehr aus. Die Einwohner von Prischib

4 Siehe die Akte über den Antrag auf die Erlaubnis, Projektarbeiten zu dieser Linie durchzuführen (1901). DA ARK, f. 27, op. 13, spr. 3085. Zu den Gebrüder Wilms s. auch ebenda, op. 1, spr. 8356.

orientierten sich zunehmend in Richtung Handel, Dienstleistungssektor und Kleingewerbe (Wurst- und Bierproduktion). Die Einwohner von Bol'šoj Tokmak suchten nicht nur in den deutschen Unternehmen ihrer Kleinstadt Arbeit, sondern auch in den deutschen Kolonien der Umgebung, schlossen Pachtverträge, boten Transportdienste an und übernahmen jegliche Arbeit in den deutschen Haushalten. Ein Großteil der im Zuge der Ermittlungen im Mordfall Baumann befragten bzw. verhörten Bewohner von Bol'šoj Tokmak standen in vielfältigen Beziehungen zu ihren in Prischib lebenden deutschen Nachbarn. Die gemeinsame Arbeit war Teil ihrer Biografie und Lebenserfahrung.

Als Zentrum des Kolonistenbezirks und einer großen lutherischen Gemeinde verfügte Prischib von Anfang an über eine besser entwickelte Infrastruktur als die meisten Kolonien der Gegend. Neben Kirche und Pfarrhaus gab es hier auch eine katholische Schule (die Katholiken hatten ursprünglich die Bevölkerungsmehrheit gestellt), Vorratsmagazine, das Bezirksamt und die Kanzlei der Kolonialaufsicht, eine allgemeinbildende Schule (später die Zentralschule, deren neues Schulgebäude Anfang des 20. Jahrhunderts eingeweiht wurde) und eine Apotheke. Anfang des 20. Jahrhunderts wurde zudem eine Lehranstalt für taubstumme Kinder gegründet. Im Zentrum von Prischib gab es mehrere Mietshäuser, einen großen Gasthof und mehrere Schenken, einen Laden für „gute Waren“ [*krasnye tovary*] und andere Geschäfte, deren Eigentümer oft aus den Reihen der Nicht-Kolonisten stammten.

Der Mord an Pastor Baumann löste ein gewaltiges Echo aus. Das lag auch darin begründet, dass Pastor Baumann seine Kontakte nach Deutschland nie hatte abreißen lassen. Bis zu seinem Tod hatte er in regem Briefwechsel mit seiner württembergischen Verwandtschaft und zahlreichen Bekannten aus dem pietistischen Umfeld seines Großvaters Hoffmann gestanden. Mehrfach hatte er mit seinen Kindern die Heimat besucht, zwei seiner Töchter hatten zur Ausbildung längere Zeit in Deutschland verbracht. Auch mit pietistischen

Familien in Russland unterhielt Baumann regen Kontakt. In Prischib selbst stand ihm Friedrich (Fedor Fedorovič) Blank nahe, der seit 1879 als Lehrer der Prischiber Zentralschule, Küster und Chorleiter tätig war. Ungeachtet des zwischen den beiden bestehenden Altersunterschieds teilten sie viele Interessen und Bekanntschaften in den pietistischen Kreisen Württembergs. Blank wohnte mit seiner Mutter, die in der Kolonie als „Tante Blank“ [*tětuška Blank*] bekannt und beliebt war, in unmittelbarer Nähe des Pfarrhauses.

Nachdem Baumanns erste Frau schon bald nach ihrer Hochzeit gestorben war, heiratete er wenig später im Jahre 1859 Marie Pauline Emilie von Lemm, die Tochter eines deutschbaltischen Astronomen. Mit seinem Schwiegervater verband ihn ein großes Interesse für pädagogische Fragen – ein Thema, das zur Zeit seines Umzugs nach Prischib hochaktuell war, da die Unterstellung der deutschen Schulen unter die zentralen Staatsorgane den Einfluss der lutherischen Geistlichkeit auf die Schulen in den Kolonien deutlich schmälerte. Vielleicht lag darin auch der Grund, dass sich Baumann neben seiner Tätigkeit in der Zentralschule mit besonderem Eifer der Gründung einer Lehranstalt für taubstumme Kinder widmete.

Zum Zeitpunkt des Mordes lebte nur noch Baumanns jüngste Tochter Elisabeth im Elternhaus. Seine Töchter Beata und Johanna hatten in die Familie des bekannten und einflussreichen Kolonisten Johannes Kludt eingeheiratet, der in der mennonitischen Kolonie Gnadenfeld über 30 Jahre als Schreiber und Lehrer tätig war. Als einfacher Kolonist hatte Kludt allen seinen zahlreichen Kindern ein Studium ermöglichen können, sodass Beates Mann Dr. Reinhold Kludt Zemstvo-Arzt im Kreis Berdjansk war, während Johannas Mann Theodor Fürchtegott als Pastor in den evangelischen Gemeinden der Ukraine und im Nordkaukasus diente.

Margarethe, eine weitere Tochter des Pastors, heiratete ein Jahr vor der Ermordung ihres Vaters Dr. Erich Tavonius (1872–1927), den Nachfahren

eines schwedischen Militärs und Adligen im russischen Dienst. Dank der kurzen Entfernungen stand der Pastor mit seinen Töchtern auch nach deren Heirat in engem und regelmäßigem Kontakt. So ist zum Beispiel bekannt, dass Johanna kurz vor der Ermordung ihrer Eltern mit ihren Kindern in Prischib zu Besuch war und der Pastor seine Tochter Margarethe noch zwei Tage vor seinem Tod in der Kolonie Weinau besucht hatte, wo ihr Mann im Krankenhaus arbeitete.

Im Zentrum von Prischib wohnten in der Nähe der Kirche und des Pfarrhauses zahlreiche Lehrer der Zentralschule, deren neues Gebäude zum Beginn des Schuljahres 1901/02 eingeweiht worden war. Bei der Eröffnungszeremonie hatten die anwesenden Lehrer und Geistlichen ihr volles Einvernehmen mit den Vertretern der Obrigkeit demonstriert, was alles andere als selbstverständlich war, wenn man bedenkt, mit welchen Konflikten der Übergang von der konfessionellen zur staatlichen russischsprachigen Schule in anderen deutschen Kolonien einherging. Diese Eintracht war nicht zuletzt den ausgewogenen und liberalen Ansichten des Direktors der Volksschulen [*direktor narodnych učilišč*] des Gouvernements Taurien Arsenij Nikolaevič Djakonov zu verdanken. Baumann und Djakonov hatten ihren Dienst zeitgleich just in dem Jahr begonnen, in dem die deutschen Schulen in den Kompetenzbereich des Ministeriums für Volksbildung übergangen. Im Unterschied zu vielen seiner Kollegen in anderen Gouvernements war Djakonov nicht antideutsch eingestellt, sprach ohne Zweifel gut Deutsch und hatte während seiner Arbeit am Gymnasium in Taganrog Mitte der 1870er Jahre im Auftrag der Regierung Gymnasien in Preußen besucht, um sich mit deren

Arbeit vertraut zu machen.⁵ Dank der zwischen Baumann und Djakonov bestehenden guten Beziehungen war der Übergang von den konfessionellen zu russischsprachigen Schulen wie überhaupt die Zusammenarbeit innerhalb der Lehrerschaft in der Kolonie weniger konfliktrichtig als in anderen deutschen Siedlungen. In der mennonitischen Kolonie Gnadenfeld etwa ging der Konflikt des Direktors der dortigen Zentralschule Degtjarev mit dem Mennonitenprediger Janzen so weit, dass Degtjarev gegenüber seinen Vorgesetzten die Befürchtung äußerte, sein Leben bzw. das seiner schwangeren Frau sei in Gefahr, und seine Wohnung nicht ohne Schusswaffe verließ.⁶

Neben Vertretern der lokalen Intelligenzia gab es im alltäglichen Umfeld der Baumanns auch Angehörige der Unterschicht – vor allem ukrainische Bauern. So waren in ihrem Haushalt ein Kutscher und eine Küchenhilfe angestellt, deren Verträge jeweils auf ein halbes Jahr befristet waren. Der Kutscher hatte im Pferdestall sein Quartier und war für die Pferde, Transport und die Beheizung des Pfarrhauses zuständig. Die Küchenhelferin war im Haus untergebracht und erledigte alle im Haushalt anfallenden Arbeiten. Bis März 1904 war Fedot Konovalenko für die Pastorenfamilie als Kutscher tätig. Sein dritter Halbjahresvertrag wurde vorzeitig aufgelöst, angeblich wegen Alkoholproblemen. Allerdings lässt sich den Quellen nicht eindeutig entnehmen, auf wessen Initiative hin Konovalenko den Haushalt der Baumanns verließ. Aus ihnen geht allerdings ganz klar hervor, dass es ihm schwerfiel, eine vergleichbare neue Stelle zu finden, und er sich deshalb um Wiederanstellung bemühte. Diese war allerdings schon aus dem Grunde unwahrscheinlich, da alle Familienmitglieder Konovalenkos Abgang mit Erleichterung zu Kenntnis genommen hatten. Sein streitsüchtiger Charakter und seine Alkoholexzesse

5 In der Literatur über das Lebenswerk des Schriftstellers Anton Čechov wird oft ein an dessen Taganroger Gymnasium tätiger Inspektor namens Aleksandr Djakonov erwähnt, der in den 1850er bis 1870er Jahren dort tätig gewesen sein soll. Ob diese beide Djakonovs miteinander verwandt waren, ist nicht bekannt.

6 DA ARK, f. 100, op. 6, spr. 10, ark. 69-73.

wurden vom Pastor als lästig empfunden. Nichtsdestotrotz wagte es Baumann nicht, ihm fristlos zu kündigen, da er ihm alles Schlechte zutraute und sich vor möglichen Komplikationen sorgte. In betrunkenem Zustand hatte Konovalenko mehrfach Morddrohungen gegen die ganze Familie ausgesprochen. Mit Baumanns Frau hatte er auch nüchtern oft Streit angezettelt. Vor diesem Hintergrund lag es nur nahe, dass der 42-jährige Konovalenko nach dem Mord schnell zum Hauptverdächtigen wurde.

Nachdem Konovalenko das Haus des Pastors hatte verlassen müssen, fand er eine Anstellung als Pferdehirt in der Kolonie Alt-Nassau. Genauso wie Prischib befand sich Alt-Nassau in unmittelbarer Nähe zu Bol'soj Tokmak, was für Konovalenko, der weder Pferd noch Pferdewagen besaß, von großer Bedeutung war. Vor dem Schutzfest der Jungfrau Maria kam er Anfang Oktober zurück nach Bol'soj Tokmak, um seine für den 24. Oktober geplante Hochzeit vorzubereiten. Sowohl er selbst als auch seine Braut hatten ein für die Zeit höchst untypisches fortgeschrittenes Heiratsalter. Die 36-jährige Braut Irina Dolgopolova war ebenso in Bol'soj Tokmak ansässig, ihr Vater kam aus dem Kubaner Gebiet und war Schuster. Wie Konovalenko selbst gehörte auch die Familie seiner Braut zu den ärmsten Bewohnern der Kleinstadt. Sie besaßen kein Land. In einigen Akten wurde zwar ein in Michajlovka verpachtetes Grundstück erwähnt, in den persönlichen Unterlagen fand diese Information jedoch keine Bestätigung. Irina verdingte sich in Prischib als Wäscherin. Ein mittelloser und oft betrunkenen Gelegenheitsarbeiter mit zwei außerehelichen Kindern, der mit über 40 Jahren seine langjährige Partnerin heiraten wollte – so war das soziale Profil des Hauptverdächtigen. Und auch die meisten Mitverdächtigen aus Konovalenkos Umfeld gehörten derselben sozialen Gruppe an.

Lange Zeit konnten die Ermittler die Täter nicht überführen. Zahlreiche Verdächtige aus Fedots Umfeld wurden im Laufe der Ermittlung zwar festgenommen, mussten aber aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen werden.

Erst ein anonymes Brief, den F. Blank, der Organist der lutherischen Gemeinde und Freund der Familie Baumann, Mitte November erhielt, brachte Bewegung in die Ermittlungen. Dieser Brief enthielt zwar größtenteils eher schwammige und schwer zu prüfende Informationen, brachte die Polizei aber doch auf die Spur einiger neuer Verdächtiger. Einer der in dem anonymen Schreiben des Mordes bezichtigten Männer war Archip Rekunenko (genannt Garaščuk), ein Bauer aus Bol'šoj Tokmak, der – wie die Ermittlungen zeigten – regelmäßig mit Verbannten aus dem Dorf Michajlovka verkehrte. Hinsichtlich seiner sozialen Stellung fiel Rekunenko aus dem üblichen Raster. Der 35-jährige war verheiratet und hatte fünf minderjährige Kinder. Sein Vater, bei dem er mit seiner Familie wohnte, besaß neun Desjatinen Land, was in der Gegend sogar leicht über dem Durchschnitt lag. Allerdings stand Rekunenko bei seinen Nachbarn in schlechtem Ruf, da er mit Pferdehändlern verkehrte, denen die Bauern traditionell auch Pferdediebstähle unterstellten. Einige Nachbarn warfen ihm zudem vor, auf den Jahrmärkten der Gegend unlautere Geschäfte getätigt zu haben. Durch Trinkgelage, die er mit seinen Freunden im Elternhaus veranstaltete, fühlten sich seine Mutter und seine Frau belästigt. Und auch der Vater missbilligte sowohl seine Lebensweise als auch seine offensichtliche Unlust, sich der väterlichen Wirtschaft ernsthaft zu widmen.

Auch die anderen in diesem anonymen Schreiben genannten Verdächtigen pflegten einen vergleichbaren Lebenswandel. Ivan Skop ging keiner regelmäßigen Arbeit nach, hatte keinen festen Wohnsitz und „gammelte“ nach Aussagen seines Onkels und anderer Verwandter nur herum. Ähnlich beschrieben Nachbarn auch den 27-jährigen Fedor Gordienko: „Verließ seinen Vater und bummelte durch die Welt“. Gordienko verdingte sich als Gelegenheitsarbeiter. Nach Auskunft des Volostgerichts Bol'šoj-Tokmak vom 31. Januar 1905 war er mehrfach vorbestraft, unter anderem auch wegen Körper-

verletzung. Für die Tatzeit konnte er allerdings ein von mehreren Zeugen bestätigtes Alibi vorweisen, da er am Tag des Mordes in einem weit entfernten Dorf im Kreis Mariupol' bei einem Schmied gearbeitet hatte.

Der Tatverdacht gegen Konovalenko wurde durch die Aussagen von Baumanns Küchenhilfe Efrosinja Holub erhärtet. Die ursprünglich aus dem Gouvernement Poltava stammende Kosakin, die in der Tatnacht in der Küche des Pfarrhauses geschlafen hatte, war von den Tätern schwer verletzt worden, hatte aber flüchten können und wurde zur Hauptbelastungszeugin. Bei einer Gegenüberstellung konnte sie Konovalenko als einen der Räuber identifizieren und machte ihn dadurch erneut zum Hauptmordverdächtigen.

Holub kannte den früheren Kutscher der Baumanns nicht persönlich, da sie ihre Stelle im Hause Baumann erst wenige Wochen vor dem Mord angetreten hatte. Ihr Schicksal war typisch für die vielen Tausend Saisonarbeiterinnen, die aus dem Gouvernement Poltava und anderen Nachbargouvernements in die Steppenregion am Schwarzen Meer strömten. Da Holub nicht allein, sondern mit Mann und Bruder unterwegs war, hatte sie offensichtlich schon den nächsten Schritt vollzogen und ihren Lebensmittelpunkt an den Arbeitsort verlegt. Ihr Mann arbeitete im Haus gegenüber für den Kolonisten Prieb, ihr Bruder hatte bei Baumanns die Stelle als Kutscher angetreten. Für die Vermutung, dass die Familie Holub sich nicht nur zur Saisonarbeit im Süden aufhielt, sondern dauerhaft Fuß zu fassen versuchte, spricht auch der Umstand, dass Efrosinja zum besagten Zeitpunkt im achten Monat schwanger war und ihr Kind mit großer Wahrscheinlichkeit in Prischib zur Welt zu bringen gedachte. Vor Antritt ihrer Stelle im Hause Baumann hatte Jefrosinja bereits lange Zeit in anderen deutschen Kolonien gearbeitet. Die Beschäftigung einer hochschwangeren Frau konnte sich nicht jeder leisten. Da Pastor Baumann aber im Unterschied zu seiner Frau alles andere als sparsam war und darüber hinaus auch oft den Armen half, war die Anstellung Efrosinjas durchaus plausibel.

Durch einen Zufall kam den Ermittlern zu Ohren, dass Rekenenko erzählt haben sollte, dass außer ihm und Konovalenko noch zwei Verbannte aus Michajlovka sowie ein Bauer aus Bol'šoj Tokmak der Bande angehörten. Bei der Überprüfung stellte sich heraus, wie zahlreich die ehemaligen Verbannten tatsächlich waren. Der Polizeivorsteher [*pristav*] des 4. Bezirks im Kreis Melitopol' berichtete von mindestens 10 Verbannten aus dem Dorf Michajlovka, die am Vorabend des Vorfalls illegal ihr Heimatdorf aufgesucht haben sollten. Obwohl die meisten von ihnen in das Gouvernement Astrachan' verbannt waren, wurden sie „Sibirjaki“ genannt. Sie alle waren aus ihren Gemeinden für ungebührliches Verhalten (systematische Störung der Ordnung, Kleindiebstähle usw.) ausgeschlossen und verbannt worden. Dank einer Amnestie aus Anlass der Geburt des Thronfolgers (11. August 1904) durften viele von ihnen zwar ihre Verbannungsorte verlassen, der Weg zurück in ihre Heimatorte blieb ihnen aber verwehrt. Einige ließen sich in Aleksandrovsk nieder, andere in den Ortschaften des Donezbeckens, wo Arbeitskräfte gesucht wurden. Viele von ihnen kamen von Rachlust getrieben von Zeit zu Zeit illegal nach Michajlovka oder Bol'šoj Tokmak, um die Bauern einzuschüchtern und Straftaten zu begehen.

Erste Berichte über die Ermordung der Pastorenfamilie erschienen bereits wenige Tage nach der Tat in der lokalen Presse. In der „Odessaer Zeitung“ vom 31. Oktober 1904 wurden zwei Nachrichten abgedruckt – eine kürzere Mitteilung aus der mennonitischen Kolonie Alt-Nassau und eine ausführlichere von Emil Blank.⁷ Beide Autoren standen noch unter Schock und berichteten sehr emotional. Blank brachte seine Empörung über die Brutalität der Mörder zum Ausdruck. Besonders schwer sei es gewesen, die mit 23 Stichwunden übersäte Leiche des alten Pastors zu sehen. Am 4. November folgte ein weiterer, ebenfalls von Blank verfasster Bericht über den Stand der Ermittlungen und den Ablauf der Beisetzungszeremonie für die Opfer am

7 Blank, Emil: Raubmord in Prischib. In: Odessaer Zeitung Nr. 243 v. 31.10.1904, 3.

30. Oktober. Die von über 4.000 Trauergästen besuchte Beerdigung war in Prischib ein großes gesellschaftliches Ereignis, das tiefe Spuren bei allen Beteiligten hinterließ.

Die aus den Ermittlungsakten rekonstruierten Hintergründe des Mordes stellen eine Momentaufnahme der Verhältnisse in der multiethnischen und multikonfessionellen Gemengelage der Schwarzmeergouvernements dar. Sie verweisen gleichzeitig auf soziale Wandlungsprozesse, die an der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert die Lebenswelten in der Region und im Russischen Reich veränderten.

Zu diesen Veränderungen gehörte eine gestiegene räumliche und soziale Mobilität. Der Weg von den südwestlichen Außenbezirken Bol'šoj Tokmaks bis nach Prischib ließ sich in weniger als einer Stunde zurücklegen. Auch wenn die Grenze zwischen den Ortschaften auf der geistigen Landkarte der Menschen weiterhin präsent gewesen sein mag, spielte sie im Alltag dank besserer Transportmittel und Straßen kaum noch eine Rolle. Diese Entwicklung wurde durch den bereits erwähnten Eisenbahnbau weiter vorangetrieben. Auch wenn die Bahnstation Prischib vergleichsweise weit von der Siedlung selbst entfernt war, hatte sie doch einen gewaltigen Einfluss nicht nur auf die Mobilität der Menschen in einem breiten Einzugsgebiet, sondern auch auf die Entwicklung der Infrastruktur und den Beschäftigungscharakter in den umliegenden Ortschaften. Der Gasthof von Glöckner und die große Gastwirtschaft von Prieb markierten zusammen mit dem Pfarrhaus, den öffentlichen Gebäuden und privaten Bauten im Zentrum der Siedlung einen öffentlichen Raum, in dem Begegnungen zwischen Menschen verschiedener sozialer und kultureller Milieus zum Alltag gehörten, regelmäßige und intensive interkulturelle bzw. interethnische Kontakte die Arbeitsbiografien und Lebenserfahrungen der Menschen prägten. Und dies gilt sicherlich nicht nur für jene, denen wir in den Ermittlungsakten zum Mordfall Baumann begegnen, sondern auch für viele andere, die dort in dieser Zeit lebten.

In der Zeit nach den Großen Reformen hatten sich die verschiedenen ethnokonfessionellen Gruppen der Region im Rahmen ihrer jeweiligen Wirtschaftsordnung unterschiedlich entwickelt. Bol'šoj Tokmak nahm einen Weg wie die meisten ukrainischen großen Dörfer [*selo*] bzw. wie eine bäuerlich geprägte Kleinstadt [*mestečko*]. Das Bevölkerungswachstum ging hier mit einer zunehmenden sozialen Spaltung einher, da sich das Problem der Versorgung mit Ackerland immer mehr zuspitzte. Ein Teil der überschüssigen Arbeitskräfte fand Arbeit in den Fabriken des Heimatdorfs, ein Teil wanderte in die Kohlenbergwerke des Donezbeckens ab, die zahlenmäßig größte Gruppe aber ging als Lohnarbeiter in die deutschen Kolonien der Nachbarschaft, wo es eine stabile Nachfrage nach Arbeitskräften gab. Auf diese Weise ergänzten einander die Wirtschaftsweisen der Kolonien und der ukrainischen Dörfer gegenseitig, wobei Verpachtung des Bodens und Saisonarbeit nicht die einzigen Kooperationsformen waren. Ukrainische und deutsche Handwerker schoben sich gegenseitig Aufträge zu, manch deutscher Jugendlicher machte seine Lehre bei einem ukrainischen Handwerker und die Eigentümer einiger Läden in Prischib waren zugezogene orthodoxe Stadtbewohner.

Einen wesentlichen Faktor stellten die Landarbeiter aus entfernten Gouvernements dar, die oft eine längere Zeit in den Kolonien oder deren Umgebung verbrachten. Ihre genaue Zahl zu bestimmen, war nicht Ziel dieser Untersuchung, einigen Angaben zufolge könnte der Anteil der zugezogenen Bevölkerung in Bol'šoj Tokmak bei bis zu einem Drittel der Gesamtbevölkerung gelegen haben. Befristete Arbeitsverträge wurden oft mehrmals verlängert, was viele Arbeitsmigranten dazu bewog, sich dauerhaft in der Schwarzmeerregion niederzulassen, wie es etwa bei der in den Mordfall Baumann verwickelten Familie der Poltavaer Kosaken Holub der Fall war. Zum Teil führte dies dazu, dass einzelne Gruppen sich nach landsmannschaftlichen Kriterien zusammenfanden und zum Beispiel die Bauern aus den Gouvernements Poltava oder Černihiv sich von denen aus Bol'šoj Tokmak und Umgebung

abgrenzten und möglicherweise auch auf dem Arbeitsmarkt konkurrierten. Auf der anderen Seite führten die zunehmenden sozialen Gegensätze und der Russisch-Japanische Krieg zu Beginn des 20. Jahrhunderts dazu, dass ethnische, konfessionelle und andere Trennlinien im Vergleich zur sozialen Frage in den Hintergrund traten.

Parallel zur Entwicklung der eigenen Identität veränderten sich auch die Vorstellungen von der Umwelt und den Fremden. Die Grenzkolonisierung in der Südukraine im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert hatte eine klare Abgrenzung zwischen Eigenem und Fremden gefordert, denn jenseits der Grenze lauerte das bedrohliche Fremde, vor dem man sich schützen oder gar isolieren musste. Hundert Jahre später hatten sich die Verhältnisse in den ehemaligen Kolonisationsgebieten stabilisiert. Ein erhöhtes Risiko, unter Tatverdacht zu geraten, bestand aber weiterhin für Vertreter von Randgruppen oder Menschen, die sich aufgrund sprachlicher Besonderheiten oder ungewöhnlicher Kleidung nicht eindeutig einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zuordnen ließen. Die Akten der Jahre 1904–1905 zeigen darüber hinaus, wie sich der Russisch-Japanische Krieg auf die Wahrnehmung einfacher Menschen auswirkte. Während die meisten Augenzeugen bei Verdächtigen nach wie vor Ähnlichkeiten mit Juden oder Zigeunern herausstellten, wollte einer der Befragten einen Japaner unter den Tätern ausgemacht haben. Derartige Aussagen trugen natürlich ebenso wenig zum Ermittlungserfolg bei, wie die Mutmaßungen F. Blanks über eine mögliche Verstrickung von Katholiken in die Ermordung des lutherischen Pastors.

Auswirkungen auf die kriminogene Situation im Großraum Prischib hatten weniger die angeblichen Widersprüche zwischen Katholiken und Protestanten, sondern vielmehr die zunehmende soziale Spaltung in den ukrainischen Dörfern, in denen es immer mehr landlose junge Leute gab, die im Gegensatz zu ihren Altersgenossen in den deutschen Kolonien kaum mit Unter-

stützung von Seiten ihrer Gemeinde rechnen konnten. Viele von ihnen blieben ohne Beschäftigung, was in den Familien zu Generationskonflikten führte und die jungen Leute oft mit dem Gesetz in Konflikt geraten ließ. Angesichts ihrer hohen Mobilität bürgerte sich für diese Menschen die Bezeichnung „Herumtreiber“ [*šatajuščiesja*] ein, womit Menschen gemeint waren, die weder einer festen Wohnsitz noch eine feste Beschäftigung hatten. Diese Gruppe wurde sowohl von den ukrainischen als auch von deutschen Bauern verachtet.

Wurden Jugendliche aus diesen Kreisen straffällig, konnten sie nach drei Verstößen aus ihren Gemeinden ausgeschlossen und in entfernte Gebiete verbannt werden. Die Auswertung der Ermittlungsakten macht deutlich, wie groß diese Gruppe tatsächlich war. Nach der Amnestie von 1904 sahen viele von ihnen als einzigen Ausweg, sich in einer mehr oder weniger großen Stadt niederzulassen, um sich als Teil der städtischen Unterschicht als Gelegenheitsarbeiter durchzuschlagen. Ihre häufigen illegalen Besuche in den Heimatorten sorgten, gepaart mit Verbitterung und dem Wunsch, sich für den Ausschluss aus der Gemeinschaft zu rächen, für eine höchst kriminogene Situation in der Region.

Der beschriebene Mordfall weckte aus unterschiedlichen Gründen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Kolonien großes öffentliches Interesse. Erzählungen von diesen Ereignissen wurden von Generation zu Generation weitergegeben und prägten das Bild der Vergangenheit. Die Ermordung der Familie Baumann hinterließ tiefe Spuren im Leben der Region. Das lag zum einen daran, dass das Verbrechen als besonders schwerwiegend eingestuft wurde, sodass bei den Ermittlungen deutlich mehr Beamte eingesetzt und deutlich mehr Zeugen befragt wurden, als es bei „gewöhnlichen“ Kapitalverbrechen die Regel war. Sowohl in der russischen als auch in der deutschen Presse wurde über das Verbrechen berichtet. Zum Zweiten schockierte die Brutalität des Verbrechens die Zeitgenossen, da die Opfer und insbesondere

Pastor Baumann selbst übel zugerichtet worden waren. Und auch der versuchte Totschlag an der hochschwangeren Küchenhilfe zeugte von einer besonderen Brutalität der Täter. Schließlich bewegte auch das weitere Schicksal der durch den Raubmord traumatisierten Familienangehörigen die Zeitgenossen. Seine Tochter Margarethe Tavonius litt nach der Tat unter psychischen Störungen und musste lange Zeit in einer Spezialklinik in Simferopol⁷ behandelt werden, was wiederum zur Folge hatte, dass ihr Mann seine Arbeit zeitweise nicht ausüben konnte und schließlich aufgab. Die Familie von Baumanns Tochter Beate zog später nach Prischib, wo ihr Mann R. Kludt – wohl in der Hoffnung, den Verlust seines Schwiegervaters ausgleichen zu können – sich der Schulausbildung in der Kolonie widmete und zum Mentor der Mädchenschule wurde.

Das Interesse für Tatmotive und Ermittlungsergebnisse war auch in Deutschland groß, insbesondere in Württemberg, wo Pastor Baumann zahlreiche Verwandte und Bekannte hatte, die den Kontakt zu ihren ausgewanderten Angehörigen aufrechterhielten und die Erinnerung an Baumanns Lebenswerk mit zahlreichen Publikationen pflegten. Viele dieser Veröffentlichungen machten „Anarchisten“ für die Tat verantwortlich und beschrieben Bol’šoj Tokmak als Verbrechernes.

Was die Ansichten des Pastors über das Verhältnis der Deutschen zu den anderen in ihrer Nachbarschaft lebenden Bevölkerungsgruppen im Kontext der Russifizierungspolitik betrifft, ist seine Rede zur Eröffnung des neuen Gebäudes der Prischiber Zentralschule 1901 aufschlussreich. Die von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen zur Annäherung von Deutschen und Russen verglich Baumann mit dem Bau einer Brücke zwischen zwei weit voneinander entfernten Ufern. Er warnte vor „Hitzköpfen“, die eine sofortige Verschmelzung beider Gruppen anstrebten, rief zu Augenmaß und gegenseitiger Toleranz auf, um an beiden Ufern Vorurteile überwinden zu können, und äußerte schließlich die Hoffnung, die völlige Annäherung der beiden Ufer selbst noch

erleben zu können.⁸ Baumanns Ermordung bewog die lokale Elite, das in diesen Kreisen ohnehin aktuelle Thema der interethnischen Beziehungen noch intensiver zu diskutieren. Einige Mitglieder der Familie Baumann äußerten sich dabei mit Blick auf die Haltung der Opfer unerwartet (selbst)kritisch.

Nach der Familienlegende ging man vor allem von einer sozialen bzw. politischen Motivation der Täter aus. Die Ermittlungsmaterialien enthalten jedoch so gut wie keine Hinweise auf die politischen Überzeugungen der mutmaßlichen Täter. Für die Annahme, dass das Verbrechen aus dem sozialen Konflikt resultierte, lassen sich allerdings einige indirekte Hinweise finden. So kamen beispielsweise in den Verhörprotokollen Pläne zur Sprache, auch andere wohlhabende Kolonisten wie etwa den betagten und alleinstehenden Joseph Lebold zu berauben, der Gerüchten zufolge einen großen Geldbetrag zu Hause aufbewahrte.⁹ Auch ist in den Ermittlungsakten von Gerüchten die Rede, dass Unbekannte in der Gegend alle Geistlichen zu töten planten. Ob und in welchem Umfang die früheren Verbannten aus Michajlovka oder die Bauern aus Bol'šoj Tokmak mit der Arbeiterbewegung im Donezbecken in Berührung gekommen waren und sich deren Überzeugungen zu eigen gemacht hatten, lässt sich anhand der Akten nicht feststellen. Dass „Anarchisten“ allerdings vor der Revolution politisch motivierte Expropriationen durchführten, kam immer wieder vor. Die Familie Baumanns, der als wohlhabend galt und in seinem Haus 12.000 Rubel Spendengelder für die Taubstummen-Schule aufbewahrte, konnte als passendes Ziel für einen politisch motivierten Raubüberfall angesehen werden.

Wie sich im weiteren Verlauf der Geschichte zeigen sollte, war der mutmaßlich von einer Bande ehemaliger Verbannter und marginalisierter ukrainischer Bauern verübte Mord an der Familie Baumann ein erstes Symptom

8 Eine von F. Blank ins Deutsche übertragene Wiedergabe des Inhalts der Rede ist enthalten in DA ARK, f. 110, op. 6, spr. 10, ark. 138, 159–160.

9 DA ARK, f. 376, op. 6, spr. 329, ark. 73-75zv.

der sich zuspitzenden sozialen Spannungen in dieser Gegend. Im Frühling 1905 brachen in den Kreisen Melitopol', Berdjansk und Dnepr im Gouvernement Taurien Massenunruhen aus, bei denen auch zahlreiche große deutsche Landgüter geplündert wurden. Viele wohlhabende Deutsche sahen sich gezwungen, ihre Wohnorte schnellstmöglich zu verlassen – so etwa der Großbauer Schröder oder der Betreiber des Prischiber Gasthofes Glöckner. Der Großgrundbesitzer Falz-Fein forderte die Regierung im Namen der Gutsbesitzer auf, entschlossene Maßnahmen zum Schutz des Privateigentums zu ergreifen.

Die sozialen Gegensätze hatten sich zu diesem Zeitpunkt bereits zu einer ernsthaften Gefahr für den interethnischen Frieden entwickelt. In vielerlei Hinsicht lassen sich Pastor Baumann und seine Familie also als zufällige Opfer dieses sich abzeichnenden sozialen Konfliktes betrachten. Das volle Ausmaß der dramatischen Veränderungen konnte damals aber kaum jemand absehen.

Literatur

- Amburger, Erik: Die Pastoren der evangelischen Kirchen Rußlands vom Ende des 16. Jahrhunderts bis 1937. Ein biographisches Lexikon. Erlangen 1998.
- Brandes, Detlef: Von den Zaren adoptiert. Die deutschen Kolonisten und die Balkansiedler in Neurußland und Bessarabien 1751–1914. München 1993.
- D'jakonov, Arsenij: Prusskie gimnazii: Otčët prepodavatelja Taganrogskoj gimnazii Arsenija D'jakonova, komandirovannogo letom 1876 g. za granicu dlja bližajšego oznakomlenija s učeb[nym] i vospit[atel'nym] delom v inostr[annych] gimnazijach [Die preußischen Gymnasien. Bericht des

- Lehrers des Taganroger Gymnasiums Arsenij Djakonov, der im Sommer 1871 eine Dienstreise ins Ausland unternahm, um sich mit den Lehr- und Erziehungsangelegenheiten in ausländischen Gymnasien vertraut zu machen]. Odessa 1878–1879.
- Huebert, Susan: Tavonius, Erich A. (1872–1927). In: Global Anabaptist Mennonite Encyclopedia Online. URL: [http://gameo.org/index.php?title=Tavonius,_Erich_A._\(1872-1927\)&oldid=121814](http://gameo.org/index.php?title=Tavonius,_Erich_A._(1872-1927)&oldid=121814) (am 27.2.2016).
- Plesskaja, È.G: Stolknovenija nacionalističeskich i liberal'nych vzgljadov v processe reformirovynija nemeckoj nacional'noj školy (1881–1914) [Der Zusammenprall nationalistischer und liberaler Auffassungen im Prozess der Reform der deutschen nationalen Schule (1881–1914)]. In: Dva s polovinoj veka s Rossiej (k 250-letiju načala massovogo preselenija nemcev v Rossiju). Materialy 4-j meždunarodnoj naučno-praktičeskoj konferencii. Moskva, 24-27 avgusta 2012 g. [Zweieinhalb Jahrhunderte mit Russland (zum 250. Jahrestag des Beginns der massenhaften Übersiedlung von Deutschen nach Russland). Materialien der 4. internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz. Moskau, 24.–27. August 2012]. Moskva 2013.
- Semenov-Tjan-Šanskij, V. P. (Hg.): Rossija. Polnoe geografičeskoe opisanie našego Otečestva [Russland. Vollständige geographische Beschreibung unseres Vaterlandes]. Bd. XIV. Novorossija i Krym. S.-Peterburg 1910.
- Spravočnaja kniga dlja Tavričeskoj eparchii [Auskunftsbuch für die Eparchie Taurien]. Simferopol' 1907.
- Verner, K. A. (Hg.): Pamjatnaja knižka Tavričeskoj gubernii [Gedenkbuch für das Gouvernement Taurien]. Simferopol' 1889 (S. II/19, III/10).
- Woltner, Margarethe (Hg.): Die Gemeindeberichte von 1848 der deutschen Siedlungen am Schwarzen Meer. Leipzig 1941.

Victor Dönninghaus / Andrej Savin

*Der Generalsekretär. Leonid Brežnevs
Persönlichkeit im Spiegel seiner
„Arbeitstagebücher“*

In den vergangenen Jahrzehnten konnten russische und nichtrussische Historiker mit vereinten Kräften gewaltige Mengen dokumentarischer Quellen zur sowjetischen Geschichte sichten und dadurch zahlreiche Lücken in der Geschichtsschreibung schließen. Infolge dieser „Archivrevolution“ hat sich der Schwerpunkt der wissenschaftlich immer noch unzureichend beleuchteten „weißen Flecken“ der sowjetischen Geschichte zeitlich nach hinten verschoben. Während sich die Forschung mit Blick auf die Lenin- und Stalinzeit mittlerweile auf eine solide Quellenbasis stützen kann, lässt sich die Regierungszeit Leonid Brežnevs heute mit Fug und Recht als die „geheimste“ Epoche der Sowjetgeschichte bezeichnen. Zahlreiche wichtige Dokumente der höchsten Machtorgane – nicht zuletzt die Dokumente des Politbüros der Jahre 1964–82 – unterliegen bis zum heutigen Tag der Geheimhaltung und sind Historikern nicht zugänglich. Vor diesem Hintergrund kommt der wissenschaftlichen Erschließung einer solch einzigartigen historischen Quelle wie den persönlichen Aufzeichnungen Brežnevs, die dieser von spätestens 1944 an bis zu seinem Tod führte, eine herausragende Bedeutung zu.¹

Das Interesse für die Tagebücher hochrangiger Politiker ist sowohl bei Historikern als auch in der Öffentlichkeit nach wie vor groß. Um ihre Bedeu-

1 Die Arbeitstagebücher Leonid Brežnevs befinden sich im Russischen Staatlichen Archiv der Neuesten Geschichte (Rossijskij gosudarstvennyj archiv novejšej istorii, weiter RGANI), f. 80, op. 1, d. 974, 975, 977–990.

fung für die Geschichtswissenschaft zu erlauben, reicht es aus, sich die Erforschung der Geschichte des Nationalsozialismus ohne die Tagebücher von Joseph Goebbels oder der Geschichte des Stalinismus ohne die Aufzeichnungen Georgi Dimitrovs vorzustellen. Die Nachfrage nach dem Tagebuch-Genre ist so groß, dass immer wieder neue „Gesänge des Ossian“ auftauchen – man denke nur an Fälschungen wie die 1983 auszugsweise im „Stern“ veröffentlichten Hitler-Tagebücher oder das angebliche Tagebuch Lavrentij Berijas im heutigen Russland. In der westlichen Geschichtswissenschaft hat die gesteigerte Aufmerksamkeit für alltags- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte im Zuge der Neuen Kulturgeschichte bzw. des Linguistic Turn das Interesse für Tagebuchaufzeichnungen noch weiter anwachsen lassen, was sich nicht zuletzt an der intensiven Beschäftigung mit dem Tagebuch des sowjetischen Arbeiters Stepan Podlubnyj ablesen lässt.²

Vor diesem Hintergrund müssten die persönlichen Aufzeichnungen Brežnevs eigentlich ein publizistischer Selbstläufer sein, ein Dokument, dessen Veröffentlichung geradezu von Erfolg gekrönt sein sollte – und sei es nur aus dem einen Grund, dass Brežnev der einzige Staats- und Parteichef der Sowjetunion war, der überhaupt etwas in der Art eines Tagebuchs hinterlassen hat. Vor allem aber spricht Brežnev in seinen persönlichen Aufzeichnungen wirklich in der ersten Person, im Gegensatz zu seinem veröffentlichten politisch-theoretischen Erbe, das zum größten Teil nicht seiner eigener Feder entstammt, sondern das gesichtslose Ergebnis einer kollektiven Anstrengung darstellt. Die persönlichen Aufzeichnungen enthalten Bemerkungen zu den unterschiedlichsten Themen: den Beziehungen zu China und der Militärhilfe für Vietnam, der Berlin-Frage und der Rolle Frankreichs in der NATO, dem israelisch-arabischen Konflikt und der Kuba-Krise, dem tschechoslowakischen „Revisionismus“ Ende der 1960er Jahre und dem militärischen Gegen-

2 Siehe ausführlicher: Hellbeck (Hg.): Tagebuch aus Moskau.

satz von UdSSR und USA, der Modernisierung von Betrieben und dem Problem der Konsumgüterproduktion, zu Ernten und Versorgungsengpässen, dem Verkauf von Öl und Gas und der Schuldentilgung im Rahmen des Lend-Lease-Acts, der Einführung neuer Orden und Auszeichnungen und der Ausreise von Juden aus der UdSSR, zur Kaderpolitik, feierlichen Jubiläen und Jahrestagen, zum mehrstündigen Schwimmen im Meer und zu Jagdtrophäen, zur Bestellung neuer Anzüge und Geschenke, zu Krankheiten und Hobbys, Schlafstörungen und Beruhigungsmitteln und vielem mehr.

Allein schon die Möglichkeit, Brežnevs in direkter Rede geäußerte, tatsächliche Ansichten aus seiner offiziellen Hinterlassenschaft herausfiltern zu können, verleiht seinen Arbeitsaufzeichnungen höchste Bedeutung. Und auch die Möglichkeit, die in den Erinnerungen und Memoiren Dritter enthaltenen Informationen über Brežnev anhand einer Quelle zu verifizieren, in der dieser selbst als Hauptzeuge auftritt, ist kaum zu überschätzen. Schon die Information, wo Brežnev sich wie lange aufgehalten hat, womit er beschäftigt war, mit wem er sich wann getroffen oder mit wem er telefoniert hat, gibt Antwort auf zahlreiche Fragen, nicht zuletzt über Gesundheitszustand und Arbeitsfähigkeit des Generalsekretärs, seinen Umgang, seine Interessen und Leidenschaften – und das nicht als Momentaufnahme, sondern in der Entwicklung über mehrere Jahrzehnte hinweg.

Und doch wirkt die Art, *wie* Brežnev in seinem Tagebuch „spricht“, auf den unbedarften Leser zunächst einmal verstörend. Seine Aufzeichnungen stellen eine höchst spezifische Hinterlassenschaft dar, deren Wert sich nicht auf den ersten Blick erschließt. Ein Leser, der auf den Seiten der Tagebücher einen reflektierten Intellektuellen wie Dimitrov oder einen melancholischen, aber methodischen Beobachter der Ereignisse wie Nikolaus II. zu treffen hofft, wird enttäuscht. Selbst eine Zeugenschaft in der Art der von Henry Picker protokollierten Hitlerschen Tischgespräche wird man vergeblich su-

chen. Brežnevs Hinterlassenschaft ist ein schwer zu lesendes Konvolut unstrukturierter, fragmentarischer und vor allem kurzer Aufzeichnungen, die manchmal durch Auslassungen von mehreren Tagen, Wochen oder sogar Monaten unterbrochen werden. Oft handelt es sich um nicht mehr als eine bloße Aneinanderreihung von Namen und schwer nachzuvollziehender Gedanken. Auch wenn die eine oder andere prägnante Formulierung durchaus zum Aphorismus taugt, kann eine Zitatensammlung kaum einen vollwertigen zusammenhängenden Text ersetzen. Kurz gesagt: Die Lektüre ist alles andere als leichte Kost.

Vor diesem Hintergrund wollen wir uns im vorliegenden Text auf eine Analyse der sprachlichen und stilistischen Besonderheiten dieser Aufzeichnungen konzentrieren. Im Mittelpunkt unseres Interesses sollen nicht inhaltliche Aspekte stehen, sondern vielmehr die Frage, wie diese Quelle geschrieben ist und welche Rückschlüsse sich aus ihrer Form auf die Persönlichkeit Brežnevs ziehen lassen. Dabei stützten wir uns auf die Idee Michail Bachtins, der zufolge die sprachlichen und stilistischen Besonderheiten die Persönlichkeit des Sprechenden bzw. in unserem Fall des schreibenden Subjekts spiegeln.³

Brežnevs Aufzeichnungen sind in einem solchen Maße spezifisch, dass sogar die Bestimmung des Genres alles andere als einfach ist. Offenkundig handelt es sich nur sehr bedingt um ein Tagebuch im klassischen Sinne des Wortes: Die Aufzeichnungen enthalten weder eine tiefgehende Selbstanalyse noch eine emotionale Verarbeitung oder vertrauliche Einordnung des Erlebten. Wichtige Ereignisse aus dem Privatleben Brežnevs oder ihm nahestehender Personen wie etwa Geburtstage, Hochzeiten der Kinder, Geburt der Enkel usw. kommen praktisch gar nicht vor. Besonders auffällig aber ist, dass die Aufzeichnungen nicht die Funktion zu erfüllen scheinen, die persönliche Erfahrung zu ordnen bzw. zu verarbeiten. Nicht nur sind diese Aufzeichnungen

3 Bachtin: Problema rečevych žanrov.

ganz offensichtlich nicht für die Nachwelt verfasst, es gibt sogar nicht einmal Anlass, davon auszugehen, dass Brežnev selbst sie später noch einmal gelesen hat – etwa mit dem Ziel der Reflexion oder Selbstreflexion. Diese Annahme wird auch dadurch gestützt, dass er keine klassische Kladde benutzte, sondern auf Papierträgern schrieb, die er zufällig gerade zur Hand hatte – in der Regel gewöhnliche Notizblöcke, wie sie den Teilnehmern von Parteiveranstaltungen ausgehändigt wurden. Vielleicht hätte ein Heft oder Tagebuch den Aufzeichnungen Struktur verliehen und Brežnev sozusagen gezwungen, den Gesetzen des Genres zu folgen, aber offensichtlich bestand sein Ziel gar nicht darin, diese wieder zur Hand zu nehmen.

Es handelt sich auch nicht um eine Art Tages- oder Terminkalender, denn es fehlen Elemente des Planens bzw. ein System, das Getane zu ordnen. Erledigte Punkte werden nicht durchgestrichen oder abgehakt, Daten oder Termine nicht eingefügt. Auch von Arbeitsnotizen lässt sich kaum sprechen. Zwar finden sich Thesen, Exzerpte oder Gesprächsmitschriften, aber keine Spuren der Bearbeitung oder Analyse der entsprechenden Information.

Ein möglicher Schlüssel zum Verständnis des Textes liegt in dessen stilistischen Besonderheiten. Auffällig sind vor allem die immer wiederkehrenden parteibürokratischen Standardausdrücke und Sprachschablonen: So wimmelt es in Brežnevs Aufzeichnungen von „Bruderparteien“, „wichtigen Instrumenten der internationalen Politik“ und „Präsidiën“, die „zum Meinungsaustausch durchgeführt werden“. Selbst in seinen privaten Aufzeichnungen findet Brežnev also keine eigene Sprache und operiert nahezu ausschließlich mit Versatzstücken einer jeglicher Individualität beraubten Kanzleisprache. Dieser Einfluss des sowjetischen „Parteisprechs“ beschränkt sich längst nicht nur auf die Lexik. Auch Brežnevs Syntax kopiert durch eine auffällige Häufung von Partizipialkonstruktionen und Adverbialpartizipien sowie einen ausgeprägten Nominalstil die blutleere Redundanz offizieller sowjetischer Texte. So finden sich in Brežnevs Aufzeichnungen immer wieder

trockene Schachtelsätze der folgenden Art: „Unser ZK wird unbeirrt die Linie verfolgen, seine Arbeit auf die Erfüllung unserer Pläne zur Schaffung einer materiell technischen Basis des Kommunismus und der Anhebung des Lebensstandards unseres Volkes aufzubauen.“⁴

Eine weitere stilistische Auffälligkeit besteht darin, dass das Personalpronomen „ich“ oft durch das Personalpronomen „wir“ oder unpersönliche Formen ersetzt wird – eine sprachliche Besonderheit, die vor allem für die Leitartikel sowjetischer Zeitungen charakteristisch ist, die als nicht gezeichnete Artikel die Meinung der Redaktion ausdrücken sollten. Dabei verwendet Brežnev das Pronomen „wir“ entweder in der Bedeutung von „Wir – der führende Partei- und Staatsapparat“ oder aber im Sinne von „er“ oder „sie“. Letzteres ist vor allem dann der Fall, wenn Brežnev Reden anderer Personen zusammenfasst. Diese ungewöhnliche Form der indirekten Rede findet sich insbesondere in seinen Gesprächsmitschriften der Treffen mit ausländischen Politikern, wo das „wir“ den Leser in die Irre führt und oft nur schwer zu verstehen ist, von wem überhaupt die Rede ist.

Zu erwähnen sind auch die vereinfachte Grammatik und Interpunktion der Aufzeichnungen, auch wenn eine gewisse Eigenwilligkeit in Fragen der Orthographie in klassischen Tagebüchern ebenfalls nicht ungewöhnlich ist. Brežnev hatte Probleme mit Fremdwörtern, die er meist nach Gehör schrieb, so dass sich Fehler der folgenden Art in seine Texte einschlichen: „Sippodium“, „unter der Egide“, „Kondominium“. Ähnliche Probleme bereiteten Brežnev auch ausländische Familiennamen, was etwa zur Folge hatte, dass Kissinger in den unterschiedlichsten Transkriptionsvarianten figuriert. Insgesamt aber finden wir eine korrekte Schrift ohne grobe grammatische Fehler, was davon zeugt, dass der Autor eine bestimmte Form des schriftlichen Ausdrucks routiniert verwendete.

4 Notiz Leonid Brežnevs vom 15.10.1964. RGANI, f. 80, op. 1, d. 132.

Um sich den sprachlichen Besonderheiten Brežnevs zu nähern, lohnt es, sich der 1963 erschienenen Erzählung „Sie und Er“ des heute nahezu vergessenen sowjetischen Schriftstellers Il’ja Zverev zu erinnern. Die Handlung – eine klassische sowjetische Liebesgeschichte im Produktions- und Parteidekor zwischen der Leiterin einer Weinlesebrigade und dem Parteiorganisator (Partorg) der Sowchose – spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle. Was diesen Text in unserem Zusammenhang interessant macht, ist seine sprachliche Ausgestaltung. Der virtuos geschriebene Text baut stilistisch darauf auf, in sowjetischen Zeitungen alltägliche und fest im offiziellen Sprachgebrauch der Werktätigen etablierte ideologische Klischees zu verwenden. Während die Helden der Erzählung in ihrer Alltagssprache für die südrussische Sprache typische Dialektismen und Ukrainismen verwenden, verfallen sie sofort in eine gespreizte offizielle Sprache, sobald die Rede auf „staatliche Angelegenheiten“ kommt, was häufig der Fall ist, da der Roman voller „Produktionskonflikte“ ist. So beschreibt Zverev die Aufnahme der Hauptheldin in die Partei zum Beispiel folgendermaßen:

„Raja war sehr aufgeregt, dass ihr eine solche Ehre zuteil wurde. Also sagte sie, wie sie es in der Broschüre, mit der sie sich vorbereitet hatte, gelesen hatte: ‚Ich werde [das Banner] hoch tragen und [die Ehre der Partei] sauber halten.‘ ‚Richtig‘, sagte daraufhin der Parteiorganisator Emčenko, ‚Hervorragend!‘⁵

Dass Rajas Formel durch Auslassungen völlig sinnentleert ist, stört dabei nicht im Geringsten, denn was dem Text fehlt, ergänzt Emčenko automatisch. Je niedriger das Bildungsniveau der Figuren ist, desto häufiger greifen sie zu klischeehafter Sprache, um ihre Gedanken genauer auszudrücken zu können, da eine solche Rede sie von der Notwendigkeit befreit, ihre Gedanken selbst zu formulieren. Alles wurde schon vor ihnen gesagt, wie Emčenko sagt: „Ich lese das Material und weiß Bescheid.“⁶ Erklärungen dieser Art sind in keiner

5 Zverev: *Ona i on*, 19.

6 Zverev: *Ona i on*, 19.

Weise ironisch gemeint, es gibt keine zweite oder dritte Bedeutungsebene. Der naive Glaube der Heldin an das geschriebene Wort des sowjetischen Neusprech tritt gerade deshalb so deutlich zutage, weil Zverev sich tatsächlich an der Sprache des Volkes orientiert hatte.

Ähnliche sprachliche Verrenkungen lassen sich auch bei Brežnev beobachten. So sehr sich auch Monotonie und Steifheit seiner öffentlichen Verlautbarungen in das kollektive Gedächtnis eingebrannt haben mögen, galt er im kleinen Kreis doch als geradezu begnadeter Redner. Sobald er sich auf sicherem Boden wähnte und Qualitäten wie Improvisationsgabe, Schlagfertigkeit und Vielfalt der sprachlichen Ausschmückung ausspielen konnte, war er durchaus in der Lage, seine Zuhörer zu fesseln. So äußerte sich etwa Viktor Golikov, der mehr als ein Vierteljahrhundert als Brežnevs Assistent gearbeitet hat, höchst anerkennend über dessen Qualitäten als Redner: „Man muss sagen, dass Brežnev viele gute Züge hatte. Er gefiel den Mitarbeitern des Apparats, war korrekt und wurde nie laut. Und wenn er auftrat, war er mitreißend. ‚Ganz wie Kirov!‘ sagten die Mitarbeiter des ZK unter sich.“⁷

Ein Beispiel für seine offene Art zu reden ist ein Auszug eines Auftritts Brežnevs auf der Sitzung des Führungstabs der Streitkräfte der UdSSR vom 25. April 1972. Brežnev spricht offensichtlich ohne Manuskript und improvisiert. Nachdem er mehrfach Ausdrücke benutzt hatte, in denen das Wort „Gott“ vorkommt („Gott bewahre“, „um Gottes Willen“), denkt er offensichtlich, seinen Zuhörern eine Erklärung schuldig zu sein:

„Wie ihr ja sicher alle wisst, bin ich wohl schon von Geburt Atheist. Und wer wie ich schon in den zwanziger Jahren im Komsomol war, der hat sicher auch mehr als einmal Gott gelästert. Aber wie dem auch sei, ist der Mensch ja doch so gebaut, dass er, wenn vor ihm eine schwarze Katze über die Straße rennt, denkt: Teufel, verdammt, warum muss mir die jetzt vor der Nase rumlaufen. Oder da rennt eine Frau mit leeren Eimern über die Straße, wo ich doch grad

7 Boldin / Golikov: Gensek Brežnev.

mit [Marschall] Grečko auf Wildschweinjagd gehe. Und du denkst, verdammt, warum muss die Olle hier rumlaufen, da kann das mit der Jagd ja nichts werden. Und so kommt es dann auch. Oder jemand sagt, dass wir ein Schaltjahr haben. Und du denkst dir nur, warum muss jetzt grad dies Jahr ein Schaltjahr sein. Und dann müsst ihr wissen, ich hab' mir die letzten zehn Jahre angeschaut, oder genauer die letzten zwölf. Da gab es drei Schaltjahre und die waren, was die Landwirtschaft angeht, alle ziemlich mau, und dann denke ich: Verdammt noch mal, ich versuche die Gedanken zu vertreiben, aber sie kommen doch wieder.“⁸

Brežnevs schlechtes Vorgefühl sollte sich übrigens bewahrheiten: Im Herbst 1972 gab es in der UdSSR eine extreme Dürre, die Brežnev selbst als „Naturkatastrophe gesamtstaatlichen Ausmaßes“ charakterisierte. Seinen Glauben bzw. Aberglauben dürfte das noch verstärkt haben.

Frei und geradezu vertraulich spricht Brežnev auf dem Plenum des Regionspartei Komitees des Altaj am 27. August 1972, bei dem er sich vor allem seinem Steckenpferd Außenpolitik widmete:

„Jetzt noch ein paar warme Worte zu unserer Außenpolitik. Das Treffen mit Pompidou, der Generalsekretär wird als Staatsoberhaupt mit allen Ehren empfangen. Ich fahre im Auto, ihr habt das Bild ja alle gesehen, vorne eine Eskorte und eine hinten. Gendarmen mit militärischem Gruß. Der Herr Brandt aus dem früher mal großen Deutschland will mit dem Generalsekretär sprechen, alle Dokumente unterschreiben, korrespondieren. Der Herr Nixon will den Generalsekretär treffen und lädt ihn zu sich ein. [...] Das heißt, sie erkennen unsere Partei als gesellschaftlich-politische Kraft an, mit der man rechnen muss, mit der man sprechen muss, höflich sprechen muss [...] Er [der Botschafter in den USA Dobrynin] wurde von Nixon zu Hause empfangen, irgendwo auf der Datscha. Er schreibt mir also, dass Nixon ihn durch die Datscha geführt hat und sagte: ‚Hier ist das Schlafzimmer. Hier wird Herr Brežnev wohnen. Und hier ist mein Arbeitszimmer. Hier werden wir mit Herrn Brežnev sprechen‘ [...]. Er ist bereit alles auf eine Karte zu setzen, nur

8 Rede Brežnevs bei einem Treffen der leitenden Kader der sowjetischen Streitkräfte vom 25.4.1972. RGANI, f. 80, op. 1, d. 261, l. 13–14.

um noch einmal wiedergewählt zu werden [...] und auch wenn er's nicht so sagt, will er wohl Unterstützung in dieser Frage.“⁹

In der folgenden Passage aus demselben Auftritt Brežnevs tritt der inoffizielle Charakter seiner Rede noch deutlicher zutage:

„Ich sage euch das jetzt ganz im Vertrauen. Nur eine Bitte, Genossen. Wie ihr seht, spreche ich frei. Ohne Text. Das ist hier nicht irgendein Referat, sondern ein Rechenschaftsbericht. Also sollt weder ihr, noch die örtliche Presse hier meine Worte hinausposaunen. Denn wenn das irgendeinem ausländischen Korrespondenten in die Finger gerät, wird alles verdreht, und das kann dann Schaden anrichten.“¹⁰

Sobald es aber ans Schreiben oder Verlesen schriftlicher Texte ging, wo Improvisation oder Scherze fehl am Platze gewesen wären, veränderte sich Brežnevs Sprache bis zur Unkenntlichkeit. Selbst in seinen persönlichen Aufzeichnungen benutzt Brežnev in der Regel jene schablonenhafte, gestelzte Sprache, die er sich in den Jahren als Parteiarbeiter, Kommissar und Politoffizier angeeignet hat. Hier ein Beispiel aus seinen Aufzeichnungen, das vollständig aus einem Leitartikel der *Pravda* kopiert zu sein scheint:

„[August 1966] Die politische Lage in Land und Partei ist gut. Gut aufgenommen wurden die Beschlüsse des Parteitags und des Maipenums des ZK. Es sind die Voraussetzungen für ruhiges Arbeiten und Tatendrang geschaffen. Noch mehr wuchs die Autorität der Partei und der Einheit des Volkes mit der Partei und der Regierung. Die Wahlen zum Obersten Sowjet übertreffen in ihren Resultaten alle vorhergehenden.“¹¹

Es ist charakteristisch, dass er sogar Eigennamen nie ohne den Zusatz „Genosse“ benutzt, und zwar selbst dann, wenn von „Kapitalisten“ die Rede ist: „Wer ist der Genosse, der rechts neben Kissinger sitzt?“

9 Stenogramm der Rede Leonid Brežnevs auf dem VII. Plenum des KPdSU-Komitees der Altai-Region vom 27.8.1972. RGANI, f. 80, op. 1, d. 378, l. 22–23, 26.

10 Ebd.

11 Notiz Leonid Brežnevs vom 1.8.1966. RGANI, f. 80, op. 1, d. 979.

Abgesehen davon fällt vor allem auf, dass jegliche Struktur in den Aufzeichnungen Brežnevs fehlt. Die einzelnen Textteile stehen ohne erkennbare Ordnung nebeneinander, wobei sich grob drei Arten von Texten unterscheiden lassen: 1.) Aufzeichnungen konspektiven Charakters, 2.) tagespolitische Notizen im Stil von „Hand am Puls der Zeit“, 3.) Notizen privaten Charakters.

Der konspektive Stil dominiert in den Aufzeichnungen von Mitte der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre, als Brežnev noch politisch aktiv und relativ gesund war. Dabei sind Brežnevs Zusammenfassungen im unmittelbaren Wortsinn synchron: Ungeachtet der Anwesenheit von Sekretären und Stenographen verfasste der Generalsekretär von eigener Hand umfangreiche Texte, in denen er die Worte seines Gesprächspartners oft im Wortlaut in Form einer Mitschrift festhielt. Seine Mitschriften sind in Unterpunkte, Schlüsselsätze und Zusammenfassungen unterteilt, bleiben in der Regel aber ohne eigene Wertung. Was die naheliegende Frage betrifft, welchen Zweck Brežnev damit verfolgte, lässt nur vermuten, dass ihm eine solche Art der Mitschrift weniger dazu diente, Dinge zur Erinnerung festzuhalten, sondern vielmehr ein spezifisches Mittel der Aneignung und Analyse von Informationen darstellte. Wahrscheinlich bestand darin seine „politische Küche“: Die eigenhändige Aufzeichnung war für ihn offenbar die bevorzugte Form, sich die aufgeschriebene Information anzueignen.

Nichtsdestotrotz lassen sich einzelne schriftliche Spuren von Nachdenken finden. Oft handelt es sich um Reflexionen der „ersten Ebene“, die sich auf das unmittelbare persönliche Umfeld beziehen. Er stellt in der Regel keine Überlegungen zu abstrakten Dingen an, denn eine solche Tätigkeit nimmt er als harte Arbeit wahr. Nicht zufällig hielt Brežnev am 16. März 1973 mit entwaffnender Offenheit in seinem „Tagebuch“ fest: „Viel Kompliziertes – man muss nachdenken und sitzen.“¹² Aber es lassen sich durchaus auch Ausnahmen finden. So schreibt Brežnev zum Beispiel am 6. Oktober 1972 auf seiner

12 Notiz Leonid Brežnevs vom 16.3.1973. RGANI, f. 80, op. 1, d. 984.

Datscha in Zavidovo: „Irgendwie das Dekret über die Juden nicht aufheben, aber de facto nicht anwenden.“¹³ In dieser sprachlich etwas schiefen Notiz ist die ebenso einfache wie kluge Idee enthalten, mit der er den Konflikt mit den USA abwenden zu können hoffte, der aus dem Dekret des Obersten Sowjets der UdSSR zur Frage der Emigration der jüdischen Bevölkerung vom 3. August 1972 entstanden war. Laut diesem Dekret mussten Juden bei ihrer Ausreise aus der UdSSR die staatlichen Ausgaben für ihre Ausbildung zurückerstatten – von den Zeitgenossen wurde diese Abgabe auch als „Judensteuer“ bezeichnet. Brežnevs Idee, das Dekret nicht aufzuheben, aber faktisch nicht anzuwenden, gab die gesamte Linie des sowjetischen Auftretens in diesem Konflikt vor und erlaubte der sowjetischen Seite, ohne Gesichtsverlust erhebliche Zugeständnisse zu machen. Allerdings arbeitete der sowjetische bürokratische Apparat damals zu schwerfällig, um die aufgrund des Jackson-Vanik-Amendments¹⁴ gegen die UdSSR verhängten Sanktionen noch abwenden zu können.¹⁵

Den Löwenanteil der Aufzeichnungen Brežnevs bilden Notizen im Stil von „Hand am Puls der Zeit“, die zuweilen an sein Lieblingsnachrichtenprogramm „Vremja“ erinnern. Diese tagespolitischen Notizen kreisen nahezu ausnahmslos um das Thema „Wie lebt das Land“ und gehen insbesondere in Brežnevs letzten Lebensjahren mit dem immer gleichen Refrain „Alles gut“ einher. Einen zweiten großen Komplex bildet Brežnevs große „Kader-Patience“, die sich vor allem aus Tausenden Namen hoher und mittlerer Partei- und Sowjetkader der UdSSR und der sozialistischen Staaten zusammensetzte, auf die der Generalsekretär seine Macht stützte.

13 Notiz Leonid Brežnevs vom 6.10.1972. RGANI, f. 80, op. 1, d. 983.

14 Das Jackson-Vanik-Amendment (1974) sollte es der Sowjetunion unmöglich machen, von der Meistbegünstigungsklausel und der Gewährung günstiger Kredite zu profitieren. Siehe: Saal: KSZE-Prozess und Perestroika, 55.

15 Siehe ausführlicher: Dönninghaus / Savin: Don't Be Seen Repealing, 19–44.

Was Notizen privaten Charakters betrifft, stieg deren Zahl in Brežnevs letzten Lebensjahren deutlich an. Die Aufzeichnungen der späten siebziger und frühen achtziger Jahre zeugen von einem allmählichen Abebben seines Interesses für politische und ökonomische Fragen. Dafür lassen diese Eintragungen mehr Rückschlüsse auf die Persönlichkeit des alternden Brežnev zu, dessen Aufzeichnungen sich in dieser Lebensphase vor allem um die Themen Gesundheit, Geld, Auszeichnungen oder Geschenke drehen.

So ist das erste Fazit, das sich aus der Analyse von Stil und Sprache der Aufzeichnungen Brežnevs ziehen lässt, dass dieser zeit seines Lebens im Wesentlichen ein Politarbeiter blieb. Was wir in dem Tagebuch lesen, sind die Aufzeichnungen eines ehemaligen Politoffiziers, der nie anders zu schreiben und oft auch nicht anders zu denken gelernt hat. Sobald es um politische Fragen ging, fiel es ihm leichter, sich in Schablonen auszudrücken als selbst „etwas auszudenken“. Die sowjetische politische Sprache, die Stephen Kotkin als die Fähigkeit definiert, „bolschewistisch zu sprechen“¹⁶, war Brežnev zur zweiten Natur geworden. Der schreibende Brežnev ist kein Revolutionsromantiker im Sinne der „Kommissare im Staubhelm“ aus Bulat Okudžavas berühmten Lied, sondern immer Politoffizier, geprägt von sowjetischer Ideologie und Bürokratie. Künftige Biografen Brežnevs sollten ihre Aufmerksamkeit deshalb in besonderem Maße seinen Jahren in der Armee widmen, denn eben dort wurde er als Politiker geformt, eben dort liegen die Wurzeln jener Persönlichkeit, die uns auf den Seiten seines Arbeitstagebuchs entgegentritt.

Das zweite Fazit mag auf den ersten Blick paradox klingen. Brežnevs Hinterlassenschaft sind die Aufzeichnungen eines Mannes, der sich sehr gut kannte und seine Stärken und Schwächen nüchtern einzuschätzen vermochte. Brežnev ist sich der Grenzen seiner Fähigkeiten vollauf bewusst und versucht gar nicht erst, irgendjemandem Sand in die Augen zu streuen. Brežnev schreibt nicht für die Nachwelt, sondern einzig und allein für sich

16 Siehe z. B.: Kotkin: *Govorit' po bol'shevistski*, 250–328.

selbst. Sein Text ist frei von jeglicher Selbstverliebtheit oder Effekthascherei. Es findet sich nicht einmal der Ansatz eines Versuchs, den Text planvoll zu strukturieren. Mit anderen Worten sind diese Texte durch und durch authentisch – und selbst die Sprachschablonen des sowjetischen Neusprech spiegeln tatsächlich die Persönlichkeit des Generalsekretärs wieder. Brežnev ist ehrlich mit sich – und somit auch absolut glaubwürdig für seinen Leser.

Die hier konstatierte „Ehrlichkeit“ mag auf den ersten Blick im Widerspruch zu Brežnevs allseits bekannter Eitelkeit stehen, die nicht zuletzt in dessen ausgeprägtem Interesse für Orden und Auszeichnungen jeder Art Ausdruck fand. Tatsächlich findet der Leser in den Aufzeichnungen des späten Brežnev einen ganzen Strauß von Beispielen für dessen übersteigerten Ehrgeiz. So notierte er zum Beispiel am 10. Mai 1978 mit höchster Befriedigung: „Dolgich¹⁷ [erzählte] von seiner Reise nach Spanien¹⁸ – Cunhal lässt wärmste Grüße ausrichten¹⁹ – bei der Erwähnung meines Namens haben sich alle erhoben. Sie wollen [mein] Buch ‚Malaja Zemlja‘ in ihrer Sprache herausbringen.“²⁰ Hier ist sehr wichtig zu verstehen, warum Brežnev all diese Dinge ohne eine Spur von Ironie für bare Münze nimmt. Noch in seiner Zeit als Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR hatte Brežnev den sowjetischen Journalisten gern eingeschärft: „Bescheidener, bescheidener, ich bin kein Leader oder Führer.“²¹ Und selbst als er schon Generalsekretär war, hielt er seine Referenten an, in seinen Reden weniger Marx zu zitieren, da doch ohnehin niemand glaube, dass „Brežnev Marx gelesen hat“.²² Aber in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre kam Brežnev offenbar für sich zu der Überzeugung, dass er

17 Vladimir Ivanovič Dolgich war 1972 bis 1988 Mitglied des ZK-Sekretariats der KPdSU.

18 Hier muss Brežnev Portugal mit Spanien verwechselt haben.

19 Álvaro Barreirinhas Cunhal war 1961 bis 1992 Generalsekretär der Portugiesischen Kommunistischen Partei.

20 Notiz Leonid Brežnevs vom 10.5.1978. RGANI, f. 80, op. 1, d. 987.

21 Burlackij: Voždi i sovetniki, 282.

22 Arbatov: Iz nedavnego prošlogo, 203.

in der Bilanz seines Lebenswerks zu seinen Vorgängern aufgeschlossen habe und maximaler Ehren würdig sei. So erklärte der Generalsekretär am 9. Mai 1976 auf einem Treffen mit alten Armeekameraden mit Blick auf die ihm verliehene Marschallwürde, dass er sich „zum Marschall hochgedient“ habe. In diesem „hochgedient“ liegt der Schlüssel zum Verständnis seiner greisen Eitelkeit. Damit kann es kein Zufall sein, dass er mit besonderer Befriedigung die Worte des Chefs der Abteilung für Auszeichnungen des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR A.N. Kopenkin niederschrieb: „10. Mai 1976. Verleihung des großen Marschallsterns. Es sprach Genosse Kopenkin, A.N. Er sagte: Ich habe die Stimme des Offiziers gehört, ich habe die Stimme des Generals gehört, und jetzt bin ich froh, die Stimme des Marschalls zu hören.“²³

Auf diese Weise zeugen die Arbeitsaufzeichnungen Brežnevs, die sich wahrscheinlich am besten als dessen „Bordbuch“ bezeichnen lassen, ohne Zweifel davon, dass Brežnev im Vergleich zu seinen Vorgängern Lenin, Stalin und Chruščev mehr Bürokrat als Ideologe, mehr Epigone als Theoretiker, mehr Politoffizier als Revolutionär war. Eitel im Leben, aber nicht in seinen Texten.

(Aus dem Russischen übersetzt von Lars Nehrhoff, Köln)

Literatur

Aksjutin, Jurij V. (Hg.): L. I. Brežnev. Materialy k biografii [L. I. Brežnev. Materialien zur Biografie]. Moskva 1991.

Arbatov, Georgij: Iz nedavnego prošlogo [Aus der jüngeren Vergangenheit]. In: Znamja (1990), Nr. 10, 203.

23 Notiz Leonid Brežnevs vom 10.5.1976. RGANI, f. 80, op. 1, d. 985.

- Bachtin, M. M.: Problema rečevyč žanrov [Das Problem der Sprech-Genres]. In: Bachtin, M. M.: Sobranie sočinenij. Tom 5: Raboty 1940–1960-ch gg. [Gesammelte Werke. Bd. 5: Arbeiten der 1940er bis 1960er Jahre]. Moskva 1996, 159–206.
- Boldin, V. / Golikov, V.: Gensek Brežnev [Der Generalsekretär Brežnev]. In: Zavtra Nr. 48 (470), 26.11.2002.
- Burlackij, Fedor M.: Voždi i sovetniki: O Chruščev, Andropove i ne tol'ko o nich ... [Führer und Berater: Über Chruščev, Andropov und nicht nur über sie ...] Moskva 1990.
- Černjaev, Anatolij S.: Sovmestnyj ischod. Dnevnik dvuch epoch. 1972–1991 gody [Gemeinsamer Ausgang. Tagebuch zweier Epochen. Die Jahre 1972–1991]. Moskva 2008.
- Dornberg, John: Breschnew. Profil des Herrschers im Kreml. München 1973.
- Dönninghaus Victor / Savin, Andrej: “Don’t Be Seen Repealing the Decree on the Jews – Just Don’t Enforce It”. L. I. Brezhnev, Détente, and Jewish Emigration from the USSR. In: Russian Studies in History 52 (Spring 2014), Nr. 4, 19–44.
- Grišin, Viktor V.: Ot Chruščeva do Gorbačeva. Političeskie portrety pjati Gensekov i A. N. Kosygina. Memuary [Von Chruščev bis Gorbačev. Politische Porträts von fünf Generalsekretären und A. N. Kosygin. Memoiren]. Moskva 1996.
- Hellbeck, Jochen (Hg.): Tagebuch aus Moskau 1931–1939. München 1996.
- Kotkin, Stephen: Govorit’ po bol’ševistski [Bolschewistisch sprechen]. In: Amerikanskaja rusistika: vechi istoriografii poslednich let. Sovetskij period. Antologija [Die amerikanische Russistik. Wegzeichen der Historiographie der letzten Jahre. Die sowjetische Periode. Anthologie]. Samara 2001, 250–328.

- Kudrjašov, Sergej (Hg.): Vestnik Archiva Prezidenta. Special'noe izdanie. General'nyj sekretar' L. I. Brežnev [Bote des Präsidentenarchivs. Sonderausgabe. Der Generalsekretär L. I. Brežnev]. 1964–1982. Moskva 2006.
- Medvedev, Roj: Ličnost' i èpocha. Poličasckij portret L. I. Brežneva. Kniga 1-ja [Persönlichkeit und Epoche. Politisches Porträt von L. I. Brežnev. Erstes Buch]. Moskva 1991.
- Medvedev, Vladimir: Čelovek za spinoj [Der Mann hinter dem Rücken]. Moskva 1994.
- Saal, Yuliya von: KSZE-Prozess und Perestroika in der Sowjetunion. Demokratisierung, Werteumbruch und Auflösung 1985–1991. München 2014.
- Zverev, I. Ju.: Ona i on [Sie und er]. In: Zverev, I. Ju.: Zaščitnik Sedov [Der Verteidiger Sedov]. Moskva 1990.

Peter Heumos

Systemwechsel auf blank gefegtem Fundament? Arbeitskampf und Protestverhalten in der Tschechoslowakei 1918–1968

Die Tschechoslowakei war 1938/39 mit den Übergängen von der parlamentarischen Demokratie der Ersten Tschechoslowakischen Republik in die NS-Besatzungsherrschaft und 1945/48 vom Protektorat Böhmen und Mähren in den Staatssozialismus – jeweils mit kurzen Zwischenphasen wie der autoritären Zweiten Republik 1938/39 und der „gelenkten Demokratie“ 1945–1948 – mit einschneidenden Systemwechseln konfrontiert. Meist wird in der Forschung davon ausgegangen, dass dies immer wieder eine Neukonfiguration nicht nur der politischen, sondern auch der sozialen Strukturen zur Folge hatte.

In der Tat lassen die Peripetien der politischen Entwicklung der Tschechoslowakei zwischen 1918 und 1968 nicht vermuten, dass man in diesem Zeitraum auf wandlungsresistente soziale Strukturen stößt. Ob sich dies aber tatsächlich so verhält, soll hier am Beispiel des industriellen Konflikts und des Protestverhaltens von Arbeitern diskutiert werden. Dies kann zum einen ein neues Licht auf die Frage werfen, inwiefern tradierte gesellschaftliche Organisationsformen und Selbstverständnisse – hier auf dem wichtigen Feld der industriellen Wirtschaft – den jeweiligen Herrschaftsansprüchen Grenzen oder in den jeweiligen Systemen zumindest eigene Akzente setzen konnte. Zudem kann dies Erkenntnisse für die moderne Streikforschung bergen, die gerade in Bezug auf die Interpretation von Streiks im Staatssozialismus einiges am tschechoslowakischen Beispiel ablesen könnte.

Hauptmerkmale der Streikbewegung in der Ersten Tschechoslowakischen Republik

Auch wenn man das Konzept der Modernisierung des Arbeitskampfes nur als erste Orientierungshilfe benutzt, liefert es für die Analyse der Streikbewegung in der Tschechoslowakei zwischen 1918 und 1938 nützliche Hinweise. Erstens wurden Streiks in diesem Zeitraum nicht konjunkturbewusst geführt, denn zwischen Konjunkturverlauf und Streikbewegung bestand bestenfalls kurzfristig ein loser Zusammenhang; zweitens konnte das zersplitterte Gewerkschaftssystem (in den 1930er Jahren gab es über 700 Einzelgewerkschaften, die nur zum Teil in Dachverbänden zusammengefasst waren) die Interessen der Arbeiterschaft nicht angemessen in die zentralen Machtarenen vermitteln, wenn man das strukturelle Gewicht des industriellen Sektors zum Maßstab nimmt.

Eingeschränkt wurde diese Vermittlung auch deshalb, weil das Gewerkschaftssystem auf Betriebs- und hoch spezialisierten Berufsgewerkschaften beruhte, die bereits auf Betriebsebene miteinander konkurrierten. Diese Fragmentierung verhinderte, dass der Arbeitskampf zwischen 1918 und 1938 effektiv geführt werden konnte. Obwohl sich die durchschnittliche Beteiligung an Streiks in diesem Zeitraum erhöhte, stieg gleichzeitig die durchschnittliche Streikdauer. Die Steigerung der Intensität des Arbeitskampfes blieb also wirkungslos und führte nicht zur Verkürzung der Ausstandszeit.

Auf der anderen Seite stand dieses Gewerkschaftswesen für eine sehr hohe Anpassung an die jeweilige Arbeitssituation, wie man am Tarifvertragswesen ablesen kann. In den 1930er Jahren entfielen auf einen Tarifvertrag im Landesdurchschnitt 15 Betriebe, d.h. es wurden im Wesentlichen lokale Arbeitsverhältnisse normiert. Diese betriebsnahe Regelung des industriellen Konflikts war politisch gewollt. Herausragende Vertreter der politischen Klasse wie der Sozialdemokrat Rudolf Bechyně haben bald nach der Gründung der

Republik klar gesehen, dass – bedingt durch die geografische Lage der Tschechoslowakei und ihre ethnische und politische Zusammensetzung – die sozialen Konflikte des Landes „tiefer und gefährlicher“ sein würden als die anderer Staaten.

Deshalb plädierten Bechyně und andere Politiker für eine Strategie, durch die soziale Konflikte isoliert auszuhandeln seien, was deren Sprengkraft verringern sollte. Hierher gehören Versuche, den Grad der Staatsbezogenheit des industriellen Konflikts zu verringern (unter anderem durch die Einführung des Genter Systems 1925), dann auch das Verhalten der Gewerkschaftsführungen. Diese verzichteten weitgehend auf das ihnen formal zustehende Vetorecht gegen Streiks und überließen den Umgang mit dem Arbeitskampf mehr oder weniger den spontanen Einfällen der Arbeiter.

Ausdruck des wenig formalisierten Charakters des industriellen Konflikts waren ferner die Arbeiterdeputationen, die bei Arbeitskämpfen an einflussreiche Persönlichkeiten appellierten und ihnen Petitionen überbrachten – ein Verfahren, das den Vorrang einer an face to face-Kommunikation gebundenen Beschwerdekalisierung vor einer institutionell geregelten Vermittlung des industriellen Konflikts besonders deutlich macht. Bekannt sind vor allem die Arbeiterdelegationen, die zu Präsident Masaryk entsandt wurden, um ihn als Schiedsrichter in Rechts- und Sozialkonflikten anzurufen. Die Person erschien in dieser Sicht als quasirechtliche Instanz und das Recht selbst noch als moralisch fundierte Interaktion. Im Kern handelt es sich daher um eine vorindustrielle, von der „moralischen Ökonomie“ der handwerklichen Produktionsform geprägte Rechtsauffassung. Und in der Tat hatte auch zwischen 1918 und 1938 gerade diese Produktionsform in der Tschechoslowakei noch erhebliches Gewicht: Der Anteil der Betriebe mit ein bis fünf Beschäftigten an allen gewerblich-industriellen Betrieben lag 1930 in den böhmischen Ländern bei knapp 90 Prozent.

Mit diesen wenigen Hinweisen sollte deutlich werden, dass die Regelung des industriellen Konflikts in der tschechoslowakischen Zwischenkriegsrepublik punktueller Natur war und jeweils nur eine relativ kleine Zahl von Arbeitern erfasste. Die Verhandlungen zur Beilegung eines Streiks fanden gewöhnlich auf unteren institutionellen Ebenen statt und wurden selten in die zentralen politischen Entscheidungsarenen vermittelt. Die industrielle Konfliktregelung hatte „staatsfernen“ Charakter.

Zwischen 1918 und 1938 stieß dieses Verfahren andererseits kaum auf Kritik in der Masse der Arbeiterschaft. Die Betriebsräte scheiterten mit ihren (wenigen) Versuchen, sich überbetrieblich zu organisieren und Konfliktmacht zu akkumulieren, auch an der Indifferenz der Arbeiterschaft. Daher ist zu vermuten, dass die (in modernisierungstheoretischer Sicht) ineffektive Regelung des industriellen Konflikts von anderen sozialen Strukturen aufgefangen und bis zu einem gewissen Grad kompensiert werden konnte.

In diesem Zusammenhang kann man an das Arbeitergenossenschaftswesen denken. Dabei geht es weniger um die genossenschaftssozialistische Idee mit ihren Forderungen nach Überführung der Industrie in genossenschaftliches Eigentum und nach betrieblicher Selbstverwaltung. Der Solidaritätseffekt der Genossenschaftswesens beruhte in erster Linie auf Hilfeleistungen unmittelbar am Subsistenzniveau: vor allem auf der Unterstützung von Arbeitslosen und auf der umfassenden Versorgung von Familienangehörigen bei längeren Arbeitskämpfen.

Es spiegelt das gesellschaftliche Gewicht des Genossenschaftswesens und seine Fähigkeit, soziale Konflikte bereits auf niedriger institutioneller Ebene zu dämpfen, dass die Parteien in Krisenzeiten zunächst für dessen Ausbau zu plädieren pflegten. Das tschechische Genossenschaftswesen trug aus historischen Gründen ausgeprägt antietatistische Züge, denn in der österreichisch-ungarischen Monarchie bildeten die Genossenschaften ein bedeutendes Teilstück der dem Staat abgerungenen Selbstverwaltung.

Grundzüge des Arbeitskampfes und Protestverhaltens im Protektorat Böhmen und Mähren

Unsere Kenntnisse der Entwicklung des industriellen Konflikts im Protektorat Böhmen und Mähren sind eher dürftig. Am überwiegend lokal begrenzten Charakter und an der Einzelfallregelung dieses Konflikts dürfte sich freilich wenig geändert haben. Für das Okkupationsregime war das Regelungsmuster der Ersten Republik zu günstig, um nicht durch Überwachung und Kontrolle zementiert zu werden. Woran ist dies zu erkennen?

Es gibt zunächst Anzeichen für die Aufrechterhaltung der traditionellen Rechtsauffassung von der exponierten Persönlichkeit als quasirechtlicher Instanz. Bei Lohnkonflikten mit den Unternehmern dachten tschechische Arbeiter im Protektorat Böhmen und Mähren auch daran, sich an den Reichsprotektor von Neurath als Schiedsrichter zu wenden. Die vorindustrielle Rechtsauffassung ging also offenbar mit einer ideologiearmen Wahrnehmung des industriellen Konflikts einher. Dementsprechend standen Streiks auch unter NS-Herrschaft vielfach nicht unter politischem Vorzeichen, sondern hatten mit „normalen“ Alltagsquerelen zu tun.

So wurde der Arbeitskampf in einer Graugießerei in Prag-Vysočany im August 1943 zunächst nur von den Arbeiterinnen geführt, die von einer Neuregelung der Arbeitszeit besonders betroffen waren. Erst nach hitzigen Diskussionen legten auch die als „Feiglinge“ beschimpften und dadurch in ihrer „Ehre“ gekränkten Arbeiter die Arbeit nieder. Andererseits fehlte es nicht an Arbeitskämpfen, die ein deutliches politisches Zeichen setzten. Die Bergarbeiter im westböhmischen Mirošov lehnten es 1943 geschlossen ab, eine Sonderschicht zum Geburtstag Adolf Hitlers zu fahren.

Für den vorliegenden Zusammenhang geben beide Beispiele weniger her als ein Widerstands- und Protestverhalten, das – soweit bisher zu sehen – die

typische Form der Auseinandersetzung der Arbeiterschaft mit dem Okkupationsregime bildete. Dabei ging es darum, den sozialen Raum des Betriebes gegen das Einwirken höherer, mit Kollaboration identifizierter organisatorischer Strukturen abzuriegeln. Praktiziert wurde dies von kleineren Arbeitergruppen, deren Mitglieder einander vertrauten.

Die Strategie dieser Kleingruppen – ein Beispiel ist eine konspirativ organisierte Gruppe von 20 Arbeitern in einer Metallfabrik in Prag-Žižkov – richtete sich in erster Linie gegen die Protektoratsgewerkschaft. Da diese bei der Mehrheit der Arbeiter von vornherein im Geruch der Kollaboration stand, flüchteten sich die unteren Gewerkschaftsfunktionäre in alibistische Verhaltensweisen. Konkret bedeutete dies, dass sie es zum Beispiel mit ihren Kontrollbesuchen in den Fabriken nicht so genau nahmen – mit der Folge, dass sich an der gewerkschaftlichen Basis genügend Raum für widerständige Aktivitäten bot.

Die traditionelle Ausrichtung des Protestverhaltens auf das betriebliche Handlungsfeld und auf die Abschirmung lokaler Milieus wurde auf diese Weise konserviert. Dass die Protektoratsindustrie beispielsweise das Blaumachen der Arbeiter trotz aufgeblähter Kontrollapparate gerade in der Rüstungsindustrie nicht in den Griff bekam, wie das Rüstungskommando Brunn im Januar 1944 einräumte, ist ohne das hier skizzierte betriebszentrische Resistenzverhalten kaum denkbar. Der Staatssozialismus hat nach 1948 das Erbe des Protektorats angetreten: In Anknüpfung an die erfolglosen Laienkontrolleure der NS-Kriegswirtschaft rückte das kommunistische Regime dem Problem blaumachender Arbeiter zwar ebenfalls mit erheblichem administrativen Aufwand zu Leibe, blieb aber ebenso erfolglos wie das NS-Okkupationsregime.

Streik und Protestverhalten im Staatssozialismus

Zunächst ein Wort zu der oft vorgebrachten These, dass von Kontinuität zwischen Vor- und Nachkriegszeit in unserem Zusammenhang nicht die Rede sein könne, weil die traditionelle Sozialstruktur der Arbeiterschaft im Protektorat Böhmen und Mähren weitgehend zerschlagen wurde. Dass sich die Zahl der Beschäftigten in der Industrie während der Okkupation im Zuge der Arbeitskräftelenkung bis 1944 nahezu verdoppelte und mehr als eine halbe Million Arbeitskräfte aus den böhmischen Ländern und der Slowakei zum Arbeitseinsatz im Altreich verpflichtet wurden, scheint für diesen Einwand zu sprechen. Andere soziale Strukturen deuten jedoch keineswegs auf einen Traditionsbruch hin. Zu diesen gehört der berufliche Wertekanon der Arbeiterschaft, der nach 1948 auf breiter Front gegen die unmittelbare Politisierung des Arbeitsprozesses ins Feld geführt wurde.

Die unmittelbare Politisierung des Arbeitsprozesses vollzog sich im Staatssozialismus bekanntlich über die sozialistischen Arbeitsinitiativen. Ihr Ziel war, über ein neues Arbeitsethos und neue Arbeitsmethoden eine neue, der Partei qua Leistung politisch ergebene Arbeiterklasse zu schaffen. Nirgendwo prallten tradierte Wertvorstellungen und staatssozialistische Ambitionen so heftig aufeinander wie bei der organisierten industriellen Leistungssteigerung. Massenhafte Proteste gegen die damit verbundene Produktion von Ausschuss und innerbetriebliche Konflikte und Sabotageakte gegen die gefeierten Helden der Arbeit, die auf Kosten handwerklich-solider Arbeit alle Rekorde purzeln ließen, waren an der Tagesordnung.

Die Partei heizte den Konflikt noch an und trug ihren Betriebszellen auf, die Solidarstrukturen der älteren Kader der Facharbeiter zu zerschlagen, die gegen Stachanovcen, Stoßarbeiter und Wettbewerber ihre Qualifikation und ihre Berufsehre ins Feld führten. Den Machtkampf zwischen beiden Gruppen entschieden die „alteingesessenen“ Arbeiter jedoch für sich. Bei der Arbeits-

zuteilung mussten ihnen auch die als „revolutionäres Element“ apostrophierten Mitglieder der Brigaden der sozialistischen Arbeit den Vortritt lassen.

Die starke Stellung der älteren Facharbeiterkader beruhte darauf, dass sie in den periodisch wiederkehrenden kritischen Phasen der Planerfüllung den Karren aus dem Dreck zu ziehen pflegten. Vergegenwärtigt man sich, dass allein zwischen 1948 und 1960 rund eine halbe Million Arbeitskräfte in die Industrie strömten, die in der Masse keinerlei Qualifikationen besaßen, kann von einer Statushebung der qualifizierten Arbeiterschaft durch „Unterschichtung“ gesprochen werden. Dieses Beispiel zur Frage der Kontinuitätslinien zwischen der Vorkriegsrepublik und der Volksdemokratie im industriellen Bereich mag an dieser Stelle genügen.

Für den Zeitraum 1945–1968 wurden bislang rund 400 Streiks ermittelt. Sieht man von den wenigen großen Eruptionen (1951 in Brünn, 1953 vor allem in Pilsen) ab, unterschieden sie sich nicht vom Vorkriegsmuster: Spontaneität, Beschränkung auf den Einzelbetrieb, Einzelfallregelung, kurze Dauer und partielle Beteiligung der Belegschaft waren typische Merkmale. Der Einwand gegen die Annahme, die partikulare Struktur der Streikbewegung der Ersten Republik habe sich unter dem Staatssozialismus fortgesetzt, bietet sich an: In der Praxis wurden Streiks nach 1948 als „staatsfeindliche“ oder „terroristische“ Aktionen zumeist von der Polizei und den Volksmilizen gewaltsam niedergeschlagen. Der Staatssicherheitsdienst wachte zudem mit Erfolg darüber, dass Versuche, einen Arbeitskampf auf andere Betriebe auszuweiten, unterbunden wurden.

Wenn also die Machtfülle des Staatsapparats ausschlaggebend dafür gewesen sein soll, dass Streiks lokal isoliert und damit ineffektiv blieben, liegt die Frage nahe, ob die Arbeiter in Phasen deutlichen Machtverfalls der Partei effektivere Strategien des Arbeitskampfes ins Auge fassten. Das Gegenteil war der Fall: Als sich 1968 das Machtmonopol der Kommunistischen Partei der

Tschechoslowakei (KPTsch) auflöste, zerbrach die Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung (Revoluční odborové hnutí, ROH) unter dem Druck ihrer Basisorganisationen und zerfiel in 25 hoch spezialisierte Berufsgewerkschaften, die Autonomie und die Rückkehr zu den „reichen Traditionen und Erfahrungen“ der „Vergangenheit“ (also der Ersten Tschechoslowakischen Republik) verlangten.

Die Entwicklung des Arbeitskampfes unter staatssozialistischen Verhältnissen folgte also offenbar einer eigenen sozialen Logik. Deren Konturen werden deutlicher, wenn man zwei Komplexe hinzunimmt: die Bewegung der Betriebsräte und, eng damit zusammenhängend, die Radikalisierung der traditionellen Sehweisen und Weltbilder der Arbeiterschaft. Beide Komplexe wurden an anderer Stelle schon dargestellt, hier genügt ein knapper Aufriss.

Die Betriebsrätebewegung, die die Masse der Arbeiter repräsentierte, tauchte in der Phase des Zusammenbruchs des Okkupationsregimes aus dem Untergrund auf. Ihre Vorstellungen über die künftige sozialistische Republik und speziell über die Organisation der Industrie lagen quer zu denen der KPTsch und der ROH.

Theoretisch hat die 1945 gegründete Einheitsgewerkschaft Klassenlage und Macht der Arbeiterschaft in historisch einmaliger Weise gehoben und den Arbeitsbeziehungen eine zuvor nie erreichte Strukturdominanz verliehen. Erfahrene Gewerkschafter bezweifelten allerdings schon in den ersten Nachkriegsjahren, dass es der ROH gelingen würde, die traditionelle subkulturelle Differenzierung und das ausgeprägte berufsständische Sonderbewusstsein der Arbeiterschaft durch ein neues einheitliches Organisationsverhalten zu ersetzen.

In der Tat zogen sich die Proteste der Arbeiter gegen den bürokratischen Koloss der ROH und ihre Forderungen nach stärkerer Autonomie für die Einzelgewerkschaften von den ersten Nachkriegsjahren bis 1968 hin. Dahinter stand nicht nur die Erwartung, dass den Interessen der verschie-

denen Industriezweige auf diese Weise besser Rechnung getragen wurde, sondern auch die Frage der Partizipation. Was für die Betriebsräte 1945 in dieser Hinsicht faktisch vorgesehen war, nämlich sich auf die Rolle des Antriebsaggregats der industriellen Leistungssteigerung zu beschränken, deckte sich bei weitem nicht mit ihren Ansprüchen.

Auf breiten und massiven Widerstand stieß der Zentralrat der Gewerkschaften mit seinem Hineinregieren in die Betriebe. Es war daher folgerichtig, dass die Betriebsausschüsse der ROH, die seit 1959 als Nachfolger der Betriebsräte deren Politik konsequent fortsetzten, im Prager Frühling des Jahres 1968 verlangten, in ihrer Satzung ein Vetorecht zu verankern, das Interventionen des Zentralrats in die gewerkschaftlichen Basisorganisationen verhindern sollte.

An diese Strategie der Abschottung gegen Eingriffe der Gewerkschaftsführung hielten sich die Betriebsräte auch gegenüber der KPTsch. Die Machtverhältnisse ließen kaum etwas anderes zu: Während die Betriebsräte den industriellen Sektor auf Betriebsebene vor allem in den ersten Nachkriegsjahren beherrschten, blieben ihnen die Kommandohöhen der Politik von Anfang an verschlossen. Mit ihrer Forderung, die Industrie nicht zu verstaatlichen, sondern in der Form genossenschaftlicher Selbstverwaltung zu sozialisieren, fanden sie in den Entscheidungszentren kein Gehör. Verweigert wurde den Betriebsräten trotz massiver Proteste jede Mitwirkung an dem 1946/47 eingeleiteten Umbau des Entlohnungssystems und der Neufestsetzung der Arbeitsnormen.

Macht akkumulierten die Räte dagegen auf der Betriebsebene: Schritt für Schritt beschnitten sie den Einfluss der Betriebszellen der KPTsch, die das Prinzip der „führenden Rolle der Partei“ in den Betrieben durchsetzen sollten. Strategisch wichtig war ihre Einflussnahme auf die betrieblichen Disziplinarkommissionen, die politisch verfolgten Arbeitern Schutz bot. Zu erwähnen ist schließlich der erhebliche informelle Machtgewinn der Betriebsräte

durch das Eindringen in das betriebliche Leitungspersonal, wobei sie davon profitierten, dass zahlreiche Säuberungen des industriellen Managements dessen Position auf Dauer schwächten. Schon 1951 war es im Einzugsbereich des Kreisgewerkschaftsrates Prag eine allgemeine Erscheinung, dass die Betriebsräte die Aufgaben der Betriebsleitung übernommen hatten.

Über die Jahre hinweg richtete sich die Kritik der Betriebsräte an der Kommunistischen Partei zuallererst gegen ihren Dirigismus im gewerkschaftlichen und Produktionsbereich. Im Frühling 1968 summierten sich diese Einwände zur Forderung der Betriebsausschüsse der ROH, die Partei solle künftig auf direkte Eingriffe in die inneren Verhältnisse der Gewerkschaftsorganisationen und in den Produktionsprozess verzichten.

Ideell zusammengehalten wurde der informelle Machterwerb der Betriebsräte durch genossenschaftssozialistische Vorstellungen, die nun allerdings energischer vertreten wurden. Zu erkennen sind sie an einem im betrieblichen Alltag stets präsenten antibürokratischen und antizentralistischen Affekt, der die „Unproduktivität“ und „Degenierung“ institutioneller Arrangements höherer Ordnung aufs Korn nahm.

Der 1951 im Betriebsrat der Škoda-Werke formulierte Grundsatz „Die Fabrik gehört uns allen“ lässt zusammen mit der Zielsetzung der Betriebsräte, in den Fabriken die Trennung zwischen ausführendem und leitendem Personal aufzuheben, als zweite programmatische Orientierung eine syndikalistische Strömung erkennen. Die Parteispitze sparte nicht mit aufgeregten Kommentaren zu den „anarchosyndikalistischen Tendenzen“: Mit diesen kamen zur Idee eines „staatsfreien“, genossenschaftlich geprägten Sozialismus programmatische Vorstellungen hinzu, die ebenfalls quer zum staatlich organisierten Sozialismus lagen. Vor diesem Hintergrund ist erklärlich, dass die Abriegelung der Betriebe gegen die zentralen Machtinstanzen im Vergleich zur Vorkriegsrepublik kompakter wurde. Dabei ging es oft handfest zu. So wur-

den Delegationen des Zentralrats der Gewerkschaften, die 1951 Maschinenbaufabriken inspizieren wollten, bereits an den Fabrikatoren abgewiesen.

Von Konformität der Industriearbeiter zu den Verhaltensnormen des Staatssozialismus – das belegen auch diese knappen Hinweise – kann somit keine Rede sein. Dies setzt sich beim Thema „Streik“ fort. In der Forschung galten Streiks unter kommunistischer Herrschaft zunächst als *quantité négligeable* und gänzlich wirkungslos. Sie sollen, so der Tenor, nicht einmal eine Schramme an den Machtapparaten hinterlassen haben.

Von den schon erwähnten 400 Streiks in der Tschechoslowakei zwischen 1945 und 1968 entfielen mehr als die Hälfte (218) auf den Zeitraum 1948–1953, also auf eine Phase hoher Gewaltbereitschaft des Staatsapparats. Warum die Streikfrequenz nach 1953 deutlich zu sinken begann und bis zum Beginn der 1960er Jahre gegen Null tendierte, lässt sich unterschiedlich erklären. Am plausibelsten ist die Annahme, dass die Streikfrequenz in dem Moment zu sinken begann, als eine wesentliche Form der Intervention der Machtapparate in den Betrieb, nämlich die autoritäre Regelung des industriellen Konflikts, Schritt für Schritt beseitigt wurde.

Den Vorrang der machtpolitischen Betrachtungsweise von Arbeitskämpfen in der ersten Hälfte der 1950er Jahre belegt die Tatsache, dass die Beratungen im Anschluss an Streiks zumeist nicht in der Fabrik, sondern am Sitz des zuständigen Bezirks- oder Kreiskomitees der KPTsch stattfanden. Vertreter der Gewerkschaften und des industriellen Managements nahmen in der Regel an den Verhandlungen teil. Dass sich die Partei jedoch an kein verbindliches Prozedere gebunden fühlte, wird dadurch dokumentiert, dass Bezirks- und Kreisfunktionäre der KPTsch auch im Alleingang – ohne Hinzuziehung der Gewerkschaften und des betrieblichen Leitungspersonals – über die Modalitäten der Regelung des Arbeitskonflikts entscheiden konnten.

Angesichts der permanenten Streiklust während des ersten Fünfjahresplans wurde der Parteiführung bald nach der landesweiten Streikwelle Anfang Juni 1953 bewusst, dass die politischen Kosten brachialer Unterdrückung der Arbeitskämpfe denn doch zu hoch waren. Bei Verhandlungen mit streikenden Bergarbeitern wurde nun erstmals auf Bargaining-Methoden zurückgegriffen. Im Frühsommer 1957 fand in Jičín der erste Arbeitskonflikt ohne Beteiligung der Partei statt. Das Ziel war für die Arbeiter im März 1960 erreicht, als der Betriebsausschuss der ROH in einem Maschinenbaubetrieb im ostböhmischen Slatiňany bei einem Streik zum ersten Mal alle Fäden selbst in der Hand hielt und mit der Betriebsleitung in eigener Regie verhandelte. Die Partei trat nur noch am Rande in Erscheinung: Ihre Betriebszelle musste die für die Verhandlungen benötigten Akten heranschaffen.

Parallel zum Rückzug der Partei und höherer Gewerkschaftsorgane aus der industriellen Konfliktregelung trat die Staatssicherheit bei Streiks in den Hintergrund. Nachdem diese zunächst direkt an Streikverhandlungen teilgenommen hatte, bestand ihre Aufgabe später darin, die Hintergründe beteiligungsstarker Streiks zu untersuchen und die Rädelsführer ausfindig zu machen. Nach 1953 wurde die Staatssicherheit nur noch auf Anweisung der Partei bei Arbeitskonflikten tätig. Im Februar 1958 fand im mährischen Kohlerevier Hodonín – soweit bisher zu sehen – der letzte Arbeitskampf statt, in den die Staatssicherheit eingriff.

Die Auswirkungen dieses Rückzugs auf das Selbstbewusstsein der Belegschaften wird man kaum überschätzen können. Als eine Delegation des Zentralrats der Gewerkschaften 1960 in einer mittelböhmischen Fabrik den Betriebsausschuss der ROH absetzte, wurde dieser nach der Abreise der Delegation wieder eingesetzt. Mit der Abriegelung „nach oben“ blieb konsequenterweise das aus der Vorkriegsrepublik ererbte Mittel der Arbeiterdeputation erhalten: Die Schmiede in den Škoda-Werken, die im Januar 1953 eine Deputation zu Ministerpräsident Antonín Zápotocký entsandten, weil ihnen die

Hüttenzulage gestrichen worden war, taten dies so selbstverständlich wie Arbeiter in der Vorkriegsrepublik. Nicht zu übersehen ist, dass auch hinter dieser Tradition nun ein größeres politisches Gewicht der Arbeiterschaft stand. Im Oktober 1956 forderten Bergleute in Břežánky, die gegen Nachtarbeit an Samstagen streikten, den Energieminister als Verhandlungspartner an. Dieser machte sich aus Prag auf den Weg und nahm in Břežánky unter Tage Verhandlungen mit den Bergleuten auf.

Mit diesem paternalistischen Muster der Regelung sozialer Konflikte blieb das traditionelle Verhalten im Hinblick auf den Schutz vor staatlicher Gewalt erhalten. Dass Arbeiter seit dem frühen 19. Jahrhundert – um ihre friedlichen Absichten zu demonstrieren – zu Streiks häufig ihre Familien hinzuzogen, war im tschechoslowakischen Staatssozialismus noch immer präsent. Als Arbeiter in Železný Brod 1953 in den Streik traten, riefen sie ihre Frauen und Kinder in die Fabrik.

Berichte über Arbeitskämpfe im Staatssozialismus lassen oft erhebliches Selbstbewusstsein und eine ausgeprägte Verhaltenssicherheit der Streikenden erkennen. Streiks wurden gern zu Provokationen genutzt, wobei die Forderung nach „Streikgeld“, Spottlieder auf die Politik der Partei und das Nachäffen des Parteijargons besonders beliebt waren. Beim massenhaften, mit viel Situationswitz verknüpften Umfunktionieren des sozialistischen Wettbewerbs zeigte sich die weit verbreitete hedonistisch-anarchische Grundstimmung in der Arbeiterschaft besonders deutlich.

Die Voraussetzungen für solche Verhaltensmuster waren keineswegs günstig. Nur selten streikte die gesamte Belegschaft, und das galt auch dann, wenn alle Dämme zu brechen schienen. Während der landesweiten Unruhen Anfang Juni 1953 legte in den Waffenwerken in Strakonice nicht mehr als ein Viertel der insgesamt 6.200 Beschäftigten die Arbeit nieder. Streiks beschränkten sich meistens auf einen einzelnen Fertigungsbereich und Gruppen von Arbeitern, die arbeitsorganisatorisch integriert waren. Es war also

von vornherein klar, dass relativ wenig Konfliktmacht mobilisiert werden konnte. Angesichts drakonischer Strafen für die Beteiligung an Streiks wird zudem Angst vor Repressionen für niedrige Beteiligung gesorgt haben. Ausschlaggebend kann dies jedoch nicht gewesen sein, denn die rückläufige Kriminalisierung von Arbeitskämpfen in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre löste keine steigende Beteiligung aus.

Die Verhaltenssicherheit der Arbeiter im industriellen Konflikt lässt sich wohl am besten damit erklären, dass die Arbeitswelt in hohem Maße lebensweltlich überformt wurde. Erst diese Entgrenzung von Arbeits- und Lebenswelt brachte soziale Milieus in den Betrieben hervor, die stabile Ablehnungspositionen ermöglichten. Ein Beispiel ist das Scheitern der Einführung von Schichtarbeit. Die vorherrschende Auffassung der Arbeiter war, dass sie der Schichtarbeit nicht das gesellschaftliche und Familienleben opfern würden, und daran hielten sie zäh fest. Der Zentralrat der Gewerkschaften musste 1965 einräumen, dass bei der Schichtarbeit seit 1948 keine Fortschritte erzielt worden seien. Lebensweltliche Impulse lösten in vielen Fällen unmittelbar Streiks aus. So schwänzte die Nachtschicht einer Textilfabrik in Hořice im Oktober 1953 die Arbeit, vergnügte sich stattdessen beim Tanz auf einer dörflichen Kirmes – und am nächsten Morgen streikte sie gegen Nachtarbeit.

Fazit: Tschechoslowakisches Arbeitskämpfmuster und Streikforschung

Resümierend ist festzustellen, dass die partikularistische Einzelfallregelung des industriellen Konflikts zwischen 1918 und 1968 unter wechselnden politischen Bedingungen das vorherrschende Verfahren blieb. Vor 1938 lag diesen Bedingungen die Überlegung zugrunde, wie die gesellschaftliche Entwicklung angesichts absehbarer außenpolitischer Belastungen stabilisiert

werden könnte. Nach 1945 ließen die politischen Machtverhältnisse nicht mehr als eine punktuelle Regelung von Arbeitskämpfen zu.

In beiden Fällen lag die Konfliktregelung unterhalb der Möglichkeiten, die in einem hoch industrialisierten Land wie der Tschechoslowakei denkbar erschienen. Akzeptabel blieb das Regelungsmuster für die Arbeiter deshalb, weil seine Mängel aufgefangen wurden: In diesem Sinne entsprach den Genossenschaften vor 1938 die informelle Machtposition der Betriebsräte nach 1945, die über ihre starke Position in den Lohnkommissionen der Betriebe erheblich zur Verbesserung der materiellen Lage der gering qualifizierten Arbeiter beitrugen.

Langfristig vertraten die Arbeiter ihre Interessen mit wachsendem Nachdruck. Vor dem Krieg war den Betriebsräten in der Konsequenz der Strategie der Nichtzusammenfassung sozialer Konflikte das Recht mehr oder weniger in den Schoß gefallen, einen Streik auszurufen. Unter dem Staatssozialismus forderten die Betriebsausschüsse der ROH, das Streikrecht in ihrer Satzung zu verankern.

Lokalismus, Abschottung eines selbstgenügsamen, lebensweltlich überformten sozialen Milieus „nach oben“ und das über die Person vermittelte Muster der industriellen Konfliktregelung hatten ihre eigene, von den politischen Machtverhältnissen unabhängige soziale Logik. Als 1968 das „stählerne Gehäuse“ kommunistischer Macht zerbrach und sich gesellschaftliche Interessen fast nach Belieben formieren konnten, optierten die Arbeiter für eine gewerkschaftliche Organisation, die ihnen – mit ihren Stärken und Schwächen – seit jeher vertraut war.

In der Streikforschung ist das hier skizzierte tschechoslowakische Muster der industriellen Konfliktregelung aktuell geworden. Aus welchen Gründen?

a) Die Theorie der Modernisierung des Arbeitskampfes verliert an Boden, in erster Linie deshalb, weil sie die gewerkschaftlich nicht gebilligten, also die

wilden Streiks ausspart und damit die ambivalenten, bizarren und chaotischen Momente des Protestverhaltens unter den Teppich kehrt. Das ist umso gewichtiger, als – wie neuere Forschungen zeigen – illegale Streiks in vielen europäischen Ländern im 19. und 20. Jahrhundert einen weit größeren Anteil an den gesamten Arbeitsniederlegungen ausmachten als bisher angenommen.

Hinzu kommt, dass seit den 1960er Jahren die sogenannten neuen sozialen Bewegungen Einfluss auf wilde Streiks nehmen. Diese Bewegungen sind nicht nur eine Ressource der unmittelbaren Politisierung von Arbeitskämpfen. Die bunten Formen ihres Protestverhaltens (etwa der Occupy-Bewegung) liegen quer zum traditionellen, gewerkschaftlich normierten Protestverhalten. Mit alledem wird die Annahme der Theorie der Modernisierung des Arbeitskampfes fragwürdig, dass die Entwicklung des Arbeitskonflikts einen kontinuierlichen Rationalitätsgewinn verzeichnet, da Planung der betrieblichen Sozialbeziehungen und Collective Bargaining zunehmend perfektioniert werden. Hinfällig wird dann allerdings auch die Annahme, mittels dieser beiden Komplexe könne der soziale Frieden auf Dauer gesichert werden.

b) Spätestens seit den 1990er Jahren schrumpft in modernen Gesellschaften der Sektor der „klassischen“ Industrien, der Resonanzboden traditioneller gewerkschaftlicher Arbeitskampfstrategien, während das Gewicht des Dienstleistungssektors steigt. Damit geht einher, dass Streiks „kleinteiliger“ werden, d.h. Streikbewegungen tendenziell den Charakter von Massenbewegungen verlieren. Der Dienstleistungssektor ist zugleich offener für lebensweltliche Impulse aller Art. Das schlägt sich in einem breiteren Spektrum der Streikanlässe nieder, möglicherweise auch darin, dass seit 1990 im Durchschnitt länger gestreikt wird.

c) Der seit den 1980er Jahren erkennbare Übergang zum postfordistischen Produktionsmodell ist nicht nur durch eine mikroelektronisch gestützte

„Subjektivierung“ der Arbeit gekennzeichnet, sondern auch durch die Entgrenzung von Arbeits- und Lebenswelt. An die Beschäftigten wird die Forderung herangetragen, ihre lebensweltlich erworbenen Social Skills auch für die Arbeitsaufgaben einzusetzen. An der Sozialfigur des Teleheimarbeiters wird deutlich, dass sich im Zuge dieser Entwicklung die Trennung zwischen Arbeits- und Lebenswelt im Sinne von Erwerbs- und Reproduktionssphäre auch räumlich auflöst. Eine Folge dieser Entwicklung ist die Schwierigkeit der Koordinierung von Arbeitskämpfen unter gemeinsamen Zielvorstellungen.

Die Streikforschung zieht aus diesen Entwicklungstendenzen konzeptionelle Schlussfolgerungen. Von der Tagesordnung gestrichen werden allmählich die großflächigen, systemisch angelegten Erklärungsmuster, die die langfristige Entwicklung von Arbeitskämpfen entweder auf das Ziel des sozialen Friedens ausrichten oder als konstante Unterminierung der Gesellschaft durch den Widerspruch von Kapital und Arbeit interpretieren. In den Vordergrund rücken stattdessen: die sozialen, soziokulturellen und politischen Strukturen des betrieblichen Milieus, die Vielgestaltigkeit und Differenzierung der Arbeitsverhältnisse sowie die „dichte Beschreibung“ der Belegschaften, die den Zufluss lebensweltlicher Impulse in die Arbeitswelt, das Wohnmilieu der Beschäftigten, ihre familiären Verhältnisse, das soziale und politische Umfeld der Betriebe und alle Formen der den Arbeitskämpfen vorgelagerten sozialen Unruhen untersucht. In einem solchen Konzept, das die „Verbetrieblichung“ der Arbeitskonflikte in den Mittelpunkt stellt, könnten Arbeitskämpfe im Staatssozialismus zwanglos untergebracht werden.

Versuche dieser Art gibt es nicht. Der Grund liegt auf der Hand: Viele Sozialismusforscher können dem Phänomen einer gegen die politischen Zwänge des Staatssozialismus durchgehaltenen traditionellen sozialen Struktur deshalb nichts abgewinnen, weil sie dann die Behauptung ad acta legen müssten, dass die gesellschaftliche Entwicklung im Staatssozialismus stillgestellt und jede nicht konforme soziale Bewegung im Keim erstickt worden sei.

Dass in diesem Punkt Wahrnehmungsbarrieren zu überwinden sind und sich gesellschaftsgeschichtliche Untersuchungen energischer von ihren politischen Fesseln befreien müssten, zeigt die Diskussion über die im Staatssozialismus vollzogene Auflösung funktional differenzierter Werte- und Handlungssphären. Die Forschung ist sich ausnahmslos darin einig, dass der durch diese Auflösung hervorgebrachte informelle Subkontinent von sozialen Beziehungsnetzen nicht zu sozialen Strukturbildungen fähig gewesen sei, schon gar nicht zu solchen, die soziale Beziehungsnetzwerke zur Selbstorganisation, zur Stabilisierung sozialen Handelns und zum Abbau von Herrschaft im Institutionensystem nutzten.

Die vorangegangenen Ausführungen widersprechen dem. Die Verdrängung von Partei und Staatssicherheit aus der Regelung des industriellen Konflikts war ein Beitrag zum Abbau von Herrschaft und zur Selbstorganisation. Beides gilt auch im Blick auf die informelle Vereinnahmung der Disziplinarkommissionen in den Betrieben durch die Betriebsräte. Die Umwandlung der Kommissionen in Bastionen gegen die politische Verfolgung von Arbeitern beruhte auf sozialen Strukturen, die stabil genug waren, um in den frühen 1960er Jahren – nicht nur von Fall zu Fall, sondern durchgängig – die Errichtung von Volksgerichten in den Betrieben zu boykottieren, dem letzten großen Versuch der KPTsch vor 1968, sich in den Betrieben eine Machtbasis zu verschaffen. Die Abschottung gegen die Interventionen der Machtapparate wurde von der KPTsch zwar als „Betriebspatriotismus“ attackiert, aber die Partei war sich wohl bewusst, dass sie es im Kern mit widerständigen sozialen Strukturen zu tun hatte. Das zeigt das Vorgehen gegen die ältere Generation der Facharbeiter im Zusammenhang mit den sozialistischen Arbeitsinitiativen.

Die Forschung hält insbesondere die lebensweltliche Überformung des betrieblichen Milieus für eine der zentralen Ursachen des Bankrotts des Staatssozialismus. Dass diese Entdifferenzierung mit allerlei lustvollen Aktionen der Arbeiter einherging, zeigt das Beispiel der tanzfreudigen Nachtschicht in Hořice. Aktionen dieser Art, die von der Verhaltenssicherheit lebten, die die „Festung Betrieb“ vermittelte, waren aber zugleich immer auch der Versuch, den Machtapparaten ihr Terrain streitig zu machen. Von daher wirkte die Entgrenzung von Arbeits- und Lebenswelt von Anfang an strukturbildend im Sinne der Demokratisierung der Gesellschaft. Diese Front gegen das Regime verlief von der massiven Kritik, die Brüner Metallarbeiter im Dezember 1945 an der undemokratischen Binnenstruktur der ROH übten, bis zur ersten öffentlichen Forderung nach Abschaffung der Nomenklatura im März 1968 durch mehrere hundert Betriebsausschüsse der ROH, die sich in den Pilsener Škoda-Werken versammelt hatten.

Literatur

- Balcar, Jaromír: Panzer für Hitler – Traktoren für Stalin. Großunternehmen in Böhmen und Mähren 1938-1950. München 2014.
- Birke, Peter: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark. Frankfurt / New York 2007.
- Bormann, Sarah / Jungehülsing, Jenny / Bian, Shuwen / Hartung, Martina / Schubert, Florian (Hg.): Last Call for Solidarity. Perspektiven grenzüberschreitenden Handelns von Gewerkschaften. Hamburg 2015.
- Gottschall, Karin (Hg.): Entgrenzung von Arbeit und Leben. Zum Wandel der Beziehung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag. München 2003.

- Hardt, Michael / Negri, Antonio: Empire. Die neue Weltordnung. Aus dem Englischen von Thomas Atzert und Andreas Wirthensohn. Frankfurt / New York 2003.
- Heumos, Peter: Die Arbeiterschaft in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Elemente der Sozialstruktur, organisatorischen Verfassung und politischen Kultur. In: Bohemia 29 (1988), 50–72.
- Heumos, Peter: Zum industriellen Konflikt in der Tschechoslowakei 1945–1968. In: Hübner, Peter / Kleßmann, Christoph / Tenfelde, Klaus (Hg.): Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit. Köln / Weimar / Wien 2005, 473–497.
- Heumos, Peter: Arbeitermacht im Staatssozialismus. Das Beispiel der Tschechoslowakei 1968. In: Ebbinghaus, Angelika (Hg.): Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr. Hamburg 2008, 51–60 und 215–220.
- Heumos, Peter: „Der Himmel ist hoch, und Prag ist weit!“ Sekundäre Machtverhältnisse und organisatorische Entdifferenzierung in tschechoslowakischen Industriebetrieben (1945–1968). In: Schuhmann, Annette (Hg.): Vernetzte Improvisationen. Gesellschaftliche Subsysteme in Ostmitteleuropa und in der DDR. Köln / Weimar / Wien 2008, 21–41.
- Heumos, Peter: Arbeitswelt, Lebenswelt, industrielle Machtverhältnisse. Zum Konzept des sozialwissenschaftlichen Funktionalismus am Beispiel der Tschechoslowakei 1945–1968. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 63 (2014), 341–373.
- Jessen, Ralph: Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR. In: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), 96–110.
- Kaplan, Karel: Proměny české společnosti (1948–1960). Část první [Wandlungen der tschechischen Gesellschaft (1948–1960). Teil 1]. Praha 2007.

- Kratzer, Nick: *Arbeitskraft in Entgrenzung. Grenzenlose Anforderungen, erweiterte Spielräume, begrenzte Ressourcen*. Berlin 2003.
- Lesch, Hagen: *Strukturwandel des Arbeitskampfs. Deutschland im OECD-Ländervergleich*. In: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, URL: www.iwkoeln.de (am 1.3.2015).
- Modráček, František: *Samospráva práce [Selbstverwaltungsarbeit]*. Praha 1918.
- Otáhalová, Libuše / Červinková, Milada (Hg.): *Dokumenty z historie československé politiky 1939–1943. Sv. 2 [Dokumente aus der Geschichte der tschechoslowakischen Politik 1939–1943. Bd. 2]*. Praha 1966.
- Peroutka, Ferdinand: *Budování státu. Československá politika v popřevratových letech. Sv. 4 [Die Errichtung des Staates. Die tschechoslowakische Politik in den Jahren nach dem Umbruch]*. Praha 1936.
- Stará dělnická Praha. *Život a kultura pražských dělníků 1848–1939 [Leben und Kultur der Prager Arbeiter 1848–1939]*. Red. Antonín Robek. Praha 1981.
- Volkman, Heinrich: *Zum Formwandel von Streik und Aussperrung in Deutschland 1864–1975*. In: Kaelble, Hartmut / Matzerath, Horst / Ruppert, Hermann-Josef / Steinbach, Peter / Volkman, Heinrich (Hg.): *Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert*. Opladen 1978, 110–170.

Sport als nationales und politisches Projekt

Volker Zimmermann

Turnen im Dienste der Nation. Der „Sokol“ als gesamtlawisches Phänomen (1862–1918)

Das Wort „Sokol“ bedeutet in vielen slawischen Sprachen „Falke“ – gleichzeitig steht es aber auch für eine Turnbewegung, die in der Geschichte des östlichen Europa ihresgleichen sucht: Die meisten slawischen Nationen können heute auf eine mehr oder minder ausgeprägte Sokol-Tradition zurückblicken. Angesichts der Tatsache, dass viele von ihnen Ende des 19. Jahrhunderts keinen eigenen Staat besaßen, führte dies zu einer enormen Bandbreite von Organisationen. So waren polnische Sokoln auch im Deutschen Reich zu finden, besonders in der preußischen Provinz Posen. Man musste aber nicht unbedingt in die Ostprovinzen reisen, um sie zu treffen: Da es im Ruhrgebiet viele polnische Arbeitsmigranten gab, genügte eine Fahrt nach Duisburg oder nach Dortmund. Auch wer eine längere Reise wagte, etwa in die Vereinigten Staaten von Amerika, traf auf die Turner. Denn bald betrieben diese ihre Leibesübungen in vielen Ländern, in denen ausgewanderte Slawen lebten. Noch heute gibt es beispielsweise tschechisch- und polnischstämmige Amerikaner, die als Mitglieder von Sokol-Vereinen turnen.

Der Werdegang des „Sokol“ liest sich also wie eine organisationsgeschichtliche Erfolgsgeschichte mit beträchtlicher Langzeitwirkung. Keine andere Bewegung fand eine derart weite Verbreitung im slawischen Sprachraum und darüber hinaus. Mit der Zeit entwickelten sich viele Turnfeste zu mächtigen Manifestationen nationalen Selbstbewusstseins. Die Sokol-Verbände waren nämlich – nach dem Vorbild der vom „Turnvater Jahn“ 1811 während der Kriege gegen Napoleon begründeten deutschen Turnbewegung – weit

mehr als Zusammenschlüsse zum Betreiben von Leibesübungen: Die körperliche Ertüchtigung war kein Selbstzweck, sondern auf die Nation bezogen. Das nationale Gemeinschaftserlebnis spielte eine wichtige Rolle in der Vereinstätigkeit. Dies gilt für tschechische, polnische, slowenische, kroatische und ukrainische Turner in der Habsburgermonarchie, oder eben für polnische im Deutschen Kaiserreich sowie (allerdings nur für kurze Zeit) im Russischen Reich. Auch Serben und Russen, zeitweise auch Bulgaren turnten unter der Bezeichnung Sokol im Dienste der Nation. Slowaken und Sorben folgten nach dem Ersten Weltkrieg.

Bereits diese geografische Verbreitung der gleichnamigen Organisationen deutet darauf hin, dass es sich hier nicht um isolierte Vereinsgründungen handelte. So existierte eine offenkundige gesamtslawische Komponente der Bewegung, denn alle Verbände betonten kulturelle und politische Gemeinsamkeiten des „Slawentums“. Dieser Aspekt soll im Folgenden im Vordergrund der Betrachtung stehen: Ist das Phänomen „Sokol“ mehr als die Summe seiner Teile? Inwiefern ist es tatsächlich als gesamtslawisches Phänomen zu interpretieren, oder war dieser Anspruch nur ein Lippenbekenntnis? Trotz der großen Bedeutung der Turnbewegung ist die Forschungslage zur Beantwortung dieser Fragen fragmentarisch. Es liegen zwar wissenschaftliche und an eine breitere Öffentlichkeit gerichtete Darstellungen zu nationalen Organisationen vor, besonders für die tschechischen und polnischen Verbände. So haben sich etwa Diethelm Blecking, Claire Nolte sowie Marek Waic um die Sokol-Forschung verdient gemacht. Eine Gesamtschau, die Gemeinsames und Trennendes der einzelnen Organisationen aufzeigt, ist aber nur ansatzweise vorhanden.

Wenigstens einige Charakteristika sollen daher zu einem Gesamtbild zusammengefügt werden. Dabei stehen aufgrund ihrer großen Bedeutung in erster Linie programmatische und organisatorische Grundmuster bzw. Un-

terschiede der tschechischen und der polnischen Sokol-Bewegung im Mittelpunkt. Der Betrachtungszeitraum ergibt sich aus dem Jahr der Gründung des ersten Sokol-Vereins 1862 in Prag und dem Ende des Ersten Weltkriegs. Das Jahr 1918 brachte vielen der hier behandelten slawischen Nationen die Eigenstaatlichkeit, was zwangsläufig eine neue Phase und neue Schwerpunkte in der Tätigkeit der Turnbewegungen zur Folge hatte. Zur ersten Orientierung ist aber zunächst ein grober Überblick über Entstehung und Verbreitung des Sokol im slawischen Sprachraum notwendig.

Der Sokol im slawischen Sprachraum

Die meisten Sokol-Verbände befanden sich in der Habsburgermonarchie. Es handelte sich vor allem um tschechische, polnische, ukrainische, slowenische und kroatische Organisationen, die slowakische Sokol-Bewegung gewann erst nach dem Ersten Weltkrieg an Bedeutung. Der bedeutendste Verband war der tschechische, da die Bewegung ihren Ursprung in den böhmischen Ländern hatte: Nach der 1862 erfolgten Gründung eines ersten Vereins in Prag wuchs die Mitgliederzahl in den nächsten drei Jahrzehnten stetig an, besonders im Zuge der erstarkenden tschechischen Nationalbewegung seit den 1890er Jahren. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs zählte der tschechische Sokol rund 119.000 erwachsene Mitglieder in seinen Reihen, rund 168.000 Mitglieder waren es sogar, wenn alle Turner unter 18 Jahren mitgerechnet werden. Dies war angesichts einer tschechischen Bevölkerungszahl von rund 6,4 Millionen in den böhmischen Ländern (Stand: 1910) ein hoher Organisationsgrad.

Den Tschechen folgten bereits 1863 die Slowenen mit einer Vereinsgründung in Laibach (Ljubljana), wobei aber ihre Turngemeinde bei Weitem nicht die Bedeutung der tschechischen erlangte. Anders war dies beim Sokół der

Polen in Galizien: Der erste Verein entstand 1866 in Lemberg (Lwów), nach der Gründung eines „Verbands der polnischen Turnvereine Sokół in Österreich“ im Jahr 1892 stiegen die Mitgliederzahlen stark an. 1874 formierte sich der erste kroatische Sokol-Verein in Zagreb, weitere Gründungen folgten vor allem ab den 1880er Jahren. Hier gab es ebenfalls gerade nach der Gründung eines Gesamtverbands im Jahr 1904 deutliche Mitgliederzuwächse. Recht starken Zulauf verzeichneten auch die ukrainischen Sokol-Vereine in Galizien sowie in der Bukowina; der erste war 1894 in Lemberg ins Leben gerufen worden.

In allen diesen Fällen wurde der Sokol also von Angehörigen slawischer Nationalitäten gegründet, die sich um Selbstbehauptung in einem als „Fremdherrschaft“ empfundenen Staatswesen bemühten. Bei den tschechischen, polnischen, slowenischen und kroatischen Turnverbänden handelte es sich um Teile der Nationalbewegungen in der Habsburgermonarchie, die dort nationale Gleichberechtigung forderten, im Falle der Ukrainer ging es noch zusätzlich um eine Abwehr der polnischen Dominanz in Galizien. Diese Verbände besaßen im österreichischen Teil der Monarchie einen relativ großen Bewegungsspielraum. War dieser nicht vorhanden, sah es für die Turnbewegung schlecht aus: So existierte der slowakische Sokol aufgrund der rigiden Magyarisierungspolitik im ungarischen Teil der Monarchie bis zum Ende des Ersten Weltkriegs fast nur unter Auslandsslowaken.

Wie wichtig die politischen Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Turnbewegung waren, wird auch bei einem Vergleich der in der Habsburgermonarchie aktiven polnischen Sokół-Vereine mit ihren Schwesterorganisationen im Deutschen Kaiserreich und im Zarenreich deutlich. Die polnische Minderheit in Preußen stand unter einem wesentlich stärkeren politischen Druck als diejenige im österreichischen Galizien. Die erste erfolgreiche Gründung in Posen datiert zwar auf das Jahr 1884, doch bald waren die Turner immer stärker der repressiven deutschen Polenpolitik ausgesetzt. Insofern

blieb ihnen für eine machtvolle Entfaltung, wie sie den Polen und Tschechen in der Habsburgermonarchie nicht zuletzt auf symbolpolitischer Ebene gelang, kaum Raum. Aber immerhin waren Vereinsgründungen und -aktivitäten rechtlich möglich, sodass sich zahlreiche polnische Turner vom Westen (Rheinland und Westfalen) bis in den Osten (preußische Ostprovinzen) des Deutschen Reiches organisierten.

Hoffnungslos sah es für den Sokół in Kongresspolen, also im Russischen Reich aus. Dort konnte er erst nach der Revolution von 1905 ins Leben gerufen werden und sich nur so lange behaupten, bis die vorübergehend liberalere Politik gegenüber den nichtrussischen Nationalitäten wieder intoleranter wurde. Schon 1906 verbot die russische Regierung die Organisation wieder, und nur wenige Vereine konnten konspirativ unter anderem Namen weiterbestehen. Aber auch die russischen Turner spielten lange eine untergeordnete Rolle, ein Dachverband gründete sich erst im Jahr 1910 und fasste die wenigen bis dahin existierenden Sokol-Vereine zusammen. Die Regierung hatte lange Zeit eine negative Haltung zur Turnbewegung eingenommen, weswegen ihr Einfluss entsprechend gering gewesen war.

Eine weniger große Bedeutung erlangte der Sokol auch bei anderen slawischen Nationen, die ihre staatliche Souveränität bereits besaßen – also bei Serben und Bulgaren. Der erste Sokol-Verein im eigentlichen Sinne wurde in Serbien erst Anfang des 20. Jahrhunderts gegründet (die zuvor gegründeten Turnorganisationen standen dem Sokol-Gedanken nur nahe). In Bulgarien, das 1878 souverän wurde, liefen den Sokol-Vereinen die Menschen zunächst ebenfalls nicht in Massen zu. Sie gingen in der 1894 gegründeten Turnvereinigung Junak (Held) auf, die dann allerdings im Laufe der Zeit eine starke Kraft im Staate wurde. Einflussreich waren die klassischen Sokol-Organisationen also gerade dort, wo es noch etwas zu erkämpfen gab und wo die politischen Rahmenbedingungen relativ günstig waren.

Programmatik und Symbolik

Um das Besondere am Sokol zu erkennen, hilft – noch vor einer Betrachtung der eigentlichen turnerischen Aktivitäten – zunächst ein Blick auf die Programmatik und die Symbolik. Da die Turnbewegung ihren Anfang in den böhmischen Ländern nahm, ist dort auch ihr ideologischer Überbau zu finden. Für diesen war der Kunsthistoriker Miroslav Tyrš verantwortlich, der nicht nur von den tschechischen, sondern auch von den slowenischen, polnischen und kroatischen Turnern als Gründungsvater betrachtet werden konnte. Tyrš war deutschstämmig, genauso wie seine rechte Hand Heinrich Fügner. Aus seiner Lebensgeschichte ergab sich ein enger Kontakt mit Tschechen, was ihn zu einem eifrigen Verfechter der tschechischen Nationalbewegung werden ließ. Beide Sokol-Vordenker waren geleitet von Johann Gottfried Herders Slawenbild, wonach die slawischen Völker aufgrund einer demokratischen Tradition eine historische Mission im Dienste der Humanität zu erfüllen hätten. Die slawischen Nationalbewegungen des 19. Jahrhunderts betrieben deren sogenannte nationale Wiedergeburt, so auch die tschechische in den böhmischen Kronländern.

Tyrš und Fügner arbeiteten an dem tschechischen Projekt auf ihre Weise mit. Vor Augen hatten sie dabei den Erfolg der deutschen nationalen Turnbewegung. Nach diesem Muster bauten sie in den böhmischen Ländern eine nationaltschechische Variante auf. Tyrš ging von der Idee aus, dass nur eine gesunde Nation historisch überleben könne, die körperliche Ertüchtigung erschien ihm also von Anfang an als zentrale gesellschaftliche Aufgabe. Doch er sah in einer solchen Turnbewegung auch ein gesamtslawisches Interesse, womit er das panslawistische Gedankengut seiner Zeit übernahm. Einflussreich war etwa das Konzept der „slawischen Wechselseitigkeit“ des slowakischen Sprachwissenschaftlers und Lyrikers Ján Kollár. Der Romantiker fühlte sich

von der deutschen nationalen Entwicklung des späten 19. Jahrhunderts inspiriert. Danach sollten die Slawen ebenfalls eine Einheit anstreben. Allerdings war zunächst nicht vorrangig von politischen Zielen die Rede, sondern von kulturellem Austausch und Zusammenarbeit.

Allen Sokol-Gruppen gemeinsam war denn auch eine spezifische Symbolik, die sich in der Gestalt des Falken manifestiert. Dieser spielt als Verkörperung der Sonne und des Lichts eine große Rolle in der südslawischen Mythologie. Damit in Verbindung stehen Mut, Ausdauer und scharfe Beobachtungskraft. Mit diesen Eigenschaften wurden in Heldenliedern mutige und tatkräftige Männer in Verbindung gebracht. Insofern war der Name der Turnbewegung gleich mehrfach geeignet für ein gesamtlawisches Unterfangen: als ein in vielen slawischen Sprachen identischer Begriff und als mythologisches Symbol für einen besonderen kämpferischen Charakter der Slawen. Symbolkraft besaß in dieser Hinsicht auch die jeweilige Kleidung: Die tschechischen Sokoln trugen zu Leinenhosen rote Hemden nach dem Vorbild des italienischen Freiheitskämpfers Giuseppe Garibaldi, die Jacken waren denen polnischer Aufständischer nachempfunden, zur Kopfbedeckung gehörte eine Falkenfeder.

Doch Tyrš brachte auch die griechische Antike ins Spiel. Sie galt ihm ebenfalls als Leitbild, da die Griechen, insbesondere die Athener, mit ihrem sportlichen Ehrgeiz ein kleines Volk zu einem mächtigen politischen Akteur entwickelt hätten. Die Griechen mussten zudem als Vorbilder für die gesamtlawische Solidarität herhalten, da die Olympischen Spiele Ausdruck der Einigung der griechischen Stadtstaaten im gemeinsamen Interesse gewesen seien. Athen war zudem demokratisches Vorbild, womit auch Herders idealisierte Vorstellung von demokratischen Traditionen der Slawen eine Verbindung mit der Antike einging, was gleichzeitig als Demonstration gegen den Germanen- und Mittelalterkult der Deutschnationalen interpretiert werden kann. Doch mussten auch eigene nationale Helden her, und die fanden Tyrš

und seine Mitstreiter vor allem in Jan Hus und den Hussiten – allen voran im Feldherrn Jan Žižka. So gingen Athen, die Olympischen Spiele, der Reformator Hus und die kriegerischen Hussiten eine Koalition zugunsten der tschechischen Sache ein. In so mancher tschechischen Turnhalle fanden sich Nachbildungen hussitischer Streitäxte Seite an Seite mit Kopien griechischer Statuen.

Bei anderen Sokol-Bewegungen wurde entsprechend die nationale Symbolik den eigenen Traditionen angepasst und kamen andere Helden zum Zuge. Bei den polnischen Turnern war dies zum Beispiel General Tadeusz Kościuszko, der 1794 den Aufstand gegen die Teilungsmächte Preußen und Russland angeführt hatte. Zur Kleidung gehörten Schnürrock, Schaftstiefel und die Konfederetka, die polnische Mütze mit hoher militärischer Symbolkraft, wurde sie doch von polnischen Parteigängern Napoleons getragen. In polnischen Sokol-Heimen waren Büsten und Bilder einer ruhmreichen nationalen Vergangenheit zu sehen. Neben solcher nationalen Symbolik dominierte aber insbesondere der Gedanke, die Nation durch Leibesertüchtigung zu stärken und wehrhaft zu machen.

Turnen und nationale Kulturarbeit

Programmatik und Symbolik der einzelnen Sokol-Verbände bieten selbstverständlich nicht allein die Antwort auf die Frage, warum die Turnbewegung so viele Menschen ansprach. Der hierfür wesentliche Grund ist im eigentlichen Kerngeschäft der Turner zu suchen, der Körperertüchtigung. Diese besaß einen großen Vorzug, denn hier trafen sich Angehörige aller sozialen Schichten und Generationen. Auf diese Weise ließen sich auch Jugendliche stärker für die gemeinsame Sache mobilisieren. Dies war ein eindeutiger Vorteil gegen-

über den herkömmlichen Bildungsvereinen mit ihren Lesehallen und Vorträgen über die Höhepunkte der eigenen nationalen Geschichte. Der Sokol bot mehr: Die Turner konnten populären Freizeitaktivitäten nachgehen, waren Teil einer durch die nationale Symbolik zusammengeschweißten Gemeinschaft und dienten damit auch noch der eigenen Nation.

Auch bezüglich des Turnens steht am Anfang wieder Tyrš, dessen System der Leibesübungen Modell für die meisten Sokol-Verbände war. Er teilte die Übungen in seinem Buch „Grundlagen des Turnens“ nach dem Vorbild der Jahnschen Turnbewegung in vier Gruppen ein: Frei- und Ordnungsübungen, Geräteturnen, Partner- und Gruppenübungen sowie Übungen gegen den Widerstand einer lebendigen Kraft. Im Unterschied zum deutschen Turnen sollten die Übungen aber nicht nur einzelne Muskeln oder Muskelgruppen trainieren, sondern auch Bestandteil einer körperlichen Gesamtausbildung und einer „Ästhetik der Bewegung“ sein. Dies führte letztlich zu der bekannten massenhaften Inszenierung der Körper auf den großen Turnfesten, was auch andere nationale Sokol-Verbände faszinierte. Die Verankerung der Turnbewegungen im gesellschaftlichen Leben ist nicht zuletzt mit dieser öffentlichen und dynamischen Massenpräsentation zu erklären. Man kann die wachsende Attraktivität gut an den tschechischen Turnfesten ausmachen, wobei das offizielle Datenmaterial natürlich unter Vorbehalt zu betrachten ist. Schließlich war der nationalpolitische Erfolg der Veranstaltung umso größer, je mehr Turner und Zuschauer vermeldet wurden.

Unstrittig ist jedoch, dass neben den regionalen Festen die gesamtnationalen tschechischen Feste besonders breitenwirksam waren. So turnten beim ersten Sokol-Fest am 18. Juni 1882 in Prag noch bescheidene 720 Männer unter Führung von Tyrš höchstpersönlich vor 1.600 Zuschauern, 1.000 Personen zogen in einer Prozession durch die Stadt. Das geplante zweite Fest 1887 verboten zwar die Wiener Behörden, einige Jahre später hatte sich die politische Lage aber wieder beruhigt: 1891 legten die Organisatoren das Fest auf

die Zeit der Nationalausstellung in Prag. 2.400 Teilnehmer turnten und beteiligten sich an Wettkämpfen vor 7.000 Zuschauern, 5.000 Sokol-Mitglieder zogen durch Prag. Beim vierten Fest 1901 durften zum ersten Mal auch Frauen ihr Können präsentieren, obwohl es bereits seit 1869 Frauen- und Mädchenabteilungen im Sokol gab. Am fünften Festival in Prag 1907 waren 7.600 Männer und 2.500 Frauen beteiligt, dabei verfolgten nun sogar 100.000 Besucher die Spiele. Treffen diese Zahlen zu, erwiesen sich die Feste als eine reine Erfolgsgeschichte. In der Tendenz ist die wachsende Anziehungskraft des Sokol jedenfalls unbestreitbar.

Die Großveranstaltungen waren zwar ein transnationales Phänomen, da an ihnen Delegationen aus anderen Ländern beteiligt waren und so die wechselseitigen Kontakte über die Staatsgrenzen hinweg vertieft wurden, doch entwickelten sich die nationalen Organisationen bezüglich des Turnens unterschiedlich. Die slowenischen Sokoln turnten zum Beispiel am Anfang eher zur Ertüchtigung und zur Erholung, erst ein tschechischer Lehrer führte ab 1894 das tschechische System ein. In den ukrainischen Vereinen besaß das systematische Turnen einen wesentlich geringer ausgeprägten Charakter als die politische Arbeit.

Eine nationale Bedeutung erlangte der Sokol aber eben nicht nur durch das Turnen. Gerade Tschechen, Polen, Slowenen und Kroaten legten sehr großen Wert auf ein nationales Freizeit- und Kulturprogramm. Die Aktivitäten bestanden unter anderem in gemeinsamen Ausflügen, die Slowenen setzten verstärkt auf große Unterhaltungsveranstaltungen. Aber auch Vortragsabende zur jeweiligen nationalen Geschichte oder der Aufbau von Bibliotheken standen auf der Tagesordnung. Als Beispiel für ein besonders erfolgreiches Angebot seien die Laientheatergruppen des polnischen Sokół in Schlesien erwähnt. Hier ging es nicht nur um Zerstreung, sondern um ein im Sinne der Nationalbewegung verwertbares patriotisches Repertoire. Es han-

delte sich mehrheitlich um idealisierte Szenen aus der polnischen Nationalgeschichte, wobei wieder Kościuszko eine Schlüsselrolle zukam. Der Erfolg solcher Aktivitäten ist messbar, denn alle Organisationen mit einem solchen Programm verzeichneten großen Zulauf. Der Sokol war damit tatsächlich eine Turnbewegung *und* eine Institution der nationalpolitischen Kulturarbeit geworden. Diese Kombination aus Turnen als breitenwirksamer Inszenierung und nationalem Kulturprogramm etablierte ihn als Massenorganisation mit einem hohen Mobilisierungsgrad.

Abgesehen davon war der Aspekt der Gleichheit attraktiv. Die tschechischen Sokoln duzten sich und sprachen sich (wie die deutschen Turner) als „Bruder“ und „Schwester“, die polnischen als „Kamerad“ an. In diesem Zusammenhang sind daher auch die Sozialstruktur der Mitglieder und der jeweiligen parteipolitische Einfluss zu beachten. Bei einem Vergleich der Vereine zeigt sich, dass man von einer ähnlichen Entwicklung vor allem bei Tschechen, Slowenen und Polen, teilweise auch bei Kroaten sprechen kann. Sie hatten das turnerische und nationale Bildungsprogramm, die nationale Manifestation und eine Massenbasis gemeinsam. Anfänglich rekrutierten sich die Trägerschichten aus kleineren Zirkeln, beispielsweise im tschechischen Fall aus Gewerbetreibenden und Kaufleuten, im polnischen aus der intellektuellen Elite. Schließlich erweiterte sich die Mitgliederbasis sukzessive um andere Gesellschaftsgruppen, so waren im tschechischen Sokol 1897 rund 60 Prozent der Mitglieder Arbeiter.

Politisch dominierten die Nationalbewegungen, was den Sokol-Gemeinden eine große Schlagkraft verlieh. Im slowenischen Fall forcierten Politiker und Intellektuelle die Organisation der Freizeit- und Kulturveranstaltungen in hohem Maße. All dies hatte aber eine bezeichnende Folge: Der Anteil der sportlich aktiven Turner nahm ab, wohingegen der Anteil der passiven Mitglieder wuchs. Damit war die Sokol-Bewegung im Zuge ihrer Expansion um die Jahrhundertwende für viele mehr ein nationaler Massenverein als ein

Turnverein geworden. Viele Verbände vereinten nunmehr fast nur der Name und die nationale Manifestation mittels der inszenierten Auftritte.

Hinzu trat bei vielen Sokol-Gemeinden als Gemeinsamkeit die Militarisierung. Tyrš hatte von Anfang an betont, die Nation müsse wehrhaft werden. Doch gerade allem nach der Jahrhundertwende erhielten viele der Organisationen eine paramilitärische Prägung. Im Falle der Bulgaren ist dies vor dem Ersten Balkankrieg 1912 zu beobachten, für andere stand der Kampf für den eigenen Nationalstaat auf der Tagesordnung. Im Ersten Weltkrieg folgte dann bei vielen Turnern auf die Theorie die Praxis und sie kämpften mit der Waffe in der Hand für die nationale Unabhängigkeit – allen anderen voran wieder Tschechen und Polen in den Auslandsarmeen.

Die gesamtslawische Dimension

Die gesamtslawische Dimension der Sokol-Bewegung war ein wichtiger Teil der Überlegungen Tyršs gewesen. Dieser redete zwar in seinen Schriften einer slawischen Wechselseitigkeit das Wort, war aber selber nie im slawischen Ausland gewesen. Das galt jedoch nicht für viele seiner Mitstreiter, von denen sich einige als sehr mobil erwiesen: Auffällig ist nämlich, dass bei mehreren nationalen Sokol-Gründungen und auch später in anderen Verbänden tschechische Turner ihre Hände im Spiel hatten. Dies ist daran zu erkennen, welche Turnsysteme die einzelnen Verbände übernahmen und woher die Turnlehrer stammten.

So gründete sich der erste Sokol-Verein in Slowenien nach tschechischem Vorbild, enge Kontakte mit dem Prager Sokol führten zudem bald zum Einsatz tschechischer Turnlehrer. Tschechen richteten 1878 auch den kroatischen Sokol nach dem böhmischen Vorbild aus, nachdem dort zunächst nach deutschem Muster geturnt worden war. Im weniger bedeutenden serbischen

Turnverband gab es zwei zerstrittene Flügel, wobei der eine nach deutscher, der andere nach tschechischer Methode turnen wollte. Der Obmann der tschechischen Sokol-Gemeinde reiste daraufhin nach Belgrad und führte 1909 beide Gruppen zusammen, sodass fortan nach tschechischem System für die serbische Sache geturnt wurde.

Wenn die tschechischen Vorreiter mit einem anderen Einfluss konkurrierten, konnte ein Verband aber zumindest anfänglich auch eine eigenständigere Entwicklung nehmen. So lässt sich für Bulgarien zu Beginn ein tschechischer Einfluss nachweisen, allerdings beeinflussten bald Schweizer Turnlehrer die 1894 erfolgte Gründung des Junak. Dieser Verband behielt seine spezifische Prägung, obwohl er sich Anfang des 20. Jahrhunderts ebenfalls wieder stärker nach dem Modell des Sokol ausrichtete. Offensichtlich ist also, wie enorm die Bedeutung des ersten und größten Sokol-Verbandes aus den böhmischen Ländern für die gesamte Bewegung war. Er leistete gezielt Aufbauhilfe. Aber auch andere zeigten gesamtswawische Solidarität, so entsandten der slowenische und der kroatische Sokol Vorturner nach Serbien, um ihre dortigen Turnkameraden zu unterstützen. Zudem hielten auch andere Verbände Kontakt untereinander und berieten sich gegenseitig.

Weitere Hinweise auf eine slawische Wechselseitigkeit finden sich bei einem genaueren Blick auf die Turnfeste der Organisationen. Eine Analyse der Teilnahme von Gastdelegationen bei Großveranstaltungen belegt, welche Verbände stärker miteinander verbunden waren und welche nicht. Eng verbunden waren wieder vorrangig Tschechen, Polen, Slowenen und Kroaten, denn gerade sie tauschten bereits seit den 1880er Jahren untereinander Delegationen aus. Hierbei handelte es sich um eine besondere Nähe aufgrund des starken Einflusses des tschechischen Sokol-Verbandes in der Habsburgermonarchie. Seit der Jahrhundertwende waren aber auch immer öfter Serben und Bulgaren mit von der Partie. Eine praktische Folge der Besuche und Teilnahme an Massenveranstaltungen war die wechselseitige Bestätigung in der

nationalpolitischen Arbeit. Das Gemeinschaftsgefühl wirkte nach innen und nach außen: Nationalbewusste slowenische oder polnische Zuschauer bekamen bei Turnfesten das Gefühl, nicht allein zu stehen. Und jedem Regierungsvertreter musste klar werden, dass es hier Kräfte gab, mit denen auf kurz oder lang zu rechnen war.

1908 ist eine slawische Gemeinsamkeit auch organisationsgeschichtlich fassbar. Als die Habsburgermonarchie die beiden unter ihrer Verwaltung stehenden ehemaligen osmanischen Provinzen Bosnien und Herzegowina annectierte, protestierten vor allem die orthodoxen Balkanslawen. Nun trafen mehrere Faktoren aufeinander: Zum einen das Konzept des Jugoslawismus, zum anderen das tschechische Ziel, das Projekt einer allslawischen Bewegung zu forcieren und damit die Habsburgermonarchie unter Druck zu setzen. Das Ergebnis war die noch im selben Jahr erfolgte Gründung des „Verbands der slawischen Sokoln“. Nicht zufällig geschah dies in Prag, und nicht zufällig waren die drei Initiatoren die Sokol-Verbände der Tschechen, Slowenen und Kroaten.

Der Organisation gehörten nicht alle slawischen Sokol-Verbände an, aber bei weitem die meisten. Beteiligt waren neben den drei Gründungsverbänden bald auch der serbische Sokol sowie bis 1912 der polnische in der Habsburgermonarchie und bis 1913 der bulgarische Junak. Wer fehlte, waren die polnischen Sokoln aus Deutschland und Russland: erstere durften sich diesem offenkundig gegen die Habsburgermonarchie gerichteten Projekt auf Geheiß der deutschen Regierung nicht anschließen, letztere waren ja bereits 1906 wieder verboten worden. Von Anfang an gab es zudem Unstimmigkeiten in der Frage, wer in der Organisation vertreten sein sollte und wer nicht. Ein wichtiges Indiz für die Brüchigkeit der gesamtslawischen Solidarität war der Gegensatz zwischen ukrainischen und polnischen Turnern, denn der ukrainische Sokol war nicht beteiligt, weil die ukrainische Nationalbewegung auf-

grund der besonderen nationalitätenpolitischen Lage in Galizien im Gegensatz zur polnischen stand.

Schon früh hatten sich außerdem Differenzen zwischen der tschechischen und der polnischen Haltung hinsichtlich eines gesamtswawischen Anspruchs der Turnbewegung gezeigt, in erster Linie aufgrund der tschechischen russlandfreundlichen Position und der polnischen Gegnerschaft zur russischen Teilungsmacht. Letztere machte eine gemeinsame Mitgliedschaft der polnischen Turner aus der Habsburgermonarchie und der russischen Turner im gesamtswawischen Sokol-Verband unmöglich: Die polnischen Sokoln aus Galizien verließen ihn im Jahr 1912, da nun auch die nur zwei Jahre zuvor formierte russische Sokol-Dachorganisation mit von der Partie sein sollte. 1913 tat auch der bulgarische Junak diesen Schritt aus Verärgerung über die tschechische Parteinahme für Serbien im Zweiten Balkankrieg.

Mit dem swawischen Miteinander war es also nicht weit her, wenn erst einmal die gegensätzlichen Interessen der einzelnen Nationalbewegungen (bzw. in einigen Fällen Staaten) aufeinanderprallten. Unfreiwillig symptomatisch dafür war der Slogan: „Jeder zu den seinen“. Eigentlich besaß er eine anti-deutsche bzw. „antihabsburgische“ Stoßrichtung und sollte er für alle Swawen gelten, auf einer Postkarte aus dem Jahr 1910 ist er beispielsweise in acht swawischen Sprachen vertreten. Nur zielte eine solche Programmatik natürlich auf Abgrenzung, nicht auf Integration. Die Vertreter des nationalen Turnens stellten sich wohl nicht vor, dass sich nach diesem Muster auch swawische Nationalitäten voneinander abgrenzen könnten.

Allerdings unterstrich zunächst einmal ein imposantes Ereignis den gesamtswawischen Anspruch. Dabei handelte es sich um das erste allswawische Sokol-Fest in Prag im Jahr 1912. Fünf Wochen dauerte dieses Spektakel, es beteiligten sich rund 32.500 Turner, fast 300.000 Zuschauer kamen zu den verschiedenen Veranstaltungen, 22.000 Menschen zogen in einer Prozession durch die Stadt. Ein Begleitprogramm unter anderem mit Ausstellungen

sorgte dafür, dass dieses Fest zu einem großen gesellschaftlichen Ereignis wurde. Dort war eine bekannte Symbolik allgegenwärtig: die der griechischen Antike als Sinn- und Vorbild für gemeinsames Handeln durch Körperertüchtigung. Über tausend Sokol-Mitglieder spielten die Marathon-Schlacht nach, die hier im gesamtlawischen Sinne als Muster für ein solidarisches Engagement verschiedener „Stämme“ mit einem gemeinsamen ethnischen Ursprung gedeutet wurde. Das gesamte Areal des Prager Strahov-Stadions war im Stil antiker Arenen gestaltet, überall standen Nachbildungen antiker Skulpturen. Das Fest war auch insofern ein Erfolg, als es internationale Resonanz hervorrief. Der Boykott der polnischen Turner wegen der russischen Präsenz fiel angesichts der vielen Superlativen offenbar kaum ins Gewicht.

Der ersten gesamtlawischen Sokol-Organisation war allerdings kein langes Leben beschieden, denn der Erste Weltkrieg setzte ihr bald ein Ende. Nach der Gründung der neuen Staaten im östlichen Europa stand die Etablierung nationaler Verbände auf dem Programm, in vielen Ländern verlor die Turnbewegung an Bedeutung. Ausnahmen bildeten Polen und vor allem die Tschechoslowakische Republik. Programmatisch ist für den tschechoslowakischen Sokol eine Postkarte aus dem Jahr 1918, auf der ein sportlicher Mann mit einer umgehängten Trikolore und einem Falken über sich die gesprengte Kette der österreichisch-ungarischen Herrschaft in den Händen hält. Gemäß ihrer Vorreiterrolle in der Habsburgermonarchie spielten die tschechischen Sokoln denn auch im neuen Staat eine bedeutende Rolle: 1920 zählten sie über 500.000, 1938 sogar über eine Million Mitglieder in ihren Reihen.

In der Zwischenkriegszeit gab es neue Ansatzpunkte für eine allslawische Solidarität, insbesondere ermöglichte die außenpolitische Konstellation einen Neuanfang. Es ging um die Sicherung der Existenz der jungen Nationalstaaten. Die Gegner waren die alten geblieben: das Deutsche Reich, Österreich und Ungarn, die auf eine Revision der Grenzen zielten. 1925 wurde in War-

schau zum zweiten Mal ein slawischer Sokol-Verband gegründet. Seine Zusammensetzung war noch heterogener als die der Vorgängerorganisation – so war etwa der jugoslawische Verband in hohem Maße staatlich gelenkt, der russische befand sich in der Emigration. Gemeinsame Sport- und gesellschaftliche Veranstaltungen sollten trotzdem zahlreiche Gelegenheiten bieten, sich als Angehörige slawischer Nationen partnerschaftlich zu begegnen.

Dieser zweite Versuch ist angesichts der internationalen Entwicklung in den 1930er Jahren und des Zweiten Weltkriegs gescheitert. Wirkungsmächtig blieben der Sokol und seine Traditionen aber dennoch, etwa im Widerstand gegen die NS-Besatzung, in dem tschechische, polnische und jugoslawische Turner eine große Rolle spielten. Er diente zudem als Vorbild für die Sparta-kiaden im sozialistischen Lager. Sokol-Vereine lebten ferner in den USA sowie in vielen anderen Staaten fort, auch die eingangs erwähnten des Ruhrgebiets. Nach 1989 gründeten sich die Turnorganisationen in ihren Ursprungsländern wieder. In der Tschechischen Republik gibt es heute nach wie vor die stärkste Sokol-Gemeinde, die mit rund 190.000 Mitgliedern einen der größten Vereine des Landes bildet. 2012 veranstaltete der tschechische Sokol zum 150. Jahrestag seiner Gründung durch Miroslav Tyrš das XV. Sokol-Fest, bei dem rund 15.000 Turner – auch aus dem Ausland – durch die Straßen Prags zogen.

Fazit

Es liegt auf der Hand, dass der Sokol kein geschlossenes panslawistisches politisches Konzept vorweisen konnte. Doch obwohl dieses nicht existierte und zum Teil erhebliche Spannungen zwischen einzelnen nationalen Verbänden herrschten, ist daraus nicht kurzerhand ein Scheitern des gesamtswawischen Anspruches zu folgern. Schon die bloße Existenz der zahlreichen Verbände

mit gleichem Namen belegt die transnationale Dimension des Sokol. Dieser war anfangs ein Produkt der tschechischen Nationalbewegung, die ihr Programm mit Hilfe eines slawischen Gemeinschaftsprojekts umsetzen wollte – weshalb er auch als tschechischer Exportartikel und als Phänomen des österreichischen Teils der Habsburgermonarchie mit seiner relativ großen Vereins- und Versammlungsfreiheit zu interpretieren ist.

Die Sokol-Gruppen in der Monarchie sind somit der Schlüssel zum Verständnis des transnationalen Charakters der Turnbewegung. Außerhalb der Monarchie entwickelten sich die Organisationen entsprechend der jeweiligen politischen Ausgangsbedingungen viel unterschiedlicher. Im russischen Fall zum Beispiel blieb der Zulauf zunächst aus, was offensichtlich mit der lange andauernden Gegnerschaft der Regierung zur Turnbewegung zusammenhing. Bei den Bulgaren diente der Turnverband Junak dagegen zur nationalen Mobilisierung innerhalb eines schon bestehenden Staates, und zwar mit Unterstützung der Regierung. Die späte Etablierung des serbischen Sokol kann wiederum als eine Folge der südslawischen Integrationsbemühungen gedeutet werden.

Daher ist die Bedeutung des Sokol als gesamtslawisches Phänomen immens, nur eben in einer vielschichtigen Art und Weise. Er führte verschiedene Nationalitäten zusammen und glich durch die Kooperation symbolisch, wenn auch nicht zu jeder Zeit und in vollem Umfang, Gegensätze zwischen ihnen aus. Außerdem fungierte er bis zu den Staatsgründungen nach dem Ende des Ersten Weltkriegs als eine Art slawische Nachbarschaftshilfe zur Belebung und Festigung der Nationalbewegungen. Zum einen geschah dies in Form von (vor allem tschechischer) Aufbauhilfe und Austausch, zum anderen in Form des gemeinsamen Auftretens bei Massenveranstaltungen. Seine Rolle als transnationaler Mobilisierungs- und Integrationsfaktor ist von daher nicht zu unterschätzen. Aus dieser Perspektive betrachtet, war der Sokol im

langen 19. Jahrhundert eines der beständigsten Verbindungsglieder zwischen slawischen Nationen, das je existierte.

Literatur

Blecking, Diethelm: Die Geschichte der nationalpolnischen Turnorganisation „Sokol“ im Deutschen Reich 1884–1939. Münster 1987.

Blecking, Diethelm (Hg.): Die slawische Sokolbewegung. Beiträge zur Geschichte von Sport und Nationalismus in Osteuropa. Dortmund 1991.

Goltermann, Svenja: Körper der Nation. Habitusformierung und die Politik des Turnens 1860–1890. Göttingen 1998.

Kessler, Wolfgang: Der Sokol in den jugoslawischen Gebieten. In: Blecking (Hg.): Die slawische Sokolbewegung, 198–218.

Losan, Mitev: Die Entwicklung der Turngesellschaften „Sokol“ und „Junak“ in Bulgarien bis zum Jahr 1914. In: Blecking (Hg.): Die slawische Sokolbewegung, 175–181.

Ludvíkovský, Jaroslav: Antické myšlenky v Tyršove sokolském a národním programu [Antikes Gedankengut im Sokol- und nationalen Programm von Tyrš]. Praha 1923.

Małolepszego, Eligiusza / Pawluczuka, Zdzisława (Red.): Zarys dziejów Sokolstwa Polskiego w latach 1867–1997 [Abriss der Geschichte des Polnischen Sokol in den Jahren 1867–1997]. Częstochowa 2001.

Matusik, Przemysław: Der polnische „Sokol“ zur Zeit der Teilungen und in der II. Polnischen Republik. In: Blecking (Hg.): Die slawische Sokolbewegung, 104–135.

- Mykita-Glensk, Czesława: Teatr amatorski polskich towarzystw gimnastycznych „Sokół“ na Śląsku w latach niewoli narodowej [Das Laientheater der polnischen „Sokół“-Turnvereine in Schlesien in der Zeit der nationalen Unfreiheit]. In: *Studia Śląskie* 48 (1990), 11–54.
- Nolte, Claire Elaine: „Our Task, Direction and Goal“. The Development of the Sokol National Program to World War I. In: Seibt, Ferdinand (Hg.): *Vereinswesen und Geschichtspflege in den böhmischen Ländern*. München 1986, 123–138.
- Nolte, Claire Elaine: *The Sokol in the Czech Lands to 1914. Training for the Nation*. Basingstoke u.a. 2002.
- Nolte, Claire Elaine: All for One! One for All! The Federation of Slavic Sokols and the Failure of Neo-Slavism. In: Judson, Pieter M. (Hg.): *Constructing Nationalities in East Central Europe*. New York 2006, 126–140.
- Snopko, Jan: *Polskie Towarzystwo Gimnastyczne „Sokół“ w Galicji 1867–1914* [Der polnische Turnverein „Sokół“ in Galizien 1867–1914]. Białystok 1997.
- Teichler, Hans Joachim (Hg.): *Sportliche Festkultur in geschichtlicher Perspektive*. Clausthal-Zellerfeld 1990.
- Terech, Michał: Der „Sokół“ bei den slawischen Nationen. In: Blecking (Hg.): *Die slawische Sokolbewegung*, 23–36.
- Tyrš, Miroslav: *Základové tělocviku. Se 6 velkými tabulemi a 205 vyobrazeními v textu* [Grundlagen des Turnens. Mit 6 großen Tafeln und 205 Abbildungen im Text]. Praha 1873.
- Waic, Marek (Hg.): *Sokol. Jeho vznik, vývoj a význam. Mezinárodní konference, Praha, září 1997. Sborník příspěvků* [Der Sokol. Seine Entstehung, Entwicklung und Bedeutung. Internationale Konferenz, Prag, Sept. 1997]. Praha 1998.
- Waic, Marek: *Sokol v české společnosti 1862–1938* [Der Sokol in der tschechischen Gesellschaft 1862–1938]. Praha 1997.

Thomas Oellermann

Gleichheit Weißkirchlitz. Die Geschichte eines sudetendeutschen Arbeiterfußballklubs 1914–1938 im Spiegel der Teplitzer „Freiheit“

In den letzten Jahren hat sich die historische Forschung intensiv mit der Geschichte des deutschen Fußballs beschäftigt und dabei unterschiedlichste Aspekte herausgearbeitet. Sie behandelte Fußball als gesellschaftliches und kulturelles Phänomen in Diktatur und Demokratie, wobei ein umfassendes Bild der Geschichte des durch den Deutschen Fußballbund (DFB) organisierten Wettbewerbs- und Nationalmannschaftsfußball entstanden ist. Hierbei wurde jedoch vernachlässigt, dass es bis 1933 neben dem DFB noch weitere Fußballorganisationen gegeben hat. Anzuführen sind etwa die Wettbewerbe in der kommunistisch orientierten Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit oder der katholischen Deutschen Jugendkraft (DJK).

Die zahlenmäßig stärkste Konkurrenz für den DFB stellte aber die Fußballsparte im Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB) dar. Diese etablierte bis 1933 eine eigene Meisterschaft und beteiligte sich an der Europameisterschaft für Arbeiternationalmannschaften. Einen regen Spielverkehr unterhielten die Teams des ATSB mit deutschen Arbeiterklubs aus der Tschechoslowakei. Wie in Deutschland wurden die Fußballer nach dem Ersten Weltkrieg zu einer der wichtigsten Sparten im 1919 gegründeten Arbeiter-Turn- und Sportverband (ATUS). Oftmals hatten sich in den bestehenden Arbeiterturnvereinen Mannschaften gegründet, die auf Bezirks- und Kreisebene Meisterschaften durchführten, deren Sieger den Bundesmeister des Verbands ausspielten.

Zum bestimmenden Klub wurde hierbei die 1914 im Teplitzer Vorort Weißkirchlitz (Teplice-Novosedlice) gegründete „Gleichheit“. Sie gewann

mehrmals den Titel des Bundesmeisters des ATUS, stellte für viele Jahre den Kern der Verbandsauswahl und unternahm viele erfolgreiche Spielereisen durch Deutschland. Der folgende Text stellt die Geschichte dieses Teams vor und leistet so einen Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei. Darüber hinaus wirft er ein Schlaglicht auf eine heute fast vergessene Geschichte des Fußballs in den böhmischen Ländern, in dem nicht nur die Entwicklungen dieser zunehmend populären Sportart in einer von der Sportgeschichte stark vernachlässigten Region, sondern auch die politischen Zusammenhänge und Ereignisse in der multinationalen Tschechoslowakei sichtbar werden. Angesichts der schwierigen Quellenlage beruht die Darstellung zum größten Teil auf der Berichterstattung der „Freiheit. Sozialdemokratisches Tagblatt“ aus Teplitz.

Warmlaufen: Die Jahre 1914–1919

Der Beginn des deutschen Arbeiterfußballs in den böhmischen Ländern lässt sich genau datieren: auf den 6. Juni 1914. An diesem Tag kam es im Rahmen des Turnfestes in Teplitz, zu dem deutsche Arbeiterturnvereine aus ganz Böhmen zusammenfanden, zu einer ersten Begegnung zweier Mannschaften. Dieses Turnfest, an dem auch neun sächsische Arbeiterturnvereine teilnahmen, wurde so zur eigentlichen Geburtsstunde von Gleichheit Weißkirchlitz. Neben Freiübungen und Riegenturnen sowie Wettbewerben in Faustball, Barlauf und einem Gesellschaftsspiel, trafen Auswahlen der Turner aus Weißkirchlitz und Aussig in einem Fußballspiel aufeinander. Die Begegnung stand unter der Leitung von Heinrich Müller, der später in der Tschechoslowakei ein führender Funktionär des ATUS und Senator der Sozialdemokratischen Partei werden sollte. Von den Beobachtern wurde ihm eine ordentliche Leistung attestiert, wenngleich er nicht einmal die Spielregeln wirklich

kannte. Die Gleichheit konnte das Match klar für sich entscheiden. Schon zur Halbzeit führte sie 5:0, bis Spielende erzielte sie noch einen weiteren Treffer. Dieses erste Spiel sollte später immer wieder in Erinnerung gerufen werden.

In der Folgezeit mangelte es dem Team aus Weißkirchlitz allerdings an Gegnern, schließlich wollte es doch ausschließlich gegen andere Arbeitermannschaften antreten. Zunächst mussten sich die Spieler jedoch mit den verpönten bürgerlichen Teams messen. Noch im September 1914 schlug die Gleichheit eine Ersatzmannschaft von Sparta Zuckmantel (Dubí-Pozorka) mit 5:1. Die folgenden Spiele standen dann bereits im Zeichen des Weltkriegs. Auch wenn reguläre Begegnungen nicht überliefert sind, konnte die Gleichheit ihre Vereinsarbeit fortsetzen, was die Wiederaufnahme des Spielbetriebs nach 1918 erleichtern sollte.

Erste Halbzeit: Die Jahre 1919–1933

Noch vor der Gründung des ATUS als Arbeiter- Turn- und Sportverband auf dem Boden der 1918 gegründeten Tschechoslowakischen Republik wurden die Arbeiterturnvereine des Teplitzer Gebiets in der „Freiheit“ aufgefordert, die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit an den Obmann des Turnbezirks zu melden. Anfang März 1919 stellte sich die Gleichheit durch Aufnahme des Weißkirchlitzer Sportclubs Rapid breiter auf. Eine regelmäßige Spieltätigkeit setzte im Juni des Jahres ein, als der erstmalig antretende Arbeiter-Turnverein Bodenbach (Děčín-Podmokly) mit 8:0 geschlagen wurde. Der Arbeiterfußball kämpfte aber gerade in dieser Anfangsphase mit Kinderkrankheiten. So warteten Zuschauer und Spieler Mitte August auf den Wiener Fußballklub Sechshaus, der unentschuldig nicht antrat, dann aber erklärte, dass das Spiel nicht definitiv abgesprochen worden sei und man selber bereits zweimal vergeblich auf die Gleichheit gewartet habe.

Diese ersten Jahre nach dem Krieg waren geprägt von einer Phase des Übergangs weg von einem Spielverkehr mit bürgerlichen Klubs hin zu einem reinen Arbeiterfußball. Verstärkt wurde diese Tendenz auch dadurch, dass immer wieder Spieler von Arbeitermannschaften von bürgerlichen Vereinen abgeworben wurden. Oft genug mussten die Arbeiterfußballer aber in Ermangelung eigener Infrastruktur auf die Plätze bürgerlicher Klubs zurückgreifen. So fand das Finale der Kreismeisterschaft 1920 zwischen Gleichheit und Aussig-Lerchenfeld (Ústí nad Labem-Skřivánek) auf dem Platz des bürgerlichen Teplitzer Fußballklubs statt. Dass der Klassenkampf im sportlichen Bereich durchaus einer freundschaftlichen Kooperation weichen konnte, zeigte sich darin, dass den Teplitzern für die in „bereitwilligster Weise“ geleistete Hilfe in der „Freiheit“ vom 14. Juli ausdrücklich gedankt wurde.

Im Herbst 1920 trat die Gleichheit verschiedene Male gegen sächsische Teams an. So kamen Anfang Oktober drei Mannschaften aus Pirna nach Weißkirchlitz, und die Anhänger der Gleichheit wurden gebeten, Unterbringungsmöglichkeiten für sechzig Gäste zur Verfügung zu stellen. Ende März 1921 reiste Dresden-Cotta zu einem Spiel anlässlich der Eröffnung eines neuen Platzes in Weißkirchlitz an. Das eigene Spielfeld, auf dem die Mannschaft nun erstmalig regelmäßig trainieren konnte, war auf Initiative des sozialdemokratischen Gemeindevorstehers Adalbert Werner entstanden. Dieser hatte 36.000 Kronen investiert, um dem Klub neben der Weißkirchlitzer Margarinefabrik ein Feld zur Verfügung stellen zu können. Während sich Gleichheit im Sommer 1921 in Chemnitz klar mit 5:0 gegen Sachsen 11 durchsetzen konnte, brachte die erste große Fahrt gen Westen nur ein 1:1 gegen Nürnberg Süd-Ost.

Ein deutlicher Erfolg gelang Gleichheit im August 1921 anlässlich des 25. Jahrestags des Gründungsfestes des Arbeiterturnvereins Weißkirchlitz, bei dem der Dresdner Sportverein 1910, eines der besten Teams Deutschlands,

mit 5:2 geschlagen wurde. In dieser Zeit gewann Gleichheit eine große Bedeutung und konnte sich auch als Verein weiterentwickeln. Neben der ersten Mannschaft fanden auch Spiele der Reserve und mitunter sogar einer dritten Auswahl statt. Ebenso gab es Spiele einer Jugendmannschaft. Dass es nun einen immer größeren Zuschauerandrang gab, der auch reguliert werden musste, zeigen folgende in der „Freiheit“ am 20. August veröffentlichte Regeln:

„Der Platz darf vor und nach dem Spiele nicht betreten werden. Den Platzordnern ist unbedingt Folge zu leisten. Gleichfalls machen wir darauf aufmerksam, dass die beim Platze gelegene Verkehrsstraße unter allen Umständen freigehalten werden muss, da sonst der Fußballriege Weißkirchlitz unnötigerweise Schwierigkeiten erwachsen.“

Als zu Ostern 1922 zwei viel beachtete Spiele gegen Leipzig und Nürnberg stattfanden, wurde der Platz in Weißkirchlitz hergerichtet und umzäunt. Dies geschah vor allem auch deswegen, um nicht zahlende Gäste fernzuhalten. Gleichheit schlug Süd-Ost Nürnberg 6:1 und Preußen Leipzig mit 4:2. Der eigentliche Höhepunkt des Jahres war aber die auf Kosten des Vereins bestrittene Teilnahme am Bundesfest des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Leipzig im Juli. Hier schlug Gleichheit eine Mannschaft aus Basel mit 3:0. Nach weiteren Siegen wurde die Auslandsmeisterschaft des Bundesfestes errungen. Im August 1922 kam eine Mannschaft aus Leipzig nach Weißkirchlitz und wurde mit 3:2 geschlagen. Dass nun ein professioneller Anspruch erwartet wurde, belegt eine Reaktion auf das von den alten Herren und der Jugend der Gleichheit ausgetragene Vorspiel zu dieser Begegnung. Hierzu heißt es in der „Freiheit“ vom 8. August:

„Das Vorspiel Alte Herren gegen die Jugend war eine Komödie. Entweder man ist ernstlich gewillt, Sport zu leisten, oder man lässt man die Hände bzw. Beine davon. Wer den Sport ins Lächerliche zieht, schädigt ihm mehr, als er nützt. Den Sport in solche ‚humoristische‘ Formen zu kleiden, heißt Schindluder mit ihm treiben.“

Diese Professionalisierung hatte jedoch unerwünschte Begleiterscheinungen: So begann das Jahr 1923 mit einem Skandal, als der Spieler der Gleichheit Katroschan zum bürgerlichen Teplitzer Fußballklub (TFK) wechselte. Katroschan arbeitete in einer Weinhandlung, die einem TFK-Funktionär gehörte. Nun zeigte sich, dass es beim Arbeiterfußball nicht allein um sportliches Kräfteressen ging – denn die Erfolge führten dazu, dass der Klassengegner noch stärker in fremdem „Revier“ wilderte: Aus der Sicht der Arbeitersportler handelte es sich also nicht nur um eine „Untreue“ Katroschans gegenüber seinem Verein, sondern auch um einen Verrat am Arbeitersport schlechthin. Solche Fälle sollten sich in der Folgezeit jedoch öfter wiederholen.

Neben dem Verhältnis zu bürgerlichen Teams waren aber insbesondere die Kontakte zu tschechischen Mannschaften eine Besonderheit des Arbeiterfußballs in der multinationalen Tschechoslowakei. So kam es zu Ostern 1924 zu den wahrscheinlich ersten beiden Begegnungen der Gleichheit mit einem tschechischen Klub. Gegen Rudá Hvězda (Roter Stern) Košiče wurde mit 4:1 gewonnen und 1:1 Unentschieden gespielt. Ein Rückspiel in Prag konnte Gleichheit ebenfalls gewinnen, dieses Mal mit 3:0. Offensichtlich hat es sogar in der ersten Hälfte der 1920er Jahre, als sich der deutsche Bevölkerungsteil der Tschechoslowakei erst allmählich mit der neuen Lage als nationale Minderheit abzufinden begann, bei solchen deutsch-tschechischen Spielen zumindest im Bereich des Arbeitersports keine nationalen Animositäten gegeben. Die Berichte in der sozialdemokratischen Presse liefern jedenfalls keine Belege dafür, dass es hier Probleme gegeben hätte.

Den Höhepunkt des Jahres 1924 stellte das erste Finale um die Bundesmeisterschaft dar. Dieses fand im Rahmen des Karlsbader Arbeiter-Turn- und Sportfestes statt, und Gleichheit wusste sich mit 4:2 gegen den Fußballklub Falkenau (Sokolov) durchzusetzen.

1925 errangen die Spieler der Gleichheit noch höhere Weihen. Auf dem Platz des TFK fand im September das erste Arbeiterländerspiel zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland statt. Der Prager „Sozialdemokrat“ bezeichnete die Begegnung am 27. September als „Merkstein auf dem Wege der körperlichen Emanzipation des klassenbewussten Proletariats“ und hieß die Genossen aus Deutschland auf „sudetendeutschem Boden“ willkommen. Von den elf Spielern des ATUS-Teams der Tschechoslowakei stammten allein sieben aus Weißkirchlitz. Gleichheit stellte zudem seine weiß-blauen Trikots für das Länderteam zur Verfügung. 1926 setzte die Gleichheit die Spieltätigkeit im Ausland fort. 2.000 Personen begrüßten das Team in Meißen und begleiteten es, angeführt von einem Trommler- und Pfeiferkorps, durch die Stadt. Gleichheit schlug die Freien Turner Meißen mit 9:2.

Im Juni wiederum unternahm das Team eine Reise nach Berlin, unterlag dort Adler 08 Berlin, schlug aber Luckenwalde und Berlin-Velten. Die Spieler, die für diese Reise ihren Jahresurlaub nahmen, nutzten auch die Gelegenheit, um sich die Sehenswürdigkeiten der Hauptstadt anzusehen. Eine weitere lange Reise wurde im Juli unternommen, als die Spieler der Gleichheit als Team Tschechoslowakei am Arbeiter-Turn- und Sportfest in Wien teilnahmen, dort Deutschland mit 1:3 unterlagen, Polen aber deutlich mit 4:1 schlagen konnten. Die Kicker aus dem böhmischen Örtchen Weißkirchlitz entdeckten immer mehr die (Fußball-)Welt außerhalb ihrer Region. So war der Sport bald auch eine Möglichkeit, aus den engen Grenzen des Alltags in der böhmischen Provinz auszubrechen.

So fuhr Gleichheit in den 1920er Jahren zu Pfingsten fast schon regelmäßig nach Deutschland. Ende Juli 1927 machte sich der Verein auf zu einer weiteren großen Deutschlandreise: In Hagen siegte der Klub nach dreißigstündiger Fahrt vor 2.000 Zuschauern mit 4:3 gegen Delstern 96. Am Folgetag wurde Rasensport Solingen mit 4:1 bezwungen. Der Abschluss der Reise konnte erfolgreich gestaltet werden, als Kassel mit 4:0 geschlagen wurde. Und

auch in anderer Hinsicht war die Reise ein voller Erfolg, erhielt der Klub doch in Hagen ein Marxbild, in Solingen eine Fahne und in Kassel einen Wimpel als Ehrengeschenke. Auf der Rückreise schlug er bei einem Halt in Leipzig den dortigen Verein West 03 mit 5:2.

Vor diesem Hintergrund erschienen Spiele im benachbarten Sachsen fast schon als wöchentliche Routine. So war ein Match in Dresden dann auch der Auftakt für das Jahr 1927. Hier unterlag Gleichheit allerdings mit 0:7. Zu Ostersonntag 1927 war nach drei Jahren auch wieder ein deutscher Klub zu Gast in Weißkirchlitz. Der Arbeitersportverein Guben wurde mit 5:0 geschlagen, was den Beobachter in der „Freiheit“ vom 20. April zu dem Kommentar veranlasste: „Die Reichsdeutschen machten zeitweise einen unbeholfenen Eindruck und spielten einen primitiven Fußball.“ Als Ende Mai eine Auswahl des 5. ATUS-Kreises mit fünf Spielern von Gleichheit gegen eine Ländermannschaft der Steiermark antrat, wurde offiziell der Spielverkehr mit der Republik Österreich aufgenommen.

In den ATUS-Wettbewerben blieb Weißkirchlitz ebenfalls erfolgreich und wurde 1928 wieder Kreismeister. Im Endspiel um die Bundesmeisterschaft, das Anfang Oktober in Zuckmantel gegen Rumburg (Rumburk) ausgetragen wurde, konnte sich das Team klar durchzusetzen und kürte sich mit dem Titel des ATUS-Bundesmeisters 1928. Dass die Weißkirchlitzer zusehends vor allem auswärts zu großen Spielen antraten, hing vor allem damit zusammen, dass der Klub seit 1927 keinen eigenen Platz mehr besaß, um Heimspiele zu veranstalten. Ende Juni/Anfang Juli 1929 unternahm Gleichheit eine Spielreise durch Hessen. Interessant ist hierbei, dass die „Freiheit“ in ihrer anschließenden Berichterstattung vom 4. Juli darüber auch eine Ablehnung an die Adresse des tschechoslowakischen Konsulats erläuterte. Dieses hatte ein offizielles Treffen anlässlich des Spiels vorgeschlagen: „Erst muss man unserer Bewegung im Inlande die Anerkennung und jene Rechte einräu-

men, die man den Bürgerlichen gewährt, bevor man im Ausland vor der Öffentlichkeit damit paradiereen möchte.“

Ende der 1920er Jahre etablierten sich die Kontakte zum tschechischen Arbeitersport immer stärker und auf einer höheren Ebene. So wurde zu einem ersten Höhepunkt des Jahres 1927 die Anfang Juli in Prag durchgeführte Zweite Arbeiterolympiade der tschechischen *Dělnická tělocvičná jednota* (Arbeiterturnverband, DTJ). Obwohl dieser Verband den Fußballsport ablehnte und daher auch nicht betrieb, wurde trotzdem auf der Olympiade ein Fußballturnier durchgeführt, in dessen Rahmen das Länderteam der Tschechoslowakei, also die Auswahl des ATUS, am 4. Juli auf dem Platz von Sparta Prag auf die Auswahl Rumäniens traf. Die Mannschaft der Tschechoslowakei spielte nicht nur in den Trikots von Gleichheit, sondern hatte gleich sieben Spieler dieses Klubs in ihren Reihen.

Ein weiterer Höhepunkt des Jahres und wahrscheinlich der größte Erfolg der als „Tschechoslowakei“ spielenden Auswahl des ATUS war der Sieg in einem Länderspiel in München gegen die Arbeiternationalmannschaft Deutschlands. Sieben Spieler von Gleichheit trugen Anfang September zum 3:2-Erfolg bei. Der Kommentator der „Freiheit“ vom 7. September war voll des Lobes und urteilte: „Deutschböhmen vom ersten bis zum letzten Mann flink und aufopfernd.“ Die zehntausend Zuschauer, unter ihnen viele in München lebende Tschechen, hätten dem Team stürmisch zugejubelt. Auch hier zeigte sich wieder, dass zumindest beim Arbeiterfußball nationale Grenzen für viele Menschen keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielten.

Einen üblen Beigeschmack erhielten manche Spiele allerdings durch das örtliche Publikum:

„Die Zuckmantler Gemeindevertretung wird den Wunsch der Zuschauer wohl verstehen, der darin besteht, dass die Rowdiemanieren jener Zaungäste abgestellt werden, die auf den Dächern der gegenüberliegenden Häuser sich immer einfinden. Sonst ist der Ruf des Platzes in Frage gestellt“,

schrieb die „Freiheit“ vom 30. April 1930. Dass sich nun allmählich ein aggressiveres Verhalten von Fans entwickelte, zeigen auch andere Berichte. So hieß es in der „Freiheit“ vom 6. September 1932 zum 5:2-Sieg gegen Dresden-Löbtau: „Ein besonderes Kapitel ist ein Teil des auswärtigen Publikums, das nur in der Absicht kommt, unbedingt zu krawallieren, um dem Verein zu schaden.“ Allerdings gebärdeten sich zuweilen auch die Spieler unsportlich, wie sich aus einem Bericht der „Freiheit“ vom 6. Oktober 1930 zu einer Partie gegen die Mannschaft von Glashütte Aussig (Ústí nad Labem) herauslesen lässt:

„Warum ließ man sich aber zu den Schiedsrichterbeleidigungen hinreißen? Will man mit Gewalt sein Publikum vertreiben? Wir empfehlen der Vereinsleitung, da einmal Remedur zu schaffen, denn Disziplin und Unterordnung muss auch am eigenen Platz vorhanden sein.“

Mitte August 1930 wurde ein neuer eigener Sportplatz eingeweiht, sodass Gleichheit nicht mehr auf darauf angewiesen war, ihre Heimspiele auf fremden Plätzen durchzuführen. In einem ersten inoffiziellen Spiel traf die erste Mannschaft von Gleichheit auf die ältere Jugend des Klubs. Zur offiziellen Eröffnung konnte das Team aus dem sächsischen Kamenz gewonnen werden. In einer Darstellung in der „Freiheit“ vom 26. August wurde der Platz zwar als „noch zu klein“ bezeichnet, allerdings könne er bei einer Vergrößerung der Spielfläche, beim Bau von Umkleidekabinen, eines Bads, einer Umzäunung, von Barrieren, Sitzgelegenheiten, Parkanlagen und Planschbecken zur „schönsten Anlage von Nordwestböhmen“ werden.

Der Beginn des Jahres 1931 war nicht nur von sportlichen Resultaten geprägt, sondern auch von erneuten Versuchen des bürgerlichen Teplitzer Fußballklubs, Spieler von Gleichheit abzuwerben. Hierauf reagierte die „Freiheit“ deutlich: „Helfet mit, den bürgerlichen Seelenverkäufern das Handwerk zu legen.“ Nach wie vor sollte die Abgrenzung von den „bürgerlichen“ Konkur-

renten mit einer klassenbewussten Haltung durchgesetzt werden – was offenbar nicht immer erfolgreich war: Im folgenden Jahr gab es erneut Vorwürfe, der Teplitzer Fußballklub wolle direkt im Arbeiterviertel versuchen, Spieler von Gleichheit abzuwerben. Dabei habe der TFK durch den bereits abgeworbenen Spieler Bachmann Unterstützung erhalten, der immerhin zur großen Spielergeneration der frühen 1920er Jahre gehörte. Dem klassenbewussten Fußball konnte dieser ehemalige Arbeitersportler offenbar nichts mehr abgewinnen.

Die Lebensbedingungen der Fußballer des ATUS waren in der Tat oftmals schwierig und standen in einem krassen Gegensatz zu den oft ruhmreichen Spielen. Ein Beispiel von Ende Juni 1931 mag dies verdeutlichen: Als die Auswahl des 5. ATUS-Kreises im sächsischen Schneeberg gegen das Team des Kreises Sachsen verlor, hatte dies möglicherweise auch mit dem Spagat zwischen der anstrengenden Industriearbeit vieler Spieler und ihren sportlichen Aktivitäten zu tun. So wurde die Niederlage damit begründet, dass der Mittelläufer unentschuldigt fehlte, zwei Spieler direkt von der Nachtschicht kamen und sich ein weiterer Spieler auf der Fahrt erbrochen hatte.

Vom professionellen Fußballsport heutiger Tage waren also die deutschen Arbeiterfußballer in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit weit entfernt. Dies zeigten die folgenden Jahre sehr deutlich: Unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise waren Auslandsreisen wie in den Vorjahren kaum mehr möglich, sodass sich die Spieltätigkeit von Gleichheit auf die Liga im Bezirk des ATUS beschränken musste. Immerhin blieb Gleichheit Weißkirchlitz erfolgreich, wie ihr Sieg im Endspiel um die Bundesmeisterschaft 1932 zeigte, als die Fußballriege Graslitz mit 8:4 geschlagen werden konnte.

Zweite Halbzeit: Die Jahre 1933–1938

Die nationalsozialistische Machtübernahme in Deutschland wirkte sich auch auf den Spielverkehr von Gleichheit Weißkirchlitz aus. Nach der Zerschlagung des Arbeitersports im Deutschen Reich blieben ihr nur die eigenen Wettbewerbe im Rahmen des ATUS – die früher so zahlreichen und oft erfolgreichen Reisen nach Deutschland waren nicht mehr möglich. Vom Glanz früherer Jahre blieb also wenig übrig, was sich allerdings auch auf die zeitweilig schlechte Form des eigenen Teams zurückführen ließ. So heißt es in der „Freiheit“ vom 7. Juni 1933 zu einer Niederlage gegen Wacker Pihanken (Dubí-Běhánky): „Im Interesse der Arbeitersportbewegung ist es besser, solche Spiele entweder unter Ausschluss des Publikums oder gar nicht abzuhalten.“ Auf den Gewinn der Bundesmeisterschaft 1933 konnte Gleichheit daher nicht hoffen. Zur Jahreswende 1933/34 erfolgte zwar eine Verjüngung der Mannschaft, dennoch trat auch immer mal wieder die ältere Formation an.

Ende August 1933 konnte der Weißkirchlitzer Arbeitersport immerhin feierlich auf die Einweihung des eigenen Sportplatzes im Jahr 1928 zurückblicken. Das durch einen Scheinwerfer in Szene gesetzte Programm umfasste: Freiübungen, Dirndltänze, Schwebbaumübungen, Übungen mit dem großen Ball, Feuerkeulenschwingen der Turnerinnen, Barrenturnen, gymnastisches Turnen und Stabübungen. Die Verbundenheit mit dem klassischen (Arbeiter-)Turnen, aus der heraus die Gleichheit entstanden war, blieb also bestehen.

Die sportliche Schwächephase von Gleichheit tat auch den großen Feierlichkeiten zum zwanzigjährigen Bestehen der Fußballriege Gleichheit Weißkirchlitz 1934 keinen Abbruch. Zu diesem Anlass wurde nicht nur ein Turnier veranstaltet, an dem eine Arbeitermannschaft aus Prag teilnahm, sondern auch eine Sportausstellung am Sportplatz präsentiert, die das „gewaltige Pensum von sportlicher Arbeit“ der vergangenen 20 Jahre präsentieren sollte.

In dieser Ausstellung wurden zum Beispiel die großen Verdienste von Adalbert Werner dargestellt, der dem Klub nach Kriegsende seinen ersten Sportplatz organisiert hatte. Werner fand sich in der Sportausstellung deswegen mit einem Bild neben einem Foto des ersten Vorsitzenden der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik Josef Seliger und einer Büste von Karl Marx.

Mit einem gewissen Stolz verwies die „Freiheit“ vom 23. August 1934 auf die sportlichen Erfolge von Gleichheit. In 20 Jahren habe der Klub 572 Spiele gewonnen und 160 verloren. 85 Begegnungen seien Remis ausgegangen. Insgesamt habe Gleichheit 97 ausländische Städte besucht, wobei allein in Deutschland 19.715 Kilometer zurückgelegt worden seien. 48 ausländische Mannschaften seien zu Spielen in Weißkirchlitz angetreten. Im September 1934 blickte dann auch der ATUS auf seine dreißigjährige Tradition zurück. Aus diesem Anlass veranstaltete der Arbeiterturnverein Weißkirchlitz ein Fest, bei dem es Spiele in Faustball, Tamburin, Volleyball und Raffball gab – aber keine Fußballbegegnung.

Spielerisch präsentierte sich Gleichheit in jener Zeit weiterhin sehr schwankend. Die „Freiheit“ übte im Sommer des Jahres 1935 mehrmals Kritik an der Organisation des Teams und legte ihm nach einem Spiel gegen Pihanken nahe, einmal mit den Spielern die Grundsätze des Fußballs zu besprechen. Nach einem Sieg gegen Wohontsch (Ohnič) hielt sie angesichts einer offensichtlich chaotischen Aufstellung fest: „Diese Zustände sind unhaltbar und führen zu keinem Aufschwung der Mannschaft.“ Am 9. Oktober 1936 hieß es anlässlich eines knappen Sieges gegen Eintracht Tischau (Mstišov): „Die Weißkirchlitzer Mannschaft ist unberechenbar. Gutes Spielmaterial, aber keine einheitliche Leistung und kein Kampfgeist. Im Spazierengehen werden keine Serienspiele gewonnen.“ Ähnlich lautete es in einem Spielbericht vom 21. Oktober 1936 zu einem Unentschieden gegen Prosetitz (Prasetice), bei dem die Tore durch die „alten Kämpen“ geschossen werden

mussten, da „die jungen Kräfte lustlos und unbeständig ihr Arbeitspensum erledigten“. Von solchen unterschiedlichen Bewertungen war auch das Jahr 1937 geprägt. Ein 3:0-Sieg bei Tischau wurde als „Husarenstück“ bezeichnet, das man dem Team nicht zugetraut habe.

Da sich nach dem Wegfall der reichsdeutschen Partner eine gewisse Stagnation im sudetendeutschen Arbeiterfußball eingestellt hatte – de facto traten immer wieder die gleichen Mannschaften gegeneinander an – war Gleichheit ab Dezember 1935 bemüht, gegen Militärmannschaften zu spielen. Zu einer ersten Begegnung kam es am 1. Dezember zwischen Gleichheit und dem Team des Militärs aus Bilin (Bílina). Auf Dauer blieben aber Spiele gegen andere Arbeiterteams das Alltagsgeschäft. Von Ende Februar bis Anfang April traf Gleichheit allein dreimal auf Viktoria Zuckmantel, wobei der Erlös einer der Begegnungen im Sinne des solidarischen Arbeitersports der Arbeiterfürsorge zufloss.

An einem der fußballerischen Höhepunkte desselben Jahres war Gleichheit allerdings nur indirekt beteiligt. Im Juni fand auf dem Weißkirchlitzer Platz ein Spiel zwischen der ATUS-Auswahl und der Mannschaft aus Tischau statt. Diese Begegnung diente dem Team des ATUS als Vorbereitung für eine Reise nach Dänemark und Norwegen. Zum eigentlichen Höhepunkt des Jahres 1936 wurde die Feier zum vierzigjährigen Bestehen des Weißkirchlitzer Arbeiterturnvereins, in deren Verlauf es zu einem Spiel gegen Nordstern Zürrich kam. Dies war nach einer Begegnung im Rahmen des Bundesfestes des reichsdeutschen Arbeiter-Turn- und -Sportbundes 1922 in Leipzig überhaupt erst das zweite Spiel zwischen einem Team aus der Schweiz und einem aus der Tschechoslowakei. Darauf, dass die Jubiläumsfeier bereits unter den Vorzeichen des wachsenden Einflusses der Sudetendeutschen Partei stand, deutet ein Bericht in der „Freiheit“ vom 21. Juli 1936 hin: „Wenn auch keine Fahnen in den Straßen wehten, wenn auch das faschistische Bürgertum die Fenster

schloss und hinter den Vorhängen verstohlen den imposanten Festzug betrachtete [...].“

Fußballerischer Höhepunkt des Jahres 1937 war die Teilnahme der ATUS-Mannschaft an der Arbeiterolympiade in Antwerpen. Der Kader setzte sich aber nunmehr längst nicht mehr mehrheitlich aus Spielern von Gleichheit zusammen. Der sudetendeutsche Arbeiterfußball wurde bereits von anderen Teams dominiert. So errang etwa das benachbarte Zuckmantel (Pozorka) im Juli 1937 erstmalig den Titel des Bundesmeisters des ATUS. Ein Spiel gegen eben jenes Team aus Zuckmantel stellte einen ersten Höhepunkt des Jahres 1938 dar. Gleichheit siegte 2:1. Der „Freiheit“ war es aber wichtig festzuhalten: „In beiden Mannschaften stecken junge Talente, die noch von sich hören lassen werden.“

Das verjüngte Team von Gleichheit schlug im April 1938 immerhin die Prager Mannschaft von Slavia Žižkov. Gleichheit maß sich zwei Monate später auch zweimal erfolgreich mit dem tschechischen Team von Meteor Louny (Laun), womit also solche deutsch-tschechischen Begegnungen selbst angesichts der eskalierenden politischen Konflikte zwischen nationalistischen bzw. nationalsozialistischen sudetendeutschen Kräften und der tschechoslowakischen Regierung möglich waren. Auf die Kooperation im Arbeitersport schien sich dies also kaum auszuwirken.

Der positive Trend setzte sich fort, als Gleichheit im Mai des Jahres 1938 die Militärmannschaft Theresienstadt, in deren Reihen auch „ganze Fußballkanonen“ spielten, mit 3:2 schlug, was die „Freiheit“ am 11. Mai geradezu überschwänglich kommentierte: „Das Spiel zeigte, dass Arbeitersportler, die mit Luft, Liebe und Interesse für den Verein spielen, dem stärksten Gegner ebenbürtig sind.“ Die wiedergewonnene Stärke führte dazu, dass Gleichheit Weißkirchlitz als Testspielgegner für das Team des ATUS ausgewählt wurde, der sich nach einer Vereinigung mit dem Arbeiter-Rad- und Kraftfahrverband nunmehr „Union“ nannte. Dieses Spiel diente der Vorbereitung auf eine

Spielreise der Verbandself Ende Juni nach Frankreich, in deren Verlauf, nur wenige Tage nach dem Finale der dritten Weltmeisterschaft der FIFA – Italien bezwang Ungarn im Finale mit 4:2 – Spiele gegen Frankreich und eine sowjetische Auswahl anstanden.

Im Juli 1938 wurde Lassalle Krochwitz mit 3:1 geschlagen, was laut „Freiheit“ ein „beachtenswerter Erfolg“ war, da Krochwitz kurz davor ein Turnier in Genf gewonnen hatte. Gleichheit war allerdings ausgerechnet in dem Moment wieder zu seiner alten Form aufgelaufen, in dem der sudetendeutsche Arbeitersport zu seinem Ende kam. Zu seinem letzten Spiel trat der mehrmalige Bundesmeister Mitte September 1938 an und schlug die Militärmannschaft Kutterschitz (Chudeřice) mit 4:1. Am 18. September druckte die „Freiheit“ schließlich die Mitteilung: „An alle Vereine! Infolge der ernsten Lage werden bis auf weiteres alle Meisterschaftsspiele abgesagt. Die für Sonntag, den 18. September, festgesetzten Spiele entfallen demnach.“ Wenig später erfolgte die Abtrennung der mehrheitlich von Deutschen besiedelten Gebiete der Tschechoslowakei an das nationalsozialistische Deutsche Reich.

Nachspielzeit: Nach 1945

Die Besetzung der deutschsprachigen Grenzgebiete der Tschechoslowakei durch die Deutsche Wehrmacht bedeutete das Ende der sudetendeutschen Arbeiterbewegung, wengleich die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei noch einige Monate bis zu ihrer Selbstauflösung weiterexistierte. Der ATUS mit all seinen Sparten hingegen konnte seine Tätigkeit nicht mehr fortsetzen. Viele seiner Funktionäre wurden in den nächsten Jahren – sofern sie nicht einen Weg in die sichere Emigration fanden – als überzeugte Gegner des Nationalsozialismus verfolgt, nicht wenige auch ermordet.

Das Schicksal von Spielern und Funktionären von Gleichheit Weißkirchlitz ist kaum dokumentiert. Gustav Erlacher, Spieler und führender Funktionär von Gleichheit sowie Gemeindevorsteher von Weißkirchlitz, hatte den Nationalsozialismus überwintert und starb nach der Vertreibung aus der Tschechoslowakei 1948 an den Folgen einer Lungenentzündung in Frankfurt am Main. Sein Bruder Eduard war im Nationalsozialismus ebenfalls starkem Druck ausgesetzt gewesen und kam 1948 nach Wiesbaden, wo er 1973 starb. Zwei weitere Gründungsmitglieder von Gleichheit, Paul Kark und Alois Seemann, beteiligten sich 1970 an der Organisation eines Gleichheit-Ehemaligentreffens in Frankfurt-Sachsenhausen, an dem 200 frühere ATUS-Mitglieder und -Funktionäre aus der Umgebung von Teplitz teilnahmen. Paul Kark starb 1973 in Wiesbaden, Alois Seemann 1975 in Frankfurt am Main. Die Erfolge von Gleichheit Weißkirchlitz, einem der stärksten Arbeiterfußballklubs Europas, sind seitdem gänzlich in Vergessenheit geraten.

Fazit

Der nordböhmische Klub Gleichheit Weißkirchlitz gehörte zu den stärksten Mannschaften des europäischen Arbeiterfußballs und konnte sich mit jedem Team der starken deutschen Arbeiterfußballbewegung messen. Spieler der Gleichheit bildeten über Jahre den Stamm der ATUS-Verbandsauswahl, die an großen internationalen Turnieren sowie der Europameisterschaft im Arbeiterfußball teilnahm und darüber hinaus auch nach 1933 noch größere Länderspielreisen unternahm. Die Elf des ATUS firmierte hierbei durchgehend unter der Bezeichnung „Tschechoslowakei“, nicht zuletzt auch deswegen, weil der tschechische Arbeitersportverband DTJ den Fußballsport ablehnte.

Die Fußballaktivitäten des ATUS, seine Entwicklung und seine Erfolge, sind somit auch Teil der tschechoslowakischen Fußballgeschichte. Ein Teil

dieser Geschichte ist ebenso, dass es im Arbeiterfußball keine Berührung-ängste gab, mit Teams anderer Nationalitäten Spiele auszutragen. Dass es keinen größeren deutsch-tschechischen Spielverkehr im Arbeiterfußball gab, lag vor allem daran, dass ein solcher auf tschechischer Seite lange Zeit nicht existierte.

An der Geschichte von Gleichheit Weißkirchlitz lässt sich zudem eine allgemeine Entwicklung im Arbeiterfußball der 1920er und 1930er Jahre nachzeichnen: Aus einer Randsportart wird nach dem Ersten Weltkrieg ein Zuschauersport, der an dem Anspruch, dem bürgerlichen Profifußball eine Alternative entgegenzusetzen, letztlich scheitert. Hiervon zeugt das unsolidarische Verhalten von Spielern und Zuschauern ebenso wie die Tatsache, dass auch Gleichheit Weißkirchlitz finanzielle Nöte kannte – und so zum Beispiel einen Zaun errichten musste, um Guckspechte fernzuhalten. In ihrer Hochphase unternahm Gleichheit erfolgreiche Spielereisen durch Deutschland und erzielte dabei große Erfolge. Diese Tourneen sind ein Hinweis darauf, dass sich die deutsche Arbeiterbewegung in den böhmischen Ländern zwar mehrheitlich in kleinen Industriedörfern abspielte, es aber doch eine Erfahrung jenseits dieser Provinzialität gab.

Die Geschichte von Gleichheit Weißkirchlitz ist nicht allein die Geschichte eines Fußballklubs aus den böhmischen Ländern. Sie bietet auch Einblicke in die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung sowie ihren grenzüberschreitenden Beziehungen. Die nahezu wöchentlich stattfindenden Begegnungen von Arbeiterfußballklubs aus Nordböhmen und Sachsen – Gleichheit Weißkirchlitz war nicht der einzige Verein, der regelmäßig solche Partien bestritt – zeugen von den intensiven Kontakten zwischen den Arbeiterbewegung dies- und jenseits der tschechoslowakisch-deutschen Grenze. Der Arbeiterfußball war dabei nur einer von vielen Bereichen. Diese Begegnungen waren so intensiv, dass zukünftig die Geschichte der deutschen Ar-

beiterbewegung in den böhmischen Ländern, bei deren Entstehung der bisherigen Forschung zufolge vor allem Wien eine dominierende Rolle gespielt haben soll, um diese fruchtbaren böhmisch-sächsischen Beziehungen zu ergänzen wäre.

Literatur

Die Brücke. Wochenblatt für Wiedervereinigung, Heimatrecht, sozialen Fortschritt. München, Jahrgänge 1970, 1973.

Blätter für sudetendeutsche Sozialdemokraten. Malmö, Jahrgang 1970.

Freiheit. Organ der socialdemokratischen Arbeiterschaft für den Teplitz-Saazer Kreis, Teplitz, Jahrgänge 1914, 1918–1938.

Frommhagen, Rolf: Die andere Fußball-Nationalmannschaft. Bundesauswahl der deutschen Arbeitersportler 1924–1932. Göttingen 2011.

Geiges, Lars: Fußball in der Arbeiter-, Turn- und Sportbewegung. Ein zum Scheitern verurteiltes Spiel? Göttingen 2011.

Sozialdemokrat, Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik, Prag, Jahrgänge 1925, 1927.

Wolter, Christian: Arbeiterfußball in Berlin und Brandenburg 1910–1933. Hildesheim 2015.

Kultur und Bildung

Volker Mohn

Eine „Brücke der Verständigung“? Zur Deutung von Mozarts Wirken in Prag und zur Geschichte der Prager „Mozartgemeinde“ in den Jahren 1925 bis 1945

Für Prag hat Wolfgang Amadeus Mozart traditionell eine besondere Bedeutung. Der Komponist hat Spuren hinterlassen, die bis heute deutlich sichtbar sind. Als Tourist kommt man an ihm kaum vorbei: Zu den typischen Programmpunkten eines Besuchs in der Metropole an der Moldau gehört traditionell die Aufführung von „Don Giovanni“. Die auf dem klassischen „Don Juan“-Thema basierende Oper war 1787 im Prager Ständetheater (damals „Gräflisch Nostitzsches Nationaltheater“) erstmalig in Szene gesetzt worden. Gelebt und gearbeitet hat Mozart während seiner Prag-Reisen zwischen 1787 und 1791 in der Bertramka, einer Villa im Stadtteil Smíchov.

Mozarts Werke erfreuen sich nach wie vor großer Beliebtheit – und zwar über nationale Grenzen hinweg. In Böhmen und Mähren fanden sie sich auch in politisch spannungsreichen Zeiten in den Repertoires tschechischer wie deutscher Ensembles. Mit Mozart als gemeinsamem kulturellem Erbe konnten sich Musikliebhaber beider Bevölkerungsgruppen identifizieren. Derartige Schnittmengen waren weder selbstverständlich noch zahlreich: Bereits unter österreichisch-ungarischer Herrschaft und danach auch in der Ersten Tschechoslowakischen Republik wirkte das Zusammenleben von Deutschen und Tschechen vielfach eher wie „ein fremdes Nebeneinander“ und war von fehlender „wechselseitiger Kommunikation“ geprägt, wie Hans Lemberg fest-

stellt.¹ Doch existierten neben den national getrennten Universitäten, politischen Parteien sowie Verbänden aller Art Stätten, in denen Tschechen, Deutsche und Juden übernational zusammenwirkten.

Im Bereich der klassischen Musik boten in diesem Zusammenhang gerade allgemein beliebte Komponisten wie Mozart Möglichkeiten, nationale Grenzen zu überschreiten. Dies beschränkte sich nicht darauf, dass deutsche wie tschechische Ensembles ihrer jeweiligen (im besten Fall national gemischten) Zuhörerschaft Mozarts Werke präsentierten. In Prag fanden sich Musikfreunde beider Bevölkerungsgruppen in der Mozartgemeinde (Mozartova obec) zusammen. Ein Schwerpunkt dieses Beitrags soll es sein, die Geschichte des Vereins nachzuzeichnen. Inwieweit konnte sich die Erinnerung an den Komponisten in Prag tatsächlich zu einem gemeinsamen Kulturerbe jenseits von Nationalität und Ideologie entwickeln?

Für die Frage nach der übernationalen Zusammenarbeit ist zunächst die Entwicklung der Mozartgemeinde während der Ersten Republik von außerordentlich großer Bedeutung. Nur in dieser Phase pflegten Deutsche, Tschechen und Juden das Andenken an Mozart in ihrem Verein aus freien Stücken gemeinsam und gab es keine nennenswerten Eingriffe staatlicher Stellen in die Vereinstätigkeit. Dies sollte sich spätestens mit dem deutschen Einmarsch und der Errichtung des sogenannten „Protektorates Böhmen und Mähren“ signifikant ändern, denn für das NS-Regime war das Mozart-Andenken Mittel zum Zweck.

In diesem Zusammenhang stellen sich mehrere Fragen: Auf welche Weise versuchte die deutsche Propaganda den Komponisten für sich zu vereinnahmen? Inwieweit entsprach die Darstellung Mozarts im Protektorat der sonstigen Lesart im Deutschen Reich? Richtete sich die NS-Propaganda an Deutsche und Tschechen gleichermaßen? Wenn ja, wurden für beide Zielgruppen unterschiedliche Deutungen des Komponisten und seiner Werke entworfen?

1 Lemberg: Deutsche und Tschechen, 39.

Im Jahr 1941 erinnerten Mozartfreunde in aller Welt mit Konzerten, Publikationen und einer umfassenden Berichterstattung in den Medien an den 150. Todestag Mozarts. Inwieweit nutzten deutsche Stellen im Protektorat das Jubiläum für ihre Zwecke? Und schließlich ist generell zu klären, warum die Mozartgemeinde als Verein überhaupt weiterbestehen durfte.

*Ein fast vergessenes Unternehmen von Tschechen,
Deutschen und Juden: Die Prager Mozartgemeinde und
ihre Aktivitäten in der Ersten Republik (1925–1938)*

Die Geschichte der Mozartgemeinde ist eng mit der Bertramka als wichtigstem Prager Erinnerungsort an den Komponisten verbunden. Nach dem Tod der vorherigen privaten Eigentümer ging das Gebäude 1925 als Erbe in den Besitz der Stiftung Mozarteum in Salzburg über. Zu diesem Zeitpunkt war die Bertramka in einem schlechten Zustand, sie konnte nur durch öffentliche Zuschüsse und private Spenden vor dem Verfall bewahrt werden.²

In der folgenden Zeit beschlossen Prager Bürger, die Nutzung der Villa als Erinnerungsort in die eigenen Hände zu nehmen. Um das Gebäude von der Stiftung Mozarteum erwerben zu können, wurde im Frühjahr 1927 als Resultat dieser Bemühungen die Mozartgemeinde gegründet. Mitglieder im Vereinsausschuss waren Tschechen, Deutsche und Juden beider Sprachgruppen. Dem Gremium gehörten unter anderem der tschechische Komponist und langjährige Professor am Prager Konservatorium Karel Hoffmeister sowie auf deutscher Seite die Musikwissenschaftler Ernst Rychnowsky und Erich Steinhard an. Rund zwei Jahre nach der Vereinsgründung ging die Bertramka schließlich in den Besitz der Mozartgemeinde über.

2 Salfellner: Mozart und Prag, 150–151.

Beim Erwerb der Villa verschuldeten sich die Mozartfreunde allerdings erheblich – der Verein stand daher wiederholt kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Für größere Ausstellungs- und Konzertaktivitäten oder auch aufwändigere Sanierungsmaßnahmen reichte das Geld in den meisten Fällen nicht. Mozart-Jubiläumsjahre beging die Mozartgemeinde gleichwohl: So nahm beispielsweise im Dezember 1931 die Tschechische Philharmonie unter der Schirmherrschaft des damaligen tschechoslowakischen Präsidenten Tomáš Garrigue Masaryk den 140. Todestag des Komponisten zum Anlass, ein Konzert zugunsten des Umbaus der Bertramka zu veranstalten.³ Eine ähnliche, gerade für Prag als Mozart-Ort wichtige Gelegenheit bot sich 1937 mit dem 150. Jahrestag der Uraufführung von „Don Giovanni“ im Ständetheater.

Handelte es sich aber tatsächlich um eine bewusste Abgrenzung von nationalistischer und ideologischer Vereinnahmung, wenn sich in der Mozartgemeinde Deutsche, Tschechen und Juden beider Nationalität zusammenfanden? Oder ging es beim Kauf der Bertramka wenige Jahre nach der tschechoslowakischen Staatsgründung nicht eher darum, eine Bewirtschaftung dieses bedeutenden Erinnerungsortes ausgerechnet durch eine österreichische Institution zu vermeiden? Um diese und andere Fragen abschließend beantworten zu können, wäre sicherlich die Auswertung weiterer Aktenbestände wie vor allem der Vereinsakten notwendig, die im Archiv der Hauptstadt Prag aufbewahrt werden.⁴

Zumindest waren nicht nur unter den Mitgliedern, sondern auch im Vereinsausschuss von Anfang an Deutsche und Tschechen gleichermaßen vertreten. Jaroslav Patera, der in der Zwischenkriegszeit als eines der leitenden Mitglieder die Mozartgemeinde mitprägte, schrieb in seinen Erinnerungen

3 Levi: Mozart and the Nazis, 193.

4 Im Archiv der Hauptstadt Prag befindet sich ein umfangreicher Bestand mit den Vereinsakten der Jahre 1927–1989. Archiv hlavního města Prahy (Archiv der Hauptstadt Prag), Mozartova obec v Československé republice (Mozartgemeinde in der Tschechoslowakischen Republik), XII/0310.

explizit vom „ersten tschechisch-deutschen Ausschuss von 1927“.⁵ Dass sich Persönlichkeiten wie Erich Steinhard in der Mozartgemeinde engagierten, deutet ebenfalls auf eine gezielte Zusammenarbeit beider Bevölkerungsgruppen hin. Der Musikwissenschaftler gehörte zu jenen deutschen Künstlern, die auch bei anderen Gelegenheiten mit ihren tschechischen Kollegen kooperierten und so ein Zeichen der Zusammenarbeit in einer Situation setzten, in der dies alles andere als selbstverständlich war. 1936 gab er gemeinsam mit dem renommierten tschechischen Musikwissenschaftler Vladimír Helfert im Prager Orbis-Verlag das Überblickswerk „Geschichte der Musik in der Tschechoslovakischen Republik“ heraus. Ihr Buch ignorierte die ideologischen Grabenkämpfe jener Zeit und gab einen neutralen Überblick über deutsche und tschechische Musik.⁶

Steinhard und Helfert waren aber nicht die einzigen Musikfreunde, die sich in einer Phase um die Überwindung nationaler Gräben bemühten, als sich diese gerade mehr denn je zu vertiefen drohten. Als beispielsweise Mitarbeiter und Studenten der Prager Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst im Herbst 1937 eine Aufführung von Mozarts „Requiem“ dem kurz zuvor verstorbenen Staatspräsidenten Tomáš Garrigue Masaryk widmeten, war dies ein Akt von großer symbolischer Tragweite.⁷

Für eine übernationale Zusammenarbeit engagierte sich auch der Musikwissenschaftler und musikalische Direktor der deutschsprachigen Abteilung des Tschechoslowakischen Rundfunks Paul Nettel. Bereits in seinen in Prag

5 Patera: Bertramka v Praze, 79.

6 Mohn: NS-Kulturpolitik im Protektorat, 296–297.

7 Levi: Mozart and the Nazis, 195. Detaillierte Informationen zur Entwicklung der Akademie für Musik und darstellende Kunst während der 1930er Jahre sowie des 1940 aus ihr hervorgegangenen Hochschulinstituts für Musik und darstellende Kunst bei der deutschen Karls-Universität finden sich in der Studie von Franziska Stoff: Zwischen den Stühlen.

herausgegebenen Studien „Mozart und die königliche Kunst. Die freimaurerische Grundlage der Zauberflöte“ (1932) und „Mozart in Böhmen“ (1938) grenzte er sich von einer nationalen Vereinnahmung Mozarts ab. „He was hopeful that this work would help to restore ‘the spirit of the past’ in which Germans and Czechs celebrated the composer as ‘their master’ in an atmosphere ‘of harmony and reconciliation’“, bringt Erik Levi Nettls Absichten auf den Punkt.⁸ Nach seiner Emigration 1939 in die USA kritisierte er aus dem Exil in mehreren Artikeln die Vereinnahmung Mozarts durch die NS-Kulturpolitik.

Während sich die Mozartgemeinde zunächst noch weitgehend frei von staatlichen Eingriffen entwickeln konnte, bedeutete die politische Zuspitzung im Krisenjahr 1938 auch für die Zusammenarbeit deutscher und tschechischer Mozartliebhaber einen folgenschweren Einschnitt. Levi sieht spätestens in der Schließung des Prager Deutschen Theaters Ende September 1938 eine tiefe Zäsur. Deutsche Musikfreunde, die zu diesem Zeitpunkt noch rund ein Viertel der Mitglieder der Mozartgemeinde stellten, beteiligten sich so gut wie nicht mehr aktiv an der Vereinsarbeit.⁹

In den folgenden Monaten taten staatliche Eingriffe während der sogenannten Zweiten Republik ein Übriges, um ein übernationales Mozartgedenken dauerhaft auszubremsen. Die unter der Regierung Rudolf Beran durchgeführte Kampagne zur „Vereinfachung des öffentlichen Lebens“ hatte erhebliche organisatorische Veränderungen im Kulturleben ebenso wie die Einführung von Zensurmaßnahmen zur Folge. Medienkampagnen richteten sich gegen alle Künstler und ihre Werke, die nicht den Vorstellungen der neuen Machthaber entsprachen. Auch wenn die Kompositionen Mozarts hiervon nicht direkt betroffen waren, brachte diese Entwicklung für die Mozartgemeinde eine erhebliche Einschränkung ihrer Arbeitsmöglichkeiten mit sich.

8 Levi: Mozart and the Nazis, 195.

9 Levi: Mozart and the Nazis, 197.

Gerade für die Zeit der „Zweiten Republik“ bleiben in diesem Zusammenhang allerdings viele Fragen mangels ausreichender Quellengrundlage unbeantwortet.

Dies gilt auch für die Frage, zu welchem Zeitpunkt sich die Zusammensetzung und Zahl der Mitglieder in welchem Maße veränderte – und inwieweit dies mit politischen Krisen zusammenhing. Bereits in den Vorjahren hatte jedenfalls die Zahl der im Verein organisierten Mozartfreunde kontinuierlich abgenommen. Nachdem 1931 ein Spitzenwert von 825 erreicht worden war, verminderte sich diese Zahl in den Folgejahren schrittweise. 1938 waren gerade noch 529 Mitglieder in der Mozartgemeinde vertreten – 60 weniger als im Vorjahr. 1939 sank dieser Wert allerdings außerordentlich stark: Der Verein umfasste nur noch 380 Musikliebhaber (360 Tschechen und 44 Deutsche). Allein 89 jüdische Mitglieder hatten in diesem Jahr der Mozartgemeinde – offensichtlich nicht freiwillig – den Rücken gekehrt.¹⁰

Allerdings liegen keine Angaben dazu vor, ob ein Teil der Austritte noch in die Zeit der Zweiten Republik oder aber in die Zeit unter deutscher Herrschaft fiel. Ebenso ließen sich bislang die Hintergründe der Austritte nicht klären. Inwieweit und zu welchem Zeitpunkt legten staatliche Stellen bzw. sogar die Vereinsspitze jüdischen Mitgliedern ein Ende der Mitgliedschaft nahe? Fest steht jedenfalls, dass die Mozartgemeinde nach dem Einmarsch deutscher Truppen im März 1939 mit wesentlich drastischeren Eingriffen konfrontiert wurde als während der vorangegangenen Monate der „Zweiten Republik“.

10 Schreiben der Mozartgemeinde (Unterschrift unleserlich) mit Statistiken der Mitgliederzahlen vom 20.3.1942 an Herbert Hiebsch. Národní archiv Praha (Nationalarchiv Prag, weiter NA), Fond ŮŘP (Ůřad říšského protektora [Amt des Reichsprotektors]), K. 1146.

Die Erinnerung an Mozart in Prag während der NS-Besatzungszeit (1939–1945)

Mozart erschien der Besatzungsmacht für propagandistische Zwecke auch deshalb nützlich, weil seine Werke ein einzigartiges internationales Renommee genossen. Figaros Hochzeit, Don Giovanni und viele andere Stücke standen traditionell in vielen Ländern auf den Spielplänen großer Konzerthäuser. Auch Musikfreunde, die dem Regime ansonsten kritisch gegenüberstanden, konnten auf den ersten Blick kaum etwas dagegen haben, wenn Mozarts Werke in Deutschland auch nach 1933 aufgeführt wurden. Allerdings versuchte das NS-Regime auf unterschiedlichen Wegen, die Deutungshoheit über den Komponisten zu erlangen und ihn im Sinne der eigenen Propaganda als „deutschen Genius“ umzuinterpretieren. Erik Levi hat dies in seiner Studie „Mozart and the Nazis. How the Third Reich Abused a Cultural Icon“ ausführlich untersucht.

In diesem Zusammenhang bot sich dem Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda mit dem 150. Todestag Mozarts im Dezember 1941 eine besondere Gelegenheit. Der Komponist wurde wie bei früheren Jubiläen mit einer Vielzahl von Konzerten, musikwissenschaftlichen Abhandlungen und Medienberichten gewürdigt. Zu den wichtigsten Veranstaltungsreihen im Mozartjahr gehörte die unter Schirmherrschaft von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels und dem Reichsstatthalter in Wien Baldur von Schirach vom 28. November bis 5. Dezember veranstaltete „Mozartwoche des Deutschen Reiches“ in Wien. Welche skurrilen Formen die nationalsozialistische Propaganda in diesem Zusammenhang annehmen konnte, zeigt beispielhaft der anlässlich der Wiener Mozartwoche herausgegebene Begleitband mit diversen Aufsätzen zum Thema. „Im Kriege [...] bedeutet die Beschwörung seines [Mozarts – V.M.] Geistes eine Handlung im Sinne der kämpfenden Soldaten. Denn wer für Deutschland das Schwert zieht, der zieht es auch für ihn!“

– bereits bei der Lektüre des Geleitwortes Schirachs wird deutlich, wie offen und unverhohlen, allerdings auch außerordentlich plump die Propaganda hier präsentiert wurde.¹¹

Die meisten Autoren dieses Sammelbandes beschreiben Mozart nicht nur als Teil einer verzerrt dargestellten deutschen Musiktradition. Sie stellten ihn darüber hinaus in den Dienst der NS-Rassenideologie. „Bei wenigen Großen nur ist das stammesbedingte Ahnenerbe als schicksalhafte Grundlage ihrer Persönlichkeitsprägung so klar zu erkennen wie bei Wolfgang Amadeus Mozart“, war sich beispielsweise Erich Schenk in seinem Beitrag „Das Ahnenerbe“ sicher: Mozart war für ihn „gleich Haydn ein nordisch-dinarischer Mischling, nordisch mehr vom Vater, dinarisch stärker von der Mutter bestimmt“.¹²

Alfred Orel sah den Komponisten in seinem Text „Mozarts deutscher Weg“ gar in einer „Kampfzeit der deutschen Musik“. Schließlich habe er nach einer „Befreiung der süddeutschen Kunst von jahrhundertelanger Überfremdung“ sowie dem „Aufbau einer neuen, aus echtem deutschen Geist erwachsenden“ Kultur gestrebt.¹³ Mozarts Wirken in Prag wird in dem Band lediglich am Rande thematisiert. Mehrfach findet allerdings die dort uraufgeführte Oper „Don Giovanni“ Erwähnung. Für Ludwig Schiederemair handelte es sich um einen „unerhört genialen neuen Operntyp rein deutschen Gepräges“¹⁴, Orel sieht in dem Werk „Tiefen der Leidenschaft und der Erkenntnis [...], wie sie nur der deutschen Auffassung von Kunst als Lebensauffassung möglich sind“.¹⁵

11 Wolfgang Amadeus Mozart, 6. Die Geleitworte von Schirach und Goebbels sind zusammen mit dem Programm der Mozartwoche ebenfalls abgedruckt in Levi: Mozart and the Nazis, 171–175.

12 Schenk, Erich: Das Ahnenerbe. In: Wolfgang Amadeus Mozart, 16–22, hier 22.

13 Orel, Alfred: Mozarts deutscher Weg. In: Wolfgang Amadeus Mozart, 23–27, hier 23.

14 Schiederemair, Ludwig: W.A. Mozart. In: Wolfgang Amadeus Mozart, 9–15, hier 10.

15 Orel, Alfred: Mozarts deutscher Weg. In: Wolfgang Amadeus Mozart, 23–27, hier 27.

Wie diese und ähnliche Publikationen auf ihre Leser wirkten, ist nicht überliefert. Konzipiert waren sie jedenfalls für den deutschen Markt und nicht für ein Publikum anderer Nationalität. Den deutschen Propagandaplannern war bewusst, dass eine solche „germanische“ Lesart Mozarts die einheimische Bevölkerung in den besetzten Gebieten sicherlich nicht ansprechen würde. Aus diesem Grund wählten die jeweils für die Ausrichtung des Mozartjahres 1941 zuständigen Stellen eine stärker auf die örtlichen Zielgruppen ausgerichtete Sprache. Dies war auch im Protektorat der Fall. Doch auf welche Weise unterschieden sich die dem deutschen und tschechischen Bevölkerungsteil vermittelten Mozartbilder voneinander?

Der deutschen Bevölkerung im Protektorat wurde Mozart ebenfalls als „deutscher Genius“ präsentiert. So sah „Der Neue Tag“ den Komponisten als „aufrechten Deutschen“.¹⁶ Die monatlich erscheinende Zeitschrift „Böhmen und Mähren“ widmete dem Mozart-Jubiläum in zwei Heften längere Artikel: Seit Mozarts Besuch in Prag, so der Wortlaut in der Novemberausgabe 1941, „ist es so, daß Prag nicht nur durch den Fenstersturz den Niederbruch einer unvergleichlichen deutschen Kultur, sondern auch wieder durch den Don Giovanni den Beginn einer neuen, herrlichen deutschen Geistesblüte bewirkt hat“.¹⁷ Allerdings scheint sich der Autor des Artikels Robert Haas in diesem Fall noch nicht ganz an die von vorgesetzter Stelle vorgegebenen Formulierungen angepasst zu haben: In diesem Bericht wird noch mehrfach auf die „Bertramka“ als Mozart-Erinnerungsort eingegangen. In fast allen anderen deutschsprachigen Publikationen wird die Villa hingegen nur noch mit der neuen, künstlichen Wortschöpfung „Bertramhof“ bezeichnet.¹⁸

16 „Feierliche Mozart-Ehrung in Prag. In: Der Neue Tag vom 6.12.1941. Zitiert in Reitterová: Die Musik im Protektorat, 188.

17 Haas: Mozart und Prag, 407.

18 Salfellner: Mozart und Prag, 157.

In der Januarausgabe von „Böhmen und Mähren“ findet sich ein vier Seiten langer Bericht mit einem zusammenfassenden positiven Rückblick auf die Jubiläumsfeiern. Sämtliche Veranstaltungen des Mozartjahres seien „des Meisters und seines Werkes würdig“ verlaufen. Abgedruckt ist hier zudem der Wortlaut einer Rede des Staatssekretärs beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren, Karl Hermann Frank, der zum Jahrestag im Dezember Mozart als „aufrichtigen Deutschen“ würdigte: „Alle deutschen Gaue zollen seinem Namen an Ehrung, was ihm die Mitwelt vorenthielt. Er war und ist unser.“ Mozart selbst

„treibt bewußt deutsche Kulturpolitik, wenn er – mit bitterer Ironie die Zustände seiner Zeit geißelnd – fragt, wann die Deutschen anfangen werden, teutsch zu denken, teutsch zu handeln, teutsch zu reden und gar teutsch zu singen“.

Es seien „deutsche Männer dieser Stadt“ gewesen, die Mozart nach Prag einluden und „ihn als ‚deutschen Apoll‘“ förderten.¹⁹

Die deutsche Propaganda richtete sich anlässlich des Mozartjahres aber auch an die tschechische Bevölkerung. Im Prinzip konnte das Regime darauf bauen, dass auch die Tschechen Mozarts musikalische Leistungen anerkannten, die Rolle Prags als Erinnerungsort schätzten und so der entsprechenden Berichterstattung gegenüber grundsätzlich aufgeschlossener waren als gegenüber sonstigen Propagandakampagnen. Um tschechische Leser allerdings im Sinne der Besatzungsmacht beeinflussen zu können, waren die Berichte in den kontrollierten tschechischen Medien von deutlich anderer Lesart als jene in deutschen Blättern. Statt als „deutscher Genius“ wurde Mozart als mögliche „Brücke der Verständigung“ zwischen beiden Nationalitäten dargestellt. Diese Formulierung findet sich unter anderem in einem Artikel des „České slovo“ (Tschechisches Wort) vom 5. Dezember 1941. Seine Musik könne hel-

19 Hiebsch: Prag im Mozartjahr 1941, 35.

fen, „verfaulte alte Vorurteile zu überbrücken“. Schließlich verbinde die Musik „alle fühlenden Seelen mit gleich festen Banden“.²⁰

Dass dieser Artikel bei den tschechischen Lesern die von deutscher Seite gewünschte Wirkung ohne Abstriche erreichte, ist kaum anzunehmen. Allerdings findet sich die propagandistische Linie, Mozart als „Brücke der Verständigung“ dazustellen, in zahlreichen Artikeln und Verlautbarungen. Die Ausrichtung vieler Veranstaltungen und kulturpolitischer Entscheidungen während des Mozartjahres lassen sich vor allem mit Blick auf dieses Kalkül verstehen.

Konzerte und andere Veranstaltungsformate im Mozartjahr 1941 wurden nicht nur von deutschen, sondern in größerer Zahl auch von tschechischen Ensembles aufgeführt. Federführend bei deren Organisation war vor allem der dem Tschechischen Nationalrat angegliederte Nationale Kulturrat (Národní kulturní rada). Inwieweit deutsche Stellen einen Überblick über die tschechischen Aktivitäten in diesem Bereich behielten bzw. diese überwachten, lässt sich nur ansatzweise nachvollziehen. Wenn zum Beispiel Mozart-Darbietungen in den Berichten des Leitabschnitts Prag des Sicherheitsdienstes der SS (SD) überhaupt Erwähnung fanden, dann war in erster Linie von misstrauischen Reaktionen der tschechischen Bevölkerung die Rede. So beobachtete beispielsweise der SD nach einer Aufführung von „Figaros Hochzeit“ im Stadttheater in Pilsen (Plzeň) am 6. Dezember 1941 das Unverständnis vieler Konzertbesucher über Unstimmigkeiten in der anschließenden Berichterstattung in den Medien: Dort sei behauptet worden, „daß die Vorstellung im festlich geschmückten Stadttheater durchgeführt worden sei. Tatsächlich habe das Theater keinerlei Schmuck aufgewiesen.“²¹

20 Pressebericht der Kulturabteilung (IV) im Amt des Reichsprotectors vom 5.12.1941 über die Berichterstattung in den tschechischen Medien zum 150. Todestag Mozarts. NA, ÚŘP, K. 1152.

21 Tagesbericht des SD-Leitabschnitts Prag vom 11.12.1941. NA, Fond 109 (Státní tajemník u říšského protektora [Staatssekretär beim Reichsprotector]), 109-4-176.

Derartige Einzelfälle in den SD-Berichten lassen sicherlich noch kein repräsentatives Bild der Zuhörerreaktionen zu. Es deutet allerdings einiges darauf hin, dass das Regime während des Mozartjahres keinen vollständigen Überblick über die tschechischen Aufführungen hatte. Erst im Frühjahr 1942 beschäftigte sich das kurz zuvor im Zuge der Verwaltungsreform unter Reinhard Heydrich gegründete Amt und spätere Ministerium für Volksaufklärung systematischer mit den zurückliegenden Mozart-Feierlichkeiten und forderte vom Kulturrat eine Aufstellung sämtlicher im Protektorat unter seiner Regie organisierten Veranstaltungen.

Aus diesem Anlass schickte der Kulturrat im März 1942 eine erste Übersicht und ergänzte diese im Juni durch eine weitere Liste. Wegen der „außerordentlichen Ereignisse in den Monaten Oktober und November“ (gemeint ist hier offensichtlich der Ausnahmezustand nach dem Amtsantritt von Reinhard Heydrich als stellvertretender Reichsprotektor) seien die Aufführungen auf den Zeitraum von Dezember 1941 bis Januar 1942 beschränkt gewesen und „würdevoll und spontan und ganz im Sinne des Verhältnisses, die unser Volk zum Werk von W.A. Mozart hat“, abgelaufen. Insgesamt hätten 161 Aufführungen stattgefunden.²² Höhepunkt war demnach eine offizielle Konzertreihe mit sechs Aufführungen renommierter Ensembles in großen Prager Konzertsälen, die in der Hauptstadt durch zahlreiche kleinere Darbietungen ergänzt wurden. Zudem enthalten die Listen des Kulturrates auch Aufführungen unterschiedlichster Art in kleineren böhmischen und mährischen Orten. Die Resonanz bei der Bevölkerung sei positiv gewesen, wobei diese Einschätzung mit Blick auf Art und Empfänger des Schreibens sicherlich nicht unbedingt der Wahrheit entsprechen muss.

Dass allein der Besuch der Mozart-Aufführungen etwas darüber aussagt, was Musikfreunde über das propagierte Bild des Komponisten als „Brücke

22 Bericht des Tschechischen Kulturrates an das Ministerium für Volksaufklärung vom 18.3.1942 sowie ergänzender Bericht vom 1.6.1942. NA, ÚŘP, K. 1146.

der Verständigung“ oder sogar als „deutscher Genius“ wirklich dachten, darf ohnehin bezweifelt werden. Dies gilt ebenfalls für die beteiligten Musiker. Erstens hatten „Figaros Hochzeit“, „Don Giovanni“ und andere Werke für tschechische Orchester nicht zuletzt immer dann eine größere Bedeutung, wenn sie von der Besatzungsmacht unter Druck gesetzt wurden, mehr Werke deutscher Komponisten ins Programm aufzunehmen. Statt für zeitgenössische deutsche Interpreten entschieden sich die meisten tschechischen Ensembles dann lieber für klassische, in ihren Augen „unproblematischere“ Komponisten wie Beethoven oder eben Mozart.

Zweitens jährte sich 1941 nicht nur Mozarts Todestag zum 150. Mal: Tschechische Musikliebhaber erinnerten ebenfalls an den 100. Geburtstag von Antonín Dvořák. Zwar versuchten deutsche Stellen regelmäßig, in der Propaganda auch die Rolle Dvořáks umzudeuten und ihn, wenn schon nicht als deutschen Komponisten, dann doch im Zusammenhang einer angeblich überlegenen deutschen Kultur darzustellen.²³ Es gibt allerdings keine Hinweise darauf, dass derartige Bemühungen das Dvořák-Bild der tschechischen Bevölkerung wesentlich ändern konnten. Für tschechische Musikfreunde war Dvořák neben Bedřich Smetana nicht zuletzt als wichtiger nationaler Komponist von großer symbolischer Bedeutung.

Die Veranstaltungen zum 100. Jahrestag von Dvořáks Geburt wurden 1941 von der Besatzungsmacht keineswegs unterbunden. Vlasta Reitterová vergleicht in einem Aufsatz die Feiern zu beiden Jubiläen und kommt zu dem Schluss, dass die Dvořák-Konzerte gerade in renommierten Spielstätten wie dem Prager Nationaltheater nicht nur aufwändiger und umfangreicher in Szene gesetzt wurden, sondern auch einen fast schon offenen politischen Charakter annahmen. So sei beispielsweise in einem Programmheft ein Brief Dvořáks von 1885 an den deutschen Musikverleger Fritz Simrock zitiert worden, in dem es heißt: „Und Nationen, wollen wir hoffen, welche Kunst haben

23 Mohn: NS-Kulturpolitik im Protektorat, 341–342.

und repräsentieren, werden nie untergehen, wenn sie auch noch so klein sind.“ Neben kaum getarnten Anspielungen dieser Art sei auch in fast allen Zeitungsberichten Dvořáks tschechische Nationalität besonders hervorgehoben worden.²⁴ Die Dvořák-Aufführungen im Jubiläumsjahr wurden vom Tschechischen Kulturrat organisiert – also von derselben Institution, die auch für die Mozart-Konzerte zuständig war. Tschechische Musiker spielten vielfach bei Konzerten anlässlich beider Jubiläen – und es spricht einiges dafür, dass sich auch zumindest ein Teil des Publikums für beide Veranstaltungsreihen interessierte.

Drittens deutet einiges darauf hin, dass die tschechischen Reaktionen auch auf andere deutsche Aktivitäten im Zusammenhang des Mozartjahres vielfach reserviert ausfielen. Besonders stark äußerte sich diese Ablehnung dann, wenn es sich um Veranstaltungen handelte, die hauptsächlich auf ein deutsches Publikum abzielten und in denen das Regime daher noch nicht einmal den Versuch unternahm, mit der Darstellung von Mozart als „Brücke der Verständigung“ auch die tschechische Bevölkerung anzusprechen. Dies lässt sich unter anderem für den 5. Dezember 1941 beobachten, an dem Staatssekretär Karl Hermann Frank zusätzlich zu den an diesem Tag angesetzten Konzerten die Grundsteinlegung eines Mozart-Denkmal auf dem Platz vor dem Rudolfinum veranlasste.²⁵ Um für ein ausreichend großes Publikum zu sorgen, wurde außer Mitarbeitern diverser anderer deutscher Dienststellen auch die Belegschaft des Amtes des Reichsprotectors zur Teilnahme aufgefordert.²⁶

Als Frank bei dieser Gelegenheit veranlasste, den Platz fortan nicht mehr nach dem tschechischen Komponisten Bedřich Smetana, sondern ebenfalls nach Mozart zu benennen, konnte er jedoch maximal mit der Zustimmung

24 Reitterová: Die Musik im Protektorat, 177–179.

25 Reitterová: Die Musik im Protektorat, 187–188.

26 Internes Rundschreiben der Zentralverwaltung des Amtes des Reichsprotectors vom 4.12.1941. NA, ÚŘP, K. 43.

seiner deutschen Zuhörer rechnen. Manche Tschechen hingegen reagierten offenbar alles andere als begeistert, was Berichte des SD vermuten lassen: Während die Grundsteinlegung des Denkmals „überhaupt nicht beachtet“ worden sei, habe die mit der Umbenennung verbundene Aufstellung eines noch dazu einsprachigen Straßenschildes für „Unwillen“ gesorgt. So hätten es beispielsweise mehrere tschechische Straßenbahnschaffner in den Folgetagen vermieden, „die Station Mozart-Platz auszurufen“.²⁷

Ansonsten konzentrierten sich die deutschen Anstrengungen im Mozartjahr 1941 aber vor allem auf die Ausrichtung zahlreicher eigener Konzerte und Veranstaltungen. Im Gegensatz zu den vom Kulturrat und anderen tschechischen Stellen organisierten Darbietungen waren diese nicht auf die Dauer von wenigen Wochen im Dezember begrenzt. Auch während des Ausnahmezustandes nach dem Amtsantritt Reinhard Heydrichs in Prag fanden die Jubiläumsveranstaltungen wie geplant statt. Einen Höhepunkt stellte in diesem Zusammenhang das „Mozart-Fest“ vom 26. Oktober bis zum 3. November dar. Neben mehreren Sinfoniekonzerten des Deutschen Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Joseph Keilberth stand nicht zuletzt der Jahrestag der Uraufführung von „Don Giovanni“ im Ständetheater am 29. Oktober im Mittelpunkt des Programms, der mit einer Darbietung der Oper am selben Ort in Szene gesetzt wurde.²⁸ Der Generalintendant der Deutschen Theater in Prag Oskar Walleck ließ es sich nicht nehmen, zu diesem Anlass ein Jubiläumsheft herauszubringen.²⁹ Die Zeit um den 150. Todestag Mozarts am 5. Dezember 1941 stellte den zweiten Höhepunkt der von deutscher Seite ausgerichteten Mozartfeiern dar.

27 Tagesbericht des SD-Leitabschnitts Prag vom 8.12.1941. NA, 109-4-176.

28 Hiebsch: Prag im Mozartjahr 1941, 34.

29 Schultes / Walleck: W.A. Mozart.

Die Entwicklung der Prager Mozartgemeinde während der NS-Besatzungszeit

Mit Blick auf die aufwändige Inszenierung des Mozartjahres von 1941 stellt sich die Frage, wie sich zwischen 1939 und 1945 die Prager Mozartgemeinde weiterentwickelte und welchen Eingriffen der Verein seitens der Besatzungsmacht in dieser Zeit ausgesetzt war. Aus welchen Gründen entschieden sich die Kulturplaner im Amt des Reichsprotectors für eine Fortexistenz der Mozartgemeinde? Kann anschließend überhaupt noch von einer Vereinsarbeit gesprochen werden – oder existierte die Mozartgemeinde nur noch auf dem Papier?

Eine größere Rolle bei der Ausrichtung des Mozart-Jahres in Prag schien man dem Verein im Amt des Reichsprotectors jedenfalls nicht zugedacht zu haben. Für die Planung von Veranstaltungen und Publikationen war auf deutscher Seite die Musikabteilung im Amt des Reichsprotectors federführend. Bei tschechischen Konzerten lag die Koordination, wie erwähnt, vor allem beim Kulturrat. Die Aktivitäten der Mozartgemeinde scheinen sich, wenn es sie überhaupt noch in nennenswertem Umfang gegeben haben sollte, vor allem auf die Bertramka konzentriert zu haben. Die Villa wurde während der Besatzungszeit mit deutschen Zuschüssen aufwändig saniert, was der Verein in den 1930er Jahren bereits angestrebt hatte, aber finanziell nicht hatte realisieren können.

Weder die Rahmenbedingungen der Instandsetzung noch die damit verfolgten Absichten entsprachen allerdings auch nur annähernd den Zielen, die sich die Mozartfreunde in der Ersten Republik gesetzt hatten. Die Initiative zur Sanierung kam im November 1939 nicht von der Mozartgemeinde, sondern von Staatssekretär Karl Hermann Frank bzw. seinem persönlichen Referenten Robert Gies. In einem Schreiben an den damaligen Leiter der Kul-

turabteilung im Amt des Reichsprotectors Karl Freiherr von Gregory plädierte Gies aus kulturpolitischen Erwägungen heraus für eine baldige Renovierung: Es gehöre für ihn

„zu einem Stück Kulturpolitik, wenn die Stätten, die im Protektorat für das Deutschtum von Bedeutung sind, nicht nur erhalten, sondern darüber hinaus in einen Zustand gebracht werden, der dem tschechischen Volke klarmacht, wie stark der Raum Böhmen und Mähren vom deutschen Geist beherrscht war und befruchtet worden ist“.

Gregory solle sich der Sache annehmen und eine Denkschrift zur Realisierung des Vorhabens ausarbeiten.³⁰

Zwar war ein derartiges Dokument bisher nicht auffindbar, doch lassen sich wichtige Schritte der beteiligten deutschen Stellen nachzeichnen. Die Sanierung wurde rechtzeitig zum Mozart-Jubiläum 1941 fertiggestellt, sodass der Wiedereröffnung der Bertramka am 27. Oktober als „Bertramhof“ nichts im Wege stand. Verbunden war der Termin mit der Eröffnung einer Mozartausstellung in mehreren Räumen der Villa. Zu den Exponaten gehörten in erster Linie Leihgaben des Salzburger Mozarteums. Verantwortlich für die Schau zeichnete der Musikreferent der Kulturabteilung im Amt des Reichsprotectors Ernst Ludwig, der im vorangegangenen Sommer eigens nach Salzburg gereist war, um die Leihgabe in Verhandlungen mit Vertretern des Mozarteums einzufädeln.³¹

Die deutsche Kulturabteilung ließ es sich nicht nehmen, das Ereignis öffentlichkeitswirksam in Szene zu setzen: Nach einer musikalischen Darbietung durch das Sudetendeutsche Streichquartett folgten Vorträge Gregorys

30 Schreiben von Robert Gies an Karl Freiherrn von Gregory vom 13.11.1939. NA, Fond 110 (Německé státní ministerstvo v protektorátu [Deutsches Staatsministerium im Protektorat]). 110-5-10, Bl. 125.

31 Schreiben Ernst Ludwigs an das Mozarteum in Salzburg vom 19.8.1941. NA, ÚŘP, K. 1146.

sowie von Unterstaatssekretär Kurt von Burgsdorff. Letzterer hielt es bei dieser Gelegenheit für eine „Selbstverständlichkeit, daß mit dem Eintritt des Deutschen Reiches in den Raum Böhmen und Mähren auch für die ‚Bertramka‘ neue Zeiten gekommen“ seien. Seinen Dank, dass die Instandsetzung „in so ausgezeichnete Weise“ gelungen sei, richtete er in diesem Zusammenhang insbesondere an die Mozartgemeinde.³² Entgegennehmen durfte dieses Kompliment allerdings niemand anderer als Gregory, der bei der Zeremonie jedoch nicht als Leiter der Kulturabteilung, sondern in seiner Funktion als Vorsitzender der Mozartgemeinde auftrat.

Tatsächlich hatte die Mozartgemeinde seit Errichtung des Protektorates auch in personeller Hinsicht massive deutsche Eingriffe hinnehmen müssen. Von einem übernationalen Zusammenwirken von Prager Musikfreunden war so gut wie nichts mehr übriggeblieben. Nach dem März 1939 konnten die verbliebenen Mitglieder von Vereinsleitung und -ausschuss zunächst offenbar noch ohne allzu große staatliche Einmischung weiterarbeiten. Möglicherweise als direkte Folge des Schreibens von Gies an Gregory änderte sich dies Anfang 1940 stark. Den Erinnerungen des Ausschussmitgliedes Jaroslav Patera zufolge stellte das Amt des Reichsprotectors am 5. Januar 1940 klar, dass zu einem größeren Teil der im Ausschuss vertretenen Personen kein Vertrauen mehr bestehe und diese sich daher umgehend aus diesem zurückziehen hätten.³³

Tatsächlich wurde am 12. Februar 1940 ein neuer Vereinsausschuss gewählt. Dieser bestand aus 16 Mitgliedern, wovon neun Deutsche und sieben Tschechen waren. Auf deutscher Seite gehörten ihm neben Gregory unter anderem der langjährige Leiter der Prager Deutschen Akademie für Musik und

32 Redemanuskript Kurt von Burgsdorffs bei der Zeremonie zur Wiedereröffnung der Bertramka am 27.10.1941. NA, ÚŘP, K. 1146.

33 Patera: Bertramka v Praze, 85. Zu den zurückgetretenen Ausschussmitgliedern gehörte Bohumil Libánský, der später im Konzentrationslager Mauthausen ums Leben kam. Vgl. auch Levi: Mozart and the Nazis, 200.

darstellende Kunst Fidelio Finke, der Kreisleiter der NSDAP in Prag Konstantin Höss, der stellvertretende Prager Primator Josef Pfitzner, der Generalintendant der Prager Deutschen Theater Oskar Walleck sowie Musikreferent Ernst Ludwig an. Mehrheitlich handelte es sich also um eine durchaus prominente Besetzung, was den hohen symbolischen Stellenwert des Vereins für das Besatzungsregime unterstreicht. Als Geschäftsführer fungierte Herbert Hiebsch, der sich zuvor vor allem als Kreiswart der NS-Organisation „Kraft durch Freude“ hervorgetan hatte. Von den verbliebenen Tschechen im Gremium war vor allem der ehemalige Leiter des Prager Musikkonservatoriums Karel Hoffmeister einer größeren Öffentlichkeit bekannt. Er war bereits zuvor zum Ehrenpräsidenten der Mozartgemeinde ernannt worden und behielt diese Funktion auch weiterhin.³⁴

Primär bezweckte man im Amt des Reichsprotektors mit diesem Eingriff, die Mozartgemeinde unter Kontrolle zu bringen und so die Voraussetzungen dafür zu schaffen, den Verein insbesondere für die im Folgejahr anstehenden Feierlichkeiten zum Mozart-Jubiläum für eigene Zwecke nutzen zu können. Es deutet allerdings einiges darauf hin, dass dem neuen Ausschuss nach seiner Wahl keine Bedeutung mehr zukam. Aus den Unterlagen der Musikabteilung geht hervor, dass das Gremium in den Folgejahren nicht zusammentrat und stattdessen die Amtsgeschäfte auf drei seiner Mitglieder übertrug: Neben Gregory und Ludwig war dies von der tschechischen Seite der pensionierte Zentralrat des Stadtmagistrates Jaroslav Patera, der sich fortan als eine Art Hausverwalter in der Bertramka betätigte.

Unklar bleibt, aus welchen Gründen deutsche Stellen gerade Patera in dieser Funktion beließen. Zwei Jahre nach dessen Tod gab die Mozartgemeinde 1948 unter seinem Namen posthum eine Gesamtdarstellung zur Geschichte

34 Verzeichnis der Ausschussmitglieder der Mozartgemeinde nach der Wahl am 12.2.1940. NA, ÜRP, K. 1146.

der Bertramka heraus. Diese beruht zu großen Teilen auf seinen Manuskripten und beinhaltet auch eine kurze Passage über die Entwicklung im Protektorat aus Vereinssicht. Unter anderem ist dort von Überlegungen im Amt des Reichsprotektors die Rede, die Mozartgemeinde als formale Eigentümerin der Bertramka abzulösen und die Villa dem Salzburger Mozarteum zuzusprechen. Allerdings ließen sich bislang keine weiteren Hinweise finden, die diese Aussage bestätigen würden.³⁵

Ansonsten bemühten sich die Herausgeber des Bandes vor allem darum, die Rolle Jaroslav Pateras in ein positives Licht zu rücken. Die Besatzungsmacht habe zwar viel Geld in die Sanierung des Gebäudes investiert, sich dann aber in die konkrete Bewirtschaftung nicht allzu sehr eingemischt und Patera bei den weiteren Sanierungsmaßnahmen freie Hand gelassen. Obwohl die meisten Publikationen über die Bertramka, etwa die neu aufgelegte Reihe „Briefe vom Bertramhof“, auf Deutsch erschienen, hätten vorwiegend tschechische Musikfreunde den Weg zu ihr gefunden. Deutsche hätten auf einen Besuch verzichtet, weil ihnen bewusst gewesen sei, „dass sich der Tscheche Dr. Patera um die Bertramka kümmerte, dem sie nicht vertrauten“.³⁶ Der Hausverwalter habe es nicht nur geschafft, die Villa für die Mozartgemeinde zu erhalten, sondern auch mitten im Krieg mit deutschem Geld zu sanieren.

An dieser Stelle soll es aber nicht darum gehen, genauer auf das Wirken Jaroslav Pateras einzugehen. Für eine differenzierte Bewertung wäre sicherlich die Auswertung weiteren Archivmaterials unerlässlich. Obwohl sich viele Informationen in dem in seinem Namen veröffentlichten Band bislang nicht durch weiteres Aktenmaterial verifizieren ließen, gibt dieser doch einen wichtigen zusätzlichen Einblick in die Vereinsarbeit dieser Phase.

35 Auch Erik Levi erwähnt in seiner Studie diese Überlegungen, beruft sich aber ebenfalls lediglich auf die Aussagen Jaroslav Pateras. Levi: *Mozart and the Nazis*, 201.

36 Patera: *Bertramka v Praze*, 85–86.

Zusammenfassung und Ausblick

Fest steht, dass sich 1939 zunächst durch den Verlust der jüdischen Mitglieder und im Februar 1940 dann durch den Eingriff in die Zusammensetzung des Ausschusses und der Vereinsspitze Ausrichtung und Möglichkeiten des Vereins komplett veränderten. Nennenswerte Aktivitäten sah die Besatzungsmacht für die Mozartgemeinde bis auf Weiteres nicht vor: Bei der Planung von Veranstaltungen und auch bei grundsätzlichen Entscheidungen der Sanierung und Nutzung der Bertramka waren andere Stellen federführend. Trotzdem wurde die Mozartgemeinde unter deutscher Besatzung nicht aufgelöst, sondern konnte trotz erheblicher Einschränkungen ihre Arbeit zumindest pro forma fortsetzen.

Obwohl die Mozartgemeinde in dieser Zeit keineswegs mehr für eine übernationale Zusammenarbeit stand, sollte sie als Beleg für genau eine solche präsentiert werden. Der äußere Schein wurde einerseits durch die sieben verbliebenen Mitglieder des neuen, in der Folgezeit aber bedeutungslosen Vereinsausschusses aufrechterhalten. Lediglich Jaroslav Patera spielte in der Vereinsführung noch eine geringe Rolle, wenngleich alle relevanten Entscheidungen von deutscher Seite getroffen wurden. Dennoch konnte deutschen Stellen die Zusammensetzung der Mitgliederschaft dazu dienen, die angeblich übernationale Zusammenarbeit im Verein zu „belegen“.

Nachdem die Mitgliederzahl 1939 vor allem durch den unfreiwilligen Austritt bzw. Ausschluss jüdischer Musikfreunde von 529 auf 380 stark gesunken war, ging sie in den Folgejahren nur noch moderat zurück. Obwohl die Vereinsspitze zu diesem Zeitpunkt im Wesentlichen aus deutschen Kulturfunktionären bestand, war immer noch der weitaus größte Teil der Mitglieder Tschechen. Im Jahr 1942 waren laut Vereinsstatistik 309 Mitglieder in der Mozartgemeinde organisiert. Einer Zahl von 34 Deutschen standen hier-

bei 275 Tschechen gegenüber.³⁷ Der Verein sollte auch vor diesem Hintergrund gemäß den Wünschen der Besatzungsmacht Mittel zum Zweck sein, um Mozart gegenüber der tschechischen Bevölkerung als kulturelles Bindeglied und „Brücke der Verständigung“ zwischen Deutschen und Tschechen inszenieren zu können.

Vor allem über die Aktivitäten der Mozartgemeinde nach Kriegsende stehen abgesehen von der zitierten Eigendarstellung des Vereins von 1948 sowie einer Zusammenfassung durch Tomislav Volek auf der Homepage der heutigen Gemeinde kaum Informationen zu Verfügung.³⁸ Nachdem die Mozartfreunde nach dem Krieg gerade erst ihre Arbeit wieder aufgenommen hatten, zeitigte die Machtübernahme der Kommunistischen Partei im Februar 1948 erhebliche Folgen. Volek zufolge versuchten die neuen Machthaber Anfang der 1950er Jahre zunächst, die Mozartgemeinde wie auch alle anderen Vereine mit privater Trägerschaft aufzulösen und ihr Eigentum zu verstaatlichen. Dies habe letztendlich nur ein Passus im Kaufvertrag von 1929 mit der Stiftung Mozarteum verhindert, der nachträgliche Zahlungen an diese für den Fall vorsah, dass die Bertramka zu einem späteren Zeitpunkt weiterverkauft worden wäre.

Um dies zu umgehen, akzeptierten die Behörden formal das Weiterbestehen der Mozartgemeinde und änderten auch nichts an den Besitzverhältnissen an der Bertramka. Der Verein wurde allerdings einer Kommission unterstellt, die de facto dann allerdings doch willkürlich über sein Vermögen entschied und ihm nur begrenzte Nutzungsrechte an dem Gebäude beließ. In den 1980er Jahren wurde die Mozartgemeinde zusätzlich unter Druck gesetzt, einer Schenkung der Bertramka zuzustimmen. Nach der Samtenen Revolution betrieb sie mit Nachdruck die Rückgabe des Gebäudes. Es begann ein

37 Statistik der Mitgliederzahlen für die Jahre von Vereinsgründung bis 1942. NA, ÜRP, K. 1146.

38 Volek: 80 Jahre Mozart-Gemeinde in der Tschechischen Republik.

jahrelanges juristisches Tauziehen um die Villa, das 2004 mit einem Prozess vor dem Obersten Gericht seinen Höhepunkt erreichte. In ihrem Urteil gaben die Richter der Klage der Mozartgemeinde statt und verfügten die Rückgabe des Gebäudes. Trotzdem dauerte es bis 2009, bis die Bertramka in den Besitz des Vereins gelangte.

Literatur

- Haas, Robert: Mozart und Prag. In: Böhmen und Mähren 2 (1941), H. 11, 403–407.
- Lemberg, Hans: Deutsche und Tschechen – die nationalen und staatlichen Beziehungen. In: Anweiler, Oskar / Reißner, Eberhard / Ruffmann, Karl-Heinz (Hg.): Osteuropa und die Deutschen. Berlin 1990. Wiederabgedruckt in: Seibt, Ferdinand (Hg.): Mit unbestechlichem Blick. Studien von Hans Lemberg zur Geschichte der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei. Festgabe zu seinem 65. Geburtstag. München 1998, 29–53.
- Levi, Erik: Mozart and the Nazis. How the Third Reich Abused a Cultural Icon. New Haven 2010.
- Mohn, Volker: NS-Kulturpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren. Konzepte, Praktiken, Reaktionen. Essen 2014.
- Patera, Jaroslav: Bertramka v Praze. Mozartovo památné sídlo [Die Bertramka in Prag. Mozarts Erinnerungsort]. Praha 1948.
- Hiebsch, Herbert: Prag im Mozartjahr 1941. In: Böhmen und Mähren 3 (1942), H. 1, 34–35.
- Reitterová, Vlasta: Die Musik im Protektorat. Zwischen Mozart und Dvořák 1941. In: Wehrmeyer, Andreas (Hg.): Musik im Protektorat Böhmen und Mähren (1939–1945). Fakten, Hintergründe, historisches Umfeld. München 2008, 169–192.

- Salfellner, Harald: Mozart und Prag. Prag 2000.
- Schultes, Frank / Walleck, Oskar (Hg.): W.A. Mozart. Don Giovanni – Zum Gedenken der Uraufführung am 29.10.1787. Prag 1941 (als Sonderheft der „Blätter der deutschen Theater in Prag“).
- Stoff, Franziska: Zwischen den Stühlen. Zum Angliederungsprozess der Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag an die Deutsche Karls-Universität 1938–1945. In: Acta Universitatis Carolinae – Historia Universitatis Carolinae Pragensis. Příspěvky k dějinám Univerzity Karlovy 13 (2013), Nr. 2, 81–153.
- Volek, Tomislav: 80 Jahre Mozart-Gemeinde in der Tschechischen Republik. In: Mozartova obec (Website). URL: <http://www.mozartovaobec.cz/?stranka=120> (am 10.1.2016).
- Wolfgang Amadeus Mozart. Hg. zur Mozartwoche des Deutschen Reiches in Zusammenarbeit mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda und dem Reichsstatthalter in Wien von Walter Thomas. Wien / Leipzig 1941.

Jiří Pešek / Nina Lohmann

Die Prager Deutschen 1939–1945 im Spiegel der deutschen Schulen

In unserem kurzen Beitrag wollen wir uns mit den deutschen Schulen im besetzten Prag beschäftigen. Dabei geht es uns keineswegs um eine spezialisierte Studie über die Lage und Entwicklung des deutschen (Minderheiten-)Schulwesens im besetzten Prag. Vielmehr möchten wir die Schulen und vor allem die Schülerschaft als eine exemplarische Gruppe untersuchen, an der die allgemeinen Bestrebungen der NS-Besatzungsmacht verdeutlicht werden können, das mehrheitlich tschechische Prag segmentweise und gut organisiert zu verdeutschern. Die Schüler verstehen wir also, ähnlich wie die Studenten, zu denen bereits Studien vorliegen, als vollwertige Repräsentanten der Prager deutschen Gesellschaft. Die Rahmenstruktur und vor allem die großen Veränderungen dieser Gruppe im Laufe der Kriegsjahre können daher stellvertretend für die gesamte deutsche Gesellschaft der Stadt an der Moldau betrachtet werden.

Während zu den tschechischen Schulen in der Protektoratszeit bereits einige Teilstudien existieren, wurde das Thema des deutschen Schulwesens in Böhmen und Mähren während der Besatzungszeit von der Forschung bisher weitgehend ausgeklammert. Dabei stellten die Schulen ein wichtiges Instrument bei den Bemühungen um die langfristige Beherrschung und Germanisierung des böhmisch-mährischen Raumes dar. In der Zwischenkriegszeit hatte die Entwicklung des deutschen Schulwesens in Böhmen, Mähren und Schlesien immer wieder zu Klagen über eine vermeintliche Benachteiligung der Deutschen im tschechoslowakischen Staat geführt. Tatsächlich hatte die Zahl der zuvor überproportional stark vertretenen deutschen Schulen nach

1918 abgenommen; die Ursachen dafür waren jedoch offensichtlich komplexer Natur.

Ähnlich wie für den tschechoslowakischen Staat hatte das „staatsbildende“ Instrument der Schulpolitik auch für die nationalsozialistische Besatzungsmacht einen hohen Stellenwert. Wie Detlef Brandes schreibt, sollte nämlich „[...] vor allem das deutsche Schulwesen [...] die Deutschen des Protektorats nicht nur auf die Übernahme führender Positionen vorbereiten, sondern auch bei der Eindeutschung der Kinder aus Mischehen und von ‚Deutschstämmigen‘ helfen“.¹ Im gesamten Protektorat wurden im ersten Jahr der Besatzung daher 122 deutsche Volks- und Bürgerschulen (bzw. Hauptschulen) gegründet, bis zum Schuljahr 1944/45 wurde die Zahl der deutschen Bürgerschulen mehr als verdoppelt (von 36 auf 78), die Zahl der deutschen Volksschulen stieg auf das Zweieinhalbfache. Auch die Anzahl der deutschen höheren Schulen wuchs zwischen 1938/39 (13) und 1943/1944 (22) um knapp 60 Prozent. Dies hatte erwartungsgemäß ebenfalls einen Anstieg der Schülerzahlen zur Folge: So stieg nach Doležal die Zahl der Schüler an deutschen Volks-, Bürger und Mittelschulen auf dem Gebiet des Protektorats von 17.196 im Jahr 1938 auf 37.274 im Jahr 1944, die Gesamtzahl der Schüler an deutschen Schulen (mit Ausnahme der Hochschulen, Hilfsschulen, Kindergärten, Krippen und sonstiger Kurse) gar von 20.630 1938 auf 47.815 im Schuljahr 1943/44. Der Anteil der tschechischen Schüler an den deutschen Volks- und Bürgerschulen lag dabei unter drei Prozent. Es lässt sich also vermuten, dass für den Anstieg der Schülerzahlen, neben einer forcierten Aufnahme von Kindern aus gemischten Familien und dem Wechsel deutscher Schüler von tschechischen an deutsche Schulen, insbesondere zugezogene Schüler bzw. Familien aus dem Reich verantwortlich waren.

Im Gegensatz zu den deutschen Hochschulen wurden die deutschen Schulen nicht in die Reichsverwaltung übernommen, sondern unterstanden dem

1 Brandes: „Umvolkung, Umsiedlung, rassische Bestandsaufnahme“, 53.

Erziehungsministerium des Protektorats. Allerdings wurde zum 1. Januar 1940 die bisherige deutsche Sektion der Landesschulräte in eigenständige deutsche Landesschulräte umgewandelt, die in Angelegenheiten der deutschen Schulen autonome Entscheidungen treffen konnten. Das Schulsystem wurde dem deutschen angepasst: Unter anderem wurden so alle deutschen Mittelschulen zu „Deutschen Oberschulen“, aus den Bürgerschulen wurden „Hauptschulen“. Ein Problem, mit dem die Protektoratsbehörden und die Landesschulräte dauerhaft konfrontiert waren, war der Lehrermangel, der sich im Laufe des Krieges durch die Einberufungen in die Wehrmacht noch verschärfte und den Ausbau des deutschen Schulwesens stoppte bzw. letztlich zur Schließung einiger Einrichtungen führte. Die Hauptgründe für diesen Mangel waren zum einen die geringere Entlohnung der Lehrer im Protektorat, zum anderen der zu schnell erfolgte Ausbau, bei dem offenbar nicht mit der zu geringen Anzahl an qualifizierten einheimischen Lehrkräften gerechnet worden war. In einem Bericht an Staatsminister Karl-Hermann Frank vom 12. März 1940 heißt es:

„Um die Misstände [sic] im deutschen Schulwesen zu beseitigen, wäre es in erster Linie erforderlich, die Besoldung der Erzieherschaft der des Altreiches anzugleichen. Allein auf Grund der schlechten Bezahlung der Lehrkräfte ist der ausgesprochene Lehrermangel an den deutschen Schulen erklärlich. Darüber hinaus wurde aber auch unmittelbar nach der Errichtung des Protektorates eine Vielzahl von Schulen gegründet, ohne dass vorher die dafür notwendigen Lehrkräfte bereitgestellt waren. Es musste dann auf weniger geeignete Personen sowie auf Hilfslehrkräfte zurückgegriffen werden.“²

- 2 Deutsches Schulwesen im Protektorat (Volks- und Bürgerschulen). SD-Leitabschnitt Prag B2 Böhme an Staatsminister Frank vom 12.3.1940. Národní Archiv v Praze [Nationalarchiv Prag, weiter NA], Státní tajemník u říšského protektora v Čechách a na Moravě [Der Staatssekretär beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren, weiter ÚŘP-ST], K. 88, Sign. 109-4/1421, p. 81.

Auch die sogenannte „Volkstumspflegezulage“, die seit dem 1. April 1940 zur Angleichung der Gehälter im Protektorat an jene im Reich ausgezahlt wurde, schaffte aufgrund der kriegsbedingten Ausfälle keine wirksame Abhilfe.

Sehen wir uns nun, gestützt auf die etwas widersprüchliche Literatur, die Ausgangslage in Prag an. Noch vor dem Ersten Weltkrieg hatte es in Prag fünf deutsche Gymnasien und vier Oberrealschulen sowie einige weitere Mittelschulen gegeben. 1918 existierten in Prag dann zwölf deutsche (staatliche) Mittelschulen, von denen bis 1933/34 fünf verblieben, davon zwei Realgymnasien (Prag II.: Štěpánska Straße, Kleinseite, Prag III.: Zborovská Straße), eine Realschule (Prag II.: Mikulandská Straße), ein Mädchen-Reformrealgymnasium (Prag II.: Charvátová Straße) und eine Lehrerbildungsanstalt (Prag III.: Karmelitská Straße). Hinsichtlich der Volks- und Bürgerschulen bietet sich uns eine etwas andere Situation: So kamen zu den sechs deutschen Volks- und zwei Bürgerschulen aus der Zeit vor 1918 in der Zwischenkriegszeit noch mindestens eine Volks- und zwei Bürgerschulen hinzu. Der Zuwachs in dieser unteren Schulstufe erklärt sich offenbar zumindest teilweise durch den Zuzug von Flüchtlingen aus dem Deutschen Reich nach 1933.

Während der Besatzungszeit kam es dann zu einem Ausbau insbesondere des deutschen Volksschulwesens wie auch der Kindergärten, was auf einen verstärkten Zuzug von jungen Familien schließen lässt. Insgesamt stieg die Schülerzahl im gesamten Oberlandratsbezirk Prag (Groß-Prag und Prag-Land) in den ersten Jahren der Okkupation von 1.195 Schülern in neun Volks- und vier Hauptschulen zum 1. September 1939 auf insgesamt 2.820 Schüler in 18 Volks- und vier Hauptschulen zum 1. September 1941 an. Dieser Trend bestätigte sich auch in den Folgejahren, für die Stadt Prag können wir einen jährlichen Zuwachs zwischen zehn und 16 Prozent konstatieren. Zum Stichtag 1. April 1940 erhalten wir hinsichtlich der deutschen Schulen aller Schulformen (mit Ausnahme der Hochschulen) in Prag folgenden Stand: zwölf Volksschulen, vier Bürger- bzw. Hauptschulen, sechs Fach- und

Berufsschulen und sechs Oberschulen und Lehrerbildungsanstalten, insgesamt also 28 Schulen aller Typen.³ Auffällig sind neben der deutlichen Konzentration von deutschen Schulen in den traditionellen Wohngebieten der Prager Deutschen, hier insbesondere in der Neustadt (Nové Město), die bereits zu Beginn der Okkupation gegründeten Schulen in den „neuen“ bzw. perspektivischen Siedlungsgebieten: Das gilt insbesondere für die Oberschule für Jungen und Mädchen wie auch für die Volksschule in Prag XIX. – Dejvice.⁴

Mit fortschreitender Kriegsdauer mussten sich allerdings nicht nur die tschechischen, sondern auch die deutschen Schulen, die seit dem 15. September 1943 dem neuen deutschen Schulamt bei der Stadt Prag unterstanden, zumindest teilweise den Erfordernissen der Zeit unterordnen. So wurde beispielsweise die deutsche Volksschule für Mädchen in Prag XIII. zusammen mit der ebenfalls dort untergebrachten tschechischen Hauptschule für Knaben Ende 1943 für Wehrmachtzwecke beschlagnahmt. Die deutschen Schulen in der Masná Straße hingegen wurden Anfang 1944 durch die Zuteilung des Gebäudes der städtischen Druckerei sogar räumlich noch erweitert, und auch die deutsche Knaben-Volksschule in Prag VII. – Holešovice sowie ein Teil der in der Zwischenzeit dort offenbar ebenfalls gegründeten deutschen Hauptschule wurden bereits im Juli 1943 in ein städtisches, also tschechisches Schulgebäude in der Vinařská Straße umgesiedelt.

Dies soll als kurze Skizzierung der Schulsituation im besetzten Prag an dieser Stelle genügen. In diesem Beitrag wollen wir uns nicht so sehr mit der Schulproblematik an sich als vielmehr mit der Frage beschäftigen, inwiefern uns die Schülerschaft als „Guckloch“ dienen kann, durch das wir die Struktur

3 Vgl. Verzeichnis der deutschen Schulen des Protektorats Böhmen und Mähren. Stichtag 1.4.1940. NA, ÚŘP-ST, Sign. 109-4/1421, p. 29ff.

4 Für eine Übersicht über die Prager Stadtteile siehe die Karte im Anhang (Abbildung 1).

und vor allem die Veränderungen der Prager deutschen Gesellschaft untersuchen können. So wollen wir unsere Studien auf diesem Felde durch die Untersuchung einer weiteren spezifischen deutschen Bevölkerungsgruppe, zu der sich quantitativ auswertbares Material erhalten hat, ergänzen. Nicht nur waren die Kinder, zu denen wir Eintragungen in den Katalogen der Prager deutschen Schulen finden, vollwertige Repräsentanten der Prager deutschen Kommunität ihrer Generation; vielmehr erhalten wir in denselben Quellen ebenfalls Angaben zu ihren Eltern, die in der Regel zu der mittleren Generation gehörten, die wiederum gerade unter den zugezogenen „Neupragern“ dominierte.

Da es die Möglichkeiten eines solchen Beitrags bei Weitem übersteigen würde, in dieser Perspektive eine Querschnittanalyse des gesamten deutschen Schulwesens in der Kriegszeit, also von den Volksschulen über die Berufsschulen bis hin zu den Gymnasien, zu leisten (von der Prager Deutschen Universität und der Prager Deutschen Technischen Hochschule einmal ganz abgesehen), haben wir uns für eine Stichprobe in das mittlere Schulwesen entschieden. Die „Oberschulen“ wurden nämlich im Rahmen der Großstadt traditionell als „überregional“ betrachtet, nahmen die Kinder aus allen Prager Vierteln auf und hatten – mindestens vor dem Krieg – ihre Klientel manchmal auch außerhalb der Stadt. Konkret stehen im Zentrum der Betrachtung die beiden vielleicht prominentesten, zentralen und in einem traditionell „deutschen“ Prager Bezirk angesiedelten Mittelschulen, nämlich die Deutsche Oberschule für Jungen in der Štěpánská Straße und die Deutsche Oberschule für Mädchen in der Charvátova Straße in der Prager Neustadt.

Bei der Auswertung des im Prager Stadtarchiv lagernden Quellenmaterials⁵ zeigte sich, dass die Behörden in den Besatzungsjahren mit einer räumlichen (Um-)Verteilung der Kinder in die Oberschulen begannen, und zwar insbesondere in die im September 1939 neu eingerichtete Deutsche Oberschule für Jungen und Mädchen in der Bílá Straße im modernen Viertel Dejvice im XIX. Prager Bezirk. (Vorher war hier das Französische Gymnasium beherbergt, der modernste Prager Schulbaukomplex der Zwischenkriegszeit – auf dem Areal gab es ferner eine Volksschule und in den Räumen des bisherigen Internats eine Kaserne der SS.) Wir haben also zusätzlich die Kataloge dieser Oberschule recherchiert und ausgewertet. Durch diese Ergänzung haben wir in unsere Überlegungen auch die besonders in der Zwischenkriegszeit errichteten Stadtteile am linken Moldauufer nördlich der Prager Burg einbezogen, wo sich schon seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts viele deutsche und deutschjüdische Prager niedergelassen hatten und wo dann in den Kriegsjahren die deutsche Ansiedlungspolitik sehr massiv und deutlich war.

Wir stützen uns für unsere Auswertung auf die im Prager Stadtarchiv aufbewahrten Schüler-Kataloge („Hauptkatalog“) der erwähnten Schulen. Diese Bücher entstanden aus Loseblattsammlungen, in die zu Beginn jedes Schuljahres (Anfang September) die Personalangaben zu jedem Schüler und zu jeder Schülerin eingetragen wurden und wo dann nach dem ersten Halbjahr auch die jeweiligen Noten aus den einzelnen Fächern sowie ferner eine Verbalbewertung vermerkt wurden. Bei den später eingeschriebenen Kindern finden sich ebenfalls Informationen über ihre vorherigen Schulen, bei den im Laufe des Schuljahres Ausgeschiedenen oder an andere Schule Gewechselten manchmal (nicht immer) Angaben über ihre nächste Schule.

5 Archiv hlavního města Prahy [Archiv der Hauptstadt Prag, weiter AMP], Německé státní gymnásium Praha II. Nové Město Štěpánská 20; AMP, Německá vyšší škola pro dívky Praha II. Nové Město; AMP, Německá vyšší škola pro chlapce a dívky, Praha XIX.

Es gibt einige standardmäßige Angaben in den „Fragebögen“ der Kataloge, die ansonsten leider nur recht wenige Informationen liefern. Dazu gehört die Rubrik „Staatszugehörigkeit“. Hier überwiegen die Angaben „deutsch“ oder „Deutsches Reich“. Diese Kolumne wurde aber sehr subjektiv und unregelmäßig ausgefüllt bzw. mit dem Begriff der „Nationalität“ (zum Beispiel „volksdeutsch“), verwechselt. Bei zwei russischen Emigranten finden wir: „Emigrant“ bzw. „staatenlos“. Sehr standardisiert waren auch die Angaben über die Sprache: Hier war nämlich durchwegs „deutsch“ eingetragen. Ausnahmen kamen nur selten vor: Die tschechische Muttersprache gaben die in der Charvátova Straße im Jahr 1939 eingeschriebene Blanka Fink (aus einer gemischten deutsch-tschechischen, aus Turnau nach Prag übersiedelten Beamtenfamilie) und ihre Mitschülerin Eva Novák (aus der Prager Familie eines Glasbläfers) an. Sonst finden wir noch zwei russische bzw. russischsprachige und einen ukrainischsprachigen Emigranten im Jahre 1939 und einen Russen im Jahre 1944.

Ergiebiger waren die Angaben über den Geburtsort, den Prager Wohnort und die Konfession der Kinder sowie über den Beruf ihrer Väter bzw. Mütter oder Vormunde, falls der Vater verstorben war. Als Stichprobe haben wir jeweils die Schüler der ersten Klassen, also Mädchen und Jungen im Alter von etwa zehn bis zwölf Jahren (d. h. mit Vätern im Alter zwischen etwa 35 bis 55 Jahren) gewählt, und zwar für die Schuljahre 1939/40 und 1942/43 bzw. 1944/45. Die unterschiedlichen Enddaten der Untersuchung ergaben sich eher zufällig, da die Reihe der Kataloge für die Deutsche Oberschule für Jungen in der Štěpánská Straße schon im Jahre 1942/43 endet; gleichzeitig ermöglicht uns diese Überlieferungssituation einen „Zwischeneinblick“ in die Prager Lage. Die Zahl der analysierten Fälle beträgt für die Neustädter Mädchen-Oberschule in der Charvátova Straße 67 und 74 Einheiten, für die Neustädter Oberschule für Jungen in der Štěpánská Straße 55 und 46 Einheiten und für die Oberschule für Jungen und Mädchen in der Bílá Straße in Dejvice 61 und

82 Einheiten. Insgesamt wurden also Daten über 385 Kinder und ihre Eltern ausgewertet.

Wir haben alle Untersuchungen auf zwei Ebenen geführt: einmal für die gebürtigen Prager, einmal für alle anderen. Es gibt zwar keine Sicherheit, dass ein Kind, das in Prag geboren ist und im Alter von elf Jahren hier in eine Mittelschule eintritt, die gesamte Zwischenzeit auch in dieser Stadt gelebt hat bzw. dass ein Kind, in Hamburg oder in Ostrau geboren, erst kurz vor seiner Eintragung in den von uns untersuchten Katalog nach Prag gelangte, doch ist dies zumindest relativ wahrscheinlich. Wir wissen auch, dass der Andrang an den Prager deutschen Schulen nach der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei ziemlich stark war. So richtete die Mädchen-Oberschule in der Charvátova Straße nach den Informationen auf dem statistischen Deckblatt dieses Teils des Hauptkatalogs für das Jahr 1939/40 gar zur „normalen“ ersten Klasse noch eine parallele „Sonderklasse“ ein. In den anderen Schulen kam es zu einer Teilung in die Klassen A und B. Insgesamt untersuchen wir also die Schülerschaft von sechs Klassen des ersten Jahrgangs. Die statistische Auswertung der Angaben zeigt daneben deutlich unterschiedliche Ergebnisse für die Prager und für die „Anderen“ – noch wesentlich deutlicher im Jahre 1944/45 als zu Beginn des Weltkrieges.

Geburtsorte

Beginnen wir also mit der Frage, wo die von uns untersuchten Prager Mittelschulanfänger geboren wurden:

Tabelle 1: Geburtsorte der Schüler/innen der Deutschen Oberschulen Štěpánská, Charvátova und Bílá 1939/40

	Štěpánská	Charvátova	Bílá	gesamt
Prag	70,9	58,2	49,2	59,0
„Protektorat Böhmen und Mähren“	5,5	9,0	6,6	7,1
Sudetengau	9,1	11,9	6,6	9,3
Deutsches Reich*	12,7	19,4	34,4	22,4
Ausland	1,8	1,5	3,3	2,2
<i>gesamt</i>	<i>100% = 55</i>	<i>100% = 67</i>	<i>100% = 61</i>	<i>100% = 183</i>

Schon in diesem Jahr beobachten wir deutliche Unterschiede unter den untersuchten Schulen bzw. besonders deutliche zwischen den traditionellen Neustädter Gymnasien und der neu gegründeten deutschen Oberschule in Dejvice. Den größten Anteil an geborenen Pragern weist das (ehemalige) Realgymnasium für Jungen in der Štěpánská Straße auf, schon etwas geringer ist er im Falle des (ehemaligen) Mädchenlyzeums in der Charvátova Straße, und in der neuen Oberschule in Dejvice liegt er dann bereits unter 50 Prozent. Rechnen wir die Kinder aus dem gesamten Gebiet der böhmischen Länder (Prag, „Protektorat“ und Sudetengau) zusammen, kommen beide Neustädter Schulen auf 80 Prozent „Eingeborene“ unter den Schülerinnen und Schülern, die Oberschule in Dejvice hingegen nur auf etwas über 62 Prozent.

* Deutsches Reich in den Grenzen vom August 1938 (inklusive Österreich).

Im Laufe des Krieges veränderte sich die Zusammensetzung der Schülerschaft dieser Schulen recht deutlich, wobei die ungünstige Tatsache, dass wir von der Oberschule Štěpánská Straße nur für das Jahr 1942/43 Daten haben, uns als ein „Zwischensignal“ dienen kann. Wie die Tabelle 2 zeigt, deuteten sich schon im Schuljahr 1942/43 Veränderungen an: Der Anteil der in Prag geborenen Schüler sank um etwa 17 Prozent, die Gruppe der im Reich geborenen Kinder hingegen wuchs um ein Fünftel. Eine vollkommen neue Situation brachte aber vor allem das letzte Schuljahr der Besatzungszeit: So hat sich der Anteil der Prager unter den Schülerinnen und Schülern in der Charvátova Straße und in Dejvice mit 25 Prozent mehr als halbiert (in Dejvice fiel er fast auf ein Drittel), während in beiden Schulen die im Deutschen Reich geborenen Kinder jetzt die Hälfte aller im Katalog Eingetragenen stellten. Auch der Anteil der nicht in Prag geborenen Kinder aus dem „Protektorat“ hat sich fast verdoppelt, die in Prag und im „Protektorat“ (bzw. in den böhmischen Ländern insgesamt, d. h. einschließlich des „Sudetengaus“) geborenen Kinder waren hingegen jetzt an den untersuchten Schulen in der Minderheit. Diese Entwicklung entspricht sehr genau – ebenfalls mit einem deutlichen Gipfel im Jahre 1944/45 – der Entwicklung der Herkunftsstruktur der Studentenschaft der Philosophischen Fakultät der Deutschen Universität in Prag in den Jahren 1939–1945. Es bestätigen sich somit auch bei unserer Sonde in diese spezifische Personengruppe die bisherigen Untersuchungen zur deutschsprachigen Prager Bevölkerung während der Besatzungszeit: Gerade in den letzten Kriegsjahren kam es hier zu einer grundsätzlichen Strukturveränderung durch einen starken Zuzug insbesondere reichsdeutscher Familien.

Tabelle 2: Geburtsorte der Schüler/innen der Deutschen Oberschulen Štěpánská 1942/43, Charvátova und Bílá 1944/45

	Štěpánská 1942/43	Charvátova 1944/45	Bílá 1944/45	1944/45 gesamt
Prag	58,7	32,9	18,3	25,2
„Protektorat“	4,3	12,3	13,4	12,9
Sudetengau	19,6	5,5	8,5	7,1
Deutsches Reich*	15,2	46,6	53,7	50,3
Ausland	2,2	2,7	6,1	4,5
<i>gesamt</i>	<i>100% = 46</i>	<i>100% = 73</i>	<i>100% = 82</i>	<i>100% = 155</i>

Wohnorte

Im Kontext der Siedlungsstruktur der Stadt kann ebenfalls die Frage gestellt werden, ob auch bei den Wohnorten unserer Schüler innerhalb von Prag (und in der nahen Umgebung der Stadt) im Laufe der untersuchten Jahre Veränderungen zu verzeichnen sind. Schon Gary B. Cohen zeigte in seinem inzwischen klassischen Werk, dass die traditionellen Wohnorte der Prager deutschsprachigen Einwohner in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts teilweise in der Altstadt (Staré Město), in der Unteren Neustadt, später in den modernen mittelständischen Vierteln Vinohrady im Süden der Stadt oder in Holešovice-Bubny auf dem linken Moldauufer nördlich der Altstadt lagen. In der Zwischenkriegszeit besiedelten viele Mitglieder der deutschen und tschechischen Beamtschaft, Intelligenz und allgemeiner der Mitglieder der Mittelschicht auch die neu und ausgeprägt modern urbanisierten Gebiete nördlich der Prager Burg: Dejvice, Střešovice, Bubeneč. Es

* Deutsches Reich in den Grenzen vom August 1938 (inklusive Österreich).

gehörte zur Prager Tradition, dass in den erwähnten Schichten überdurchschnittlich viele tschechische wie deutsche Juden bzw. Menschen mit jüdischen Wurzeln vertreten waren.

In der Besatzungszeit hatte dies Folgen für die Siedlungsstruktur dieser Viertel: Viele Bürger aus diesen Kreisen gingen in die Emigration, andere wurden gleich nach der Besetzung verhaftet. Vor allem aber wurden in der dauerhaft angespannten Prager Wohnungssituation fast seit Beginn der Okkupation, besonders dann seit dem Sommer 1941 (und zwar schon vor der Amtszeit Reinhard Heydrichs) jüdische und halb-jüdische Bewohner gezwungen, ihre modernen Villen und Wohnungen zu räumen, um sie den deutschen „arischen“ Mitbürgern und vor allem der Flut der zugezogenen reichsdeutschen Beamten und Angestellten bzw. den Offizieren der Wehrmacht und der Sicherheitsdienste zur Verfügung zu stellen. Nicht selten halfen einige dieser „Wohnungsbedürftigen“ durch gezielte Anträge bzw. Denunziationen bei den Besatzungsbehörden bei der Räumung der bevorzugten Wohnungen tatkräftig mit. So begann also eine neue Welle deutscher Besiedlung der Prager Bezirke VII. (Holešovice-Bubny mit dem „Kleinen Berlin“), XVIII. (Střešovice / Břevnov), XIX. (Dejvice / Bubeneč) und auf dem rechten Moldauufer im XII. Bezirk (Vinohrady).

Die Entwicklung wird im Wesentlichen auch durch die Wohnorte der Schülerinnen und Schüler der hier untersuchten Schulen in der Prager Neustadt und in Dejvice in den Jahren 1939/40 bzw. 1944/45 bestätigt. So waren im Herbst 1939 die Wohnorte der Schüler der beiden Neustädter Gymnasien/Oberschulen noch in der ganzen Stadt verstreut. Eine größere Konzentration finden wir – traditionell und angesichts der Lage der Schulen logischerweise – in der Prager Neustadt (insgesamt 18, davon zehn gebürtige Prager) und vor allem dann südlich anschließend in Vinohrady (23/15) sowie – noch südlicher – im Gebiet von Vršovice / Strašnice (17/12). Bei den Letzteren handelte es sich im großen Maße um seit dem Ende des 19. Jahrhundert und

hauptsächlich in der Zwischenkriegszeit neu errichtete Viertel. Relativ stark ist auch das auf dem linken Moldauufer gelegene Smíchov (12/8) vertreten, ein seit dem 19. Jahrhundert traditioneller, obwohl weniger ausgeprägter Wohnsitz der deutsch-jüdischen Bevölkerung. Weitere 13 Schüler, die überwiegend in den modernen Bezirken Holešovice-Bubny und Dejvice / Bubeneč wohnten, wurden im Laufe des Schuljahres in die neue Schule in Dejvice überführt.

Im Vergleich dazu weisen die Wohngebiete der Schüler der Oberschule in Dejvice schon 1939 ein anderes Muster auf: Die hier eingeschriebenen Kinder stammten hauptsächlich aus den zwei Bezirken nördlich und östlich der Prager Burg (Dejvice / Bubeneč und Holešovice-Bubny) – insgesamt 51 von 61. Dieses Gebiet in dem großen Bogen des Moldau-Flusses sollte ganz offensichtlich zum Zentrum des „neuen deutschen Prags“ werden. So wurde hier, im Hinterland der Burg und des Sitzes des Reichsprotektors im Czernin-Palast, nicht nur die neue deutsche Oberschule eröffnet, sondern wurden auch und vor allem mehrere Behörden, Kasernen und SS-Kasernen angesiedelt. Es ist symptomatisch, dass auch der Anteil der Nicht-Prager in den beiden genannten Haupteinzugsgebieten der neuen Schule insgesamt höher war.

Im Schuljahr 1944/45 beobachteten wir dann vor allem für die Mädchen-Oberschule in der Neustadt, für die uns Angaben vorliegen, eine eindeutige Veränderung bei den Wohnorten der Schülerinnen: Zwar sind weiterhin die Neustadt und Vinohrady die am stärksten vertretenen Viertel (jeweils 16 Schülerinnen), wenngleich die gebürtigen Pragerinnen hier nur mehr ca. ein Drittel der Schülerinnen stellen, jedoch fallen Vršovice / Strašnice gar nicht mehr ins Gewicht (lediglich eine Schülerin wohnte hier); dafür wohnte die drittstärkste Gruppe (10) nun in Holešovice-Bubny. Letzteres stellte wie zuvor auch in der Oberschule in Dejvice die zweitstärkste Schülergruppe (25), nun allerdings mit einem sehr deutlichen Abstand hinter Dejvice / Bubeneč

(41), was wiederum die verstärkte Ansiedlung von nicht in Prag gebürtigen Deutschen in diesen Gebieten bestätigt.

Berufsstruktur

Die kurzen Angaben in den Jahresblättern der Schul-Kataloge geben uns leider zu wenig und zu diffus Auskunft über die reale berufliche Stellung der Väter (und ausnahmsweise auch der verwitweten Mütter), sodass wir nur ein sehr grobes Bild erhalten.

Die für 1939 ermittelten Daten der beiden Neustädter Schulen bestätigen die erwähnte traditionelle Berufsstruktur der Prager Deutschen (vor allem die Einheimischen waren Beamte, Angestellte und Kaufleute) – obwohl die jüdischen Schülerinnen und Schüler schon von der Schule verdrängt worden waren. Die erste Welle der Neuankömmlinge aus der Provinz und aus dem Reich fügte sich aber offensichtlich in den traditionellen Rahmen gut ein, so dass wir es mit einer gut gebildeten mittelständischen Gesellschaft zu tun haben, in der die staatlichen und privaten (vor allem in den Finanzinstituten beschäftigten) Beamten und Angestellten (von den Direktoren bis hin zu den Kleinbeamten) die größte Gruppe bildeten. Weitere markante Gruppen stellten (oft akademisch gebildete und Groß-)Kaufleute, ferner Mitglieder der freien Berufe und Lehrer bzw. (Bau)-Ingenieure und Techniker dar. Die Handwerker und Kleinunternehmer waren unter den Vätern der Oberschüler schon seltener, Arbeiter gab es so gut wie keine. Es lohnt sich noch zu erwähnen, dass unter insgesamt 122 untersuchten Vätern überproportional viele – insgesamt 28 (23 Prozent) – einen Doktor- oder Ingenieurstitel vorweisen konnten.

Tabelle 3: Berufe der Väter der Schüler/innen der Deutschen Oberschulen Charvátova und Štěpánská 1939/40

Berufsgruppen	Prager	Andere	Gesamt	%
Beamte/Angestellte	40	15	55	45,0
Sicherheitsapparat	1	5	6	4,9
Techniker	9	9	18	14,7
Freie Berufe und Lehrer	8	7	15	12,3
Handwerker und Firmen	5	2	7	5,7
Kaufleute	11	5	16	13,1
Gutsbesitzer	3	1	4	3,3
<i>gesamt</i>	<i>78</i>	<i>44</i>	<i>122</i>	<i>100%</i>

Die nächste Tabelle zeigt uns am Beispiel des Deutschen Gymnasiums für Jungen in der Štěpánská Straße den Zwischenzustand zum Jahr 1942. Wir sehen, dass die Gruppe der Beamten und Angestellten inzwischen schon zwei Drittel der Väter repräsentierte, wobei die Neuankömmlinge in dieser Gruppe besonders stark zulegten.

Tabelle 4: Berufe der Väter der Schüler der Deutschen Jungen-Oberschule Štěpánská 1942/43

Berufsgruppen	Prager	Andere	Gesamt
Beamte/Angestellte	17	15	32
Sicherheitsapparat	1	2	3
Techniker	1	0	1
Freie Berufe und Lehrer	2	1	3
Handwerker und Firmen	2	1	3
Kaufleute	4	0	4
Gutsbesitzer	0	0	0
<i>gesamt</i>	<i>27</i>	<i>19</i>	<i>46</i>

Die letzte Tabelle schließlich spiegelt die Situation in der dramatischen Zeit des „totalen Krieges“ im Herbst 1944 wider. Die nicht in Prag geborenen Mädchen stellten nun schon zwei Drittel aller Schülerinnen. In der Berufsstruktur der Väter lassen sich deutliche Verschiebungen wahrnehmen: Der Anteil der Beamten und Angestellten war auf ein Drittel gesunken, einhergehend mit einem ebenfalls sinkenden Anteil der Prager, wohingegen die Zahl derjenigen Väter, die in der Polizei oder in anderen bewaffneten Korps tätig waren, einen deutlichen Zuwachs erfahren hatte, der ausschließlich durch neu Zugezogene verursacht wurde.

Tabelle 5: Berufe der Väter der Schülerinnen der Deutschen Mädchen-Oberschule Charvátova 1944/45

Berufsgruppen	Prager	Andere	Gesamt
Beamte/Angestellte	10	16	26
Sicherheitsapparat	0	8	8
Techniker	6	8	14
Freie Berufe und Lehrer	3	6	9
Handwerker und Firmen	0	1	1
Kaufleute	3	9	12
Gutsbesitzer	0	1	1
nicht definiert	2	1	3
<i>gesamt</i>	<i>24</i>	<i>50</i>	<i>74</i>

Konfessionelle Struktur

Die Veränderungen der Gesellschaft der Kriegsjahre spiegelten sich auch in der Konfessionszugehörigkeit der Schülerinnen und Schüler bzw. der Prager deutschen Familien wider. So waren die Prager (christlichen) Deutschen traditionell überwiegend katholisch. Die evangelische Konfession war nur gering vertreten, besonders wenn wir die verdrängten Familien der getauften Juden wegrechnen. Die anderen Konfessionen wurden praktisch nur durch Ausländer vertreten. Diese Situation bestätigt auch die folgende Tabelle 6 für das Ausgangsjahr 1939/40: Die katholische Konfession dominiert deutlich, insbesondere unter den in Prag gebürtigen Schülerinnen und Schüler (knapp 80 Prozent).

Tabelle 6: Konfession der Schüler/innen der Deutschen Oberschulen Charvátova und Štěpánská 1939/40

Religion	Prag	Andere	Gesamt	%
katholisch	62	27	89	73,0
evangelisch	11	14	25	20,4
orthodox	2	1	3	2,5
ohne	3	2	5	4,1
<i>gesamt</i>	78	44	122	100

Schon im Jahre 1942 können wir allerdings eine leichte Veränderung der Situation feststellen, wenngleich überrascht, dass diese vor allem die prozentuelle Vertretung der evangelischen Konfession betrifft. Die anderen Glaubensgruppen waren allerdings weiterhin statistisch unerheblich.

Tabelle 7: Konfession der Schüler der Deutschen Jungen-Oberschule Štěpánská 1942/43

Religion	Prag	Andere	Gesamt	%
katholisch	21	12	33	71,6
evangelisch	2	4	6	13,0
orthodox	2	0	2	4,4
baptistisch	0	1	1	2,2
gottgläubig	1	1	2	4,4
ohne	1	1	2	4,4
<i>gesamt</i>	27	19	46	100

Im Jahre 1944/45 sah die Situation dann im Spiegel der Deutschen Mädchen-Oberschule in der Charvátova Straße schon ganz anders aus. Der Zuzug der

reichsdeutschen Familien reduzierte die bisher herrschende katholische Konfession deutlich und hob den Anteil der evangelischen Schülerinnen auf fast ein Drittel. Die „gottgläubigen“ und religionslosen Schüler stellten jetzt mehr als 16 Prozent der Schulanfänger, und auch hier ist symptomatisch, dass diese Gruppe bis auf eine Ausnahme ausschließlich aus nicht in Prag Geborenen besteht.

Tabelle 8: Konfession der Schülerinnen der Deutschen Mädchen-Oberschule Charvátova 1944/45

Religion	Prag	Andere	Gesamt	%
katholisch	20	18	38	51,3
evangelisch	3	20	23	31,1
orthodox	0	1	1	1,4
„gottgläubig“	1	10	11	14,9
ohne	0	1	1	1,4
<i>gesamt</i>	<i>24</i>	<i>50</i>	<i>74</i>	<i>100</i>

Fazit

Wenn wir die Schülerinnen und Schüler der ausgewählten Prager Oberschulen als eine repräsentative Stichprobe der Prager deutschen Gesellschaft der Kriegsjahre – nach der Flucht und Emigration eines großen Teiles der deutschen Juden und Demokraten und nach dem Ausschluss der jüdischen und halb-jüdischen Kinder aus dem höheren Schulwesen – betrachten, dann ergibt sich Folgendes: Die Prager deutschen Mittelschulen waren bis auf absolute Ausnahmen rein deutsch. Die Mehrheit der Kinder stellten 1939 die Prager mehrheitlich katholischen, gebildeten mittelständischen Beamten-, Lehrer-,

Juristen- und Kaufmannsfamilien. Die nach Prag zugezogenen Deutschen aus dem Sudetengau und vor allem aus dem „Altreich“ waren professionell den Einheimischen ähnlich – wenngleich mit einem wesentlich höheren Anteil an Bediensteten im Sicherheitsapparat –, unterschieden sich aber in konfessioneller Hinsicht: Im Gegensatz zu den traditionell katholischen deutschen Pragern dominierte unter den Neuankömmlingen der evangelische Glaube bzw. gegen Kriegsende immer mehr auch die Gruppe der „Gottgläubigen“. Die Kinder aus Familien, die nicht aus Prag stammten, wurden immer zahlreicher, bis sie bei Kriegsende schließlich an allen untersuchten Schulen eine deutliche Mehrheit bildeten. Parallel dazu vollzog sich eine Konzentration der deutschen Wohngebiete: Besonders deutlich war dies in den modernen Stadtvierteln am linken Moldauufer nördlich und östlich der Burg, wo schnell eine deutsche elitäre „Kolonie“ als Kern eines für die Nachkriegszeit geplanten „deutschen Prags“ entstand.

Literatur

Brandes, Detlef: Die Tschechen unter deutschem Protektorat. 2 Bde. München / Wien 1969 u. 1975.

Brandes, Detlef: „Umvolkung, Umsiedlung, rassische Bestandsaufnahme“. NS-„Volkstumspolitik“ in den böhmischen Ländern. München 2012.

Brandes, Detlef / Mišková, Alena: Vom Osteuropa-Lehrstuhl ins Prager Rathaus. Josef Pfitzner 1901–1945. Essen 2013.

Doležal, Jiří: Česká kultura za protektorátu. Školství, písemnictví, kinematografie [Tschechische Kultur im Protektorat. Schulwesen, Literatur, Kino]. Praha 1996.

Ledvinka, Václav / Pešek, Jiří: Prag. Praha 2000.

- Lohmann, Nina: Kdo byli pražští Němci v letech 1939–1945 [Wer waren die Prager Deutschen in den Jahren 1939–1945]? In: Pražský sborník historický 40 (2012), 299–330.
- Němec, Mirek: Erziehung zum Staatsbürger? Deutsche Sekundarschulen in der Tschechoslowakei 1918–1938. Essen 2010.
- Pešek, Jiří: Die „eigenen“ und die „fremden“ Studenten der Philosophischen Fakultät der Prager Deutschen Universität 1940–1945. In: Neutatz, Dietmar / Zimmermann, Volker (Hg.): Die Deutschen und das östliche Europa. Aspekte einer vielfältigen Beziehungsgeschichte. Festschrift für Detlef Brandes zum 65. Geburtstag. Essen 2006, 149–168.
- Vlček, Pavel: Umělecké památky Prahy. Velká Praha A-L [Die Kunstdenkmäler Prags. Groß-Prag A-L]. Praha 2012.



Abbildung 1: Verwaltungsgliederung der Hauptstadt Prag in den Jahren 1922–1949.

(Quelle: Ledvinka, Václav / Pešek, Jiří: Prag. Praha 2000, S. 563)

Falk Wiesemann

Gestrandete Bücher – vor der Zerstörung bewahrt. Hebraica in der Nationalbibliothek der Tschechischen Republik

Die Bibliothek des Jüdischen Museums in Prag

Wenn von jüdischen Bibliotheken auf dem Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei die Rede ist, denkt man wohl zunächst an die heutige Bibliothek des Jüdischen Museums in Prag (Židovské Muzeum Praha). Diese Bibliothek mit ihrem umfangreichen Bestand an Judaica ist aus zwei großen Komplexen hervorgegangen: Zum einen handelt es sich um die Bibliothek der alten Jüdischen Gemeinde Prag. Die Entstehungsgeschichte dieser bedeutenden Büchersammlung reicht bis zum Jahr 1857 zurück. Sie zählte einst zu den wertvollsten jüdischen Spezialbibliotheken. Ihr letzter Leiter, Dr. Tobiáš Jakubovits (1887–1944), arbeitete intensiv an der Verzeichnung der außerordentlich reichhaltigen Bestände, bis die deutschen Besatzungsbehörden sie in das 1942 geschaffene Jüdische Zentralmuseum in Prag integrierten, das unter Kommando und Aufsicht der SS bis zum Kriegsende tätig war. Die Kriegsverluste der ursprünglichen Bibliothek der Jüdischen Gemeinde sind relativ gering, und so sind die umfänglichen Bände des handschriftlichen Hebraica-Katalogs und des maschinenschriftlichen Judaica-Katalogs heute noch unverzichtbare und verlässlichste Grundlage für die Erschließung.

Der zweite große Altbestand der heutigen Bibliothek des Jüdischen Museums in Prag sind jene Bücher, die während der deutschen Okkupation bei den damals insgesamt 153 jüdischen Gemeinden und bei jüdischen Privatleuten im Protektorat Böhmen und Mähren beschlagnahmt und anschließend

nach Prag geschafft wurden. Von diesen systematischen Plünderungsaktionen waren neben den Gemeindebibliotheken auch die Bibliotheken der jüdischen Vereine sowie Schulbüchereien betroffen. Schätzungsweise wurde allein in Privatwohnungen von Juden im Protektorat eine halbe Million Bücher konfisziert. Nachdem die beschlagnahmten Bücher in Prag angekommen waren, konnten sie von den jüdischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des „Zentralmuseums“ nur schematisch registriert werden, wobei häufig lediglich die Anzahl der beschlagnahmten Bücher festgehalten wurde. Dies hatte zur Folge, dass die exakte Herkunft solcher Bücher nur in Einzelfällen, zum größten Teil aber überhaupt nicht mehr rekonstruierbar ist. Nur wenige der aus Privatbesitz stammenden Bücher konnten aufgrund der lückenhaften Identifikationsmerkmale an die ursprünglichen Besitzer restituiert werden. Nach einem Bericht über die Tätigkeit des Staatlichen Jüdischen Museums Prag (Statní Židovské Muzeum) in der Zeit von 1945 bis 1950 gelangten in den unmittelbaren Nachkriegsjahren 16.215 Bände als Schenkung an die Bibliothek der Hebrew University in Jerusalem, 34.900 Bände wurden an das Joint Distribution Committee weitergeleitet und 65.115 Bände wurden an die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) verkauft.

Judaica in der tschechischen Nationalbibliothek

Neben dem Jüdischen Museum gibt es mit der Nationalbibliothek der Tschechischen Republik (Národní knihovna v Praze, Klementinum) einen weiteren, von der Forschung in Hinblick auf seine Judaica-Bestände jedoch weniger beachteten Ort, an welchem ebenfalls hebräische Bücher die nationalsozialistischen Raub- und Zerstörungskampagnen überdauert haben, wenngleich in bescheidenerem Umfang als im Jüdischen Museum. Bereits vor der

politischen Wende im östlichen Europa war bekannt geworden, dass die Prager Nationalbibliothek über eine ansehnliche Menge älterer Hebraica-Manuskripte verfügte, die überwiegend aus der Bibliothek des jüdisch-theologischen Seminars zu Breslau stammten. Generationen von Rabbinern des deutschsprachigen Raums waren an dieser bedeutenden jüdischen Bildungseinrichtung ausgebildet worden, bis sie im Verlauf des Novemberpogroms von 1938 verwüstet und alsdann geschlossen wurde. Auch die bedeutende Seminarbibliothek blieb nicht verschont. Die Gestapo beschlagnahmte den Bücherbestand und überführte ihn nach Berlin in die Zentralbibliothek des Reichssicherheitshauptamts. Im Jahr 1943 wurde die Zentralbibliothek vor Bombenangriffen in Schlesien und Böhmen in Sicherheit gebracht. Nach dem Krieg gelangte der Großteil der Breslauer Seminarbibliothek nach Warschau. Unmittelbar nach der „Samtenen Revolution“ verfilmte ein Team des Jerusalemer Institute of Microfilmed Hebrew Manuscripts die im Klementinum gestrandeten, aus Breslau stammenden Handschriften für die Israelische Nationalbibliothek. Über diese Aktion gibt ein detaillierter Bericht Auskunft.¹

Im Folgenden soll die Aufmerksamkeit auf einen Bestand von bisher noch nicht identifizierten oder unzureichend katalogisierten *gedruckten* Hebraica gelenkt werden, die über Jahrzehnte hinweg nahezu unbeachtet geblieben waren. Dabei können lediglich erste, eher vage Eindrücke über Umfang, Inhalt und Herkunft dieser Bücher formuliert werden, da exakte Beschreibungen und Bewertungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich sind. Eine detaillierte Erschließung der einzelnen Titel und eine gründliche Analyse eines Großteils des Bestandes sind in Vorbereitung.

1 Nationalbibliothek in Prag (Národní knihovna v Praze, Klementinum), Rukopisy klementinský fond [Handschriftenabteilung] XVIII F (Judaica): SaravaloVA sbírka–rabin-ský seminár ve Vratislavi [Die Sammlung Saraval – Rabbinerseminar in Wrocław]. Microfilm: The Jewish National & University Library, Jerusalem 1992.

Vorausgeschickt sei, dass in der Prager Nationalbibliothek kein gesonderter Hebraica-Katalog oder gar Judaica-Katalog existiert. Die katalogisierten Hebraica sind in den Gesamtbestand der Bibliothek integriert und können nur über die Autorenkataloge oder die Titeltataloge erschlossen werden. So stellte sich die nicht gerade ermutigende Situation beim Beginn der Recherche im Jahr 1994 dar. Dank der Hilfsbereitschaft und nimmermüden Geduld der Bibliothekare und Bibliothekarinnen in der Abteilung für Seltene Bücher – gedankt sei an dieser Stelle insbesondere Dr. Kamil Boldan und Dr. Jan Sobotka – kamen aber dann doch nach und nach gedruckte Hebraica zum Vorschein, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Thema der „geplünderten Bibliotheken“ stehen.

Es handelt sich um insgesamt etwa 2.300 gedruckte, in der Regel unverzeichnete Hebraica. Bei diesem höchst heterogenen Material stehen Wilnaer Talmudausgaben im Großfolioformat neben schmalen Sonderdrucken aus der einstigen wissenschaftlichen Bibliothek eines jüdischen Gelehrten. Zeitlich reichen die Bücher von der Inkunabel-Periode bis in die 1930er Jahre. Höchst unterschiedlich ist das Material auch hinsichtlich der Provenienz der einzelnen Bücher, und darin spiegeln sich die Probleme geraubten Kulturguts, hier von „looted libraries“, intensiv wider.

Die Bücher können grob drei Kategorien von höchst unterschiedlichem Umfang zugeordnet werden: Die erste Kategorie umfaßt nur sechs Bücher, die zweite 518 und die dritte etwa 1.800 Bücher.

Die Hebraica-Inkunabeln

Die erste Kategorie umfasst in sieben Bänden sechs vor dem Jahr 1501 gedruckte Bücher (Inkunabeln), die auf den ersten Blick nicht in Adri Offen-

bergs Census der hebräischen Inkunabeln aufgeführt scheinen, sich bei genauerem Hinsehens aber lediglich als nicht der richtigen Bibliothek zugeordnet erweisen. Die Druckorte sind je einmal Rom und Lissabon, dreimal Soncino und einmal ohne nähere Bestimmung „Italien“:

1. BIBLIA HEBRAICA. Nevi'im rishonim. Comm. David Kimchi. Soncino, [Joshua Solomon ben Israel Nathan Soncino], 15. Okt. 1485. 2°. *Národní knihovna v Praze: Sign. 41 E 54*. Offenberg, Census Nr. 27; Steinschneider, Saraval Nr. XXII; Weil No. 3.
2. JACOB BEN ASHER. Arba'ah turim. [Soncino], Salomon ben Moses Soncino, [um 1490]. 2°. *Národní knihovna v Praze: Sign. 41 E 52*. Offenberg, Census Nr. 62; Steinschneider, Saraval Nr. XXXIV; Weil Nr. 5.
3. MOSES MAIMONIDES. Mishneh tora. [Italien], Salomon ben Judah Obadiah ben Moses, [um 1475]. 2°, Bd. 2. *Národní knihovna v Praze: ohne Sign.* Offenberg, Census Nr. 87; Steinschneider, Saraval Nr. XLVII/2; Weil Nr. 8.
4. MOSES MAIMONIDES. Mishneh tora. Soncino, Gershom ben Moses Soncino, 23. März 1490. 2°. *Národní knihovna v Praze: Sign. 41 E 53*. Offenberg, Census Nr. 88; Steinschneider, Saraval Nr. XXXVII; Weil Nr. 6.
5. MOSES NACHMANIDES. Perush hatorah. Lissabon, Elieser [Toledano], 15. Juli 1489. 2°, 2 Bde. *Národní knihovna v Praze: Sign. 41 E 51a-b*. Offenberg, Census Nr. 97; Steinschneider, Saraval Nr. XXXIII/1-2; Weil Nr. 4.
6. SOLOMON BEN ISAAC (RASHI). Perush hatorah. [Rom, Obadiah, Menasheh und Benjamin von Rome, um 1469–72]. 4°. *Národní knihovna v Praze: Sign. 41 E 55*. Offenberg, Census Nr. 111; Steinschneider, Saraval Nr. XIII; Weil Nr. 1.

Ausnahmslos stammten diese sechs Inkunabeln ursprünglich aus der außerordentlichen Sammlung des Triester Kaufmanns Leon Vita Saraval (1771–

1851). Die Sammlung, die einst 405 Handschriften und mehr als 30.000 gedruckte Bücher umfasst hatte, wurde nach Saravals Tod durch den aus Mähren stammenden, bedeutenden Bibliographen Moritz Steinschneider verzeichnet. Nach ihrem Verkauf bildete sie den Grundstock der alten Hebraica in der Bibliothek des Jüdisch-Theologischen Seminars in Breslau. Die von den Alliierten aufgefundenen Reste der Breslauer Seminarbibliothek gelangten nach Kriegsende zum größten Teil nach Warschau und wurden später der Bibliothek des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau (Żydowski Instytut Historyczny) übergeben. Gerard Weil, auf den sich Offenberg stützte, hat in seinem Katalog der Breslauer Handschriften und Inkunabeln auch diese sechs Prager Inkunabeln als im Warschauer Institut aufbewahrt bezeichnet. Offensichtlich hat es aber in den Wirren der Endphase des Krieges nicht nur Manuskripte aus der Breslauer Seminarbibliothek auch nach Prag verschlagen. Weil scheint seinerzeit lediglich nach einer Liste vorgegangen zu sein, ohne den tatsächlichen Verbleib sämtlicher Bücher überprüft zu haben. Mittlerweile hat Offenberg seine Angaben korrigiert, wenn auch noch nicht in veröffentlichter Form.

Inzwischen sind die in Breslau beheimateten 34 Handschriften und sechs Inkunabeln im Rahmen von „*Memoriae Mundi Series Bohemica*“ digitalisiert worden und im Internet verfügbar. Im Jahr 2004 sind sie schließlich der Jüdischen Gemeinde Wrocław als der gesetzlichen Erbin der Seminarbibliothek übergeben worden und werden seither als Depositum in der Universitätsbibliothek von Wrocław verwahrt.

Die Hebraica aus dem Altbestand der Bibliothek des Klementinums

Die Bücher der zweiten Kategorie gehören zum originären Bestand der Prager Nationalbibliothek. Es sind nahezu ausschließlich Werke, die in Böhmen und Mähren gedruckt worden sind. Die 518 Bücher dieser Kategorie sind in einer handschriftlichen, 15 Blätter umfassenden Aufstellung mit der Bezeichnung „LIII. Bibliotheca hebraica nationalis“ eingetragen. Die Liste ist offensichtlich bereits im 19. Jahrhundert begonnen worden, die letzten Einträge sind von 1950. Zum Teil gehörten diese Hebraica Bohemica bzw. Hebraica Moravica noch dem Altbestand der Bibliothek des Klementinums an, als dieses Sitz des Prager Jesuitenordens war, der seinerzeit die Zensur über die in Böhmen gedruckten jüdischen Bücher ausübte. Es ist demnach zu vermuten, dass sich darunter auch Belegexemplare des jesuitischen Zensors befinden. Beim Brand der Prager Judenstadt von 1754 war das unmittelbar angrenzende Klementinum nicht in Mitleidenschaft gezogen worden. So konnte mit der Aufhebung des Jesuitenordens Ende des 18. Jahrhunderts die Bibliothek des Klementinums samt den Hebraica der 1776 gegründeten „Öffentlichen k.u.k. Universitätsbibliothek“ einverleibt werden. Die umfassende Beschreibung von Joseph A. Hanslik von 1851 enthält denn auch Hinweise auf seltene hebräische und jiddische Werke im Bestand der Bibliothek (S. 178, 185, 188–190, 215, 218, 372, 374, 379, 481–482 und 571). Mit der Übernahme der Jesuitenbibliothek ging auch das Amt des Zensors hebräischer Bücher an den Leiter der Universitätsbibliothek über, das dieser bis zur endgültigen Aufhebung der Zensur in Böhmen in den frühen 1860er Jahren ausübte. Als nach dem Ersten Weltkrieg im Gefolge der Gründung des tschechoslowakischen Staates die Prager Universitätsbibliothek zur Nationalbibliothek aufgewertet wurde, gehörten diese Bücher zum festen Bibliotheksbestand.

Die Tatsache, dass die *Hebraica Bohemica* aus dem Altbestand der Nationalbibliothek von den Nationalsozialisten nicht beschlagnahmt und ausgesondert wurden, bestätigt die auch andernorts zu machende Beobachtung, dass Bücher (ähnlich wie Sammlungsgegenstände in Museen), welche bereits vor der deutschen Okkupation in den Besitz öffentlicher (kommunaler oder staatlicher) Einrichtungen gelangt waren, als öffentliches Eigentum in geringerem Maße behelligt wurden und einen gewissen, wenngleich nicht gesicherten Schutz vor Plünderung oder Vernichtung genossen.

Die dritte Kategorie mit ihren circa 1.800 Einzelobjekten umfasst wiederum höchst unterschiedliche Bücher. Dennoch lassen sich weitere Zuordnungen und Gruppierungen vornehmen.

Hebraica-„Zuwächse“

Eine Gruppe von etwa 50 hebräischen Büchern ist von den Prager Bibliothekaren auf einer Liste mit der noch aus k.u.k.-Zeiten herrührenden Bezeichnung „Zuwächse“ versehen worden. Zu welchem Zeitpunkt und auf welchen Wegen sich die dort aufgeführten Bücher in der Abteilung „Alte Drucke“ der Nationalbibliothek eingefunden haben, dürfte kaum mehr zu rekonstruieren sein. Darunter sind einige bemerkenswerte Bände, von denen hier nur drei Beispiele aufgeführt seien:

– *Biblia Hebraica*, von Johannes Leusden herausgegeben und gedruckt 1667 in Amsterdam im Verlag von Joseph Athias, mit zahlreichen handschriftlichen Annotationen eines christlichen Hebraisten. Dieses Buch befand sich einst laut Besitzvermerk in der Bischöflichen Seminarbibliothek in Leitmeritz (Litoměřice) in Böhmen.

– *Elementale introductorium in hebreas litteras teutonice et hebraice legendas*, ein Augsburger Frühdruck von 1514 aus der Druckerei von Erhard Öglin, verfasst von Johannes Boeschstein aus Esslingen, ebenfalls ein christlicher Hebraist. Der schmale, Johannes Reuchlin gewidmete Band enthält eine Einführung in die jüdische Religion und die hebräische Schrift mit hebräischem, lateinischem und deutschem Text.

– *Chamisha chumshe tora*, eine hebräische Bibel mit Targum Onkelos und Rashi-Kommentar, gedruckt 1802 in Sulzbach, mit einem handschriftlichen Zensurvermerk von Karl Fischer, dem Kustos der Prager Universitätsbibliothek, vom 6. April 1810. Auf dieses Exemplar sollte bei Amtshandlungen geschworen werden, denn auf das Vorsatzblatt ist ein Formular des Prager Judeideits von 1810 geklebt. Das Dokument trägt zusätzlich die bestätigende Unterschrift von Eleasar Fleckeles „Rabbiner und Erster Oberjurist der Prager Judenschaft“.

Bücher aus beschlagnahmten jüdischen Gemeindebibliotheken

Die übrigen Bücher der dritten Kategorie sind in den Magazinen der Nationalbibliothek in zwei Dutzend Plastikboxen gestapelt. Schon bei einer ersten kursorischen Durchsicht stellte sich heraus, dass für die meisten die ursprüngliche Provenienz anhand älterer Besitzeinträge nachgewiesen werden kann. Etwas weniger als die Hälfte von ihnen lässt sich mühelos einer einzigen Provenienz zuordnen, nämlich der ehemaligen Bibliothek der Israelitischen Kultusgemeinde von Olmütz (Olomouc) in Mähren, auf die weiter unten näher eingegangen wird.

Eine klar abzugrenzende Gruppe von gedruckten Werken bilden mehrere hundert Stücke, meist Sonderdrucke, die aus der Bibliothek der Münchner Israelitischen Kultusgemeinde stammen. Nach dem Tod des Münchner

Haupttrabbiners Dr. Coßmann Werner (1854–1918), eines bedeutenden Judaisten und Gelehrten der orientalischen Sprachwissenschaft, war dessen Büchersammlung in den Besitz der Münchner jüdischen Gemeinde übergegangen und bildete fortan einen wesentlichen Bestandteil der nach dem Ersten Weltkrieg im Gemeindehaus errichteten Bibliothek, die den Namen „Coßmann-Werner-Bibliothek“ erhielt. Als im Sommer 1938 – also noch vor dem Novemberpogrom – die Münchner Hauptsynagoge und das Gemeindehaus abgerissen wurden, beschlagnahmte die Gestapo die Registratur, das Archiv und die „Coßmann-Werner-Bibliothek“. Davon wurde auch die Sammlung jüdischer Zeremonialobjekte, die der Verband der Bayerischen Israelitischen Kultusgemeinden in den Jahren zuvor von zahlreichen aufgelösten Landgemeinden übernommen hatte, nicht verschont. Nach den Erhebungen des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS (SD) transportierte die Gestapo aus der „Coßmann-Werner-Bibliothek“ in 170 Kisten rund 10.000 Bände ab.

Von den in Prag gestrandeten Hebraica tragen nicht wenige Besitzvermerke von weiteren jüdischen Gemeindebibliotheken, die von den Nationalsozialisten in Deutschland oder in den besetzten Gebieten beschlagnahmt worden waren. Erwähnt seien hier nur Bibliotheken in Hannover, Wien, Hamburg, Dresden und Beuthen in Oberschlesien, aber auch Bücher aus der Bibliothek der Synagogengemeinde Warschau, aus der Bibliothek des Jüdisch-Theologischen Seminars in Breslau oder der Bibliothek des Rabbinerseminars in Budapest. Einige tragen auch den Stempelaufdruck: „UNRRA-Lager Puchheim“. Dies ist ein Anhaltspunkt dafür, dass das jeweilige Buch durch die Büchersammelstelle in dem nahe München gelegenen Ort Puchheim gegangen war, über welche die UNRRA-Universität für jüdische Displaced Persons in München zwischen 1946 und 1949 mit Lehrmaterial versorgt wurde.

Obwohl sich in dieser Gruppe auch einige ältere Druckwerke befinden, sind die meisten doch jüngeren Datums, d.h. ihr Druckjahr liegt in der Regel

nach der Mitte des 19. Jahrhunderts. In buchgeschichtlicher Hinsicht erscheinen sie somit nicht als besonders attraktiv, auch wenn dabei gelegentlich auch seltenere Druckwerke auftauchen. Bemerkenswert ist in erster Linie das Schicksal dieser Bücher, das die Zerstörung und Plünderung der jüdischen Bibliotheken durch die Nationalsozialisten ebenso dokumentiert wie die häufig überstürzten Aktivitäten bei der Restitution der Restbestände nach dem Krieg.

Die Bibliothek der israelitischen Kultusgemeinde Olmütz

Als relativ geschlossener Bestand ist in der Prager Nationalbibliothek lediglich eine umfangreiche Gruppe von Hebraica aus Olmütz (Olomouc) erhalten geblieben. Knapp 900 hebräische (und einige wenige jiddische) Druckwerke tragen den Besitzstempel „Bibliothek der israelitischen Kultusgemeinde Olmütz“.

Nach der Aufhebung der alten Restriktionen hatte sich in dieser Stadt eine junge, aufstrebende jüdische Gemeinde entwickelt, die bald – neben Brünn (Brno) und Mährisch-Ostrau (Ostrava) – zum bedeutendsten jüdischen Zentrum in Mähren wurde. Unternehmer und kleine Gewerbetreibende prägten ihre soziale Struktur. Die Mitgliederzahl war von 1.568 Personen im Jahr 1880 auf 2.216 im Jahr 1930 angestiegen. Die Juden bildeten in der Stadt eine zahlenmäßig eher bescheidene Minderheit (1930: 4,6 Prozent), ihre wirtschaftliche und kulturelle Position war demgegenüber jedoch deutlich stärker. Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs stellten die Deutschen in der Stadt die Mehrheitsbevölkerung, in der Folgezeit nahmen hingegen die Tschechen diese Position ein. Bereits in der Nacht zum 15. März 1939, dem Tag der Besetzung der Tschechoslowakei durch deutsche Truppen, ging die Olmützer Synagoge in Flammen auf, und die „Arisierung“ jüdischen Eigentums wurde rasch in

Angriff genommen. Nahezu sämtliche Juden aus Südmähren wurden im Jahr 1942 von Olmütz aus in das Ghetto Theresienstadt (Terezín) deportiert, nur wenige überlebten den Holocaust. Nach 1945 entstand hier wiederum eine jüdische Gemeinde, die jedoch kaum eine personelle Kontinuität mit der alten aufwies.

Zu Anfang des 20. Jahrhundert mündeten die Bildungsbestrebungen der schnell wachsenden jüdischen Bevölkerung von Olmütz in die Schaffung einer Gemeindebibliothek und eines „Vereins für jüdische Geschichte und Literatur“. Eine ähnliche Entwicklung war in diesem Zeitraum auch in anderen Städten vergleichbarer Größe und Struktur im deutschsprachigen Raum zu beobachten. Allerdings konnte damals von regelrechten Gemeindebibliotheken mit einer rechtlich abgesicherten Organisationsstruktur in der Regel noch nicht die Rede sein, vielmehr waren sie, wie auch im Fall von Olmütz, eher mit dem Typus der alten Synagogenbibliotheken vergleichbar. Die Initiative zur Gründung des Olmützer „Vereins für jüdische Geschichte und Literatur“ war vom Verein „Zion“ ausgegangen. Wegen der dezidiert zionistischen Ausrichtung der Initiatoren scheint der Verein aber zunächst von seiten der Gemeindevertretung nur ungenügend gefördert und finanziell unterstützt worden zu sein. Erst als sich der Gemeinderabbiner Dr. Jakob Eben intensiver für die Sache einsetzte, konnte das Vereinsziel der Verbreitung jüdischen Wissens und jüdischer Literatur adäquat verfolgt werden. So gelang es zum Beispiel, die Schriftsteller Felix Salten, Jakob Wassermann und Arthur Schnitzler oder die Soziologen Franz Oppenheimer und Werner Sombart für Vorträge zu gewinnen.

Nachdem im Jahr 1919 ein Gesetz des tschechoslowakischen Staates zum Schutz von sogenannten „Minderheitenbüchereien“ in Kraft gesetzt worden war, konstituierte sich in Olmütz am 31. Januar 1921 ein Verein mit Namen

„Jüdische Volksbibliothek“.² Es ist ein ausgesprochener Glücksfall, dass die Akten der 1942 aufgelösten Synagogengemeinde zu einem großen Teil erhalten geblieben sind und im Archiv des Jüdischen Museums in Prag verwahrt und dort zugänglich sind. Darin findet sich auch eine Anzahl wichtiger ergänzender Dokumente zur Gründung und weiteren Geschichte der Olmützer jüdischen Gemeindebibliothek.

Vorsitzender und Bibliothekar des Vereins „Jüdische Volksbibliothek“ wurde Dr. Theodor Riess, Professor an der Deutschen Realschule in Olmütz. Schon bald nach der Gründung übernahm der Verein die bereits bestehende jüdische Gemeindebibliothek. Die nun vereinigten Bestände wurden später umbenannt in „Bibliothek der israelitischen Kultusgemeinde Olmütz“.

In den Akten der Olmützer Synagogengemeinde befinden sich nicht nur die Übergabelisten des Altbestands bis zum Jahr 1920,³ sondern auch das komplette originale Buch der Neuerwerbungen (in zwei Bänden) seit Gründung des Vereins, mit insgesamt 5.310 Nummern.⁴ Bei der Durchsicht des Erwerbungsbuches fallen verschiedene Trends der Anschaffungspolitik ins Auge, die in gewisser Weise auch die Lesewünsche und das Leseverhalten der Benutzer reflektieren. Symptomatisch dafür erscheinen die ersten drei und die letzten drei Einträge. Die ersten drei Einträge aus dem Jahr 1921 notierten zionistische Schriften von Theodor Herzl und Max Nordau sowie „Moses Hess. Jüdische Schriften“, herausgegeben und eingeleitet von Theodor Zlocisti. Anfangs dominierte Zionisches und Belletristisches, hauptsächlich Literatur deutschsprachiger jüdischer Autoren, auch Bücher zu allgemeinbildenden Themen und Sachbücher zur jüdischen Geschichte und Gegenwartsproblematik, Bücher über Palästina, aber nur wenige Hebraica sowie

2 Archiv des Jüdischen Museums Prag (Židovské Muzeum Praha, weiter: ŽMP), Olomouc Nr. 67 855, Protokolle und Statuten.

3 ŽMP, Olomouc Nr. 75 561 und Nr. 75 782.

4 ŽMP, Olomouc Nr. 75 783 und Nr. 75 784.

einige moderne jiddischsprachige Autoren. Bis in die 1930er Jahre hinein verstärkte sich dann immer mehr der Ankauf von moderner Literatur, auch nichtjüdischer Autoren, und von Literatur in tschechischer Sprache. Die letzten Einträge verzeichneten „Die schönsten historischen Erzählungen von Strindberg“, herausgegeben von Walter von Molo, sodann von Felicitas Rose der trivilliterarische Bestseller „Heideschulmeister Uwe Karsten“ und schließlich ein Werk in tschechischer Sprache von František Fiala „Cestou života. Sbíрка poučným příběhů pro mladé i staré“ („Way of Life. Eine Sammlung von lehrreichen Geschichten für Jung und Alt“). Auf der Basis dieser Verzeichnisse wäre es möglich, den ursprünglichen Gesamtbestand und die Erwerbungs politik der Olmützer Gemeindebibliothek differenziert zu rekonstruieren. Auf diese Weise könnten die kulturellen Orientierungen einer jüdischen Gemeinde in einer mittleren Stadt im deutsch-tschechischen Kulturbereich exemplarisch analysiert werden.

Wie die übrigen von den Nationalsozialisten im Protektorat Böhmen und Mähren konfiszierten jüdischen Büchersammlungen dürfte nicht lange nach dem deutschen Einmarsch auch die Olmützer Gemeindebibliothek zunächst nach Prag transferiert worden sein. Ein in den Akten erhaltener Einlegezettel mit deutscher und tschechischer Aufschrift: „Ältestenrat der Juden in Prag. Zentralmuseum“⁵ legt die Vermutung nahe, dass die Bücher im Jüdischen Zentralmuseum der SS deponiert wurden. Ihr weiteres Schicksal verliert sich jedoch im Dunkel. Die Frage, ob der Großteil möglicherweise vernichtet wurde oder in den allgemeinen Bestand der Bibliothek des Jüdischen Museums Prag beziehungsweise der Nationalbibliothek integriert worden ist, kann gegenwärtig nicht beantwortet werden.

Aus ungeklärten Gründen war allerdings jener Teil der Olmützer Gemeindebibliothek, welcher die erwähnten rund 900 Hebraica umfasste, nicht

5 ŽMP, Olomouc Nr. 75 783.

in das Depot des Jüdischen Museums gelangt, sondern in die Nationalbibliothek in Prag. Diese Hebraica gehörten zum überwiegenden Teil dem Altbestand der Olmützer Gemeindebibliothek an, der wiederum im wesentlichen auf eine alte Rabbinerbibliothek zurückgeht. Die meisten Bücher stammen nämlich aus dem Nachlass von Dr. Samuel Rosenzweig, der von 1901 bis zu seinem Tod im Jahr 1903 in der mährischen Gemeinde Kojetein (Kojetín) als Rabbiner tätig gewesen war. Diese beachtliche Sammlung von Rabbinica setzt sich in erster Linie aus Büchern zusammen, die aus den hebräischen Druckereien Prags hervorgegangen sind. Sie enthält aber auch einige Kostbarkeiten, etwa Frühdrucke des 16. Jahrhunderts aus Venedig oder Konstantinopel. Anhand eines Vergleichs mit den vorliegenden Verzeichnissen der „Bibliothek der israelitischen Kultusgemeinde Olmütz“ ergibt sich der Gesamteindruck, dass die nationalsozialistische Raub- und Zerstörungspolitik keine allzu großen Lücken in die Hebraica gerissen hat, sondern dass vielmehr der Kernbestand im wesentlichen ungeschmälert erhalten geblieben ist.

Die Unterschiedlichkeit der Provenienzen und die inhaltliche Heterogenität der bisher nur teilweise identifizierten Prager Hebraica sind hauptsächlich Ergebnis der Beschlagnahmebefehle der nationalsozialistischen Besatzungsbehörden im Protektorat Böhmen und Mähren sowie der umfangreichen Verteilungsaktionen jüdischen Kulturguts nach dem Krieg. Dreh-scheibe der Rückerstattungsmaßnahmen war der „Offenbach Collecting Point“ in der amerikanischen Besatzungszone. Bei all den Rück- und Umverteilungen, die Millionen von „displaced books“ umfassten, kam es auch immer wieder zu Pannen und Fehlzweisungen. Bei einem Teil der durchgesehenen Prager Hebraica wird es sich deshalb um Bücher gehandelt haben, die als umherirrende Reste mehr oder weniger zufällig und nun quasi „herrenlos“ in der Prager Nationalbibliothek gestrandet sind.

Literatur

Die Bibliothek des Jüdischen Museums in Prag

- Braunová, Andrea / Plakovič, Daniel: Additions to the Catalogue of Prague Hebrew Prints from the Collection of the Jewish Museum in Prague. In *Judaica Bohemiae* 33 (1997), 109–131.
- Frankensteinová (Volavková), Hana: Zpráva o činnosti státního židovského musea v Praze za léta 1945–1950 [Bericht über die Tätigkeit des Staatlichen Jüdischen Museums in Prag für die Jahre 1945–1950]. Praha 1951, 7–27.
- Jakobovits, Tobiáš: Entstehungsgeschichte der Bibliothek der israelitischen Kultusgemeinde in Prag. Prag 1927.
- Ders.: *Hebraica-Katalog des Jüdischen Museums Prag*. 2 Bde. Prag 1938.
- Ders.: *Systematický Katalog Judaicy*. Knihovna židovské náboženské obce v Praze [Systematischer Katalog der Judaica. Bibliothek der jüdischen Kultusgemeinde in Prag]. Praha 1936–1939 (typoscript).
- Luft, Robert: Das Bibliothekswesen in Böhmen und Mähren während der nationalsozialistischen Herrschaft 1938–1945. In: *Bohemia* 30 (1989), 295–342.
- Pařík, Arno: Das Jüdische Museum in Prag. Seine Entwicklung und Geschichte seit 1945. In: *Wiener Jahrbuch für jüdische Geschichte, Kultur und Museumswesen* 2 (1995/96), 9–42.
- Potthast, Jan Björn: *Das jüdische Zentralmuseum der SS in Prag. Gegnerforschung und Völkermord im Nationalsozialismus*. Frankfurt am Main 2002.
- Rupnow, Dirk: *Täter, Gedächtnis, Opfer. Das „Jüdische Zentralmuseum“ in Prag 1942–1945*. Wien 2000.

Judaica in der tschechischen Nationalbibliothek

- Cieślińska-Lobkowicz, Nawojka: Raub und Rückführung der Leon Vita Saraval Sammlung der Bibliothek des Jüdisch-Theologischen Seminars in Breslau. In: Dehnel, Regine (Hg.): Jüdischer Buchbesitz als Raubgut. Zweites Hannoversches Symposium. Frankfurt am Main 2006, 366–378.
- Kahane, Libby: Activities of the Jewish National and University Library, Jerusalem, in Eastern Europe and the Former Soviet Union. In: Association of Jewish Libraries. Proceedings of the Annual Convention 33 (1998), 141–148.
- Národní knihovna České republiky. Saravalův odkaz [Das saravalsche Erbe. Über die „Abschiedsausstellung“ der nach Wrocław abgegebenen hebräischen Bücher in der Prager Nationalbibliothek, 9.–17. November 2004]. www.wold.nkp.cz/vystavy/2004/saraval/saraval.htm

Die Hebraica-Incunabeln

- Offenberg, A.K.: Hebrew Incunabula in Public Collections. A First Census. Nieuwkoop 1990.
- Steinschneider, Moritz: Catalogue de la bibliothèque de littérature hébraïque et orientale et d'Auteurs hébreux de feu M.^r Léon V. Saraval. Trieste 1853.
- Weil, Gérard E.: Sur une bibliothèque systématiquement pillée par les Nazis. Le catalogue des manuscrits et incunables retrouvés de la Bibliothek des jüdisch-theologischen Seminars in Breslau. In: Nahon, Gérard / Touati, Charles (Hg.): Hommage à Georges Vajda. Études d'histoire et de pensée juives. Louvain 1980, 579–604 (Catalogue des incunables, 604).

Die Hebraica aus dem Altbestand der Bibliothek des Klementinums

- Cermanová, Iveta: Karl Fischer (1757–1844) I. The Life and Intellectual World of a Hebrew Censor. In: *Judaica Bohemiae* XLII (2006), 125–176.
- Dies.: Karl Fischer (1757–1844) II. The Work of a Hebrew Censor. In: *Judaica Bohemiae* 43 (2006), 5–64.
- Hanslik, Joseph A.: *Geschichte und Beschreibung der Prager Universitätsbibliothek*. Prag 1851
- Kisch, Guido: Die Zensur jüdischer Bücher in Böhmen. In: *Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der Čechoslovakischen Republik* 2 (1930), 456–490.

Bücher aus beschlagnahmten jüdischen Gemeindebibliotheken

- Beth ha-Knesseth – Ort der Zusammenkunft. Zur Geschichte der Münchner Synagogen, ihrer Rabbiner und Kantoren. München 1999.
- Die Coßmann Werner-Bibliothek. In: *Das Jüdische Echo* (München) 1921, 665.
- Hoogewoud, F. J. / Leistra, J. E. P. (Hg.): *The Return of Looted Collections (1946–1996). An Unfinished Chapter*. Amsterdam 1997.
- Hoogewoud, F. J.: *The Nazi Looting of Books and Its American „Antithesis“*. Selected Pictures from the Offenbach Archival Depot’s Photographic History and Its Supplement. In: *Studia Rosenthaliana* 26 (1992), 158–192.
- Rose, Jonathan (Hg.): *The Holocaust and the Book. Destruction and Preservation*. Amherst, Mass. 2000.
- Schroeder, Werner: „Bestandsaufnahme durch Plünderung“. *Jüdische Bibliotheken im Reichssicherheitshauptamt*. In: Baresel-Brand, Andrea (Bearb.): *Entehrt. Ausgeplündert. Arisiert. Entrechtung und Enteignung der Juden*. Magdeburg 2005, 67–106.

Die Bibliothek der israelitischen Kultusgemeinde Olmütz

- Bartoš, Josef: Die Arisierung jüdischen Vermögens in Olmütz im Jahre 1939. In: Theresienstädter Studien und Dokumente 2000. Prag 2000, 282–296.
- Borut, Jacob: „Vereine für Jüdische Geschichte und Literatur“. The popularization of Judaism and the Science of Judaism 1890–1895. In: Tenth World Congress of Jewish Studies 1989, Division B/I. Jerusalem 1990, 251–258 (hebr.).
- Gold, Hugo: Gedenkbuch der untergegangenen Judengemeinden Mährens. Tel Aviv 1974, 95–101 (Olmütz).
- Herlitz, Georg: Jüdische Gemeindebibliotheken. In: Der Orden Bne Briss. Mitteilungen der Großloge für Deutschland U.O.B.B. (Berlin), Nr. 10 (Oktober 1928), 170–173.
- Klenovský, Jaroslav / Papoušek, Miroslav: Židovská obec v Olomouci. Historie, osobnosti, památky (The Jewish community of Olomouc. History, personalities, monuments). Olomouc 1997/98.
- Oppenheim, Berthold: Geschichte der Juden in Olmütz. In: Gold, Hugo (Hg.): Die Juden und Judengemeinden Mährens in Vergangenheit und Gegenwart. Ein Sammelwerk. Brünn 1929, 451–456.
- Sixtová, Olga: Hebraica and Judaica at the Research Library in Olomouc. In: Judaica Bohemiae 45 (2010), 71–85.
- Steiner, Artur: Geschichte der Juden in Kojetein. In: Gold, Hugo (Hg.): Die Juden und Judengemeinden Mährens in Vergangenheit und Gegenwart. Ein Sammelwerk. Brünn 1929, 279–287.

Schriftenverzeichnis Detlef Brandes

Festschrift

Die Deutschen und das östliche Europa. Aspekte einer vielfältigen Beziehungsgeschichte. Festschrift für Detlef Brandes zum 65. Geburtstag. Hrsg. v. Dietmar Neutatz u. Volker Zimmermann. Essen: Klartext 2006. 394 S.

Veröffentlichungen

Östliches Europa

Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts. Hrsg. v. Detlef Brandes, Holm Sundhaussen u. Stefan Troebst in Verbindung mit Kristina Kaiserová u. Krzysztof Ruchniewicz. Wien u.a.: Böhlau 2010. 801 S.

(mit Alexa Stiller) Deutsche Volksliste. Ebd., S. 186–189.

(mit Falk Wiesemann) Displaced Persons. Ebd., S. 212–215.

Konferenz von Jalta. Ebd., S. 350f.

Konferenz von Potsdam. Ebd., S. 351f.

Konferenz von Teheran. Ebd., S. 353.

(mit Falk Wiesemann) Pogrom. Ebd., S. 500–503.

Ostmittel- und Südosteuropa

Monographien

Die Tschechen unter deutschem Protektorat. Teil I. Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod (1939–1942). München / Wien: Oldenbourg 1969. 372 S.

Die Tschechen unter deutschem Protektorat. Teil II. Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren von Heydrichs Tod bis zum Prager Aufstand (1942–1945). München / Wien: Oldenbourg 1975. 205 S.

Češi pod německým protektorátem. Okupační politika, kolaborace a odboj 1939–1945. Praha: Prostor 1999. 664 S. [tschechische Übersetzung beider Teile von „Die Tschechen unter deutschem Protektorat“ mit neuem Vorwort und neuer Zusammenfassung]

Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten, 1939–1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran. München / Wien: Oldenbourg 1988. 608 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 59)

tschechische Übersetzung: Exil v Londýně 1939–1943. Velká Británie a její spojenci Československo, Polsko a Jugoslávie mezi Mnichovem a Teheránem. Praha: Nakladatelství Karolinum 2003. 566 S.

Der Weg zur Vertreibung 1938–1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen. München: Oldenbourg 2001. 502 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 94)

tschechische Übersetzung: Cesta k vyhnání 1938–1945. Plány a rozhodnutí o „transferu“ Němců z Československa a z Polska. Praha: Prostor 2002. 499 S.

2., überarbeitete und erweiterte Auflage. München: Oldenbourg 2005.

Die Sudetendeutschen im Krisenjahr 1938. München: Oldenbourg 2008. 398 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 107)

tschechische Übersetzung: Sudetští Němci v krizovém roce 1938. Praha: Argo 2012. 428 S.

„Umvolkung, Umsiedlung, rassische Bestandsaufnahme“. NS-„Volkstumspolitik“ in den böhmischen Ländern. München: Oldenbourg 2012. 309 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 125)

tschechische Übersetzung: Germanizovat a vysídlit. Nacistická národnostní politika v českých zemích. Praha: Prostor 2015. 357 S.

(mit Alena Míšková) Vom Osteuropa-Lehrstuhl ins Prager Rathaus (Josef Pfitzner 1901–1945). Praha / Essen: Masarykův ústav AV ČR/ Klartext 2013. 396 S.

Editionen

(mit Jan Křen u. Václav Kural) Integration oder Ausgrenzung. Deutsche und Tschechen 1890–1945. Bremen: Donat und Temmen 1986. 156 S.

(mit Václav Kural): Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938–1947. Essen: Klartext 1994. 255 S.

tschechische/slowakische Ausgabe: Cesta do katastrofy. Československo-německé vztahy 1938–1947. Praha: Ústav mezinárodních vztahů 1994. 188 S.

(mit Edita Ivaničková u. Jiří Pešek) *Erzwungene Trennung. Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei im Vergleich zu Polen und Ungarn 1938–1945.* Essen: Klartext 2000. 336 S.

slowakische/tschechische Ausgabe: Vynútený rozchod. Vyhnanie a vysídlenie z Československa v porovnaní s Poľskom, Maďarskom a Juhosláviou. Bratislava: Vydavateľstvo SAV 1999. 258 S.

(mit Thomas Ruzicka, Michal Anděl, Martin Bojar u. Alfons Labisch) *Mensch und Medizin in totalitären und demokratischen Gesellschaften. Beiträge zu einer tschechisch-deutschen Tagung der Universitäten Prag und Düsseldorf.* Essen: Klartext 2001. 178 S.

(mit Michal Anděl, Alfons Labisch, Jiří Pešek u. Thomas Ruzicka) *Propaganda, (Selbst-) Zensur, Sensation. Grenzen von Presse- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland und Tschechien seit 1871.* Essen 2005. 309 S.

(mit Dušan Kováč u. Jiří Pešek) *Wendepunkte in den Beziehungen zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken 1848–1989.* Essen: Klartext 2007.

(mit Michal Anděl u. Jiří Pešek) *Hoffnung in Wissenschaft, Gesellschaft und Politik in Tschechien und Deutschland.* Essen: Klartext 2009. 215 S.

Aufsätze

Základní rysy německé protektorátní politiky [Grundzüge der deutschen Protektoratspolitik]. In: *Odboj a revoluce*, 1968, H. 3, S. 22–48.

Widerstand und Revolution. In: *Bohemia. Jahrbuch des Collegium Carolinum* 9 (1968), S. 352–372.

- Der tschechische Widerstand in den letzten Kriegsjahren. In: Das Jahr 1945 in der Tschechoslowakei. Internationale, nationale und wirtschaftlich soziale Probleme. Hrsg. v. Karl Bosl. München / Wien 1971, S. 101–114.
- Der Kriegseintritt der Sowjetunion und die kleineren osteuropäischen Alliierten. In: Das Jahr 1941 in der europäischen Politik. Hrsg. v. Karl Bosl. München / Wien 1972, S. 57–76.
- Die deutsche Reaktion auf die Prager Demonstrationen im Herbst 1939. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 23 (1975), S. 210–218.
tschechisch: Německá reakce na pražské demonstrace na podzim 1939. In: Dějiny a současnost 21 (1999), H. 6, S. 11–15.
- Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der Tschechoslowakei. In: Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches. Hrsg. v. Manfred Funke. Düsseldorf 1976, S. 508–523.
- Die Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien 1918–1938. In: Gleichgewicht – Revision – Restauration. Die Außenpolitik der Tschechoslowakischen Republik im Europasystem der Pariser Vorortverträge. Hrsg. v. Karl Bosl. München / Wien 1976, S. 395–416.
- Die tschechoslowakischen National-Sozialisten. In: Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat. Hrsg. v. Karl Bosl. München / Wien 1979, S. 101–153.
- Die Konföderationsprojekte der ostmittel- und südosteuropäischen Exilregierungen. In: Friedenssicherung in Südosteuropa. Föderationsprojekte und Allianzen seit dem Beginn der nationalen Eigenstaatlichkeit. Hrsg. v. Mathias Bernath u. Karl Nehring. Neuried 1985, S. 163–178.
- Das Problem der deutschen Minderheiten in der Politik der Alliierten in den Jahren 1940–1945. Das tschechische Beispiel. In: Integration oder Aus-

grenzung. Deutsche und Tschechen 1890 1945. Hrsg. v. Jan Křen, Václav Kural u. Detlef Brandes: Bremen 1986, S. 105–156.

Schwieriger Neubeginn: Der Tschechoslowakische Nationalausschuß in Frankreich. In: Frankreich und die böhmischen Länder. Hrsg. v. Ferdinand Seibt u. Michael Neumüller. München / Wien 1989, S. 231–254.

Die Gefahr der Sowjetisierung und die ostmitteleuropäischen Exilregierungen. In: Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Hrsg. v. Hans Lemberg. Marburg/Lahn 1991, S. 21–30.

„Eine verspätete tschechische Alternative zum ‚Münchener Diktat‘. Edvard Beneš und die sudetendeutsche Frage. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 42 (1994), S. 221–241.

tschechische Kurzfassung: „Opožděná česká alternativa k „mnichovskému diktátu“. In: Dějiny a současnost (Prag) 15 (1993), H. 2, S. 29–36.

italienische Kurzfassung: Sudeti 1945: Prove tecniche di pulizia etnica. In: Limes 1996, H. 1, S. 193–198.

ungarische Kurzfassung: „A müncheni diktátum egy megkésett cseh alternatívája“. Újabb források a szudétanémetek kitelepítésének előtörténetéhez. In: Történelmi szemle 1996, S. 219–228.

Konföderation oder Ostpakt? Polnisch-tschechoslowakische Beziehungen im Zweiten Weltkrieg. In: Polen und die böhmischen Länder im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Peter Heumos. München 1997, S. 255–272.

tschechisch: Konfederace nebo východní pakt? Polsko-československé vztahy za druhé světové války. In: Slovanský přehled 78 (1992), H. 4, S. 436–448.

Kolaborace v Protektorátu Čechy a Morava. In: Dějiny a současnost 16 (1994), H. 1, S. 25–29.

Die nationalsozialistische Tschechenpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren. In: Der Weg in die Katastrophe. Tschechoslowakisch-deutsche Beziehungen 1938–1947. Hrsg. v. Detlef Brandes u. Václav Kural. Essen 1994, S. 39–56.

tschechisch: Nacistická politika vůči Čechům v Protektorátu Čechy a Morava. In: Cesta do katastrofy. Československo-německé vztahy 1938–1947. Hrsg. v. Detlef Brandes u. Václav Kural. Praha 1994, S. 29–42.

Nachdruck in: Begegnung und Konflikt. Schlaglichter auf das Verhältnis von Tschechen, Slowaken und Deutschen 1815–1989. Hrsg. v. Jörg K. Hoensch u. Hans Lemberg. Essen 2001, S. 119–136.

(mit Václav Kural) Der Weg in die Katastrophe 1938–1947. Forschungsstand und -probleme. In: Der Weg in die Katastrophe. Tschechoslowakisch-deutsche Beziehungen 1938–1947. Hrsg. v. Detlef Brandes u. Václav Kural. Essen 1994, S. 11–26.

tschechisch: Cesta do katastrofy 1938–1947. Stav výzkumu a problémy. Nacistická politika vůči Čechům v Protektorátu Čechy a Morava. In: Cesta do katastrofy. Československo-německé vztahy 1938–1947. Hrsg. v. Detlef Brandes u. Václav Kural. Praha 1994, S. 9–17.

„Unsere Geschichte“: Die tschechisch-deutsche Vergangenheit als Interpretationsproblem. Diskussionsbeitrag. In: Bohemia 35 (1994), H. 2, S. 410–414.

Die Zerstörung der deutsch-tschechischen Konfliktgemeinschaft 1938–1947. In: Tschechen, Slowaken und Deutsche. Nachbarn in Europa. Hrsg. v. d.

- Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Hannover 1995, S. 50–66.
- Confederation Plans in Eastern Europe during World War II. In: Plans de temps de Guerre pour l'Europe d'après-guerre 1940–1947. Acte du colloque de Bruxelles 12–14 Mai 1993. Hrsg. v. Michel Dumoulin. Bruxelles u.a. 1995, S. 83–94.
- Die britische Regierung kommt zu einem Zwischenergebnis. Die Empfehlungen des britischen Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations vom Mai 1944. In: Occursus, setkání, Begegnung. Sborník ku počtě 65. narozenin prof. dr. Jana Křena. Hrsg. v. Zdeněk Pousta, Pavel Seifter u. Jiří Pešek. Praha 1996, S. 45–68.
- Das Bild des Zweiten Weltkrieges und der Vertreibung in der Tschechoslowakei 1945–1995. In: Sieger und Besiegte. Materielle und ideelle Neuorientierungen nach 1945. Tübingen 1997, S. 165–182.
- Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren. In: Tschechen, Deutsche und der Zweite Weltkrieg. Von der Schwere geschichtlicher Erfahrung und der Schwierigkeit ihrer Aufarbeitung. Hannover 1997, S. 67–78.
- Das Jahrzehnt der Katastrophen 1938–1948. In: Nachbar Tschechien (Wochenschau für politische Erziehung, Sozial- und Gesellschaftskunde, Ausgabe Sekundarstufe II 48 (1997), H. 5), S. 210–216.
- Velmoci a vyhnání a vysídlení Němců z Československa. In: acta contemporanea. K pětadesátinám Viléma Prečana. Praha 1998, S. 21–31.
- Tschechoslowakei – Vom „Protektorat“ zur „Volksdemokratie“. In: Kriegsende in Europa. Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944–1948. Hrsg. v. Ulrich Herbert u. Axel Schildt. Essen 1998, S. 263–278.

Sanfte Revolution und sanfte Trennung. Die Wende in der Tschechoslowakei.

In: Eine Welt – und doch geteilt (seit 1945). Brockhaus Weltgeschichte, Bd. 6. Leipzig 1999, S. 408–415.

Nachdruck in: Welt- und Kulturgeschichte. Epochen, Fakten, Hintergründe in 20 Bänden. Bd. 16. Hamburg / Mannheim 2006, S. 26–38.

Beneš, Jaksch und die Vertreibung/Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. In: Erzwungene Trennung. Vertreibung und Aussiedlung aus der Tschechoslowakei 1938–1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien. Hrsg. v. Detlef Brandes, Edita Ivaničková u. Jiří Pešek. Essen 1999, S. 101–110.

slowakisch: Beneš, Jaksch a vyhnanie/vysídlenie Nemcov. In: Vynútený rozchod. Vyhnanie a vysídlenie z Československa v porovnaní s Poľskom, Maďarskom a Juhosláviou. Hrsg. v. Detlef Brandes, Edita Ivaničková u. Jiří Pešek. Bratislava 1999, S. 77–84.

Lo sviluppo die progetti di annessione ed espulsione del Governo in esilio e della Resistenza polacca: 1939–1945. In: Esodi. Trasferimenti forzati di popolazione nel Novecento europeo. Hrsg. v. Marina Cattaruzza, Marco Dolo u. Raoul Pupo. Napoli 2000, S. 125–140.

Unter deutschem Protektorat. In: Deutsche und Tschechen. Geschichte – Kultur – Politik. Hrsg. v. Walter Koschmal. München 2001, S. 111–116.

Herrschaftssysteme und tschechische Gesellschaft 1938–1989. In: Mensch und Medizin in totalitären und demokratischen Gesellschaften. Beiträge zu einer tschechisch-deutschen Tagung der Universitäten Prag und Düsseldorf. Hrsg. v. Thomas Ruzicka u.a. Essen 2001, S. 33–42.

Die Tschechoslowakei und die Pariser Vorortverträge. In: Versailles 1919. Ziele, Wirkung, Wahrnehmung. Hrsg. v. Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehleemann. Essen 2001, S. 174–192.

- Die Exilpolitik von Edvard Beneš 1939–1945. In: Edvard Beneš und die tschechoslowakische Außenpolitik 1918–1948. Hrsg. v. Arnold Suppan u. Elisabeth Vyslonzil. Frankfurt/M. 2002, S. 157–164.
- Die Vertreibung der Deutschen. In: DAMALS 34 (2002), H. 11, S. 14–20.
- Benešová politika v letech 1939–1945. In: Dějiny a současnost 25 (2003), H. 1, S. 36–39.
- Das Jahrhundert der ‚ethnischen Säuberungen‘: Zwangsumsiedlungen in Europa im 20. Jahrhundert. In: Moderne Biologie: Möglichkeiten und Risiken, Hoffnung und Bedrohung. Beiträge zu einer deutsch-tschechischen Tagung der Heinrich-Heine-Universität und Karlsuniversität Prag. Hrsg. v. Michal Anděl u.a. Praha 2003, S. 133–141.
- Thesen zur Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. In: Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen – Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeptionen. Hrsg. v. Dieter Bingen, Włodzimirz Borodziej u. Stefan Troebst. Wiesbaden 2003, S. 124–126.
- „Das deutsche Volk ... erscheint uns nur noch als ein einziges großes menschliches Ungeheuer“. Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. In: Flucht und Vertreibung. Europa zwischen 1939 und 1948. Hamburg 2004, S. 150–169.
- Die Politik der Sudetendeutschen Partei und die Stimmung der Deutschen der böhmischen Länder nach dem Anschluss Österreichs. In: Mnichovská dohoda. Cesta k destrukci demokracie v Evropě. Praha 2004, S. 214–221.
- Edvard Beneš und die Pläne zur Vertreibung/Aussiedlung der Deutschen und Ungarn 1938–1945. In: Vertreibung, Aussiedlung, Transfer im Kontext der tschechischen Literatur / Vyhnaní, odsun, transfer v kontextu české literatury. Hrsg. v. Gertraude Zand u. Jiří Holý. Brno 2004, S. 11–28.

- Attentismus, Aktivismus, Verrat. Das Bild der Kollaboration im „Protektorat Böhmen und Mähren“ in der tschechischen Historiographie seit 1989. In: Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945. Hrsg. v. Christoph Cornelißen, Roman Holec u. Jiří Pešek. Essen 2005, S. 101–148.
- „Otázka transferu ... Ta je tady Kolumbovo vejce“: Českoslovenští komunisté a vyhnání Němců. In: Český časopis historický 103 (2005), S. 87–114.
- Deutsche Propaganda und Stimmung der tschechischen Bevölkerung im Protektorat Böhmen und Mähren 1939–1945. In: Propaganda, (Selbst-) Zensur, Sensation. Grenzen von Presse- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland und Tschechien seit 1871. Hrsg. v. Michal Anděl, Detlef Brandes, Alfons Labisch, Jiří Pešek u. Thomas Ruzicka. Essen 2005, S. 149–178.
- Il trasferimento „è come l’uovo die Colombo“: i comunisti cecoslovacchi e l’espulsione dei Tedeschi. In: La nazione in rosso. Socialismo, Comunismo e „Questione nazionale“: 1889–1953. Soveria Mannelli 2005, S. 155–196.
- „Säuberung vom fremden Element“ – Die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. In: Die Flucht. Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Hrsg. v. Stefan Aust u. Stephan Burgdorff. Bonn 2005, S. 116–134.
- Vertreibung und Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. In: Flucht, Vertreibung, Integration. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte, Bonn v. 3.12.2005–17.4.2006. Hrsg. v. d. Stiftung Haus der Geschichte der BRD. Bonn 2005, S. 62–73.
- Die Vertreibung als negativer Lernprozess. Vorbilder und Ursachen der Vertreibung der Deutschen. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 53 (2005), S. 885–896.

- „Besinnungsloser Taumel und maßlose Einschüchterung“. Die Sudetendeutschen im Jahre 1938. Jahrbuch der Heinrich-Heine-Universität 2005, S. 221–240.
- Edvard Beneš und die Vertreibung/Aussiedlung der Deutschen und Ungarn aus der Tschechoslowakei 1938–1945. In: Edvard Beneš und der europäische Kontext. Eine Tagung für Historiker, Politologen und Fachöffentlichkeit aus Tschechien und Deutschland. Berlin, 27.–29. Februar 2004. Beiträge. Veröffentlicht als CD-ROM durch das Tschechische Zentrum/České centrum Berlin 2006.
- Die Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei. Pläne, Entscheidungen, Durchführung 1938–1947. In: Definitionsmacht, Utopie, Vergeltung. „Ethnische Säuberungen“ im östlichen Europa des 20. Jahrhunderts. Hrsg. v. Ulf Brunnbauer, Michael G. Esch u. Holm Sundhaussen. Berlin 2006, S. 77–96.
- Liberec v krizovém roce 1938 [Reichenberg im Krisenjahr 1938]. In: Fontes Nissae. Prameny Nisy. Regionální historický sborník 7 (2006), S. 106–123.
- Politische Kollaboration im Protektorat Böhmen und Mähren. In: Kollaboration in Nordosteuropa. Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Joachim Tauber. Wiesbaden 2006, S. 253–262.
- 1945: Die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. In: Wendepunkte in den Beziehungen zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken 1848–1989. Hrsg. v. Detlef Brandes, Dušan Kováč u. Jiří Pešek. Essen 2007, S. 223–248.
- Deutsche und Tschechen, Bayern und Böhmen im 20. Jahrhundert. In: Bayern – Böhmen. Bavorsko – Čechy. 1500 Jahre Nachbarschaft. Hrsg. v. Haus der Bayerischen Geschichte. Augsburg 2007, S. 56–62.

Tschechisch: Němci a Češi, Bavorsko a Čechy ve 20. století. In: Ebd., S. 63–68.

Dort auch 15 Beschreibungen von Ausstellungsobjekten.

Das Jahrhundert der „Ethnischen Säuberungen“: Zwangsumsiedlungen in Europa im 20. Jahrhundert. In: *Zwangsmigrationen im mittleren und östlichen Europa. Völkerrecht – Konzeptionen – Praxis (1938–1950)*. Hrsg. v. Ralph Melville, Jiří Pešek u. Claus Scharf. Mainz 2007, S. 3–18.

Nationalsozialistische Siedlungspolitik in den böhmischen Ländern. In: *Schnittstellen. Gesellschaft, Nation, Konflikt und Erinnerung in Südosteuropa. Festschrift für Holm Sundhaussen zum 65. Geburtstag*. Hrsg. v. Ulf Brunnbauer, Andreas Helmedach u. Stefan Troebst. München 2007, S. 301–322.

National and International Planning of the ‘Transfer’ of Germans from Czechoslovakia and Poland 1938–1945. In: *Removing Peoples: Forced Migration in the Modern World*. Ed. By Richard Bessel and Claudia B. Haake. London 2009, S. 281–296.

„Lieber Hitler, mach uns frei von der Tschechoslowakei“. Hoffnung, Terror und Widerstand in den Sudetengebieten 1937–1938. In: *Hoffnung in Wissenschaft, Gesellschaft und Politik in Tschechien und Deutschland*. Hrsg. v. Michal Anděl, Detlef Brandes u. Jiří Pešek. Essen 2009, S. 33–44.

Slowenische Exilpolitik zwischen Jugoslawien und Mitteleuropa 1941–1945. In: *Historik na Moravě [Ein Historiker in Mähren]*. Profesoru Jiřímu Malířovi, předsedovi Matice moravské a vedoucímu Historického ústavu FF MU, věnují jeho kolegové, přátelé a žáci [Professor Jiří Malíř, dem Vorsitzenden der Matice Moravská und Leiter des Historischen Instituts der FF MU, gewidmet von seinen Kollegen, Freunden und Schülern]. K šedesátinám připravili Hana Ambrožová u.a. [Zum Sechzigsten vorbereitet von Hana Ambrožová u.a.]. Brno 2009, S. 555–517.

- Die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei in westlichen Medien. In: *Bohemia* 49 (2009), S. 19–36.
- Beneš, Edvard. In: *Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts.* Hrsg. v. Detlef Brandes, Holm Sundhaussen u. Stefan Troebst in Verbindung mit Kristina Kaiserová und Krzysztof Ruchniewicz. Wien u.a. 2010, S. 68f.
- Britischer Kabinettsbeschluss zum Transfer der Deutschen aus Ostmittel- und Südosteuropa (6.7.1942). Ebd., S. 82f.
- Britisches Regierungskomitee zum Transfer deutscher Bevölkerungen (1943/44). Ebd, S. 83f.
- Churchill, Winston Spencer. Ebd., S. 104f.
- Dekrete des tschechoslowakischen Präsidenten („Beneš-Dekrete“) (Mai – Oktober 1945). Ebd., S. 112–114.
- Deutsche aus Polen: „Verdrängung“ nach dem Ersten Weltkrieg. Ebd, S. 160–163.
- Flucht aus den Sudetengebieten (Tschechen, Juden, Antifaschisten). Ebd., S. 246f.
- Jaksch, Wenzel. Ebd., S. 311–313.
- (mit Łukasz Kamiński) Mikołajczyk, Stanisław. Ebd., S. 427–429.
- Münchener Abkommen vom 29.9.1938. Ebd., S. 447f.
- Sikorski, Władysław Eugeniusz. Ebd., S. 592–594.
- Svoboda, Ludvík. Ebd., S. 631–633.
- Transfer. Ebd., S. 642.
- Treuegemeinschaft Sudetendeutscher Sozialdemokraten. Ebd., S. 642–644.
- Tschechen. NS-Vertreibungspläne. Ebd., S. 644.

- Tschechoslowakei. Ebd., S. 647–652.
- Tschechoslowakisches Straffreiheitsgesetz. Ebd., S. 652.
- Wilde Vertreibung aus der Tschechoslowakei. Ebd., S. 728–730.
- Flucht und Vertreibung 1938–1950. In: Internet-Portal EGO 2011. URL: <http://ieg-ego.eu/de/threads/europa-unterwegs/ethnische-zwangsmigration/detlef-brandes-flucht-und-vertreibung-1938-1950> (am 10.4.2016).
- Die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. In: Der Hitler-Stalin-Pakt. 1939 in den Erinnerungskulturen der Europäer. Hrsg. v. Anna Kaminsky, Dietmar Müller u. Stefan Troebst. Göttingen 2011, S. 519–547.
- Von der Konfrontation zur „guten Nachbarschaft“. Konflikte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei seit 1949 und ihre allmähliche Überwindung. In: Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte Nr. 3/2012, S. 186–201.
- Slowakische Dokumentationen zu den slowakisch-deutschen Beziehungen in den Jahren von 1938 bis 1945. In: Bohemia 52 (2012), S. 344–355.
- Wandel und Differenzierung des Beneš-Bildes bei den sudetendeutschen Sozialdemokraten in der Heimat und im Exil 1918–1945. In: Edvard Beneš: Vorbild und Feindbild. Politische, historiographische und mediale Deutungen. Hrsg. v. Ota Konrád u. René Küpper. Göttingen 2013, S. 93–108.
- Die Kommunalwahlen vom Mai/Juni 1938 und ihre Folgen. In: Das Münchener Abkommen von 1938 in europäischer Perspektive. Hrsg. v. Jürgen Zarusky u. Martin Zückert. München 2013, S. 89–97.
- Deutsch gegen Tschechisch. NS-Sprachenpolitik als Teil der geplanten Germanisierung und Umvolkung. In: Sprache, Gesellschaft und Nation in Ostmitteleuropa. Institutionalisierung und Alltagspraxis. Hrsg. v. Klaas-Hinrich Ehlers u.a. Göttingen 2014, S. 221–247.

Russland / Sowjetunion

Monographien

Von den Zaren adoptiert: Die deutschen Kolonisten und die Balkansiedler in Neu-rußland und Bessarabien 1751–1914. München: Oldenbourg 1993. 549 S. (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte, Bd. 2)

(mit Margarete Busch und Kristina Pavlović) Bibliographie zur Geschichte und Kultur der Rußlanddeutschen. Band 1: Von der Einwanderung bis 1917. München: Oldenbourg 1994. 370 S. (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte, Bd. 4)

(mit Viktor Dönninghaus) Bibliographie zur Geschichte und Kultur der Rußlanddeutschen. Band 2: Von den Revolutionen von 1917 bis zur Gegenwart. München: Oldenbourg 1999. 996 S. (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte, Bd. 13)

(mit Andrej Savin) Die Sibiriendeutschen im Sowjetstaat 1919–1938. Essen: Klartext 2001. 495 S. (Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa, Bd. 19)

Edition

(mit Elvira Barbašina u. Dietmar Neutatz) Die Rußlanddeutschen in Rußland und Deutschland. Selbstbilder, Fremdbilder, Aspekte der Wirklichkeit. Essen: Klartext 2000. 234 S.

Aufsätze

Die Ansiedlung von Ausländern im Zarenreich unter Katharina II., Paul I. und Alexander I. In: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas* 34 (1986), S. 161–187.

Zur „friedlichen Eroberung“ Südrusslands durch die deutschen Kolonisten. Die Berichte der Revisoren zur Lage im Jahre 1890. In: *Die Deutschen in der UdSSR in Geschichte und Gegenwart. Ein internationaler Beitrag zur deutsch-sowjetischen Verständigung*. Hrsg. v. Ingeborg Fleischhauer u. Hugo H. Jedig. Baden-Baden 1990, S. 117–142.

A Success Story: The German Colonists in New Russia and Bessarabia, 1787–1914. In: *Acta Slavica Japonica* 9 (1991), S. 32–46.

Die Deutschen in Rußland und der Sowjetunion. In: *Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart*. Hrsg. v. Klaus J. Bade. München 1992, S. 85–134.

Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Differenzierung in den deutschen Kolonien Neuußlands und Bessarabiens bis zur Aufhebung des Kolonialstatuts. In: *Die Rußlanddeutschen – Gestern und Heute*. Hrsg. v. Boris Meissner u.a. Köln 1992, S. 69–78.

Die Schwarzmeerdeutschen: Ihr Verhältnis zu anderen ethnischen Gruppen und zum russischen Staat 1787 bis 1914. In: *Die deutsch-russischen Beziehungen zwischen Bündnis und Konflikt. Ihre welthistorische Bedeutung vom 18. Jahrhundert bis 1917*. Hrsg. v. Dietmar Wulff. Berlin 1992, S. 216–227.

Deutsche auf dem Dorf und in der Stadt von der Ansiedlung bis zur Aufhebung des Kolonialstatuts. In: *Die Rußlanddeutschen*. Hrsg. v. Alfred Eisfeld. München 1992, S. 11–44.

- German Colonists in Southern Ukraine up to the Repeal of the Colonial Statute. In: German-Ukrainian Relations in Historical Perspective. Ed. by Hans-Joachim Torke and John-Paul Himka. Edmonton 1994, S. 10–28.
- (mit Dietmar Neutatz) Archivbestände zur Geschichte der Wolgadeutschen in Saratov und Engels. In: Forschungen zur Geschichte und Kultur der Rußlanddeutschen 3 (1993), S. 23–35.
- Wolga- und Schwarzmeerdeutsche im Vergleich. In: Zwischen Reform und Revolution. Die Deutschen an der Wolga 1860–1917. Hrsg. v. Dittmar Dahlmann u. Ralph Tuchtenhagen. Essen 1994, S. 29–47.
- Ein „Kulakenaufstand“ im westsibirischen Halbstadt? In: Forschungen zur Geschichte und Kultur der Rußlanddeutschen 4 (1994), S. 98–116.
- Istorija uspecha: nemeckie kolonisty v „Novorossii“ i Bessarabii (1987–1914 gg.) [Eine Erfolgsgeschichte: die deutschen Kolonisten in „Neurußland“ und Bessarabien]. In: Voprosy germanskoj istorii. Ukrainsko-nemeckie svjazi v novoe i novejšee vremja. Mežvuzovskij sbornik naučnych trudov [Probleme der deutschen Geschichte. Ukrainisch-deutsche Kontakte in der neuesten Zeit. Interuniversitärer Sammelband wissenschaftlicher Arbeiten]. Dnepropetrovsk 1995, S. 74–91.
- Die Wolgarepublik. Eigenstaatlichkeit oder nationales Gouvernement? In: Deutsche in Rußland. Hrsg. v. Hans Rothe. Köln u.a. 1996, S. 103–130.
- Die wolgadeutschen Schulen vor und nach der Revolution. In: Forschungen zur Geschichte und Kultur der Rußlanddeutschen 6 (1996), S. 99–111.
- Nemeckie kolonisty Novorossii i Bessarabii v sravnenii s zadunajskimi pereselencami 1787–1914 godov [Die deutschen Kolonisten Neurusslands und Bessarabiens im Vergleich mit den Transdonau-Siedlern 1787–1914]. In: Voprosy germanskoj istorii. Nemcy v Ukraine. Materialy ukrainsko-germanskoj naučnoj konferencii Dnepropetrovsk, 26–29 sentjabrja

- 1995 g. [Probleme der deutschen Geschichte. Die Deutschen in der Ukraine. Materialien der ukrainisch-deutschen wissenschaftlichen Konferenz, Dnepropetrovsk, 26.–29. September 1995. Dnepropetrovsk 1996, S. 15–23.
- Einwanderung und Entwicklung der Kolonien. In: Deutsche Geschichte im Osten Europas. Rußland. Hrsg. v. Gerd Stricker. Berlin 1997, S. 35–111.
- Von der Verfolgung im Ersten Weltkrieg bis zur Deportation. Ebd., S. 131–213.
- Die Entwicklung der südukrainischen Landmaschinenindustrie der Südukraine in der Sowjetzeit. In: „... das einzige Land in Europa, das eine große Zukunft vor sich hat“. Deutsche Unternehmen und Unternehmer im Russischen Reich im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Dittmar Dahmann u. Carmen Scheide. Essen 1998, S. 575–588.
- Die Ansiedlung von Ausländergruppen an der unteren Wolga und in Neu-rußland unter Katharina II.: Plan und Wirklichkeit. In: Rußland zur Zeit Katharinas II. Absolutismus, Aufklärung, Pragmatismus. Hrsg. v. Eckhard Hübner, Jan Kusber u. Peter Nitsche. Köln u.a. 1998, S. 303–314.
- Resistenz, Abwehr und Widerstand von Rußlanddeutschen 1917–1941. In: Forschungen zur Geschichte und Kultur der Rußlanddeutschen 8 (1998), S. 64–73.
- russisch*: Zaščita i soprotivlenie rossijskich nemcev v period 1917–1941 godov. In: Nakazannyj narod. Repressii protiv rossijskich nemcev [Bestraftes Volk. Repressionen gegen die Rußlanddeutschen]. Moskva 1999, S. 26–34.
- Berdjanskij kolonistskij okrug [Der Berdjansker Kolonistenbezirk]. In: Nemcy Rossii. Ėncyklopedija. Tom 1 (A-I) [Die Deutschen Russlands. Enzyklopädie. Bd. 1 (A-I)]. Moskva 1999, S. 173–175.

- Berezanskij kolonistskij okrug [Berezaner Kolonistenbezirk]. Ebd., S. 175.
- Bessarabija [Bessarabien]. Ebd., 187–191.
- Bettiger [Böttiger], Karl August. Ebd., S. 193.
- Brat'ja v nužde [Brüder in Not]. Ebd., S. 245f.
- Gerstenberger, Ivan Danilovič. Ebd., S. 542.
- Zonderegger [Sonderegger], Iogann Genrich. Ebd., S. 802.
- (mit Igor Pleve): Belovežskie kolonii. Ebd., S. 154–156.
- (mit Lev Malinovskij und Igor Pleve): Dolgi kolonistskie [Kolonistenschulden]. Ebd., S. 730f.
- Kavkaz [Kaukasus]. In: Nemcy Rossii. Ėncyklopedija. Tom 2 (K-O) [Die Deutschen Russlands. Enzyklopädie. Bd. 2 (K-O)]. Moskva 2004, S. 5–8.
- Kolonistskij ustav [Kolonistenstatut]. Ebd., S. 144–146.
- Kolonistskoe zemlevladienie i zemlepol'zovanie [Landbesitz und Landnutzung der Kolonisten]. Ebd., S. 148–151.
- Krym [Krim]. Ebd., S. 240f.
- Mariupol'skij kolonistskij okrug [Mariupoler Kolonistenbezirk]. Ebd., S. 391–393.
- Moločanskij kolonistskij okrug [Molotschnaer Kolonistenbezirk]. Ebd., S. 540–543.
- Ovčarnyj kapital [Schäferkapital]. Ebd., S. 693f.
- Pričernomorskie nemcy [Schwarzmeerdeutsche]. In: Nemcy Rossii. Ėncyklopedija. Tom 3 (P-Ja) [Die Deutschen Russlands. Enzyklopädie. Bd. 3 (P-Ja)]. Moskva 2007, S. 153–165.
- Južnorusskoe nemeckoe prosvetitel'noe obščestvo [Südrussischer deutscher Bildungsverein]. In: Ebd., S. 858f.

- Kolonist, Bauer und/oder Deutscher? Die rußlanddeutsche Landbevölkerung zwischen den Ständen und Nationalitäten des Russischen Reiches und der Sowjetunion. In: Die Rußlanddeutschen in Rußland und Deutschland. Selbstbilder, Fremdbilder, Aspekte der Wirklichkeit. Hrsg. v. Elvira Barbašina, Detlef Brandes u. Dietmar Neutatz. Essen 2000, S. 9–15.
- Wolgadeutsche. In: Spuren – sledy. Deutsche und Russen in der Geschichte. Nemcy i russkie v istorii. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der BRD, Bonn. Essen 2003, S. 56–63.
- Was sollten die sowjetdeutschen Schüler in den 20er und 30er Jahren lesen? In: Internationale Schulbuchforschung 27 (2005), S. 342–355.
- Deutsche Siedler im Zarenreich. In: Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Hrsg. v. Klaus Bade u.a. München 2007, S. 514–521.
- Ukrainische und russische Siedler in Neurussland seit dem 18. Jahrhundert. In: Ebd., S. 1063–1065.
- Bulgarische und gagausische Siedler in Neurussland und Bessarabien seit dem 18. Jahrhundert. Ebd., S. 433–436.
- Russkie nemcy: ot samoupravlenija v carskoj do avtonomii v Sovetskoj Rossii. In: Naučnoe soobščestvo étničeskich nemcev v Srednej Azii i Rossii: sovremennoe sostojanie a perspektivy. Meždunarodnaja naučno-metodičesjaja konferencija, 23.–24 oktjabrja 2008 g. [Die Russlanddeutschen: von der Selbstverwaltung im zarischen zur Autonomie im sowjetischen Russland. In: Die wissenschaftliche Gesellschaft der ethnischen Deutschen in Mittelasien und Russland: gegenwärtiger Zustand und Perspektiven. Internationale wissenschaftlich-methodische Konferenz, 23.–24. Oktober 2008]. Karaganda 2008, S. 11–16.

Russlands Niederlage im Krimkrieg, „große Reformen“ und neue Chancen für die Schwarzmeerdeutschen. In: *Krise als Chance aus historischer und aktueller Perspektive / Crisi a possibilità. Prospettive storiche e attuali*. Hrsg. v. Elmar Schafroth, Christine Schwarzer u. Domenico Conte. Oberhausen 2010, S. 308–326.

Deutsche aus dem Schwarzmeergebiet. In: *Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts*. Hrsg. v. Detlef Brandes, Holm Sundhaussen u. Stefan Troebst in Verbindung mit Kristina Kaiserová u. Krzysztof Ruchniewicz. Wien u.a. 2010, S. 168–170.

Deutsche aus der Ukraine: NS-Pläne und -Politik. Ebd., S. 178–180.

(mit Dietmar Neutatz) Stalin (Džugašvili), Iosif Vissarionovič. Ebd., S. 620–622.

Deportacija nemcev 1941 g. kak oprobovannyj instrument vnutrennej i precedent meždunarodnoj politiki [Die Deportation der Deutschen im Jahre 1941 als erprobtes Instrument der Innenpolitik und Präzedenzfall der internationalen Politik]. In: *Načalnyj period Velikoj Otečestvennoj vojny i deportacija rossijskich nemcev: vzgljady i ocenky čerez 70 let. Materialy 3-j meždunarodnoj naučno-praktičeskoj konferencii. Saratov, 26–28 avgusta 2011 g.* [Die Anfangsperiode des Großen Vaterländischen Krieges und die Deportation der Russlanddeutschen: Betrachtungen und Bewertungen nach 70 Jahren. Materialien der 3. internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz. Saratov, 26.-28. August 2011]. Moskva 2011, S. 124–135.

Das Schwarzmeergebiet und die Schwarzmeerdeutschen. In: *Carl-von-Osietzky-Universität u.a. (Hrsg.): Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa*. Oldenburg 2012ff. URL: <http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54156.html> (Stand 31.3.2016).

Veröffentlichungsreihen

Jahrbuch

Forschungen zur Geschichte und Kultur der Rußlanddeutschen. Essen: Klartext, Nr. 1 (1990) – 12 (2003).

Schriftenreihe

Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa. Hrsg. v. Detlef Brandes, Dietmar Neutatz u. Volker Zimmermann. Essen: Klartext 1993ff. Bisher 46 Bände.

Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
AMP	Archiv hlavního města Prahy (Archiv der Hauptstadt Prag)
ark.	arkuš (Blatt [ukrainisch])
ATSB	Arbeiter-Turn- und Sportbund
ATUS	Arbeiter-Turn- und Sportverband
BAE	Bistumsarchiv Essen
Bd.	Band
BDKJ	Bund der Deutschen Katholischen Jugend
Bl.	Blatt
d.	delo (Aktenband [russisch])
DA ARK	Deržavnyj Archiv Avtonomnoï Respubliky Krym (Staatliches Archiv der Autonomen Republik Krim)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFB	Deutscher Fußballbund
DJK	Deutsche Jugendkraft
Dok.	Dokument
DPA	Deutsche Presse-Agentur
DTJ	Dělnická tělocvičná jednota (Arbeiterturnverband)
EAM	Erzbischöfliches Archiv München
f.	fond (Archivbestand)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
GA ČR	Grantová agentura České republiky (Forschungsförderungs-agentur der Tschechischen Republik)
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GStA PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin
H.	Heft

Abkürzungsverzeichnis

Hg.	Herausgeber
Hrsg.	Herausgeber
K.	Karton
KDA	Kardinal-Döpfner-Archiv
KNA	Katholische Nachrichtenagentur
KPTsch	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
l.	list (Blatt [russisch])
NA	Národní Archiv v Praze (Nationalarchiv Prag)
NL	Nachlass
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NOFG	Nordostdeutsche Forschungsgemeinschaft
ODS	Občanská demokratická strana (Demokratische Bürgerpartei)
op.	opis' (Findbuch)
Red.	Redaktion
Rep.	Repertorium
RGANI	Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Novejšej Istorii (Russisches Staatliches Archiv der Neuesten Geschichte)
ROH	Revoluční odborové hnutí (Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung)
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst
Sign.	Signatur
SOFG	Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft
SPO	Strana práv občanů (Bürgerrechtspartei)
spr.	sprava (Aktenband [ukrainisch])
SS	Schutzstaffel
TFK	Teplitzer Fußballklub

Abkürzungsverzeichnis

TOP 09	Tradice, odpovědnost, prosperita 09 (Tradition, Verantwortung, Wohlstand 09)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
uk	unabkömmlich
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration
ÚŘP	Úřad říšského protektora (Amt des Reichsprotektors)
ZdK	Zentralkomitee der deutschen Katholiken
ŽMP	Židovské Muzeum Praha (Jüdisches Museum Prag)
zv.	zvorot (Rückseite [ukrainisch])

Autoren

Prof. Dr. *Christoph Cornelißen* ist Inhaber des Lehrstuhls für Neueste Geschichte (Zeitgeschichte Europas seit 1918) an der Goethe-Universität, Frankfurt am Main.

Prof. Dr. *Victor Dönninghaus* ist stellvertretender Direktor des Nordost-Instituts – Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V. (IKGN e.V.), Lüneburg und apl. Professor am Historischen Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Dr. *Severin Gawlitta* ist Historiker und Archivar des Bistumsarchivs Essen.

Dr. *Peter Heumos* ist Historiker und war wissenschaftlicher Mitarbeiter des Collegium Carolinum, Forschungsinstitut für die Geschichte Tschechiens und der Slowakei, in München.

Doc. PhDr. *Ota Konrád*, Ph.D. ist Historiker und Leiter des Lehrstuhls für deutsche und österreichische Studien des Instituts für Internationale Studien der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Karls-Universität Prag.

Dr. *Stefan Lehr* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Teilprojekt „Politisches Entscheiden in der sozialistischen Tschechoslowakei“ des Sonderforschungsbereichs „Kulturen des Entscheidens“ an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Nina Lohmann, Ph.D. ist Historikerin und Lehrbeauftragte an der Karls-Universität Prag.

Dr. *Volker Mohn* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Autoren

Dr. *Dmytro Myeshkov* ist Projektmitarbeiter und Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Lehrbeauftragter am Institut für Geschichtswissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Prof. Dr. *Dietmar Neutatz* ist Professor für Neuere und Osteuropäische Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Prof. Dr. *Christoph Nonn* ist Inhaber des Lehrstuhls für Neueste Geschichte an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Dr. des. *Thomas Oellermann* ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Collegium Bohemicum, Ústí nad Labem.

Prof. Dr. *Jiří Pešek* ist Professor am Historischen Modul der Fakultät für Geisteswissenschaften der Karls-Universität Prag.

Dr. *Andrej Savin* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, Abteilung Sibirien, Novosibirsk.

Dr. *Gerd Stricker* ist Ostkirchenhistoriker und war bis 2009 Chefredakteur der Zeitschrift „G2W. Ökumenisches Forum für Glauben, Religion und Gesellschaft in Osteuropa“ (früher: „G2W – Glaube in der 2. Welt“), Zürich.

Dr. *Andreas Wiedemann* ist Historiker und Pressereferent der Österreichischen Botschaft Prag.

Prof. Dr. *Falk Wiesemann* ist apl. Professor am Institut für Geschichtswissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, i.R.

Prof. Dr. *Volker Zimmermann* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Collegium Carolinum, Forschungsinstitut für die Geschichte Tschechiens und der Slowakei, in München und apl. Professor am Institut für Geschichtswissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.



ISBN print: 978-3-86688-510-3
ISBN eBook: 978-3-86688-511-0



HERDER-INSTITUT
für historische Ostmitteleuropaforschung
INSTITUT DER LEIBNIZ-GEMEINSCHAFT



BSB Bayerische
Staatsbibliothek

Electronic Resources
digital.kubon-sagner.com/digiost



biblion.de/digiost